

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Wie Fahrräder die Bildungschancen von Mädchen in Entwicklungsländern verbessern können

Moritz Seebacher

Informationsbereitstellung zur Automatisierbarkeit von Berufen erhöht Weiterbildungsbereitschaft

Vera Freundl, Philipp Lergetporer, Katharina Wedel und Katharina Werner

DATEN UND PROGNOSEN

Echtzeitmessung und Prognose der privaten Konsumausgaben in Deutschland

Friederike Fourné und Robert Lehmann

Zu den wichtigsten Preistreibern 2023 und Ausblick für 2024

Florian Hartmann und Sascha Möhrle

Der Investitionsstandort Deutschland aus Unternehmenssicht

Annette von Maltzan und Lara Zarges

Materialengpässe in der Industrie: Ein Blick zurück, Status quo und ein europäischer Vergleich

Thomas Licht und Klaus Wohlrabe

BRANCHEN UND SEKTOREN

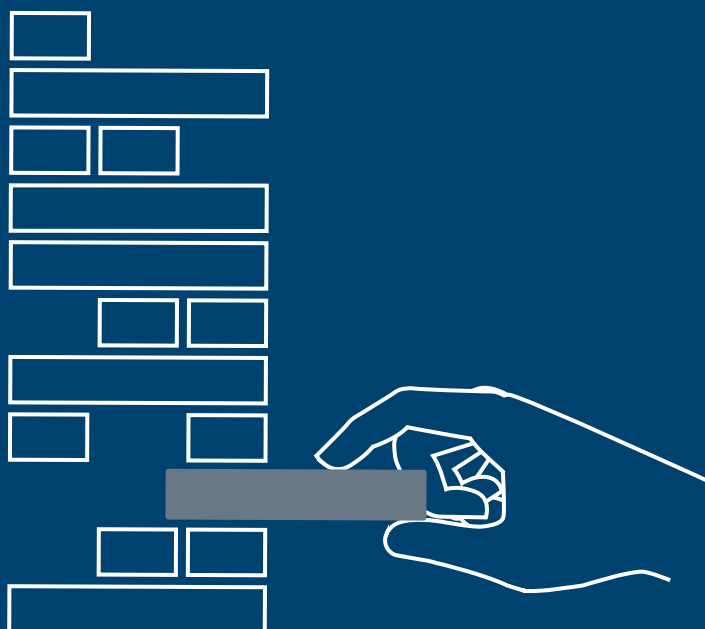
Neue Arbeitswelt, neue Arbeitsorte: Auswirkungen von Homeoffice auf den Büroimmobilienmarkt

Simon Krause, Andreas Trumpp, Tobias Dichtl, Susanne Kiese und Alexander Rutsch

ZUR DISKUSSION GESTELLT

Wohlstand in Gefahr? Ursachen und Folgen von Populismus

Ursula Münch, Armin Nassehi, Joe Kaeser, Knut Bergmann und Matthias Diermeier, Florian Dorn, David Gstrein und Florian Neumeier, Manuel Funke, Moritz Schularick und Christoph Trebesch, Kerim Peren Arin, Efstathios Polyzos und Marcel Thum, Luisa Dörr, Niklas Potrafke, Felix Rösel und Tuuli Tähtinen



ifo Schnelldienst
ISSN 0018-974 X (Druckversion)
ISSN 2199-4455 (elektronische Version)

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifode.de.
Redaktion: Annette Marquardt, Dr. Cornelia Geißler.
Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Prof. Dr. Chang Woon Nam.
Vertrieb: ifo Institut.

Erscheinungsweise: monatlich + zwei Sonderausgaben.
Bezugspreis jährlich: EUR 150,-
Preis des Einzelheftes: EUR 12,-
jeweils zuzüglich Versandkosten.
Layout: Kochan & Partner GmbH.
Satz: ifo Institut.
Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, Regensburg.
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):
nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

im Internet:
<https://www.ifo.de>

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



3/2024

ifo SCHNELLDIENST

Wohlstand in Gefahr? Ursachen und Folgen von Populismus

Derzeit gewinnen populistische Parteien in Deutschland und Europa an Unterstützung.

Wie lässt sich dieser Zulauf erklären? Umfragen zeigen, dass Menschen, die sich Populisten zuwenden, mit dem Funktionieren der Demokratie in der Praxis unzufrieden sind und dass sie das Gefühl haben, abgehängt zu sein. Die Debatten zu vielen Themen münden in Verteilungs-, Zugehörigkeits- und Anerkennungskonflikten. Dass die Gesellschaft gespalten und das politische System in Deutschland grundlegend in Gefahr ist, bezweifeln unsere Autor*innen.

Allerdings sehen sie Rechtspopulismus als reale Bedrohung für die Wirtschaft. So trifft die AfD auf Ablehnung der deutschen Wirtschaft, obwohl sie sich als wirtschaftsliberale Partei versteht. Nationalstaatlichkeit und EU-Skepsis stehen im Widerspruch zu einer offenen Gesellschaft und einer prosperierenden Wirtschaft. Die negativen ökonomischen Folgen von Populismus belegt eine international angelegte Studie: In Ländern mit populistischem Regime geht das durchschnittliche reale Pro-Kopf-BIP erheblich zurück. Populismus scheint auch ein hartnäckiges Phänomen zu sein: Populistische Führungen treten in Ländern immer wieder auf – eine Art Serienpopulismus.

Was kann die Politik dagegen unternehmen? Potenzial für die etablierten Parteien liegt in der Mobilisierung von Nichtwähler*innen. Dies und das Zurückholen von Wähler*innen könnte über regionalpolitische Ansätze geschehen, die die wirtschaftliche Resilienz stärken und Bürger*innen im Transformationsprozess beistehen. Die Wähler*innen zu verstehen, bleibt ein wichtiger Ansatzpunkt, der Dialog unerlässlich.



Auf unserer Website finden Sie weitere Artikel zu Populismus

<https://www.ifo.de/themen/populismus>

ZUR DISKUSSION GESTELLT

Wohlstand in Gefahr? Ursachen und Folgen von Populismus

Pessimismus auch mit Blick auf die politische Lage	3
<i>Ursula Münch</i>	
Gefahren des politischen Populismus	6
<i>Armin Nassehi</i>	
Sozial-ökologische Marktwirtschaft braucht Maß und Mitte	10
<i>Joe Kaeser</i>	
AfD und Sozialpolitik: Anhänger fordern das Dagegensein	13
<i>Knut Bergmann und Matthias Diermeier</i>	
Wachsende Armutgefährdung mitverantwortlich für Wahlerfolg rechtsextremer Parteien	16
<i>Florian Dorn, David Gstrein und Florian Neumeier</i>	
Populistische Regierungen: Wirtschaftliche und politische Folgen	20
<i>Manuel Funke, Moritz Schularick und Christoph Trebesch</i>	
Den populistischen Wähler verstehen	25
<i>Kerim Peren Arin, Efstathios Polyzos und Marcel Thum</i>	
Welche Politik verfolgen Populisten an der Macht? Ergebnisse ausgewählter Studien	30
<i>Luisa Dörr, Niklas Potrafke, Felix Rösel und Tuuli Tähtinen</i>	

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Wie Fahrräder die Bildungschancen von Mädchen in Entwicklungsländern verbessern können	33
<i>Moritz Seebacher</i>	
Informationsbereitstellung zur Automatisierbarkeit von Berufen erhöht Weiterbildungsbereitschaft	39
<i>Vera Freundl, Philipp Lergetporer, Katharina Wedel und Katharina Werner</i>	

DATEN UND PROGNOSEN

Echtzeitmessung und Prognose der privaten Konsumausgaben in Deutschland	44
<i>Friederike Fourné und Robert Lehmann</i>	
Zu den wichtigsten Preistreibern 2023 und Ausblick für 2024	49
<i>Florian Hartmann und Sascha Möhrle</i>	
Der Investitionsstandort Deutschland aus Unternehmenssicht	52
<i>Annette von Maltzan und Lara Zarges</i>	
Materialengpässe in der Industrie: Ein Blick zurück, Status quo und ein europäischer Vergleich	59
<i>Thomas Licht und Klaus Wohlrabe</i>	

BRANCHEN UND SEKTOREN

Neue Arbeitswelt, neue Arbeitsorte: Auswirkungen von Homeoffice auf den Büroimmobilienmarkt	63
<i>Simon Krause, Andreas Trumpp, Tobias Dichtl, Susanne Kiese und Alexander Rutsch</i>	

75 Jahre ifo Institut – Das ifo Institut und die EWG	74
---	----

Wohlstand in Gefahr?

Ursachen und Folgen von Populismus

Derzeit gewinnen populistische Parteien in Deutschland und Europa an Unterstützung. Offenbar wächst die Unzufriedenheit mit moderaten politischen Kräften und amtierenden Regierungen. Welche Ursachen lassen sich für das Erstarken des Populismus identifizieren? Welche ökonomischen Folgen drohen? Können wir Ursachen und Folgen populistischer Politik konkret beobachten und messen? Gibt es für die Politik Möglichkeiten, negative Entwicklungen abzuwenden oder abzumildern?

Ursula Münch

Pessimismus auch mit Blick auf die politische Lage

Die Einschätzungen zur aktuellen wirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik Deutschland sind bekanntlich schlecht. Dieser allgegenwärtige Pessimismus, der manchen Akteuren auch Mittel zur Erreichung der eigenen Ziele zu sein scheint, wird aber noch übertroffen, wenn es um die Beurteilung der Handlungsfähigkeit der Bundesregierung geht: Die Kritik an den Ampelparteien nimmt eher zu als ab, und die aktuellen Proteste von Landwirten, Handwerkern und Transportunternehmen verbinden sich immer wieder mit radikalen Untertönen und sogar gewaltsamen Ausschreitungen. Gleichzeitig protestieren Hunderttausende gegen Rechtsextremismus und die Ausgrenzungsfantasien, zu denen sich zum Beispiel der bayerische Landesverband der AfD in seiner Klausur in Schweinfurt im Januar 2024 verabschiedeten »Geh-hoam-Plan« offen bekannte. Es ist nicht zu bestreiten, dass zwischen beiden Phänomenen ein Zusammenhang besteht: Auch wenn es verkürzt wäre, die Regierungsparteien im Bund für den (womöglich vorübergehenden) Zuwachs der AfD in Umfragen verantwortlich machen zu wollen, trägt die von den Parteivorsitzenden der Union und der Freien Wähler zusätzlich geschürte Unzufriedenheit mit der Politik der Bundesregierung dazu bei, dass die AfD vor allem als Folge des Heizungsgesetzes neuen Zulauf verbuchen konnte.

Für die Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni und vor allem die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg am 1. bzw. 22. September ist davon auszugehen, dass die rechtsextremen und populistischen Kräfte stark mobilisieren werden und zumindest in Thüringen die Regierungsbildung extrem

schwierig wird. Und schließlich folgt am 5. November die Präsidentschaftswahl in den USA, für die nicht nur Manipulationsversuche durch die Machthaber und Staatsmedien in Russland sowie Volksrepublik China zu befürchten sind, sondern auch das Infragestellen des Wahlergebnisses durch die jeweilige Anhängerschaft des unterlegenen Kandidaten. Eine mögliche Wiederwahl von Donald Trump würde zum einen belegen, wie wirkmächtig populistische Argumentation gerade in Krisenzeiten ist. Zum anderen zöge seine Wahl weitere Krisen sowohl in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen als auch in der internationalen Politik nach sich. Die damit verbundene zusätzliche Verunsicherung beflügelte Populisten und Extremisten in Europa zusätzlich (Best et al. 2023).

QUELLEN DES UNMUTS?

Populisten und Extremisten, also diejenigen, die die Skepsis der Wählerschaft gegenüber dem parlamentarischen System und das Misstrauen gegenüber den seriösen Parteien für ihren eigenen Erfolg benötigen, mobilisieren mit Spott, Häme und bewusst verbreiteten Falschinformationen. Diese Krisenprofiteure versprechen den Verunsicherten und Verängstigten etwas, was diese andernorts anscheinend zu wenig erhalten: Aufmerksamkeit: »Wir sehen Euch, wir machen Euch sichtbar«. Dagegen ist grundsätzlich nichts zu sagen. Im Gegenteil: Es



Prof. Dr. Ursula Münch

ist Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing.

Foto: © Akademie für Politische Bildung

ist unerlässlich, dass sich die Bürgerinnen und Bürger von Mandats- und Amtsträgern wahrgenommen und vertreten fühlen. Die Ergebnisse verschiedener Studien verweisen darauf, dass es daran tatsächlich hapert: Im jüngsten »Sachsen-Monitor«, der auf Umfragen vom Sommer 2023 basiert, kam eine große Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck, wie »die Demokratie in der Praxis funktioniert« (dimap 2023): Lediglich 41 % zeigten sich eher zufrieden oder sehr zufrieden, im Vergleich zu 58 % aus der letzten Befragung, die während der Pandemie erhoben worden war. Auffallend ist, dass die Unzufriedenheit nicht nur mit dem Bildungsgrad der Befragten korreliert, sondern auch mit dem Wohnort und der dort vorhandenen Infrastruktur. Im »Deutschland-Monitor« (erhoben im Auftrag des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland im Sommer 2022; Der Beauftragte 2022) ist der Zusammenhang sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland offensichtlich: Der Typus des »verdrossenen Populisten« findet sich besonders häufig in Bevölkerungsgruppen mit einem niedrigen sozialökonomischen Status sowie in Regionen mit schwieriger demografischer und wirtschaftlicher Lage – und zwar in Ost wie in West. Laut Thünen-Institut leben immerhin 57 % der bundesdeutschen Bevölkerung in sogenannten ländlichen Räumen, die mehr als 90 % der Fläche Deutschlands ausmachen (BMEL 2020). Gerade in diesen für Deutschland so typischen Gegenden geben viele Befragte an, sich »abgehängt« zu fühlen. Die Korrelation zwischen Unzufriedenheit und der Entfernung zur nächsten weiterführenden Schule oder zu einem Facharzt ist offensichtlich. Abhilfe ist keine in Sicht, eher Zuspitzung: Sowohl der demografische Wandel als auch die finanzielle Situation vieler Landkreise werden die Situation noch verschärfen.

DIE KRITIK AN DER PRIORITÄTENSETZUNG DER BUNDESREGIERUNG

Die derzeitige Unzufriedenheit z. B. mit der Energie-, Wirtschafts- und Klimapolitik der aktuellen Bundesregierung aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP könnte also womöglich nur ein Vorgeschmack auf weitere Verwerfungen sein: Es ist davon auszugehen, dass populistisch und extremistisch ausgerichtete Parteien zum Beispiel die geplante Krankenhausreform und die damit auch verbundene Konzentration von Versorgungsleistungen bei größeren Einheiten zum Anlass nehmen werden, um weitere Proteste gegen »die da oben« auf die Straße zu bringen. Die jeweilige Kritik an der angeblichen Abgehobenheit des politischen »Establishments« oder den als »Kartellparteien« herabgesetzten gemäßigten Parteien sowie die als (vermeintliche) Alternative präsentierten Lösungsansätze sind repräsentativ für die Argumentationslinie populistischer Parteien.

Mehr als 16 % der im Zuge der »Mitte-Studie« Befragten äußern sich dezidiert nationalchauvinis-

tisch sowie fremdenfeindlich (Zick et al. 2023). Dieser Personenkreis wünscht sich, darauf wies bereits eine vergleichende Studie zu Links- und Rechtspopulismus hin, einen starken Sozialstaat, dessen Leistungen jedoch vor allem den Einheimischen zur Verfügung stehen sollen (Manow 2018). Migranten im Allgemeinen, besonders aber Flüchtlinge, denen pauschal die leistungsfreie »Zuwanderung in die Sozialsysteme« unterstellt wird, würde man am liebsten von diesen Leistungen ausschließen. Nicht zuletzt wird die Notwendigkeit, die Ukraine zu unterstützen wie auch die Bundeswehr zu ertüchtigen, für überflüssig erklärt. Die Behauptung sowohl der AfD als auch des neugegründeten Bündnis Sahra Wagenknecht, es wären dann genügend Ressourcen für die eigene Bevölkerung vorhanden (z. B. sozialpolitische Leistungen, günstige Wohnungen, bauliche und digitale Infrastrukturen), wenn man unerwünschte Migranten fernhalten bzw. ausweisen würde und zudem die Bedrohung durch Russland ebenso negieren würde wie den Klimawandel, verfängt in immer mehr Milieus.

Während es in Bezug auf Alter und Geschlecht nur geringe Unterschiede in der Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit unserer freiheitlichen Demokratie gibt, zeigt sich bei den auf die soziale Lage bezogenen Merkmalen ein Muster: Formal weniger Gebildete und Angehörige der unteren Mittelschicht bzw. des Prekariats äußern sich noch häufiger unzufrieden und artikulieren mehr Misstrauen als formal höher Gebildete und die Angehörigen der oberen Mittel- und Oberschicht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IM ZENTRUM DER KRITIK

Die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung trifft die einzelnen Koalitionspartner aus unterschiedlichen Gründen und verschieden stark: Die gravierenden sachlichen Fehler, die nicht zuletzt der immens hohen Zahl an Gesetzesvorhaben geschuldet sind, mit der die Bundesregierung zum einen der drohenden Energiekrise entgegenwirken und zum anderen ihren Koalitionsvertrag abarbeiten wollte, werden der Regierung insgesamt angelastet. Aber: Das Auftreten und das Politikverständnis von Bündnis 90/Die Grünen provozieren offenbar besonders. Ihnen wird vorgeworfen, mit ihrer Politik und ausufernden Regulierungsversuchen in die private Lebensführung einzugreifen. Dass sich die Kritik vor allem gegen die Grünen wendet, ist auf die Zielsetzung grüner Politik zurückzuführen: Die Diagnose, im Zeitalter großer Umbrüche zu leben, die Veränderungen in der Wirtschaftsordnung, der Mobilität wie auch beim individuellen Lebensstil erforderlich machten, hat durch die Bildung der Ampelregierung im Dezember 2021 das Ankündigungsstadium verlassen und wirkt sich inzwischen unmittelbar auf die Bürger aus. Aus einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach geht hervor, dass 51 % der Befragten das Gefühl haben, die Politik wolle ihnen vorschreiben, wie sie ihr Leben zu führen haben (Institut 2023). Von

den Grünen-Anhängern sehen das allerdings nur 16 % so, bei den AfD-Anhängern waren es dagegen 85 %.

Eine MIDEM-Studie verweist darauf, dass die Wählerschaft von AfD sowie Bündnis 90/Die Grünen in Deutschland das höchste Maß an »affektiver Polarisierung« aufweisen (Herold et al. 2023). Beide Gruppen halten die Programmatik ihrer Partei für jeweils besonders schlüssig. Deshalb tendieren sie mehr als die Anhänger der anderen Parteien dazu, erstens Personen mit abweichenden Meinungen negativ zu bewerten und zweitens gruppenspezifisches Reaktanzverhalten an den Tag zu legen. Beides schafft einerseits zwar Zusammenhalt, zieht andererseits aber eine Segmentierung des Parteiensystems nach sich. Nachweisen lässt sich diese Polarisierung bei all den Themen, die uns in den vergangenen Monaten und Jahren beschäftigten: Zuwanderung, Klimapolitik und Artenschutz, Krieg gegen die Ukraine, aber auch Covid-19.

WER DER POLITIK MISSTRAUT, FREMDELT AUCH MIT DEN KLASSISCHEN MEDIEN

Der Protest richtet sich aber nicht nur gegen die Parteien links der Mitte, sondern auch gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und weite Teile der Presse. Spätestens seit den sogenannten Pegida-Demonstrationen sowie den »Spaziergängen« derer, die die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie für übergriffig hielten und bis heute halten, ist offensichtlich, dass die Wut auf »die« Politik nicht zu trennen ist von einem massivem Misstrauen gegenüber den angeblichen »System- oder Mainstream«-Medien. Dieses speist sich nicht zuletzt aus der Wahrnehmung einer zu großen Nähe von Journalisten und Politikern. Und an dieser Beobachtung ist ja einiges richtig: Die Angehörigen dieser Berufsgruppen haben häufig dieselben Fächer studiert, leben in benachbarten urbanen Vierteln, ähneln sich in ihren Weltanschauungen, verhelfen sich womöglich gegenseitig in berufliche Positionen und demonstrieren durch gelegentliche »Spurwechsel« zwischen Journalismus und Politik eine angesichts der Kontrollfunktion der Medien unangemessene Nähe.

Gerade in Ostdeutschland hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk in den vergangenen Jahren erheblich an Glaubwürdigkeit eingebüßt hat: Der Sachsen-Monitor verzeichnete für das Jahr 2023 nur noch 51 %, die den Angeboten der Rundfunkanstalten vertrauten; bei der Befragung 2021/2022 waren es noch 63 % gewesen (dimap 2023). Nur jeder Zweite hält Tageszeitungen für glaubwürdig (-10 Prozentpunkte). Der Anstieg im Misstrauen gegenüber den Medien korreliert, darauf weisen die Autoren der Mitte-Studie hin, mit der sich ausbreitenden Wahrnehmung eigener politischer Machtlosigkeit (Zick et al. 2023). Die auf diese Phänomene zurückzuführende Abwendung von den klassischen Medien zieht den einen massiven Bedeutungsverlust sogenannter »Gatekeeper«, also

von professionellem Journalismus und redaktioneller Arbeit, nach sich: Journalisten sind schon lange nicht mehr die exklusiven Mittler zwischen Individuum und Welt und haben ihre zentrale Rolle bei der Einordnung, Filterung und Prüfung von Nachrichteninhalten verloren. In der Folge treffen radikale Positionierungen ohne Moderation aufeinander und schaukeln sich wechselseitig hoch.

WER EXTREMISTISCH WÄHLT, WIRD WOMÖGLICH AUTORITÄR REGIERT

Wie es sich auf Gesellschaften auswirkt, wenn populistische oder gar extreme Kräfte in Regierungsverantwortung kommen, lässt sich in verschiedenen Staaten beobachten. Sowohl die ungarische als auch die frühere polnische Regierung schränkten sukzessive die Möglichkeit zur Kontrolle der Regierung ebenso ein wie die Unabhängigkeit der Justiz. Wahlgesetze erhöhten die Anzahl benötigter Unterschriften für eine Kandidatur zulasten kleiner Parteien, reduzierten die Zahl der Wahlbezirke und schnitten Wahlkreise systematisch so neu zu, dass die jeweilige Regierungspartei profitierte. Die ungarische Regierung bemüht sich, durch eine nationalchauvinistisch motivierte Bevölkerungspolitik ihrem politischen Ziel einer migrantenfreien homogenen Nation näher zu kommen. Alleinerziehende und Eltern mit Migrationsgeschichte erhalten keine oder stark reduzierte Leistungen. In Ungarn wurden die öffentlich-rechtlichen Rundfunksender in einer staatlichen Medienholding zentralisiert, gleichzeitig befindet sich ein Großteil der regionalen Zeitungen schon seit Jahren im Besitz Orban-freundlicher Unternehmer.

Nicht zuletzt lehnen populistische und extremistische Parteien die Begleiterscheinungen einer offenen Gesellschaft im Sinne Karl Poppers ab. Sie plädieren stattdessen für Abschottung: Multilateralismus wird als Fremdbestimmung und zu große Einschränkung der nationalen Handlungsfähigkeit zurückgewiesen.

AUF DER SUCHE NACH GEEIGNETEN GEGENMITTELN

Um dem Glaubwürdigkeits- und Ansehensverlust der politischen Amts- und Mandatsträger zu begegnen, ist in erster Linie Sacharbeit erforderlich. Und zwar nicht auf Nebenschauplätzen, sondern in den Bereichen, auf denen ein Großteil der Bevölkerung staatliches Handeln vermisst, allen voran innere und äußere Sicherheit, Erhalt der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, Steuerung von Migration und Bereitstellung zukunftsfähiger Infrastrukturen. Gleichzeitig sollte allen Verfechtern unserer freiheitlichen Demokratie bewusst sein, dass die Verantwortung für den Erhalt unserer demokratischen Ordnung nichts ist, was sie an den Staat und seine gewählten Repräsentanten delegieren können. Bekanntlich ist die freiheitliche Demokratie kein Schlaraffenland.

REFERENZEN

Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland (Hrsg.): *Bericht 2022. Ostdeutschland. Ein neuer Blick*, Berlin, verfügbar unter: <https://www.ostbeauftragter.de/resource/blob/2039400/2137170/f58635d7fb8b-f768f8ba09caa8420b91/download-bericht-ostbeauftragter-ostdeutschland-neuer-blick-2022-data.pdf>.

Best, V., F. Decker, S. Fischer und A. Küppers (2023), *Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, verfügbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/pbud/20287-20230505.pdf>.

BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2020), *Thünen-Landatlas*, verfügbar unter: <https://www.landatlas.de>.

dimap – das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH (2023), *Ergebnisbericht Sachsen-Bericht 2023. Für die sächsische Staatskanzlei*, Bonn, verfügbar unter: <https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/dimap-Ergebnisbericht-Sachsen-Monitor-2023.pdf>.

Herold, M., J. Joachim, C. Otteni und H. Vorländer (2023), *Polarisierung in Deutschland und Europa. Eine Studie zu gesellschaftlichen Spaltungstendenzen in zehn europäischen Ländern*, MIDEM Studie 2023-2, Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM), Dresden, verfügbar unter: https://www.stiftung-mercator.de/content/uploads/2023/07/TUD_MIDEM_Polarisationsstudie_DEU_RZ.pdf.

Institut für Demoskopie Allensbach (2023), »Protest und die Sorge vor Einwanderung«, Eine Dokumentation des Beitrags von Thomas Petersen in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Nr. 196 vom 24. August 2023, verfügbar unter: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_August2023_Einwanderung.pdf.

Manow, P. (2018), *Die Politische Ökonomie des Populismus*, Suhrkamp, Berlin.

Zick, A., B. Küpper und N. Mokros (Hrsg.) (2023), *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Armin Nassehi

Gefahren des politischen Populismus

Der politische Populismus, insbesondere der Rechtspopulismus ist eine weltweite Erscheinung, die sich langsam in die politischen Öffentlichkeiten der westlichen, liberalen Demokratien einschreibt. Populismus ist eine Form, die zwischen Programm und Schimpfwort changiert. Für die einen ist es tatsächlich eine politische Strategie, deren Erfolg sich im Plausibilitätsverlust der politischen Mitte widerspiegelt, für die anderen ist es eine Gefahr, die nicht nur eine inhaltliche und sachorientierte Dimension hat, sondern Schaden an den Verfahren und am Funktionieren der demokratischen Auseinandersetzung verursacht.

DIE SEMANTISCHE FORM DES POLITISCHEN POPULISMUS

Die beste Definition dessen, was unter Populismus zu verstehen sei, verdanken wir einem Populisten selbst, nämlich dem ehemaligen und womöglich auch nächsten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Donald J. Trump. Bei seiner Amtseinführung am 20. Januar 2017 sagte er: »Today's ceremony, however, has very special meaning. Because

today we are not merely transferring power from one administration to another, or from one party to another – but we are transferring power from Washington, D.C., and giving it back to you, the American People.« (Politic 2017). In diesen kurzen Formulierungen ist alles enthalten, was den politischen Populismus ausmacht: eine starke Elitenkritik, eine Kritik demokratischer Verfahren und die Behauptung, die wahren Interes-

sen des Populus zu vertreten. Die Elitenkritik kommt darin zum Ausdruck, Washington, D.C., als Zentrum einer Elite zu markieren, die dem Volke weit entzogen sei. Die Kritik demokratischer Verfahren wird in der Uminterpretation einer demokratischen Wahl und damit einer demokratischen Machtübergabe von einer Regierung an eine andere in eine Restitution der Demokratie überhaupt sichtbar. Und darin verbirgt sich das dritte Element, nämlich dass nur so die wahren Interessen des Volkes gewahrt werden können, die zu vertreten der populistische Politiker angetreten ist.¹

Selten bekommt man die Dinge in solcher Reinform präsentiert, aber manche Elemente sind auch in der jüngsten deutschen Entwicklung zu beobachten – etwa die Forderung des stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten, man müsse sich die Demokratie »zurückholen« oder in der allgemeinen Kritik großstädtischer akademischer Eliten durch die AfD. Nun sind demokratische Prozesse auf kontroverse Themen, auf konkurrierende Angebote, auf einen Wettbewerb unterschiedlicher Lösungen angewiesen. Die Demokratie basiert nicht auf Harmonie, sondern ist ein politisches Programm, das in der Lage sein soll, politische Konflikte, divergierende Interessen und unterschiedliche Auffassungen über die Lösung von Herausforderungen moderierend in eine Form zu bringen. Dabei geht es nicht nur um Sachfragen, sondern auch um grundlegende politische Überzeugungen, die in den westlichen Demokratien durchaus sehr unterschiedlich sein können. Politische Konfliktlinien lassen sich an den Parteiengestalten westlicher Industrieländer gut abbilden. Die Konfliktlinien laufen gewissermaßen parallel zu zwei Achsen:

¹ Ausführlich zur Begriffsbestimmung und zum performativen Begriffsgebrauch vgl. Nassehi, A. (2023), S. 312–324.



Prof. Dr. Armin Nassehi

ist Lehrstuhlinhaber am Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Foto: © Hans-Günther Kaufmann

- Wirtschaftspolitisch unterscheiden sie sich in der Frage der Intensität der Staatstätigkeit und der Regulierung ökonomischer Prozesse von eher liberalen bis zu eher sozialdemokratischen/sozialistischen Programmen des Eingriffs in das Marktgeschehen. An dieser Achse brechen sich eher angebots- und eher nachfrageorientierte Sichtweisen.
- Gesellschaftspolitisch geht es um die Konfliktlinie zwischen einer eher liberalen oder geradezu geschichtsphilosophisch aufgeladen »progressiven« kultur- und gesellschaftspolitischen Form auf der einen und um eher konservative und traditionellere Formen auf der anderen Seite.

Dieses Modell hat sich für westliche Demokratien insofern als stabilisierend erwiesen, als die Parteiengestalten geradezu komplementär gebaut waren. Man denke etwa an die in fast allen vergleichbaren Ländern in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg fast als politischer Normalzustand auftretenden Volksparteien eines Mitte-Rechts- und eines Mitte-Links-Zuschnitts, in denen sich beide Konfliktachsen durchaus mit inneren Spannungen innerhalb der Lager widerspiegelt haben. Dieses Modell jedenfalls ermöglichte es, durch eine wechselseitige Inkompetenzunterstellung einen hohen Grad an Kompetenz vorauszusetzen. Man könnte auch sagen: Die politischen Konflikte passten zu den politischen Lösungskompetenzen.

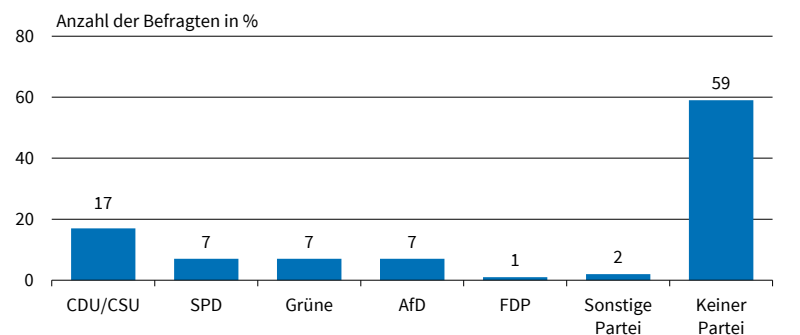
KOMPETENZ- UND INKOMPETENZUNTERSTELLUNGEN

Das politische System greift nicht Eins-zu-Eins auf gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen zu. Man kann durchaus die starke These vertreten, dass politische Systeme nur an solchen politischen Problemen interessiert sind, die sie in Gestalt ihrer jeweiligen Akteure auch für lösbar halten. An politisch unlösbaren, programmatisch irrelevanten oder gar unsichtbaren Problemen besteht schon aufmerksamkeitsökonomisch kein Interesse. Insofern muss man empirisch genau rekonstruieren, welcher Art politischer Konflikt sich ein politisches System zumutet – und hier entpuppt sich das klassische Modell der westlichen Industriegesellschaft tatsächlich als eine stabile und stabilisierende Konstellation, weil es Konflikten eine Form geben konnte, was sich unmittelbar darauf auswirkte, dass die Verteilung von Kompetenz- und Inkompetenzunterstellung gewissermaßen komplementär aufgefangen wurde und damit in eine Art Gleichgewicht kam. Das kanalisierte nicht nur den Glauben an Lösungskompetenz, sondern zivilisierte auch Elitenkritik, die es immer schon gegeben hat. Gerade Letzteres sollte nicht vergessen werden – und gerade deshalb ist es kein Zufall, dass sich Populismus als politische Einstellung nicht wirklich trivial messen lässt (Reinecke et al. 2023).

Was sich freilich messen lässt, ist die Frage der Verteilung der Inkompetenzunterstellung. Laut einer

Abb. 1

Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, die derzeit wichtigsten politischen Probleme zu lösen?



Quelle: RTL; n-tv.

© ifo Institut

aktuellen forsa-Umfrage aus dem Februar 2024 trauen nur 17% der Befragten der Union, je 7% der Befragten der SPD, den Grünen und der AfD und nur 1% der Befragten der FDP zu, die aktuellen politischen Probleme lösen zu können (vgl. Abb. 1).

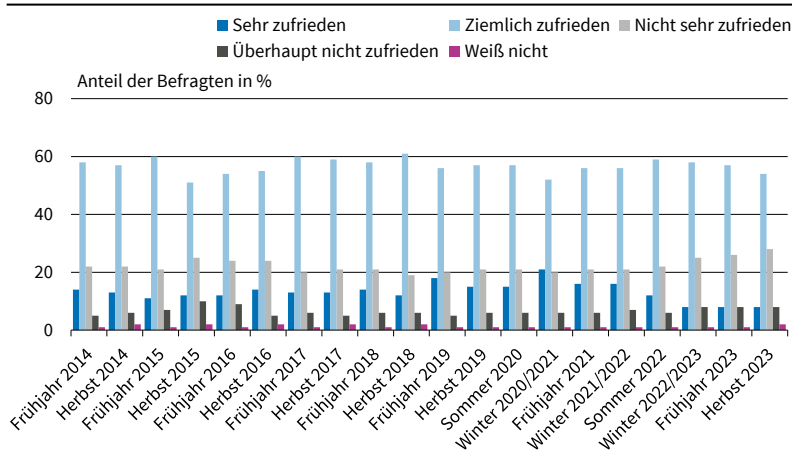
59% der Befragten aber gaben an, keiner der angegebenen Parteien die entsprechende Kompetenz zu unterstellen oder ihnen einen Vertrauensvorschuss zu gewähren. Zwar schneidet auch die rechtspopulistische AfD hier nicht in der Weise ab, als man ihr Kompetenz unterstellt, aber diese Stimmung ist es, die den Nährboden für die Anschlussfähigkeit eines populistischen Diskurses bietet, der die politische Stimmung als aufgeheizter erscheinen lässt, als sie es womöglich ist.

Ergebnisse, wie sie hier angedeutet werden, müssten nahelegen, dass eine allgemeine Unzufriedenheit mit der demokratischen Ordnung herrscht oder ein großer Teil der Bevölkerung sich von demokratischen Verfahren oder dem Glauben in die Problemlösungskompetenz bereits verabschiedet hat. Das aber lässt sich zumindest in Umfragen nicht abbilden. Daten des Eurobarometer aus dem vergangenen Jahr zeigen deutlich, dass sich die Zufriedenheitsrate mit der Demokratie in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland kaum verändert hat, was zumindest im Hinblick auf die derzeitige multiple Krisenerfahrung erstaunen könnte (vgl. Abb. 2).

So bewegt sich der Anteil der Zufriedenen und der Unzufriedenen auf einem jeweils stabilen Niveau mit nur geringen Veränderungen – und das trotz erheblichen politischen Konfliktpotenzials bezüglich Fluchtmigration seit 2015, im Hinblick auf die Pandemie 2020 bis 2022, angesichts des Überfalls Russland auf die Ukraine 2022 und angesichts der Konflikte um den Überfall der Hamas auf Israel und der folgenden Reaktion Israels, inklusive eines Wiedererstarkens oder besser Sichtbarwerdens antisemitischer Vorfälle in verschiedenen gesellschaftlichen Milieus (vor allem linker und islamistischer Antisemitismus) seit 2023.

Zumindest die Datenlage gibt in Deutschland weder Hinweise auf eine grundlegende Spaltung der Gesellschaft, noch lässt sich behaupten, dass das poli-

Abb. 2
Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden?



Quelle: Europäische Kommission.

© ifo Institut

tische System grundlegend in Gefahr ist. Was sich aber schon konstatieren lässt, ist eine hohe Sensibilität für bestimmte Themen, in neueren soziologischen Untersuchungen »Triggerpunkte« genannt, die sich in Verteilungs-, Zugehörigkeits- und Anerkennungskonflikten niederschlagen (Mau et al. 2023), und auf Dauer wird die exorbitante Inkompetenzunterstellung politischen Eliten gegenüber auch politisch nicht ohne Folgen bleiben, auch wenn man mitbedenkt, dass diese Inkompetenzunterstellung auch anderen Eliten gegenüber erhoben wird. Man denke an die maßlose Kritik an der Wissenschaft während der Pandemie, aber auch an das allgemeine Gefühl einer Infrastrukturkrise von der Bahn über den Zustand von Straßen bis hin zur Ausstattung von Schulen, überbürokratisierten Verfahren und polarisierenden Themen, insbesondere die ökologische Transformation und Migration betreffend.

KEINE ENTWARNUNG

Es wäre durchaus unangemessen und naiv, aus der offensichtlich vorhandenen Resilienz und Stabilität des deutschen politischen Systems darauf zu schließen, populistische Semantiken und Forderungen seien gefahrlos. Man muss dazu zwei Dinge miteinander verbinden:

Zum einen erfahren in diesen Zeiten multipler Krisenerfahrungen viele Menschen das, was man eine Visibilisierungserfahrung nennen könnte. Viele Bedingungen einer funktionierenden Infrastruktur, erfüllbarer Erwartungen und der Einordnung von Konfliktlinien waren bis vor kurzem noch relativ unsichtbar. Die als Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine ausgelöste Energiekrise macht sichtbar, dass es nur weniger Parameter bedarf, deren Veränderung nicht nur Geschäfts- und Berechnungsmodelle durcheinander bringt, sondern auch darauf verweist, wie vulnerabel als sicher geltende soziale Strukturen und Erwartungen tatsächlich sind – und das unmittelbar nach

einer Pandemie, deren radikalste Folge die Erfahrung ist, wie sehr diese Gesellschaft von Zielkonflikten geprägt ist (was medizinisch richtig ist, ist ökonomisch schädlich usw.), wie instabil und auf Kante gebaut vor allem Lebenslagen in den unteren Lohngruppen gebaut sind und wie schwer das Verhalten von Menschen auf Routinen und Wiederholbarkeit beruht. Auch die Neubestimmung der militärischen Sicherheitslage oder der ökonomischen Globalisierung trägt dazu bei, geradezu wie in einem Großversuch die Vulnerabilität von Lösungen vorzuführen. Dass besonders das sogenannte Heizungsgesetz getriggert hat – nicht nur aufgrund der offenkundigen operativen Fehler und der koalitionsären Konflikte –, ist kein Wunder, weil es geradezu symbolisiert, dass die großen abstrakten Krisendiagnosen durchaus in das konkrete Leben eingreifen werden.

Zum anderen ist es gerade in Zeiten notwendiger Transformationen und Veränderungen für eine demokratische politische Form essenziell, dass es legitime Handlungsalternativen gibt. Man kann die Funktion der Demokratie soziologisch durchaus darin bestimmen, dass einem politischen Publikum mehr als eine Lösungsmöglichkeit angeboten wird, was die verarbeitbare Komplexität von kompetenten Strategien erhöht und einem Publikum die Möglichkeit der Wahl und auch stabiler Konfliktlagen gibt (Nassehi 2023, S. 23–44). Demokratie ist dann nicht nur ein Mechanismus der breiten Repräsentation von Bevölkerungsgruppen, Milieus, Schichten und Interessenkonstellationen, sondern auch der Repräsentation von Lösungsmöglichkeiten und Plausibilitätschiffren. Die Demokratie hat also im Idealfall nicht nur einen sozialen Aspekt der Einbindung unterschiedlicher Teile der Bevölkerung, sondern auch einen Sachaspekt der Komplexitätsverarbeitung. Diese Doppelrolle wurde übrigens bereits zu Zeiten der angeblichen »Erfindung« »der« Demokratie in der antiken Philosophie diskutiert.

Verbindet man diese beiden Punkte, ergibt sich ein unübersichtliches Bild. Es sind gerade die genannten Visibilisierungserfahrungen, die Hinweise auf die Vulnerabilität und die bisweilen unkontrollierbaren Voraussetzungen und Antezedenzbedingungen gesellschaftlicher Routinen und Konstellationen geben, die populistische politische Semantiken wahrscheinlicher machen. Populismusfähig sind nicht umsonst die Themen, die exakt jenes Vulnerabilitätspotenzial haben: in der Pandemie ein Generalzweifel an der Wissenschaft, gerade weil diese auf komplexe Probleme verwiesen hat; auch in der Pandemie der Generalverdacht gegen einen angeblich autoritären Staat, der deutliche Steuerungsprobleme zu gewärtigen hatte; angesichts des Angriffs auf die Ukraine eine geradezu absurde Solidarisierung mit Russland; und angesichts von Migrationsfolgen ein völkischer Generalverdacht einer Schwächung des Eigenen; der Vorwurf einer angeblichen Cancel-Culture angesichts einer tatsächlichen gesellschaftlichen Pluralisierung.

Dass mit all dem die Klimafrage für eine Erfindung einer urbanen akademischen Mittelschicht gehalten wird, passt ins Bild.

All diese Einschätzungen sind derzeit nicht mehrheitsfähig – und die meisten Beteiligten wissen sicher auch, dass die Vorwürfe in der extrem formulierten Form nicht stimmen. Aber das spielt keine Rolle, denn es funktioniert. Wie es in einer übertriebenen Kritik am Heizungsgesetz am Ende nicht mehr um die Heizungsfrage ging, haben sich die sogenannten Bauernproteste auch thematisch verselbständigt.

Um keinen falschen Eindruck entstehen zu lassen: Diese extremen Kommunikationsformen werden von einer Minderheit getragen, aber sie triggern den politischen Diskurs und haben in der Aufmerksamkeitsökonomie hohe Wertschöpfungsraten. Die Folge ist tatsächlich eine Mobilisierung von Unzufriedenen, die zuvor politisch kaum abgebildet worden sind. Wahlanalysen zeigen, dass die AfD in den jüngsten Wahlen durchaus den sogenannten »etablierten Parteien« Wähler abspenstig gemacht hat, ihr größtes Reservoir sind aber Nicht-Wähler – zum Beispiel standen in der Landtagswahl in Sachsen 2019 einer Wanderung von der Union mit 81 000 Wählern 241 000 Wähler entgegen, die zuvor nicht gewählt haben (Statista 2024). Dass die AfD besonders in Ostdeutschland stark ist, hängt neben weniger starken Parteibindungen als im Westen mit dem stärker als Bedrohung erlebten Transformationsdruck zusammen (Diekmann und Gude 2023).

In Deutschland scheint die größte Gefahr durch populistische politische Semantiken darin zu liegen, dass die demokratischen Parteien derzeit selbst eine Vulnerabilitätserfahrung machen – auch sie werden der Voraussetzung ihres eigenen Erfolgs gewahr und laufen Gefahr, ein großes Potenzial der deutschen Demokratie zu verspielen: eine politische Auseinandersetzung um Interessen, Konzepte und Modelle, die stets in der Lage war, zu Kompromissen zu kommen. Die populistische Gefahr in Deutschland ist (noch) nicht, dass Populisten an die Macht kommen, zumindest nicht im Bund. Aber der Zuspruch für die AfD und womöglich entstehende populistische Alternativen zur selbsternannten Alternative hemmt die Möglichkeit des zivilisierten Streits um bessere Lösungen. Sowohl die in Ostdeutschland bereits wirklich gewordene Praxis, Koalitionen zwischen Partnern bilden zu müssen, die sonst Wettbewerber, sogar Gegner

sind, ist eine politisch pathologische Situation, als auch die zwischen demokratischen Parteien wechselseitige Schuldzuweisung an der populistischen Herausforderung.

All das verdeckt, dass es für diese Symptome deutliche gesellschaftliche Gründe gibt. Die Visibilisierung zuvor latent gebliebener Voraussetzung habe ich genannt. Dazu gehören aber auch ökonomische und politische Zielkonflikte in Transformationsprozessen, dazu gehört die Erfahrung des Kontrollverlusts, wie er insbesondere in der Migrationspolitik erlebt wird. Es werden – unabhängig davon, welche tatsächlich wünschenswert sind – Effekte versprochen, die kaum erreichbar sind. Es werden sich Geschäftsmodelle, Sicherheitsarchitekturen und nicht zuletzt generationelle Erwartungsstrukturen ändern. Je mehr man sich gegen eine populistische Herausforderung wehren muss, desto schwieriger wird es, angemessene und kontroverse Diskurse darüber zu führen. Je mehr solche Diskurse vonnöten sind, desto größer sind die Andockstellen für populistische Vereinfacher, die zumindest eines eint: Keinen Hauch einer operativen Lösung, in keinem denkbaren Politikfeld, wird man von solchen Akteuren erwarten können. Würde man das Parteiprogramm der AfD tatsächlich umsetzen, hätte das katastrophale Folgen – vor allem übrigens für das potenzielle Wählerklientel dieser Partei.

REFERENZEN

- Diekmann, F. und H. Gude (2023), »Wie die AfD die Angst vor dem Klimawandel für sich nutzt«, Interview mit Klaus Dörre, *Der Spiegel*, 6. August 2023, verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/soziologe-klaus-doerre-ueber-afd-erfolg-empowerung-nuetzt-nichts-a-1d888620-c412-41fb-9575-ee20e4c094aa>.
- Europäische Kommission (2023), *Eurobarometer*.
- Mau, S., T. Lux und L. Westhäuser (2023), *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*, Suhrkamp, Berlin.
- Nassehi, A. (2023), *Gesellschaftliche Grundbegriffe. Ein Glossar der öffentlichen Rede*, C. H. Beck, München.
- n-tv (2024), *forsa-Umfrage Februar 2024*.
- Politico (2017), »2017 Donald Trump Inauguration Speech Transcript«, 20. Januar 2017, verfügbar unter: <https://www.politico.com/story/2017/01/full-text-donald-trump-inauguration-speech-transcript-233907>.
- Reinecke, J., L. M. Verneuer-Emre, M. Wächter, S. Skolarski und J.-H. Lück (2023), »Populistische Einstellungen in der Bevölkerung – Messung und Analyse anhand einer Kurzsкала«, *FGZ Working Paper 6*, verfügbar unter: <https://www.fgz-risc.de/wp-6>.
- Statista (2024), »Wählerwanderung von und zu der AfD bei der Landtagswahl in Sachsen am 01. September 2019«, verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/323543/umfrage/waehlerwanderung-von-und-zu-der-afd-bei-der-landtagswahl-in-sachsen/>.

Joe Kaeser

Sozial-ökologische Marktwirtschaft braucht Maß und Mitte

Fünf Faktoren bestimmen die Stärke der deutschen Wirtschaft: Erstens der Export. Er ist der Motor der deutschen Wirtschaft. Zweitens ist Deutschland immer noch ein Land der Erfinder. Und deshalb prägt unser Land drittens maßgeblich die globale Energiewende. Viertens ist Deutschland die Heimat vieler international agierender Konzerne. Und all dies ist nur möglich, weil Deutschland fünftens seit nunmehr fast 80 Jahren im Frieden lebt. Die Frage, inwieweit Rechtspopulismus diese Stärken gefährdet, beantwortet sich von selbst. Rechtspopulismus und Polarisierung greifen unsere Demokratie und unseren Wohlstand an. Sie schwächen die deutsche Wirtschaft. Dies verdeutlicht eine einzige Zahl. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) würde ein Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union 2,2 Mio. Arbeitsplätze kosten. Rechtspopulismus ist zuallererst eine reale Bedrohung für unsere Demokratie. Er ist aber zugleich Gift für unsere Wirtschaft.

DER EXPORT – DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTSMOTOR NUMMER 1

Alle nationalpopulistischen Kräfte in Europa eint, dass sie sich im Nationalstaat von der Welt abschotten und Binnenmärkte wie die EU schwächen wollen. Wir müssen nur nach Großbritannien schauen, um zu sehen, welche negativen Auswirkungen rechtspopulistische Rhetorik und lautstarke EU-skeptische Politik haben können. Internationale Isolation sorgt für steigende Kosten, Bürokratie und massive Arbeitsplatzverluste, die derzeit britische Exporteure schwer belasten. Insgesamt, so eine Mitte Februar 2024 von Goldman Sachs vorgelegte Studie, ist das Bruttoinlandsprodukt des Vereinigten Königreichs durch den Brexit um etwa 5% zurückgegangen.

Eine wesentliche Grundlage des deutschen Wohlstands ist der Export. Deutschland hat mehr von Exporten im EU-Binnenmarkt profitiert als jedes andere Land. Direkt durch die Verkäufe inländischer Produkte



Joe Kaeser

ist Vorsitzender des Aufsichtsrats der Siemens Energy AG und Daimler Truck Holding AG.

Foto: © Siemens Energy AG

in die Welt hinaus und indirekt dadurch, dass viele kleine und mittlere Unternehmen als Zulieferer für die großen Exporteure erfolgreich sind. Wir sind von einer offenen und integrativen Gesellschaft abhängig, auf Mitarbeiter-, Kunden- und Investorenebene. Denn um die Exportschlager von morgen zu erfinden, braucht es nicht nur finanzielle Investitionen. Genauso wichtig ist eine offene, vielfältige Gesellschaft, die Innovation und Wandel begrüßt. Ein Rückzug in

nationalstaatliches Denken und eine Abschottung würde zu einer erheblichen Kontraktion der deutschen Wirtschaft führen und Millionen von Arbeitsplätzen gefährden. Den, wie von Alice Weidel beschrieben, EU-Abschied Großbritanniens als »Modell für Deutschland« zu beschreiben, ist daher nicht nur irrational, sondern auch gefährlich.

Populistischen Strömungen, die in Europa und darüber hinaus an Boden gewinnen, befürworten oft eine protektionistische Handelspolitik und eine Renationalisierung der Wirtschaft. Solche Politikansätze stehen im direkten Widerspruch zu den Prinzipien des freien Handels und der wirtschaftlichen Integration – die Grundlage für Deutschlands Erfolg als Exportnation. So prognostiziert etwa das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) bei einer Umsetzung des Grundsatzprogramms und des Europawahlprogramms der AfD den Verlust von 2,2 Mio. Arbeitsplätzen.

Ein Beispiel aus meiner Rolle als Aufsichtsratsvorsitzender von Siemens Energy: Der Großteil der Nachfrage nach unserem Angebot kommt aus dem Ausland. Ohne diese Aufträge würden viele deutsche Standorte von Siemens Energy wie etwa Görlitz oder Erfurt nicht mehr existieren – und damit auch nicht die direkten und indirekten Arbeitsplätze dort. Von 90 Turbinen, die in Görlitz gebaut werden, wird nur eine einzige im Inland verkauft. Das heißt: Rund 90% der Arbeitsplätze in Görlitz hängen vom Export ab. Eine Partei, die Deutschland abschotten will und andere Kulturen ausgrenzt, schadet unserem Ansehen und unseren Exportinteressen in der Welt. Deshalb ist die beste »Alternative für Deutschland« unsere Exportkraft und die Stärkung der Prinzipien des freien Handels.

LAND DER ERFINDER

Mit 12,4% aller Patentanmeldungen rangiert Deutschland weltweit auf Platz 2. Nur die USA sind stärker. Noch ... denn Deutschland ist das einzige Land innerhalb der Top Ten der Patentanmeldeländer, das einen merklichen Rückgang in den vergangenen Jahren zu verzeichnen hat. Um fast 5% sank laut Berechnungen des EU-Parlaments allein 2022 die Zahl der Patentanmeldungen gegenüber dem Vorjahr. Die Innovationskraft ist eine tragende Säule unserer Geschichte. Nicht umsonst gilt Deutschland als Land der Dichter, Denker, Erfinder und Ingenieure. Mit dem Buchdruck, dem elektrodynamischen Prinzip als Grundlage der Elektrifizierung und dem ersten Automobil hat Deutschland die Welt verändert. Doch heutzutage sind es vor allem Branchen wie der Maschinenbau und die Fahrzeugtechnik, die unter dem Druck aus Asien stagnieren.

Eine Politik, die Zuwanderung ablehnt, würde nicht nur zukünftige Innovation in Deutschland hemmen. Sie würde auch unsere gegenwärtige Basis für Experten-Fachwissen in Frage stellen, die u. a. auf qualifizierten Einwanderern beruht. Denn es steht außer Frage: Der Wettbewerb um die besten Köpfe hat längst begonnen. Und schon jetzt überlegen sich zugewanderte Ingenieurinnen und Ingenieure sehr genau, in welchen Regionen Deutschlands sie sich niederlassen, um ihren Beruf auszuüben. Die Geschichte lehrt uns, dass populistische Parteien sich dafür stark machen, den Status quo zu bewahren oder sogar die Zeit zurückzudrehen. Veränderung, egal ob industrielle Digitalisierung, Mobilität, Medizintechnik, Künstliche Intelligenz oder nachhaltige Energie, wird mit Misstrauen betrachtet. Wenn wir weiterhin auf der Innovations-Weltbühne mitspielen wollen, dürfen wir bei dem Thema Innovation nicht nachlassen. Momentan haben laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung fast vier von zehn deutschen Firmen aufgehört, aktiv nach Neuerungen zu suchen. Ich bin davon überzeugt, dass wir noch das Handwerk und den Erfindergeist haben, diesem Trend entgegenzuwirken. Jedoch braucht es hierfür eine Politik, die mehr in Forschung und Entwicklung, in skalierbare, nachhaltige Geschäftsmodelle und in industrielle Applikationen investieren möchte.

Teuer eingekaufte Marketing-Slogans der AfD wie »Deutschen Erfindergeist endlich finanzkräftig unterstützen« mögen zwar ansprechend klingen. Aber sie lenken von der Tatsache ab, dass eine Politik, die sich gegen Veränderung und Fortschritt stellt, letztlich die Innovationsfähigkeit Deutschlands und seine Position auf der globalen Bühne schwächt. Innovation braucht eine offene und plurale Gesellschaft. Hierfür braucht es klare politische Rahmenbedingungen und wettbewerbsfähige Anreize, die auf Rationalität statt auf Ideologie basieren.

UNSERE ROLLE IN DER GLOBALEN ENERGIEWENDE

Der Global Risks Report 2024 des World Economic Forum hat noch einmal deutlich gemacht: Der Kampf gegen den Klimawandel ist die zentrale Aufgabe unserer Zeit. Gleichzeitig gilt aber auch die Weisheit, dass in jeder Krise Chancen stecken. Die Energiewende ist das bedeutendste Investitionsprogramm seit der Industrialisierung. Das Gleichgewicht zwischen Nachhaltigkeit, Finanzierbarkeit und Sicherheit unserer Energieversorgung ist ein umfangreiches Unterfangen und bietet gleichzeitig enorme Chancen für Wachstum und Beschäftigung. Doch um diese Chancen zu nutzen, brauchen wir eine Politik, die den Kampf gegen den Klimawandel unterstützt, anstatt ihn zu behindern oder sogar leugnet.

Auch die Klimapolitik rechter Akteurinnen und Akteure ist oftmals ideologisch geprägt. Sie wendet sich gegen rationale Lösungsansätze der Klimaschutzge-

setze, CO₂-Steuern, EU-Emissionshandel, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Der weitere Ausbau der Windenergie soll gestoppt werden. Und dass, obwohl erst im Dezember 2023 fast alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union die EU-Windcharta unterzeichnet haben und sich damit verpflichteten, langfristige Perspektiven für den Ausbau der Windenergie zu schaffen. Stattdessen setzt die AfD beim Thema Energieversorgung auf Kohle und Kernkraft. In diesem Kontext muss deutlich gemacht werden: Wer die AfD wählt, steuert Deutschland beim Thema Energiepolitik in eine Sackgasse ohne Wendekreis. Denn es gibt keine Alternative zum Gelingen der Energiewende.

Wir erleben bereits den Klimawandel und seine zerstörerischen Auswirkungen. Und diese sehen wir nicht nur in der Erwärmung und in Wetteranomalien. Sondern auch in der größten Migrationsbewegung unserer Zeit. Nach Angaben des UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, wurden zwischen 2008 und 2016 jährlich durchschnittlich 21,5 Mio. Menschen durch wetterbedingte Ereignisse wie Überschwemmungen, Stürme, Waldbrände und extreme Temperaturen zwangsvertrieben. Prognosen des internationalen Thinktanks IEP gehen davon aus, dass bis 2050 weltweit 1,2 Mrd. Menschen aufgrund des Klimawandels und von Naturkatastrophen aus ihrer Heimat fliehen müssen.

Nur knapp schrappte der Planet im vergangenen Jahr an der 1,5-Grad-Marke vorbei, auf die die Staaten der Welt die Erderwärmung begrenzen müssen. Auch in Deutschland wurde im Schnitt noch nie eine höhere Temperatur gemessen als 2023. Deutschlands Weg zur Klimaneutralität ist im Klimaschutzgesetz vorgezeichnet. Denn mit dem Ziel, bis 2045 netto null Emissionen zu erreichen, leisten wir einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz. Um diese Ziele einzuhalten, müssten allerdings schon bis 2030 umfangreiche Maßnahmen entlang der gesamten Energie-Wertschöpfungskette umgesetzt werden. Hierin kann Populismus und Klimaskepsis keinen Platz finden. Dafür lohnt es sich zu engagieren, als Bürger, als Mensch. Denn es geht um unser aller Zukunft.

HEIMAT INTERNATIONALER KONZERNE

Geografisch im Zentrum der Europäischen Union gelegen, bietet Deutschland wirtschaftliche Stabilität und Sicherheit sowie offenen Zugang zu den übrigen 26 EU-Staaten. Unternehmen aus aller Welt schätzen Deutschlands Marktgröße, den sicheren Rechtsrahmen, die hochqualifizierten Arbeitskräfte und die Infrastruktur. Wir sind dadurch eine attraktive Heimat vieler internationaler Konzerne, die sowohl durch Firmenzusammenschlüsse, Akquisitionen, aber auch durch eine wachsende Zahl von Greenfield-Projekten ihren Fußabdruck in der Europäischen Union vergrößern wollen. Die Bedeutung Deutschlands als Wirtschaftsstandort verdeutlicht eine einzige Zahl: Seit dem Brexit ist die Zahl britischer Unternehmen, die

ihre Tätigkeit nach Deutschland verlagert haben, um 38% gestiegen.

Wer demnach den »Dexit«, also Deutschlands Austritt aus der EU, befürwortet, hat nicht verstanden, dass kein europäisches Land im ökonomischen Wettstreit zwischen den Kontinenten auf eigene Faust überleben kann. Wir brauchen ein starkes und handlungsfähiges Deutschland innerhalb Europas, vor allem im Wettstreit mit China und den USA. Der gemeinsame europäische Binnenmarkt hat unseren heutigen Wohlstand und Erfindergeist überhaupt erst möglich gemacht. Es gibt Institutionen der EU, die ohne jeden Zweifel reformbedürftig sind. Aber es ist und bleibt das beste System, das wir haben. Es verschafft den Menschen Stabilität, Sicherheit, Freiheit, Freizügigkeit und Wohlstand.

Die Bedeutung internationaler Konzerne für die deutsche Wirtschaft kann ich demnach nicht hoch genug einschätzen. Sie schaffen Arbeitsplätze, zahlen Steuern, investieren in Forschung und Entwicklung und tragen zur internationalen Vernetzung der deutschen Wirtschaft bei.

DEUTSCHLAND IM FRIEDEN

Dies bringt mich zum letzten und dennoch wichtigsten Punkt. Deutschland lebt seit fast 80 Jahren im Frieden und profitiert von seiner Einbindung in die internationale Gemeinschaft. Wir sollten als Kinder und Enkel der deutschen Kriegsgeneration dankbar sein, dass man uns nach 1945 eine neue Chance in der Weltgemeinschaft gegeben hat. Das war nicht selbstverständlich. Auch deshalb müssen wir die Erinnerung an diesen Zivilisationsbruch wachhalten – das sind wir den Menschen, die unter der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten gelitten und ihr Leben verloren haben, schuldig. Wer seine Geschichte vergisst, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen. Wir dürfen dem Erstarken von Rechtspopulismus und Polarisierung nicht tatenlos zusehen. Jede Form von sozialer Intoleranz ist ein Angriff auf unsere Demokratie und unseren Wohlstand, den wir um jeden Preis schützen müssen.

Die wirtschaftliche und bürgerliche Gesellschaft darf nicht den Fehler von 1933 wiederholen und schweigend zusehen. Denn neueste Ereignisse, die sich in Deutschland abspielen, zeigen deutlich, dass ein Rechtsrutsch in der Politik nicht nur hypothetisch betrachtet werden darf. Deshalb haben wir im Aufsichtsrat von Siemens Energy und Daimler Truck, denen ich vorstehe, entschieden, der Initiative #NieWiederIstJetzt beizutreten und diese von ganzem Herzen zu unterstützen. Ich persönlich trete seit Jahren gegen Rechtsextremismus und seine Ausprägungen in unserem Land ein. Deshalb freue ich mich, dass sich immer mehr Menschen, darunter auch Topmanagerinnen und -manager, finden, die sich öffent-

lich gegen Ausgrenzung, Intoleranz und Abschottung in unserem Land aussprechen. Das ist wesentlich, denn die Lage ist ernst. Gerade in einem Jahr wie 2024, in dem mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung zur Wahl gehen wird.

Frieden und internationale Zusammenarbeit sind entscheidend für eine starke Demokratie und wirtschaftliche Stabilität. Sie fördern kulturellen Austausch und tragen zur Lösung globaler Herausforderungen bei. Von Isolationismus und Fremdenfeindlichkeit haben wir nichts zu gewinnen.

FAZIT

Um die Eingangsfrage des Titelthemas »Ist unser Wohlstand in Gefahr?« klar und deutlich zu beantworten: Ja! Viele Menschen fühlen sich abgehängt und klammern sich an die falschen Versprechungen der rechten Parteien. Doch Rechtspopulismus ist eine reale Bedrohung für unsere Demokratie und unsere Wirtschaft. Denn es geht darum, die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft zu sichern und die Grundlagen für nachhaltiges und inklusives Wachstum zu schaffen. Denn nur in einer offenen, demokratischen und gerechten Gesellschaft kann unsere Wirtschaft gedeihen und ihr Potenzial entfalten. Dazu gehört die Offenheit gegenüber anderen Kulturen und Meinungen, die Achtung der Menschenrechte und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Integration auf internationaler Ebene. Nur so können wir unseren Wohlstand und unsere demokratischen Werte für zukünftige Generationen bewahren.

Der Fokus liegt dabei auf fünf Themenfeldern: Wir müssen erstens unseren Status als starke Exportnation weiter ausbauen. Unsere Innovationskraft ist zweitens zu einem Großteil abhängig von internationalem Austausch. Deutschland spielt drittens eine führende Rolle beim Gelingen der weltweiten Energiewende. Deutschlands Stärke hängt viertens davon ab, dass internationale Konzerne von hier aus erfolgreiche Geschäfte machen. Und schließlich basiert unsere wirtschaftliche Stärke darauf, dass wir seit fast 80 Jahren im Frieden leben. Unser Ansehen auf der Weltbühne ist nicht selbstverständlich und bedarf ständiger Pflege und Anpassung an globale Rahmenbedingungen in volatilen Zeiten. Es ist von zentraler Bedeutung, dass wir uns als Gesellschaft und Wirtschaft gegen Kräfte stemmen, die diese Errungenschaften durch Abschottung und Polarisierung gefährden.

Wir haben frühere Generationen oft gefragt, warum sie sich nicht zu Wort gemeldet haben, als sie den Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland und das Aufhetzen von Nachbarn gegen Nachbarn beobachten konnten. Es ist Zeit, dass wir uns die gleiche Frage stellen und zu Wort melden. Wir müssen die Werte der Offenheit, Vielfalt und Zusammenarbeit lautstark verteidigen. Wir dürfen politischem Populismus keine Chance geben.

Knut Bergmann und Matthias Diermeier

AfD und Sozialpolitik: Anhänger fordern das Dagegensein

DAS RADIKALE ENDE DES DEUTSCHEN SONDERWEGS

Seit Jahren versucht die Wahlforschung zu ergründen, warum sich im deutschen Parteiensystem – anders als in fast allen europäischen Ländern – lange keine rechtspopulistische Partei etablieren konnte (Bornschiefer 2012; Korte 2008). Gefüllt wurde die lange bestehende Repräsentationslücke erst durch die Etablierung der Alternative für Deutschland (AfD) auf allen drei Ebenen des föderalen Systems.

Eine bundesdeutsche Besonderheit ist der *cordon sanitaire*, der die Rechtspopulisten trotz ihrer Wahlerfolge weitestgehend von den Schalthebeln der – auch informellen – Macht ferngehalten hat (Weisskircher 2023). Zudem scheint die AfD radikaler als ihre europäischen Schwestern, was die Partei selbst in der von der italienischen Lega und dem französischen Rassemblement National dominierten Fraktion »Identität und Demokratie« im Europaparlament isolierte. Unklar bleibt angesichts der Extrempositionen – die übrigens weniger in den Programmen der AfD zu finden sind, sondern zumeist aus Interviews, Wahlkampf- und Talk-Show-Auftritten sowie Parlamentsreden stammen –, ob diese auch wirtschaftspolitische Realität würden, wenn die AfD dort ankäme, wo viele ihrer weniger radikalen Schwesterparteien bereits angelangt sind: in Regierungsverantwortung.

Ähnlich der meisten europäischen Rechtspopulisten ist die AfD zwar in der Steuer-, Arbeitsmarkt- oder Energiepolitik eine wirtschaftsliberale Partei – was ihr eigentlich Zuspruch von Seiten der Wirtschaft einbringen müsste –, vertritt aber ebenso Positionen, die von Wirtschaftsvertretern aufgrund des erwarteten Schadens für Geschäftsmodelle wie der einhergehenden politischen Unsicherheit auf Ablehnung stoßen: Die Verweigerung von Fachkräftesicherung durch qualifizierte Migration, die Absage an Freihandelsabkommen und eine aktive Industriepolitik, das Leugnen des anthropogenen Klimawandels sowie die Unklarheiten hinsichtlich eines möglichen deutschen Austritts aus der EU und/oder der Europäischen Währungsunion.

Hinzu kommt das schon genannte Spannungsfeld zwischen Programmatik und öffentlichen Aussagen, so dass nicht klar erkennbar ist, wo die Partei zu verorten ist. Der wirtschaftspolitische Sprecher der AfD, Leif-Erik Holm, versuchte etwa in einer Talk-Show, angesprochen auf Dexit-Überlegungen von Partei- und Fraktionschefin Alice Weidel, diese als »Ultima Ratio« abzuweigen. Auf die Nachfrage »Ist das EU-Wahlprogramm die Position oder das, was Sie jetzt hier gerade sagen, die Position?« antwortete er mit »Das, was ich hier sage« (Hart aber Fair 2024).

GROSSE SORGEN IN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Bezeichnenderweise gibt ein Hauptgeschäftsführer (HGF) in einer Befragung großer Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände durch das Institut der deutschen Wirtschaft (IW)¹ an, die politische Praxis der Partei mache »Berechenbarkeit unmöglich« und das AfD-Personal sei ein »zusammengewürfelter Haufen«. Unter anderem diesem Gedanken folgend, begegnet die verfasste Wirtschaft der Partei mit einer Ausgrenzungsstrategie (Bergmann et al. 2024). Gemeinsame Positionen, die angesichts der wirtschaftsliberalen Programmatik eigentlich bestehen müssten, werden kaum wahrgenommen. Überdies bestehen kaum persönliche Kontakte.

In fast jedem zweiten Verband werden »Schwierigkeiten, in AfD-Hochburgen Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen« auf das Erstarken der Partei zurückgeführt (Bergmann und Diermeier 2023). Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Christian Sewing, wies Anfang 2024 sogar auf die Gefahr ausbleibender Unternehmensinvestitionen hin (Schäfers 2024), was die HGF jedoch nur zu knapp über 20% als zutreffend bewerteten (weitere 25% »teils-teils«) (Bergmann und Diermeier 2023). Die Partei wird jedoch nicht allein aufgrund der Unkalkulierbarkeit ihrer Positionen und der Kritik in puncto Europapolitik, Freihandel, Fachkräftesicherung und Industriepolitik als Standortrisiko empfunden; mehr noch sorgt sich die verfasste deutsche Wirtschaft um die Auswirkungen auf die politische Kultur – was nicht verwundert, da die Partei hier auch ohne Regierungsbeteiligung schon erkennbar Einfluss nimmt.

Bei der Suche nach Ursachen des Erstarkens der AfD kommt in der IW-Befragung bei insgesamt zwölf abgefragten Antwortmöglichkeiten das erste wirtschaftspolitische Item mit der »Energiepreiskrise« erst auf dem fünften Platz; der »drohende wirtschaftliche Abstieg Deutschlands« sogar erst auf dem neunten Platz.

¹ Da in dieser Befragung nur wenige Verbände aus Ostdeutschland vertreten waren, können die hier beschriebenen Aussagen nicht für ganz Deutschland als gesichert gelten. Es gibt diverse Hinweise, dass in Ostdeutschland mehr Kontakte der AfD zu verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Institutionen bestehen, als dies im Westen der Fall ist. Zudem hat die Befragung aufgrund ihres Designs einen Bias zugunsten von Industriebranchen, während das Handwerk nicht berücksichtigt wurde.



Dr. Knut Bergmann

ist Leiter Kommunikation und Hauptstadtbüro des IW.



Dr. Matthias Diermeier

ist Geschäftsführer IW Gesellschaftsforschung gGmbH und Leiter Kooperationscluster Demokratie, Gesellschaft, Marktwirtschaft des IW.

AUSTERITÄT ALS URSACHE VON POLITISCHER RADIKALISIERUNG?

Publizistisch wurde dem entgegengestellt, dass die Erfolge der AfD auf einer unzureichenden Sozialpolitik basierten: »Wer die AfD bekämpfen will, muss soziale Politik machen«. Und: »Einer der Hauptgründe für den Rechtsruck ist [...] die Austeritätspolitik auch vorangegangener Regierungen« (Diez 2024). Die Prämisse einer solchen Argumentation lautet, dass die Erfolge der AfD auf der latenten Enttäuschung ihrer Anhängerschaft über eine vermeintlich mangelnde Leistungsfähigkeit des Sozialstaats basierten.² Auch die stark sozialpolitisch gefärbte Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz auf dem SPD-Parteitag Anfang Dezember 2023 lässt sich so interpretieren.³

Die vergleichende Populismusforschung hat die Implikationen von Austeritätspolitik – die in den hier angeführten Studien Einschnitte in der Sozialpolitik, bei den Bildungsaufgaben und bei den öffentlichen Investitionen beinhaltet – europaweit verschiedentlich untersucht. Gabriel et al. (2023) belegen, dass infolge eines Austeritätsschocks sowohl die Wahlenthaltung als auch die Stimmanteile radikaler Parteien steigen. Umgerechnet lassen sich mittelfristig 6% des Anstiegs der Wahlergebnisse extremer Parteien durch eine vorhergehende Austeritätsperiode erklären. Bei Parteien, die der extremen Rechten zugerechnet werden können, beträgt der Anteil allerdings lediglich 1,3% (Gabriel et al. 2023). Die Effekte fallen statistisch signifikant aus, deuten aber darauf hin, dass am rechten Rand andere Treiber existieren müssen, um die restlichen 98,7% des Erstarkens erklären zu können.

Ähnlich bestätigt die Analyse von Hübscher et al. (2023), dass Austeritätspolitik zur politischen Polarisierung beiträgt. Gerade neue, kleine und radikale Parteien profitieren am stärksten von einer entsprechenden Periode der Sparpolitik. In der ersten Wahl nach der Implementierung von Austeritätspolitik steigt das Ergebnis aller Nicht-Mainstream-Parteien um 3,5 Prozentpunkte, die Wahlbeteiligung sinkt um 1,8 Prozentpunkte. In einer experimentellen Befragung wird zudem gezeigt, dass dies gerade der Fall ist, wenn Austeritätspolitik in die Regierungszeit von Mainstream-Parteien⁴ fällt (Hübscher et al. 2023).

Dass rechtspopulistische Parteien – über ihre Anti-Establishment-Positionierung hinaus – von Austeritätsmaßnahmen von Mainstream-Parteien profitieren, ist nicht selbstverständlich. Schließlich gibt die rechtspopulistische Parteienfamilie ein heterogenes Bild ab, was ihre *Positionierung* hinsichtlich des Um-

fangs des Sozialstaats betrifft (Diermeier 2022). Was hingegen ihre *Priorisierung* einzelner sozialstaatlicher Programme angeht, ist sie wesentlich homogener – und für ihre Wählerschaft leicht verständlich (Enggist und Pinggera 2022). In Zeiten von Austeritätspolitik lässt sich eine Umschichtung des Sozialstaats von Rechtspopulisten politisch kapitalisieren: Wenn sich Wählerinnen und Wähler in Zeiten von Austeritätspolitik von mitte-links Regierungen abwenden, weil diese sozialpolitische Erwartungshaltungen enttäuschen (müssen), bleibt das rechtspopulistische Versprechen eines selektiven, wohlfahrtschauvinistischen Sozialstaats davon unberührt (Enggist und Pinggera 2022). Wohlfahrtschauvinismus bedeutet entweder Umschichtungen von Sozialstaatsprogrammen, von denen überproportional Migranten profitieren (etwa von der Sozialhilfe) hin zu solchen, die derzeit zu großen Teilen von der nativen Bevölkerung bezogen werden (etwa Grundsicherung im Alter oder Rente mit 63), oder den Zugang von Migranten zum Sozialstaat zu erschweren (Diermeier und Niehues 2022). Beides ist auch innerhalb einer Sparpolitik umsetzbar, unabhängig davon, wie diese grundsätzlich bewertet wird.

REGIONAL- STATT SOZIALPOLITIK GEGEN DAS ERSTARKEN DER AfD

Einer sozialpolitischen Einhegung der AfD steht entgegen, dass ihre Anhänger – ähnlich denen der FDP – sozialpolitischen Maßnahmen überaus kritisch gegenüberstehen. Dies wird insbesondere deutlich in der Beurteilung der Einführung des Bürgergeldes (Diermeier et al. 2023), der Kindergrundsicherung und der Mietpreisbremse (infratest 2023a). Genauso denkt die AfD-Anhängerschaft in Haushaltsfragen fiskalkonservativ. Als Reaktion auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, den Nachtragshaushalt 2021 für ungültig zu erklären, sprechen sich 69% von ihr für Einsparungen und nur 17% für eine Aussetzung der Schuldenbremse aus, 5% für die Anhebung von Steuern (infratest 2023b). Dabei spielen Einschnitte im Sozialstaat eine zentrale Rolle: Konkret nachgefragt gibt mit 84% ein ähnlich großer Anteil an, beim Bürgergeld sparen zu wollen, wie bei den Reizthemen »Militärhilfe für die Ukraine« (86%) sowie »Umstellung der Wirtschaft in Richtung mehr Klimafreundlichkeit« (82%) (infratest 2023b).

Erwartbar stilisieren AfD-Vertreter die Haushaltskrise wohlfahrtschauvinistisch als Verteilungskonflikt. Mitgliedern der Regierungsparteien wird vorgeworfen, sie seien »allesamt [...] linke Träumer, sozialistische Ideologen, die Deutschland und seine fleißigen Einwohner ruinieren. Sie sind die Anwälte der Nichtleister, Schützer der Gesetzesbrecher« (Deutscher Bundestag 2023, S. 14844) oder entschieden »zugunsten aller Welt und zu Lasten der Deutschen« (Deutscher Bundestag 2024, S. 19413). Nur bei »Rentnern, Arbeitnehmern oder bedürftigen deutschen Staatsbürgern« (Deutscher Bundestag 2024, S. 19419) sollten keine Ab-

² Schon an dieser Stelle muss angemerkt werden, dass der kleingliedrige Blick nach Deutschland keinesfalls aufzeigt, dass die AfD in überschuldeten Gemeinden oder solchen mit geringer öffentlicher Investitionstätigkeit besonders erfolgreich wäre (Diermeier 2020).

³ Zitat »Wir dürfen niemanden damit durchkommen lassen, dass er die Idee entwickelt, weil es ihm schlecht geht, darf er rechtsradikale Ideen haben.«

⁴ Als Mainstream-Parteien werden bei Hübscher et al. (2023) mitte-links (sozialdemokratische) und mitte-rechts (konservative sowie christdemokratische) Parteien klassifiziert.

striche gemacht werden. Von einem wohlfahrtschauvinistischen Umbau des Sozialstaats ist demnach fraglich, wie sein Ausbau die AfD Prozentpunkte kosten könnte – schließlich kritisieren 87 % der AfD-Anhänger das Bürgergeld mit der Begründung, dass höhere Sozialleistungen zu einer stärkeren Migration führten, die die deutschen Sozialkassen übermäßig belastet (Diermeier et al. 2023). Mit anderen Worten: Die Ablehnung der AfD-Anhänger wurzelt auch in ihrer Befürchtung, dass sozialpolitische Maßnahmen aus ihrer Sicht illegitimen Empfängern zugutekommen könnte.

Ein wirtschaftspolitisches Feld, auf dem sich gegen die AfD punkten ließe, ist demgegenüber die Regionalpolitik: Gerade in Zeiten, in denen etablierte Industriezweige durch die nötige Dekarbonisierung infrage gestellt werden, muss der Bedeutung von jahrzehntelang gewachsenen Wirtschaftsstrukturen auf die regionale Verwurzelung regionalpolitisch Rechnung getragen werden (Roose 2020). Nicht zuletzt konnte die AfD in unter Strukturwandeldruck stehenden Regionen überdurchschnittliche Wahlerfolge feiern und damit ein in Ostdeutschland bekanntes Muster auch in Westdeutschland etablieren (Bergmann et al. 2023). Die AfD gewinnt zunehmend in wohl-situierten Regionen, wo Menschen um ihren Wohlstand fürchten und nicht bereit sind, die Kosten der Transformationspolitik zu tragen (Bergmann und Diermeier 2024).

Fruchtbarer als der Versuch, eine Wählerklientel über den nachsorgenden Sozialstaat, den diese gar nicht befürwortet, zurückzugewinnen, erscheint es daher, die knappen Ressourcen zugunsten einer vorsorgenden Investitionsförderpolitik zu priorisieren. Schließlich ist die regionale Balance der deutschen Wirtschaft ein Alleinstellungsmerkmal, das bis heute – anders als in Industrieländern wie den USA, Frankreich, Großbritannien oder Italien – dazu beiträgt, Spannungen zwischen Agglomerationsräumen und dem ländlichen Raum ökonomisch einzuhegen.

REFERENZEN

Bergmann, K. und M. Diermeier (2024), »Transformationspolitik – Anspruch und Wirklichkeit der Ampel-Koalition«, *transcript*, Bielefeld, im Erscheinen.

Bergmann, K. und M. Diermeier (2023), »AfD-Erstarken. Verbände sehen stärker politische als ökonomische Risiken«, *IW-Kurzbericht* 63.

Bergmann, K., M. Diermeier, D. Kinderman und W. Schröder (2024), »Die deutsche Wirtschaft und die AfD: Erfahrungen, Befunde und erste Forschungsergebnisse«, *WZB Discussion Paper* 2024-602.

Bergmann, K., M. Diermeier und H. Kempermann (2023), »AfD in von Transformation betroffenen Industrieregionen am stärksten«, *IW-Kurzbericht* 71.

Bornschiefer, S. (2012), »Why a Right-Wing Populist Party Emerged in France but Not in Germany: Cleavages and Actors in the Formation of a New Cultural Divide«, *European Political Science Review* 4(1), 121–145.

Deutscher Bundestag (2024), *Plenarprotokoll* 20/152, 2. Februar 2024, Berlin, verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20152.pdf>.

Deutscher Bundestag (2023), *Plenarprotokoll* 20/120, 8. September 2023, Berlin, verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20120.pdf>.

Diermeier, M., J. F. Engler und H. Schäfer (2023), »Zu viel oder zu wenig Reform? Die öffentliche Verhandlung des Bürgergeldes«, *IW-Trends* 50(1), 101–124.

Diermeier, M. und J. Niehues (2022), »Towards a Nuanced Understanding of Anti-immigration Sentiment in the Welfare State: A Program Specific Analysis of Welfare Preferences«, *Rationality and Society* 34(3), 302–333.

Diermeier, M. (2020), »Ist mehr besser? Politische Implikationen der disparaten Daseinsvorsorge in Deutschland«, *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30, 539–568.

Diez, G. (2024), »Wer die AfD bekämpfen will, muss soziale Politik machen«, *Die Zeit*, 28. Januar 2024, verfügbar unter: <https://www.zeit.de/kultur/2024-01/politik-gegen-afd-wirtschaft-migration>.

Enggist, M. und M. Pinggera (2022), »Radical Right Parties and Their Welfare State Stances – Not So Blurry After All?«, *West European Politics* 45(1), 102–128.

Gabriel, R. D., M. Klein und A. S. Pessoa (2023), »The Political Costs of Austerity«, *Annual Research Conference – European Integration, Institutions and Development*, 13–15. November 2023, Brüssel.

Hart aber fair (2024), »Was hilft gegen die extrem Rechten: zuhören, demonstrieren, verbieten?«, 5. Februar 2024, 53. Minute, verfügbar unter: <https://www.ardmediathek.de/video/hart-aber-fair/was-hilft-gegen-die-extrem-rechten-zuhoeeren-demonstrieren-verbieten/das-erste/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLXNvcGhvcnEtMjFIM2E1MjEtZjYi00MzZiLWlyNGQtNTFmMWJiMTVkc0t4>.

Hübscher, E., T. Sattler und M. Wagner (2023), »Does Austerity Cause Polarization?«, *British Journal of Political Science* 53, 1170–1188.

infratest dimap (2023a), »ARD-DeutschlandTREND September 2023«, Repräsentative Studie im Auftrag der ARD, verfügbar unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2023/september/>.

infratest dimap (2023b), »ARD-DeutschlandTREND Dezember 2023«, Repräsentative Studie im Auftrag der ARD, verfügbar unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2023/dezember/>.

Korte, K.-R. (2008), »Neue Formeln zur Macht: Parteienwettbewerb in Deutschland«, *Die Politische Meinung* 465, 5–9.

Roose, J. (2020), »Wirtschaft ist Heimat: Regionaler Strukturwandel in Biografien und Erwartungen der Bevölkerung«, *Forum Empirische Sozialforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung*, Berlin

Schäfers, M. (2024), »Sewing warnt vor der AfD«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31. Januar 2024.

Weisskircher, M. (2023), »Towards a Fifth Wave of Far-Right Politics in Germany and Beyond?«, in: *Contemporary Germany and the Fourth Wave of Far-Right Politics. From the Streets to Parliament*, M. Weisskircher (Hrsg.), Abingdon, Routledge, 220–230.

Florian Dorn, David Gstrein und Florian Neumeier

Wachsende Armutgefährdung mitverantwortlich für Wahlerfolg rechtsextremer Parteien*

ZUNEHMENDE POLARISIERUNG IN POLITIK UND GESELLSCHAFT

In den vergangenen Jahren, vielleicht sogar Jahrzehnten, haben extreme Parteien und populistische Bewegungen in vielen westlichen Demokratien stark an Popularität gewonnen. Die Präsidentschaft von Donald Trump und die zunehmende politische Polarisierung in den Vereinigten Staaten, das Brexit-Votum im Vereinigten Königreich sowie die Wahlerfolge nationalistischer Parteien in vielen Ländern Europas belegen diesen Trend. Zu den Hauptmerkmalen dieser Strömungen zählt eine migrations- und globalisierungsfeindliche Rhetorik. Darüber hinaus werden politisch Andersdenkende zu Feindbildern erklärt und demokratische Institutionen systematisch geschwächt.

Was aber steckt hinter den Wahlerfolgen nationalistischer und (rechts-)extremer Parteien und dem wachsenden Zuspruch zu populistischen und demokratiefeindlichen Bewegungen? In den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften werden verschiedene sozio-kulturelle und -ökonomische Faktoren als Erklärung diskutiert, wie beispielsweise Theorien einer kulturellen Gegenreaktion einer Gruppe gegen einen für sie zu progressiven Wertewandel, gegen einen »Elite-gesteuerten« Prozess europäischer Integration, oder zu einwanderungsfeindlichen Einstellungen als Reaktion auf eine zunehmende Immigration. Andere führen die Entwicklungen auch auf Faktoren wie hohe Veränderungsgeschwindigkeiten, digitaler Wandel, Individualisierung, die veränderte Rolle von (sozialen) Medien und einem Verlust des demokratischen Raums zurück, oder aber auf ökonomische Ursachen wie wirtschaftliche Unsicherheit infolge von technologischem Wandel oder strukturellen Transformationsprozessen und Krisen (Dorn et al. 2023a, 2024b).

* Dieser Beitrag fasst die aktualisierten Ergebnisse von Dorn, F., C. Fuest, D. Gstrein, L. Immel und F. Neumeier (2024a), »Economic Deprivation and Radical Voting: Evidence from Germany«, *mimeo*, zusammen (frühere Version, siehe Dorn et al. 2020).

In diesem Beitrag konzentrieren wir uns auf die Bedeutung eines ganz bestimmten Faktors: *Regionale Armutgefährdung*.¹ In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten hat nicht nur die Popularität nationalistischer und populistischer Bewegungen zugenommen, sondern auch der Anteil an Menschen, die armutsgefährdet sind, also nahe oder unterhalb der (relativen) Armutsgrenze leben. Vor diesem Hintergrund untersuchen wir, wie diese beiden Entwicklungen zusammenhängen bzw. wie groß der Beitrag wachsender regionaler Konzentration von Armutgefährdung zum Erstarren nationalistischer und populistischer Strömungen ist. Unser Fokus liegt dabei auf der Lage in Deutschland, wo sich die wachsende Spaltung der Gesellschaft, die Erosion des Vertrauens in demokratische Institutionen und der zunehmende Nationalismus vor allem in den Wahlerfolgen der AfD manifestieren, während aber die Erfolge regional stark variieren.

DATENGRUNDLAGE UND METHODISCHES VORGEHEN

Unser Interesse gilt der Frage, welchen Beitrag die wachsende relative Armutgefährdung und deren regionale Verteilung auf das Erstarren nationalistischer Parteien in Deutschland hat. Um den Zuspruch zu nationalistischen Strömungen zu messen, verwenden wir zwei Datensätze:

- *Stimmenanteile nationalistischer und rechtsextremer Parteien*: Im ersten Teil unserer Analyse nutzen wir die amtlichen Endergebnisse der Bundestagswahlen von 1998 bis 2017, um die Popularität nationalistischer Parteien zu messen. Die entsprechenden Daten kommen vom Bundeswahlleiter und liegen uns auf Ebene der deutschen Landkreise und kreisfreien Städte vor, so dass unsere

¹ Darunter wird der Umstand bezeichnet, dass eine Person oder ein Haushalt relativ zur Mitte der Gesellschaft wirtschaftlich zurückfällt bzw. abgehängt ist.



Dr. Florian Dorn

ist Persönlicher Referent des Präsidenten und Economist am ifo Institut sowie Direktor von EconPol Europe bei CESifo.



David Gstrein

ist Doktorand der Forschungsgruppe Steuer- und Finanzpolitik am ifo Institut.



Dr. Florian Neumeier

ist Leiter der Forschungsgruppe Steuer- und Finanzpolitik am ifo Institut.

Auswertungen auf regionaler Ebene erfolgten. Als Maß für den Zuspruch zu nationalistischen Parteien dient uns der aggregierte Zweitstimmenanteil sämtlicher nationalistischer Parteien², darunter der AfD, NPD, DVU und der Republikaner.

- *Umfragedaten:* Im zweiten Teil der Analyse messen wir die Popularität nationalistischer Parteien auf Basis von Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP). Das SOEP ist eine repräsentative Bevölkerungsbefragung, die jährlich durchgeführt wird. Entsprechend findet unsere Auswertung auf Basis von Individualdaten statt, wobei wir die Befragungswellen von 2000 bis 2018 nutzen. Um Parteienpräferenzen zu messen, wird im Rahmen des SOEP gefragt, mit welcher Partei sich die Umfrageteilnehmer*innen identifizieren.

Zur Messung von relativer Armutsgefährdung ziehen wir drei Indikatoren heran:

- *Armutsgefährdungsquote:* Diese misst den Anteil der Haushalte, deren Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegt, wobei die Armutsgrenze laut OECD-Definition 60% des mittleren Haushaltseinkommens (Medianeinkommen) beträgt. Mit anderen Worten: Als arm bzw. armutsgefährdet gilt, wer im betrachteten Jahr weniger als 60% des Einkommens des mittleren deutschen Haushalts hat.
- *Armutsücke:* Diese misst den durchschnittlichen Einkommensabstand eines Haushalts von der Armutsgrenze, und zwar relativ zur Armutsgrenze. Während die Armutsgefährdungsquote misst, wie hoch der Anteil der Haushalte ist, die als armutsgefährdet gelten (Armutsprävalenz), misst die Armutsücke, wie stark die armutsgefährdeten Haushalte von Armut betroffen sind (Armutsausmaß).
- *Medianücke:* Diese misst den durchschnittlichen Einkommensabstand eines Haushalts vom Einkommen des mittleren Haushalts (Medianeinkommen). Die Medianücke gibt damit an, wie stark Haushalte in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung im Schnitt vom mittleren Einkommen entfernt sind.

Um die drei Indikatoren zu berechnen, verwenden wir Daten zum Einkommen deutscher Haushalte aus dem Mikrozensus. Die Berechnung der Indikatoren erfolgt dabei auf Ebene der deutschen Landkreise und kreisfreien Städte, als mittleres Einkommen verwenden wir das nationale Medianeinkommen. D. h., wir messen Prävalenz und Ausmaß an Armut für jeden deutschen Landkreis und jede kreisfreie Stadt getrennt, und zwar relativ zum bundesdeutschen Mittel. Unsere Indikatoren

zeigen somit an, wie sich die Armutsgefährdung bzw. wirtschaftliche Benachteiligung von Haushalten im Vergleich zur nationalen Entwicklung zwischen den Regionen verteilt und entwickelt.

Ziel unserer Auswertungen ist es, den kausalen Einfluss der regionalen Entwicklung relativer Armutsgefährdung auf die Popularität nationalistischer Parteien im Sinne eines Ursache-Wirkungszusammenhangs zu identifizieren. Zu diesem Zweck wenden wir eine Instrumentalvariablenschätzung an; methodisch orientieren wir uns dabei an der Studie von Boustan et al. (2013). Für die Identifikation kausaler Effekte wird dabei der Umstand ausgenutzt, dass sich nationale ökonomische Schocks unterschiedlich stark auf verschiedene Regionen auswirken. Mit Hilfe dieses Verfahrens können wir sicherstellen, dass die Effekte auf die Zustimmung zu nationalistischen Parteien, die wir schätzen, tatsächlich auf Veränderungen im Hinblick auf das Ausmaß an relativer Armutsgefährdung zurückzuführen sind und nicht auf Drittvariablen, die ggf. mit Armutsgefährdung und der Popularität nationalistischer Parteien korrelieren.

ERGEBNISSE AUF BASIS VON BUNDESTAGSWAHLDATEN

Betrachten wir zunächst die Ergebnisse für den Fall, in dem wir die Zustimmung zu nationalistischen Strömungen auf Basis der Zweitstimmenanteile rechtsextremer Parteien bei den Bundestagswahlen messen. Die in Tabelle 1 berichteten Koeffizienten messen, wie sich der Stimmenanteil nationalistischer Parteien in einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt verändert, wenn die relative Armutsgefährdung in der Region zunimmt. Die Ergebnisse legen nahe, dass Armutsgefährdung die Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien positiv beeinflusst. Zudem sind die von uns geschätzten Effekte statistisch signifikant und von erheblicher Größe. Zum Beispiel führt eine Erhöhung des Anteils an Haushalten in einer Region, die unterhalb der Armutsgrenze leben (gemessen durch die Armutsgefährdungsquote), um einen Prozentpunkt zu einem Anstieg des Stimmenanteils rechtsextremer Parteien um 0,5 Prozentpunkte. Der durchschnittliche Stimmenanteil rechtsextremer Parteien liegt in unserem Beobachtungszeitraum bei 4,95%, so dass der von uns geschätzte Effekt einen Anstieg des Zweitstimmenanteils rechtsextremer Parteien von 10% bedeutet. Tatsächlich ist die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote in den Landkreisen und kreisfreien Städten zwischen 1998 und 2017 um 1,9 Prozentpunkte gestiegen. Damit können sogar fast 20% des Stimmenzuwachses nationalistischer Parteien durch das Wachstum der Armutsgefährdung in den betroffenen Regionen erklärt werden. Die Effekte sind noch größer, wenn wir die anderen Indikatoren für relative Armutsgefährdung betrachten. Eine Erhöhung der Armutsücke (Medianücke) um einen Prozentpunkt führt zu einem Anstieg des Stimmenanteils

² Wir beziehen alle nationalistischen bzw. rechtsextremen Parteien in die Analyse der Wahldaten ein, die zwischen 1998 und 2017 zur Bundestagswahl angetreten sind und als Partei im Ganzen oder Teile von dieser von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet wurde.

Tab. 1

Unterstützung für rechtsextreme Parteien (Regionale Analyse)

	(1)	(2)	(3)
Armutsgefährdungsquote	0,496*** (0,119)		
Armutslücke		1,243*** (0,215)	
Medianlücke			0,683*** (0,233)

Anmerkungen: Ergebnisse einer Instrumentalvariablen-schätzung. Alle Spezifikationen enthalten ökonomische und demografische Kontrollvariablen. Außerdem wird in allen Spezifikationen für zeit- und kreisfixe Effekte kontrolliert. */**/*** zeigen statistische Signifikanz auf dem 10%/5%/1%-Niveau an.

Quelle: Dorn et al. (2024a; 2020).

© ifo Institut

rechtsextremer Parteien um 1,2 (0,7) Prozentpunkte. Unsere Ergebnisse zeigen, dass lokal ein Nährboden für demokratiefeindliche und nationalistische Strömungen entstehen kann, je mehr Haushalte der Region nicht mehr mit der nationalen Einkommensentwicklung Schritt halten und abgehängt werden. In einer weiteren Spezifikation schätzen wir separate Effekte für west- und ostdeutsche Landkreise. Dabei zeigt sich, dass die Effekte in Ostdeutschland deutlich stärker sind als im Westen. Zwischen Stadt und Land finden wir hingegen keine signifikanten Unterschiede des Effekts von wachsender Armutsgefährdung auf die Stimmergebnisse von nationalistischen Parteien.

ERGEBNISSE AUF BASIS VON UMFRAGEDATEN

Tabelle 2 zeigt die Auswirkungen regionaler Armutsgefährdung auf die Unterstützung für rechtsextreme Parteien anhand der Umfragedaten. Die Effekte sind auch hier hochsignifikant und positiv. Die Größe der Koeffizienten ist sehr ähnlich zu den Schätzungen auf Basis von Bundestagswahldaten. Wir können also unsere Ergebnisse auch anhand von Umfragedaten bestätigen.

Während Wahlergebnisse die tatsächlichen politischen Präferenzen aus der Wahlkabine widerspiegeln, besteht der große Vorteil von Umfragedaten darin, dass sich damit auch separate Effekte für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen schätzen lassen. Abbildung 1 zeigt, wie sich ein Anstieg der regionalen Armutslücke auf den Zuspruch zu rechtsextremen Par-

teien in Abhängigkeit vom eigenen (relativen) Einkommen der befragten Person auswirkt. Hierfür haben wir die Befragten in Abhängigkeit ihres Einkommens in Quintile eingeteilt: Im ersten Quintil befinden sich Haushalte, die sich in der Einkommenshierarchie bei den unteren 20% befinden; im zweiten Quintil befinden sich Personen, deren Einkommen größer ist als das der 20% der einkommensschwächsten Haushalte, aber geringer als das der 60% der einkommensstärksten Haushalte; im dritten Quintil befinden sich Personen in der Mitte, deren Einkommen größer ist als das der 40% der einkommensschwächsten Haushalte, aber geringer als das der 40% der einkommensstärksten Haushalte; im vierten Quintil befinden sich Personen, deren Einkommen größer ist als das der 60% der einkommensschwächsten Haushalte, aber geringer als das der 20% der einkommensstärksten Haushalte; und im fünften Quintil befinden sich schließlich Personen, die zu den 20% der einkommensstärksten Haushalte gehören.³

Es zeigt sich, dass die Effekte entlang der gesamten Einkommensverteilung statistisch signifikant und von relevanter Größe sind. Wenn also der Anteil an Haushalten in einer Region zunimmt, die armutsgefährdet sind, steigt die Wahlabsicht für rechtsextreme Parteien in allen Einkommensgruppen. Unter den ärmsten 20% der Bevölkerung führt ein Anstieg der Armutslücke in der Region um einen Prozentpunkt zu

³ Vgl. Dorn et al. (2023b) zum Vergleich, welche Einkommensgruppen zur Mittelschicht zuzuordnen sind oder ein vergleichsweise niedriges oder hohes Einkommen haben.

Tab. 2

Unterstützung für rechtsextreme Parteien (Individuelle Analyse)

	(1)	(2)	(3)
Armutsgefährdungsquote	0,292*** (0,107)		
Armutslücke		1,277*** (0,391)	
Medianlücke			0,325*** (0,155)

Anmerkungen: Ergebnisse einer »Reduced-Form«-Schätzung. Alle Spezifikationen enthalten ökonomische und demografische Kontrollvariablen. Außerdem wird in allen Spezifikationen für individuelle, zeit- und raumordnungsregionfixe Effekte kontrolliert. */**/*** zeigen statistische Signifikanz auf dem 10%/5%/1%-Niveau an.

Quelle: Dorn et al. (2024a).

© ifo Institut

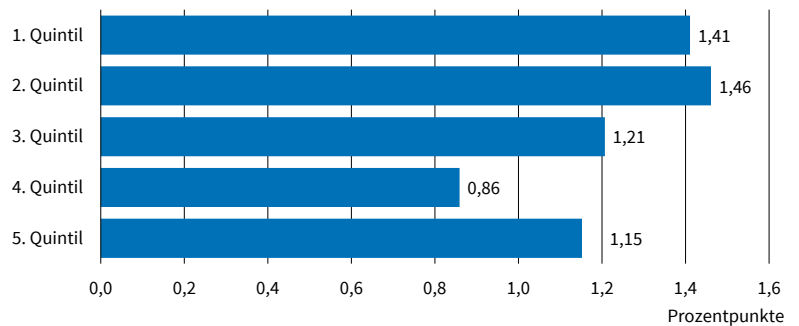
einem Anstieg der Unterstützung für rechtsextreme Parteien um 1,41 Prozentpunkte. Für die 20% nächstärmeren Personen in der Einkommenshierarchie ist der Effekt sehr ähnlich. Für die oberen 60% der Verteilung (3.–5. Quintil) fällt der Effekt zwar etwas kleiner aus, hat aber immer noch eine relevante Größe. Im vierten Quintil ist der Effekt am kleinsten, beträgt aber immerhin noch 0,86 Prozentpunkte. Insgesamt also zeigt sich, dass die von uns geschätzten Effekte von regionaler Armutsgefährdung auf den Zuspruch zu rechtsextremen Parteien nicht nur von den direkt von Armut Betroffenen getrieben wird. Stattdessen scheint der Umstand, dass in einer Region viele Haushalte von Armut betroffen sind, auch unter Personen mit hohem Einkommen zu einer Zunahme der Unterstützung für rechtsextreme Parteien zu führen.

Um einen Einblick zu bekommen, wie sich die politischen Einstellungen allgemein in wirtschaftlich abgehängten Regionen entwickeln, führen wir zusätzliche Analysen durch. Dazu greifen wir auf eine weitere Variable aus dem SOEP zurück: Zufriedenheit mit der Demokratie.⁴ Die Ergebnisse legen nahe, dass die Prävalenz von Armutsgefährdung in der eigenen Region einen negativen Einfluss auf die Zufriedenheit mit der Demokratie hat (vgl. Tab. 3). Auch dieser Effekt bleibt über die gesamte Einkommenshierarchie hinweg sehr konstant, d. h., sowohl unter ärmeren als auch unter reicheren Personen nimmt die Demokratieverdrossenheit zu, wenn das Ausmaß an Armut in einer Region im Vergleich zur bundesdeutschen Einkommensentwicklung zunimmt. Eine Wahrnehmung zunehmender regionaler Benachteiligung, bzw. regional abgehängt zu sein, kann folglich nicht nur die Unterstützung für rechtsextreme Parteien erhöhen, sondern auch das Vertrauen in das politische System und die demokratischen Institutionen in allen Einkommensgruppen senken. In einer weiteren Analyse sehen wir zudem, dass Befragte aller Einkommensgruppen in den wirtschaftlich abgehängten Regionen signifikant weniger daran glauben, dass sich die sozialen Bedingungen durch eigenes soziales oder politisches Engagement ändern lassen.

⁴ Die Skala reicht von 1 (vollkommen unzufrieden) bis 10 (vollkommen zufrieden).

Abb. 1

Unterstützung für rechtsextreme Parteien
Effekt der Armutslücke nach Quintilen der Einkommensverteilung



Quelle: Dorn et al. (2024a).

© ifo Institut

ERGEBNISSE FÜR LINKSEXTREME PARTEIEN

Kommt es zu wachsender wirtschaftlicher Ungleichheit zwischen Haushalten und Regionen, könnte man auch annehmen, dass radikale linke Parteien profitieren, die gegen Kapitalismus und für mehr radikale Umverteilung plädieren. Wir haben daher auch den Effekt von relativer Armutsgefährdung auf die Stimmanteile und Wahlpräferenzen für radikale linke Parteien untersucht. Unsere Ergebnisse zeigen, dass auch linksextreme Parteien, von wachsender Armutsgefährdung profitieren.⁵ Aufgrund der Bedeutungslosigkeit linksextremer Parteien in der bundesdeutschen Parteienlandschaft sind jedoch die Zugewinne ohne spürbare Relevanz. Ein Anstieg der Armutsgefährdungsquote um einen Prozentpunkt führte bspw. nur zu einem Anstieg von 0,03 Prozentpunkten im Stimmenanteil linksextremer Parteien in Deutschland. Ein interessantes Muster ergibt sich, wenn die Partei Die Linke hinzugenommen wird. Diese profitierte im betrachteten Zeitraum der sechs Bundestagswahlen 1998 bis 2017 von Armutsgefährdung im Westen, verliert jedoch in ostdeutschen Regionen mit wachsender wirtschaftlicher Gefährdung, also in Regionen in denen auch Die Linke eher als etablierte Partei wahrgenommen wird.

⁵ Als linksextrem begreifen wir alle Parteien, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

Tab. 3

Zufriedenheit mit der Demokratie (Individuelle Analyse)

	(1)	(2)	(3)
Armutsgefährdungsquote	- 5,890 (6,129)		
Armutslücke		- 61,55*** (25,22)	
Medianlücke			- 10,43*** (5,186)

Anmerkungen: Ergebnisse einer »Reduced-Form«-Schätzung. Alle Spezifikationen enthalten ökonomische und demografische Kontrollvariablen. Außerdem wird in allen Spezifikationen für individuelle, zeit- und raumordnungsregionfixe Effekte kontrolliert. */**/** zeigen statistische Signifikanz auf dem 10%/5%/1%-Niveau an.

Quelle: Dorn et al. (2024a).

© ifo Institut

FAZIT

Mehrere Faktoren können eine Rolle spielen, wenn es um die Erklärung der demokratiefeindlichen und populistischen Entwicklungen sowie das Erstarken nationalistischer Parteien in westlichen Demokratien geht. Unsere Studienergebnisse zeigen, dass auch eine Zunahme von relativer wirtschaftlicher Gefährdung mitverantwortlich für den Wahlerfolg rechtsextremer Parteien in Deutschland ist, insbesondere dem Erfolg der AfD. Menschen in Regionen, in denen das Ausmaß an Haushalten mit Armutsgefährdung und wirtschaftlicher Benachteiligung gegenüber der nationalen Einkommensentwicklung wächst, sind weniger mit der Demokratie und den politischen Institutionen zufrieden und glauben weniger daran, dass sich im bestehenden System die soziale Situation ändern lässt. Auffällig ist, dass in den betroffenen Regionen mit wachsender Prävalenz von Armutsgefährdung die Unzufriedenheit mit der Demokratie und die Wahlabsicht für rechtsextreme Parteien über alle Einkommensgruppen hinweg steigt. Die Wahrnehmung der (regionalen) wirtschaftlichen Entwicklung scheint daher unabhängig von der eigenen persönlichen Einkommenssituation ein wichtiger Faktor zu sein. Dies kann auch erklären, warum die AfD gerade in strukturschwachen Regionen Deutschlands stärker hinzugewinnen kann, sich gleichzeitig aber die sozioökonomischen Merkmale ihrer Wählerschaft in Umfragen nicht besonders stark von denen anderer etablierter Parteien unterscheiden. Unsere Ergebnisse unterstreichen, dass zunehmende regionale wirtschaftliche Disparitäten und eine wachsende wirtschaftliche Unsicherheit eine Gefahr für die Demokratie und den Zusammenhalt in der Gesellschaft sein können. Gerade in ostdeutschen, strukturschwachen Landkreisen und kreisfreien Städten scheint damit über Jahre ein Nährboden für die AfD entstanden zu sein, der sich einkommensunabhängig in einem Vertrauensverlust in das politische System und gegenüber etablierten demokratischen Parteien widerspiegelt.

Welche politischen Implikationen lassen sich aus den beschriebenen Ergebnissen schlussfolgern? Um

dem Erstarken populistischer und demokratiegefährdender Bewegungen entgegenzutreten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig zu stärken, ist es wichtig, auch die wirtschaftlichen Faktoren im Blick zu haben. Um das Vertrauen der betroffenen Personen wieder zunehmend zurückzugewinnen, muss es in erster Linie gelingen, die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen. Eine besondere Bedeutung scheint zudem eine effektive Struktur- und Wirtschaftspolitik für strukturschwache Regionen zu haben. Von strukturellem und digitalem Wandel betroffene Menschen und Regionen müssen glaubhaft Chancen und Zukunftsaussichten geboten und mit wirksamen Maßnahmen in ihrer positiven wirtschaftlichen Entwicklung und Transformation unterstützt werden. Entscheidend hierfür ist es, nicht nur die wirtschaftliche Resilienz der Regionen zu stärken, sondern auch die der Menschen selbst gegenüber sich schnell veränderten Rahmenbedingungen zu verbessern. Neben einem einkommensabsichernden Sozialsystem und hinreichendem sozialen Ausgleich kommt dabei in der Sozialen Marktwirtschaft auch den Arbeitsmarktinstitutionen sowie dem Bildungs- und Ausbildungssystem eine entscheidende Rolle zu, damit sich betroffene Personengruppen leichter an veränderte Rahmenbedingungen und strukturelle wirtschaftliche Umbrüche anpassen können und das Vertrauen in die Demokratie und ihren Institutionen gestärkt werden.

REFERENZEN

- Boustan, L., F. Ferreira, H. Winkler und E. M. Zolt (2013), »The Effect of Rising Income Inequality on Taxation and Public Expenditures: Evidence From US Municipalities and School Districts, 1970–2000«, *The Review of Economics and Statistics* 95(4), 1291–1302.
- Dorn, F., C. Fuest, D. Gstrein, L. Immel und F. Neumeier (2024a), »Economic Deprivation and Radical Voting: Evidence from Germany«, *mimeo*.
- Dorn, F., D. Gstrein und F. Neumeier (2024b), »Economic Causes for the Rise of Populist and Nationalist Movements«, *EconPol Forum* 25(2), 9–13
- Dorn, F., D. Gstrein und F. Neumeier (2023a), Stabile Demokratien in wirtschaftlich schweren Zeiten?, ifo-Studie im Auftrag der Hertie-Kommission »Demokratie und Bildung«, Geimeinnützige Hertie-Stiftung, Berlin.
- Dorn, F., D. Gstrein, F. Neumeier und A. Peichl (2023b), »Die Mittelschicht in Deutschland: Zugehörigkeit, Entwicklung und Steuerlast«, *ifo Schnelldienst* 76(8), 29–36.
- Dorn, F., C. Fuest, L. Immel und F. Neumeier (2020), »Economic Deprivation and Radical Voting: Evidence from Germany«, *ifo Working Paper* 336.

Manuel Funke, Moritz Schularick und Christoph Trebesch

Populistische Regierungen: Wirtschaftliche und politische Folgen*

Es gibt inzwischen zahlreiche wissenschaftliche Studien, die Gründe untersuchen, warum Menschen populistische Parteien wählen. Es ist jedoch an der Zeit, einen Schritt weiterzugehen. In unserer neuen Studie

(Funke et al. 2023) durchleuchten wir die wirtschaftlichen und politischen Folgen von Populismus. Wir stellen fest, dass Populismus zu einem langsameren Wirtschaftswachstum führt, demokratische Institutio-



Dr. Manuel Funke

ist stellvertretender Leiter des Forschungszentrums Internationale Finanzmärkte und Makroökonomie am Kiel Institut für Weltwirtschaft.



Prof. Dr. Moritz Schularick

ist Präsident des Kiel Instituts für Weltwirtschaft und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Sciences Po, Paris.



Prof. Dr. Christoph Trebesch

ist Leiter des Forschungszentrums Internationale Finanzmärkte und Makroökonomie am Kiel Institut für Weltwirtschaft und Professor für Makroökonomie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

nen untergräbt und ein Land anfälliger für zukünftige populistische Regierungen machen kann.

Der Aufstieg des Populismus in den vergangenen zwei Jahrzehnten hat viele Arbeiten zu den Determinanten populistischer Wahlerfolge motiviert (siehe die Übersicht von Guriev und Papaioannou 2020; Guiso et al. 2017; Rodrik 2017). Im Gegensatz dazu wissen wir immer noch wenig über die wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen des Populismus. Wie entwickelt sich die Wirtschaft, nachdem eine populistische Regierung an die Macht gekommen ist? Ist Populismus tatsächlich eine Bedrohung für die liberale Demokratie oder nicht? Diese Fragen sind noch nicht ausreichend untersucht worden. Die meisten vorhandenen Analysen zum Populismus konzentrieren sich auf die Ursachen und außerdem auf einzelne Länder oder auf Daten aus den vergangenen 20 oder 30 Jahren. Was fehlt, ist ein größeres Bild und eine globale, historische Perspektive auf das Thema Populismus.

Um diese Fragen zu beantworten, haben wir in einer neuen Studie (Funke et al. 2023) eine umfassende länderübergreifende Datenbank zum Populismus aufgebaut und 51 populistische Präsidenten und Premierminister im Zeitraum von 1900 bis 2020 identifiziert. Um populistische Machthaber zu kodieren, stützen wir uns auf die heute in der Politikwissenschaft gebräuchliche Definition, nach der Populismus eine politische Strategie ist, die sich auf den Konflikt zwischen »dem Volk« und »den Eliten« konzentriert (vgl. Mudde 2004). Genauer gesagt definieren wir einen Machthaber als populistisch, wenn er den angeblichen Kampf des wahren Volkes (»wir«) gegen die korrupten Eliten (»sie«) in den Mittelpunkt seiner politischen Kampagne und ihres Regierungsstils stellt. Auf der Grundlage dieser Definition können beispielsweise Wladimir Putin, Ronald Reagan oder Barack Obama nicht als Populisten eingestuft werden, Jair Bolsonaro, Silvio Berlusconi oder Donald Trump jedoch eindeutig schon.

Für die Datenerhebung haben wir mehr als 20 000 Seiten wissenschaftlicher Literatur zum Thema Populismus gesammelt, digitalisiert und ausgewertet und 51 Machthaber identifiziert, die eindeutig der oben genannten Definition eines Populisten entsprechen.

* Der Artikel ist eine gekürzte, überarbeitete und aktualisierte Fassung des Aufsatzes Funke, M., M. Schularick und C. Trebesch (2023), »Populist Leaders and the Economy«, *American Economic Review* 113(12), 3249-3288.

Genauer gesagt haben wir etwa 1 500 Regierende (d. h. Präsident, Premierminister oder vergleichbare höchste Machtpositionen) in 60 Ländern ab dem Jahr 1900 oder dem Jahr, in dem das betrachtete Land seine Unabhängigkeit erlangte, untersucht. Wir beginnen unsere Erhebung mit dem Jahr 1900, da es vor diesem Datum kaum Belege für Populisten an der Regierungsmacht auf Länderebene gibt.¹

Anhand dieser aussagekräftigen Fallauswahl haben wir eine historische Analyse der Höhen und Tiefen populistischer Regierungen weltweit während der vergangenen 120 Jahren durchgeführt und ihre politischen und wirtschaftlichen Folgen abgeschätzt.

POPULISMUS HAT EINE LANGE GESCHICHTE UND IST SERIELLER NATUR

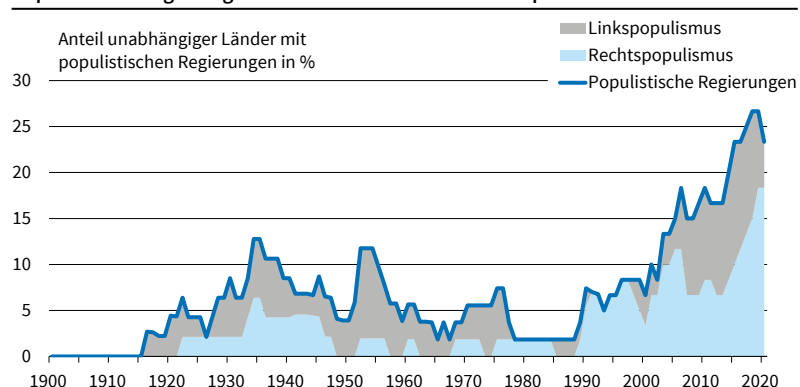
Abbildung 1 fasst die historische Entwicklung des Populismus zusammen, indem sie für jedes Jahr seit 1900 den Anteil der unabhängigen Länder in unserer Stichprobe von 60 Ländern darstellt, die von einem Populisten regiert wurden (blaue Linie). Die Abbildung zeigt, dass es Populismus auf Länderebene seit mehr als 100 Jahren gibt und dass er im vergangenen Jahrzehnt einen historischen Höhepunkt erreicht hat.

Der erste populistische Präsident war Hipólito Yrigoyen, der bei den Wahlen in Argentinien 1916 an die Macht kam. Seitdem hat der Populismus zwei große

¹ 1896 kandidierte der Populist William Jennings Bryan in den USA für das Präsidentenamt, verlor aber.

Abb. 1

Populistische Regierungen: Anteil der Länder in der Stichprobe

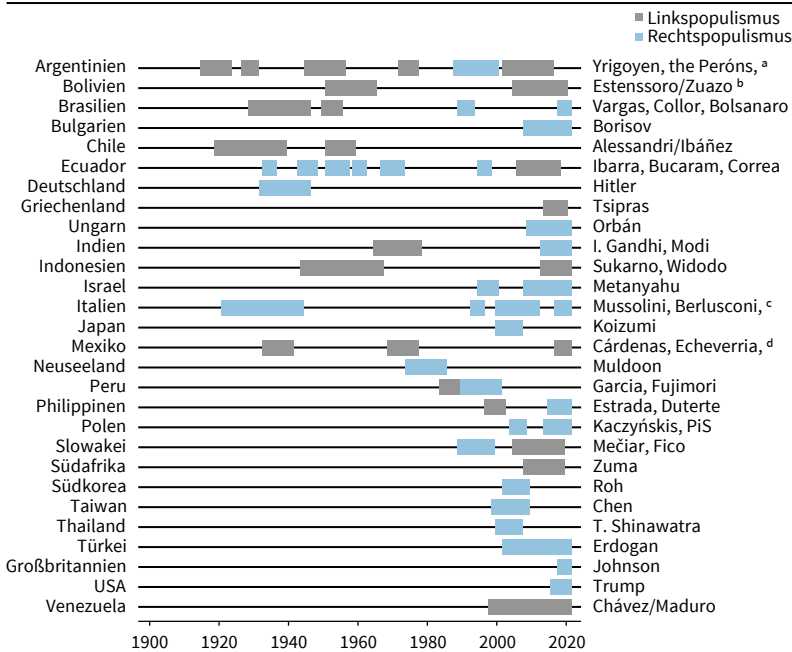


Quelle: Funke et al. (2023).

© ifo Institut

Abb. 2

Populistische Regierungsepisoden nach Ländern: Wiederkehrende Muster



^a Menem, the Kirchners. – ^b (MNR), Morales. – ^c Lega/M5S. – ^d Obrador.
Quelle: Funke et al. (2023).

© ifo Institut

Höhepunkte erlebt: während der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren und in den 2010er Jahren. Die 1980er Jahre waren der Tiefpunkt für den Populismus an der Macht. Nach dem Fall der Berliner Mauer kehrte das Phänomen jedoch ab 1990 mit voller Wucht zurück. Das Jahr 2018 markierte mit 16 Ländern (also mehr als 25% der Stichprobe), die von Politikern regiert werden, die in der politikwissenschaftlichen Literatur als Populisten bezeichnet werden, einen historischen Höchststand. Dieser jüngste Anstieg kann

hauptsächlich auf das Aufkommen einer neuen populistischen Rechten in Europa und darüber hinaus zurückgeführt werden.

Eine besonders interessante Erkenntnis aus unseren langfristigen Daten ist die Wiederkehr von populistischen Machtepisoden im Laufe der Zeit. Abbildung 2 zeigt die 27 Länder (aus unserer 60-Länder-Stichprobe), die in der Vergangenheit von Populisten regiert wurden (d. h. mindestens eine populistische Regierung an der Macht seit 1900 oder seit der Unabhängigkeit). Für jedes Land stellen die Balken die Zeiträume mit populistischer Führung dar.

Die Kernaussage von Abbildung 2 ist, dass Populismus auf Regierungsebene allem Anschein nach serieller Natur ist, da er in denselben Ländern immer wieder zu beobachten ist. Wir stellen lange und sich wiederholende Perioden populistischer Regierungsgewalt fest. Überdies deuten unsere Ergebnisse darauf hin, dass die Tatsache, dass ein Land in der Vergangenheit eine populistische Regierungsperiode erlebt hat, ein starker Prädiktor für populistische Herrschaft in den vergangenen Jahren ist. Interessanterweise gab es in der Hälfte der Länder in Abbildung 2, die wiederholt von populistischen Kräften regiert wurden, einen Wechsel vom Links- zum Rechtspopulismus oder umgekehrt.

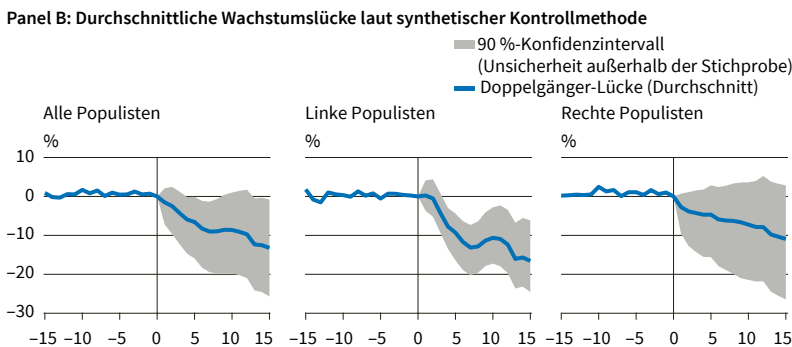
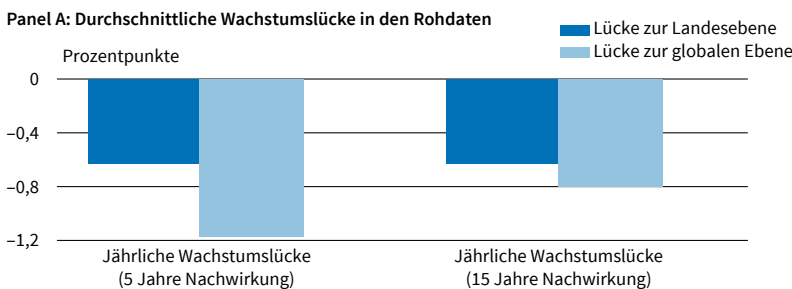
POPULISMUS HAT HOHE WIRTSCHAFTLICHE KOSTEN

Abbildung 3 gibt einen Hinweis auf die wirtschaftlichen Folgen, die wir durch den weltweiten Anstieg populistischer Politik in den vergangenen Jahren erwarten können. Panel A zeigt vier durchschnittliche Wachstumslücken beim annualisierten realen BIP-Wachstum, nachdem Populisten an die Macht gekommen sind. Die Methode lehnt sich an Blinder und Watsons (2016) Messung einer potenziellen Wachstumslücke zwischen demokratischen und republikanischen Präsidenten in US-Nachkriegsdaten an. Die Tendenz aus den Daten ist eindeutig. Nachdem eine populistische Regierung an die Macht kam, schnitten die Länder um etwa einen Prozentpunkt pro Jahr schlechter ab, sowohl im Vergleich zu der für ihr Land typischen langfristigen Wachstumsrate (blaue Balken) als auch zur (zum Messzeitpunkt) aktuellen globalen Wachstumsrate (hellblaue Balken). Dies gilt sowohl für den kurzfristigen Zeitraum von fünf Jahren als auch für den langfristigen Zeitraum von 15 Jahren nach dem Antritt der populistischen Regierung.

Die Ergebnisse in Panel A berücksichtigen allerdings nicht die wirtschaftlichen Ereignisse rund um den Amtsantritt der populistischen Kräfte oder die Dynamiken im Jahresvergleich, und sie verwenden keine strenge Kontrollgruppe. All dies ist aber besonders wichtig, da die Aufnahme eines Landes in unsere Gruppe von Ländern mit populistischen Regierungen im Hinblick auf die Wirtschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht zufällig erfolgt (vgl. Funke et al. 2016).

Abb. 3

Die wirtschaftlichen Kosten des Populismus: BIP-Wachstumslücken



Quelle: Funke et al. (2023).

© ifo Institut

Aus diesem Grund gehen wir in Panel B wissenschaftlich bestimmter vor, indem wir die von Abadie et al. (2010) entwickelte synthetische Kontrollmethode (SCM) nutzen, um für jede populistische Machtübernahme einen Doppelgänger zu konstruieren. Genauer verwenden wir für jeden Fall einen Algorithmus, der bestimmt, welche gewichtete Kombination aus nicht-populistischen »Geberländern« dem Wachstumstrend des von Populismus betroffenen Landes mit größtmöglicher Genauigkeit entspricht, bevor die populistische Regierung an die Macht kam.

Der Vergleich der Entwicklung dieses synthetischen Doppelgängers mit den tatsächlichen Daten der populistischen Wirtschaft quantifiziert die Gesamtkosten der populistischen Regierungsepisode. Wir errechnen die Durchschnittswerte von wichtigen Kennzahlen ± 15 Jahre um den Amtsantritt der populistischen Regierungen in unserer Stichprobe und vergleichen sie mit ihrem geschätzten kontrafaktischen Durchschnittsverlauf. Zieht man die synthetischen Kontrollwerte von den Werten der tatsächlich populistischen Gruppe ab, so erhält man die sogenannte Doppelgänger-Lücke, die die durchschnittliche Wachstumsdifferenz aufgrund des Populismus misst.

Panel B zeigt die Ergebnisse dieser Untersuchung. Die blaue Linie repräsentiert jeweils den durchschnittlichen Unterschied (oder die Lücke) in der BIP-Dynamik zwischen der gesamten populistisch bzw. links- oder rechtspopulistisch regierten Ländergruppe und der synthetischen Kontrollgruppe (nichtpopulistisch), wobei ein Zeithorizont von 15 Jahren vor und nach dem Regierungsantritt zugrunde gelegt wird. Die grau hinterlegten Flächen sind simulationsbasierte Konfidenzintervalle am 90%-Niveau in Anlehnung an die Verfahren in Cattaneo et al. (2021) und Cattaneo et al. (2022).

Die kumulative Differenz zur Doppelgänger-Wirtschaft ist groß und beträgt nach 15 Jahren mehr als zehn Prozentpunkte. Die Entwicklung des BIP weicht schon bald nach dem Antritt der populistischen Regierungen deutlich von der unter der synthetischen kontrafaktischen Fallkonstellation ab, und die Wirtschaft erholt sich bis ans Ende unseres Beobachtungszeitraums nicht mehr.

Wichtig ist, dass alle diese Ergebnisse nicht nur robust bleiben, wenn wir unsere Fallauswahl entlang der Dimension des Links- bzw. Rechtspopulismus aufteilen, wie in der Abbildung dargestellt, sondern auch für mehrere andere Dimensionen: geografische Regionen, historische Epoche, Dauer der Herrschaft und ökonomische Ausgangsbedingungen, wie zum Beispiel große Finanzkrisen vor oder im Wahljahr. Wir führen außerdem »Länder-Placebo«- und »Zeit-Placebo«-Tests durch, bei denen wir die populistischen Episoden zufällig ausgewählten, in Wahrheit nicht betroffenen Gruppen von Ländern und Jahren zuordnen und die synthetische Kontrollmethode auf diese Gruppen anwenden. Hier finden wir keine negativen wirtschaftlichen Effekte, was unsere Hauptergebnisse für die tat-

sächlich betroffene Gruppe bestätigt. Die Ergebnisse bestehen auch bei der Verwendung von rigoroseren SCM-Schätzungen, die explizit berücksichtigen, dass wir viele Länder und Jahre auf einmal betrachten, also sowohl in mehreren Ländern simultan auftretenden Populismus also auch wiederkehrende Populismusepisoden innerhalb eines Land untersuchen (Abadie und L'Hour 2021; Ben-Michael et al. 2021).

POPULISMUS SCHWÄCHT DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN

Populismus ist auch für demokratische Institutionen kostspielig. Um drei Beispiele zu geben, betrachten wir hier die Beschränkung der Exekutive durch die Justiz, die Freiheit und Fairness von Wahlen und die Pressefreiheit, jeweils vor und nach den populistischen Machtübernahmen. Die verwendeten Indizes stammen aus der Varieties of Democracy-Datenbank (V-Dem). Höhere Werte deuten jeweils auf ein höheres Maß an institutioneller Stärke hin.

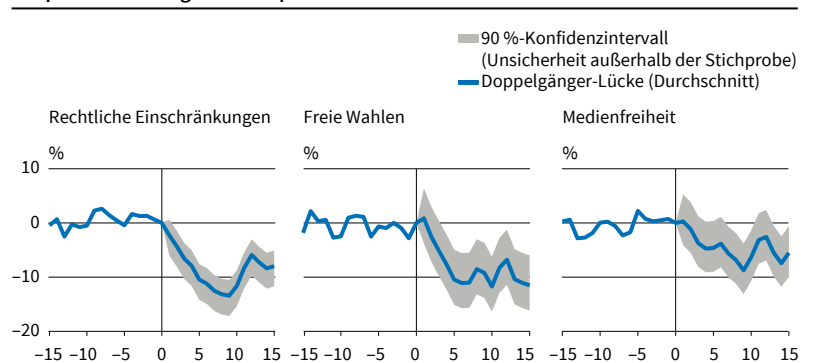
Abbildung 4 zeigt die SCM-Ergebnisse für die drei institutionellen Kennzahlen im Durchschnitt für alle Populisten in unserer Stichprobe (ähnlich wie die blaue Linie im Panel B der Abb. 3). Wie an der negativen Doppelgänger-Lücke zu sehen ist, nehmen die Kontrolle der Exekutive sowie die Wahl- und Pressefreiheit mit dem Start der populistischen Regimes deutlich ab, insbesondere im Vergleich zur sonst gleichen Situation ohne populistische Führung. Auch diese Ergebnisse bleiben robust, wenn man die Stichprobe in links- und rechtspopulistische Regierungen unterteilt. Die Erosion demokratischer Normen kann sowohl die serielle Natur bzw. Persistenz als auch die negativen wirtschaftlichen Folgen des Populismus erklären (Acemoglu et al. 2005; Acemoglu et al. 2013; Acemoglu et al. 2019; Guriev und Treisman 2019).

WIRTSCHAFTSNATIONALISMUS UND EINE KURZSICHTIGE WIRTSCHAFTSPOLITIK

In Bezug auf die potenziellen Ursachen für den BIP-Verlust speziell unter Populismus finden wir in

Abb. 4

Die politischen Folgen des Populismus: Institutioneller Verfall

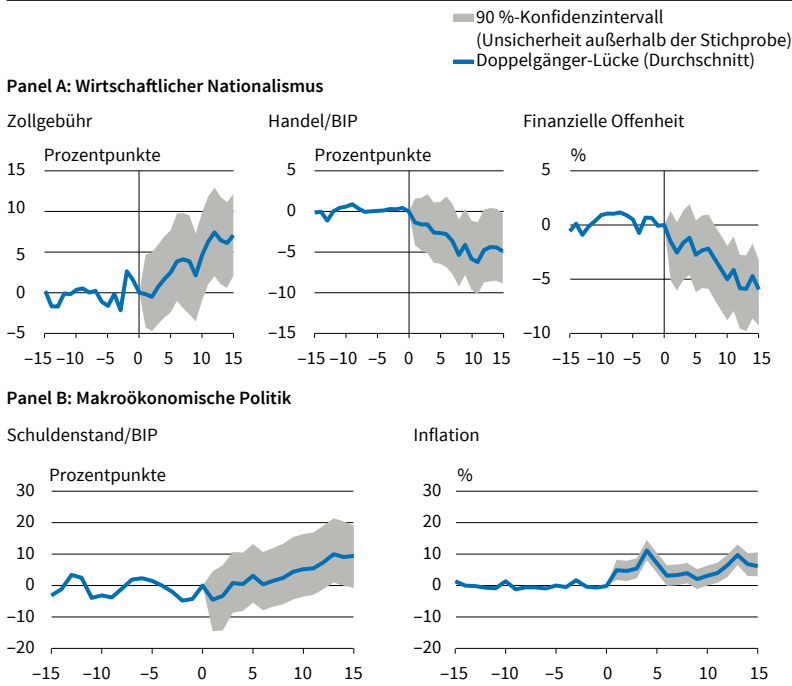


Quelle: Funke et al. (2023).

© ifo Institut

Abb. 5

Populistische Wirtschaftspolitik: Desintegration, Verschuldung und Inflation



Quelle: Funke et al. (2023).

© ifo Institut

den Daten Bestätigung insbesondere für zwei Wirkungskanäle, die Kernbereiche jeder Regierungspolitik sind und die auch in der Populismus-Literatur eine wichtige Rolle spielen: zum einen wirtschaftlicher Nationalismus, insbesondere durch protektionistische Handelspolitik (Born et al. 2019), und zum anderen kurzfristige makroökonomische Politikmaßnahmen, die zu steigender Staatsverschuldung und Inflation führen, wie bereits in den klassischen Makropopulismus-Studien von Sachs (1989) und Dornbusch und Edwards (1991) dargelegt.

Die Ergebnisse sind, wiederum unter Verwendung der SCM (Doppelgänger-Lücke), in Abbildung 5 dargestellt. Panel A deutet auf höhere Importzölle und geringere Handels- und Finanztransaktionen mit dem Ausland unter populistischer Wirtschaft hin. Panel B zeigt, wenn auch etwas unpräziser gemessen, die im Vergleich zur Kontrollgruppe erhöhte Staatsverschuldung und Inflation nach der populistischen Machtübernahme.

SCHLUSSFOLGERUNG UND IMPLIKATIONEN

Populistische Regierungen können dauerhaften wirtschaftlichen und politischen Schaden anrichten. Länder mit populistischem Regime verzeichnen im Durchschnitt einen erheblichen Rückgang des realen Pro-Kopf-BIP. Die Aushöhlung demokratischer Institutionen, eine protektionistische Handelspolitik und eine beschleunigte Schuldendynamik sind typische Merkmale von Populismus an der Macht.

Vor allem die Erosion demokratischer Normen könnte ein wichtiger Grund für die negativen wirt-

schaftlichen Folgen des Populismus sein, denn Demokratie und starke Institutionen wirken sich langfristig positiv auf die wirtschaftliche Prosperität aus. Institutionelle Unsicherheit und hohe Polarisierung unter populistisch geführten Ländern schrecken Investoren und Innovationen ab, bis hin zu Kapitalflucht und Brain-Drain, also dem Abwandern der am besten ausgebildeten Köpfe des Landes.

Der Schaden an den demokratischen Institutionen mag auch eine Erklärung dafür sein, warum einem Populisten oftmals der nächste folgt und populistische Regierungen oftmals ins Autoritäre abrutschen und sich lange an der Macht festbeißen. Zwar produzieren Populisten wirtschaftliche Missstände, verhindern aber durch eine Erosion der Gewaltenteilung, das Verzerren von Wahlen oder die Einflussnahme auf Justiz und Medien den demokratischen Prozess eines Machtwechsels.

Der serielle Charakter des Populismus ist ein großes Risiko für die Zukunft. Die von uns gesammelten historischen Daten deuten darauf hin, dass Populismus ein äußerst hartnäckiges Phänomen ist: In Ländern wie Argentinien und Ecuador gab es während der vergangenen 100 Jahre immer wieder populistische Führungen. Die große Frage ist, ob die westlichen Industrieländer in Zukunft ein ähnliches Schicksal erleiden und in den nächsten Jahren und Jahrzehnten einen »Serienpopulismus« erleben werden. Im Lichte der Geschichte ist dies leider kein unwahrscheinliches Szenario. Der Westen könne erst am Anfang einer längeren populistischen Ära stehen, wenn die Politik jetzt nichts dagegen unternimmt.

REFERENZEN

Abadie, A., A. Diamond und J. Hainmueller (2010), »Synthetic Control Methods for Comparative Case Studies: Estimating the Effect of California's Tobacco Control Program«, *Journal of the American Statistical Association* 105(490), 493–505.

Abadie, A. und J. L'Hour (2021), »A Penalized Synthetic Control Estimator for Disaggregated Data«, *Journal of the American Statistical Association* 116(536), 1817–1834.

Acemoglu, D., G. Egorov und K. Sonin (2013), »A Political Theory of Populism«, *The Quarterly Journal of Economics* 128(2), 771–805.

Acemoglu, D., S. Johnson und J. A. Robinson (2005), »Institutions as the Fundamental Cause of Long-Run Growth«, in: P. Agion und S. Durlauf (Hrsg.), *Handbook of Economic Growth*, Vol. 1A, Elsevier, 385–472.

Acemoglu, D., S. Naidu, P. Restrepo und J. A. Robinson (2019), »Democracy Does Cause Growth«, *Journal of Political Economy* 127(1), 47–100.

Ben-Michael, E., A. Feller, J. Rothstein (2021), »Synthetic Controls with Staggered Adoption«, *NBER Working Paper* 28886.

Blinder, A. S. und M. W. Watson (2016), »Presidents and the US Economy: An Econometric Exploration«, *American Economic Review* 106(4), 1015–1045.

Born, B., G. J. Müller, M. Schularick und P. Sedlacek (2019), »The Cost of Economic Nationalism: Evidence from the Brexit Experiment«, *Economic Journal* 129(623), 2722–2744.

Cattaneo, M. D., Y. Feng und R. Titiunik (2021), »Prediction Intervals for Synthetic Control Methods«, *Journal of the American Statistical Association* 116(536), 1865–1880.

Cattaneo, M. D., Y. Feng, F. Palomba und R. Titiunik (2022), »scpi: Uncertainty Quantification for Synthetic Control Estimator«, *Working Paper*, Februar.

Dornbusch, R. und S. Edwards (Hrsg.) (1991), *The Macroeconomics of Populism in Latin America*, University of Chicago Press.

Funke, M., M. Schularick und C. Trebesch (2016), »Going to Extremes: Politics after Financial Crises, 1870–2014«, *European Economic Review* 88, 227–260.

Funke, M., M. Schularick und C. Trebesch (2023), »Populist Leaders and the Economy«, *American Economic Review* 113(12), 3249–3288.

Guiso, L., H. Herrera, M. Morelli und T. Sonno (2017), »The Spread of Populism in Western Countries«, *VoxEU.org*, 14. Oktober 2017.

Guriev, S. und E. Papaioannou (2020), »The Political Economy of Populism«, *CEPR Discussion Paper* 14433.

Guriev, S. und D. Treisman (2019), »Informational Autocrats«, *Journal of Economic Perspectives* 33(4), 100–127.

Mudde, C. (2004), »The Populist Zeitgeist«, *Government and Opposition* 39(4), 541–563.

Rodrik, D. (2017), »Economics of the Populist Backlash«, *VoxEU.org*, 3. Juli 2017.

Sachs, J. D. (1989), »Social Conflict and Populist Policies in Latin America«, *NBER Working Paper* 2897.

Kerim Peren Arin, Efstathios Polyzos und Marcel Thum

Den populistischen Wähler verstehen*

Populismus ist ein schwer fassbares Konzept. Der Begriff wird im öffentlichen Diskurs oft in abwertender Weise verwendet, beispielsweise um die Ansichten anderer als ziemlich vereinfachend abzutun. Oder er wird genutzt, um Politikvorschläge als lediglich von opportunistischen Motiven getrieben abzuwerten (Schwörer 2021); damit wird Politikerinnen und Politikern vorgeworfen, den Weg des geringsten Widerstands zu wählen. In allen Teilen des politischen Spektrums werden jedoch anbiedernde oder wenig durchdachte Argumentationslinien genutzt. Auf der Suche nach einer tragfähigen Definition des Populismus berufen sich viele Untersuchungen auf Cas Mudde (2004, S. 543): »...eine Ideologie, die die Gesellschaft letztlich in zwei homogene und antagonistische Gruppen aufteilt, ‚das reine Volk‘ gegen ‚die korrupte Elite‘, und die argumentiert, dass die Politik ein Ausdruck der *volonté générale* (des allgemeinen Willens) des Volkes sein sollte.«¹ Daher wird das »Wir gegen die Elite« als der gemeinsame Nenner des modernen Populismus angesehen.

Diese Definition lässt sich über das politische Spektrum und die verschiedenen Länder hinweg anwenden. Auf der linken Seite des politischen Spektrums existieren Parteien, die nicht nur eine stärkere Umverteilung zugunsten der Armen anstreben (wie traditionelle linke Parteien), sondern diese Forderung nach Umverteilung mit einer anti-elitären Rhetorik verbinden, die behauptet, dass die reichen Eliten die Ressourcen des »wahren« Volkes in ihre Richtung lenken. Die rechte Seite des politischen Spektrums verdächtigt korrupte Eliten, eine Einwanderung aus anderen Teilen der Welt zu befördern, die als Bedrohung für die traditionellen Werte und die nationale Kultur angesehen wird. Nach dieser Definition gehören Parteien wie die AfD in Deutschland, Rassemblement National in Frankreich, UK Independence Party im

Vereinigten Königreich oder Vox in Spanien zu den Rechtspopulisten. Die spanische Unidas Podemos, die deutsche Die Linke und die französische La France Insoumise sind ihre linkspopulistischen Gegenstücke.

Dieses Konzept des Populismus ist nützlich, um die Entwicklung des »Wir-gegen-die-Elite«-Denkens bei nationalen Wahlen zu verfolgen. Der Stimmenanteil populistischer Parteien – klassifiziert nach der PopuList (Rooduijn et al. 2023) – ist in Europa von 12% im Jahr 1993 auf mehr als 30% im Jahr 2022 gestiegen. Das Konzept kann auch effektiv genutzt werden, um zu analysieren, ob solche populistischen Parteien andere politische Ergebnisse hervorbringen als traditionelle nichtpopulistische Parteien. Dornbusch und Edwards (1990) haben beschrieben, wie populistische Regime erst einen wirtschaftlichen Aufschwung auslösen, der dann jedoch in einen ökonomischen Absturz mündet. In jüngerer Zeit haben Funke et al. (2023) die Leistung populistischer Regime weltweit in den vergangenen 120 Jahren untersucht. Nach 15 Jahren haben Länder mit einer populistischen Regierung 10% ihres Pro-Kopf-BIP im Vergleich zu vergleichbaren Ländern ohne populistische Regierungen verloren.

Aber wer sind die Wähler der populistischen Parteien? Um den Anstieg des Populismus besser zu



Prof. K. Peren Arin

ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Zayed University, Abu Dhabi, und Research Associate am Centre of Applied Macroeconomic Analysis (CAMA) der Australian National University, Canberra.



Prof. Efstathios Polyzos

ist Associate Professor für Finanzen an der Zayed University, Abu Dhabi, und Research Associate am Centre of Applied Macroeconomic Analysis (CAMA), Australian National University, Canberra.

Foto: © Zayed University



Prof. Dr. Marcel Thum

ist Leiter der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung und Professor für Volkswirtschaftslehre an der TU Dresden.

Foto: © Klaus Gigga

* Dieser Artikel ist die deutsche Version von Arin, K. P., E. Polyzos und M. Thum (2024a), »Understanding the Populist Voter«, *EconPol Forum* 25(2), 14–18.

¹ Übersetzung durch die Autoren.

verstehen, könnte es hilfreich sein, mehr über die Soziodemografie, die Einstellungen, die Informationslage und die psychologischen Muster derjenigen zu erfahren, die eine populistische Partei wählen oder zu wählen beabsichtigen. In mehreren Arbeiten wurde versucht, die Determinanten der populistischen Wahlbeteiligung zu ermitteln, wenn auch aus verschiedenen Blickwinkeln und mit unterschiedlichen Methoden. Um nur einige der untersuchten Dimensionen zu nennen: Das Geschlecht hat einen signifikanten Einfluss auf die Stimmabgabe für populistische Parteien, wobei rechtsradikale Parteien mehr Unterstützung von Männern als von Frauen erhalten (Spierings und Zaslove 2015, 2017). Männer liken auch Posts populistischer Politiker in den sozialen Medien, insbesondere auf Facebook, eher als Frauen (Bobba et al. 2018).

Im Gegensatz zu dem, was in der Öffentlichkeit gemeinhin diskutiert wird, hat das Alter keinen einheitlichen Einfluss auf die populistische Stimmabgabe. Während im Vereinigten Königreich die UKIP-Wähler überwiegend älter waren (Ford und Goodwin 2014), sind es in Kontinentalwesteuropa eher jüngere, besser gebildete Menschen, die Links- und Rechtspopulisten unterstützen (Zagorski et al. 2021; Foa und Mounk 2019). Neben der Soziodemografie werden die Wahlchancen von Populisten auch durch makroökonomische Faktoren wie erhöhte Arbeitslosigkeit während Wirtschaftskrisen, Importe, die die eigene Arbeit im Inland ersetzen, und Ungleichheit beeinflusst (Guriev 2018; Pastor und Veronesi 2021; Dijkstra et al. 2020). Häufig beeinflusst die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation und nicht die tatsächliche Lage das populistische Wahlverhalten (Rico und Anduiza 2019; Algan et al. 2017). Vorurteile und Fehlwahrnehmungen im Allgemeinen, wie von Kuklinski et al. (2000) in Bezug auf Sozialhilfeempfänger und die Zuweisung von Haushaltsmitteln gezeigt, haben einen erheblichen Einfluss. Rechts- und linkspopulistische Wähler weisen gleichermaßen ein geringes politisches Vertrauen auf, unterscheiden sich untereinander aber zum Beispiel in ihrer Einstellung zu Migration und Einkommensumverteilung (Akkerman et al. 2017).

In diesem Artikel versuchen wir, den populistischen Wähler zu beschreiben, indem wir diejenigen Dimensionen herausstellen, in denen sich linkspopulistische Wähler am meisten von rechtspopulistischen Wählern unterscheiden. Wir ermitteln auch die Dimensionen, bei denen es kaum einen Unterschied zwischen den beiden Typen von Populisten, aber einen großen Unterschied zu nichtpopulistischen Wählern gibt. Wir verwenden einfache deskriptive Statistiken für die Determinanten der populistischen Wählerschaft.² Die Analyse stützt sich auf unsere eigene, groß angelegte Umfrage, die eine Vielzahl von Informationen auf individueller Ebene (soziodemografische Da-

ten, Einstellungen, Fehlwahrnehmungen, Verhaltensweisen und psychologische Aspekte) für Personen in vier großen europäischen Ländern enthält.

UMFRAGEDATEN

Die von den Autoren mit Qualtrics erstellte Umfrage lief in vier europäischen Ländern: Frankreich, Deutschland, Spanien und Vereinigtes Königreich.³ Die Umfrage wurde mit Hilfe von Respondi,⁴ das für seinen Zugang zu repräsentativen Stichproben von Umfrageteilnehmern bekannt ist, per E-Mail durchgeführt. Die Umfrage wurde in der jeweiligen Landessprache verteilt; eine Vergütung wurde nur denjenigen Teilnehmern gezahlt, die die Umfrage erfolgreich abschlossen.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wurden gefragt, für welche Partei sie bei der jüngsten Wahl gestimmt haben und welcher Partei sie bei der nächsten Wahl ihre Stimme geben wollen. Außerdem wurden in dem Fragebogen Informationen über die politische Ausrichtung der Befragten erfasst. Auch Angaben zur Demografie und zum sozioökonomischen Status der Befragten wurden erhoben. Darüber hinaus enthielt die Umfrage eine Reihe von Fragen zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Sicherheit, zum Vertrauen in politische Parteien und Institutionen sowie zur Fähigkeit, Fake News zu erkennen. Zudem wurden die Befragten zu ihrer Wahrnehmung von sozialer Einsamkeit befragt. Schließlich erhoben wir mögliche Fehlwahrnehmungen in Bezug auf wirtschaftlichen Status, Migration, Religion und Korruption. Mit Hilfe von Sachfragen wurde das Verständnis der Befragten für diese Themen ermittelt, und ihre Antworten wurden mit den tatsächlichen Zahlen verglichen.

Insgesamt gingen 31 568 Antworten ein, wobei die durchschnittliche Bearbeitungszeit 24 Minuten betrug. Von der Analyse ausgeschlossen wurden alle Befragten, die nicht alle Fragen beantworteten, und diejenigen, die die Umfrage ungewöhnlich schnell (in weniger als drei Minuten) beantworteten. Wir haben eine manuelle Zuordnung vorgenommen, um die verschiedenen Namensvarianten einer Partei zu erfassen.⁵ Befragungsteilnehmer, die keine Antworten auf die Fragen zu ihrem Wahlverhalten gaben, wurden nicht berücksichtigt. Darüber hinaus haben wir Teilnehmende herausgefiltert, die Parteinamen angaben, für die wir keine passende Partei in den jeweiligen Ländern identifizieren konnten.

Die endgültige Stichprobe umfasst 12 027 Befragte im Alter von 18 bis 92 Jahren, die den Fragebogen entsprechend den genannten Kriterien ausgefüllt haben. Die Stichprobe kommt einer repräsentativen Verteilung in jedem Land sehr nahe, mit endgültigen Stichprobengrößen pro Land von 3 551 für Deutsch-

² In einem akademischen Begleitpapier verwenden wir fortgeschrittenere Methoden (BMA-, Lasso- und Ridge-Regressionen sowie Variationen von Random Forests), um statistisch wichtige Faktoren für populistische Stimmen zu isolieren (Arin et al. 2024b).

³ Weitere Einzelheiten zu dieser Erhebung finden sich in Arin et al. (2022, 2023, 2024b).

⁴ Das Unternehmen wurde kürzlich in Bilendi umbenannt.

⁵ Z. B. National Front und National Rally in Frankreich.

land, 2 556 für Frankreich, 3 214 für das Vereinigte Königreich und 2 706 für Spanien.

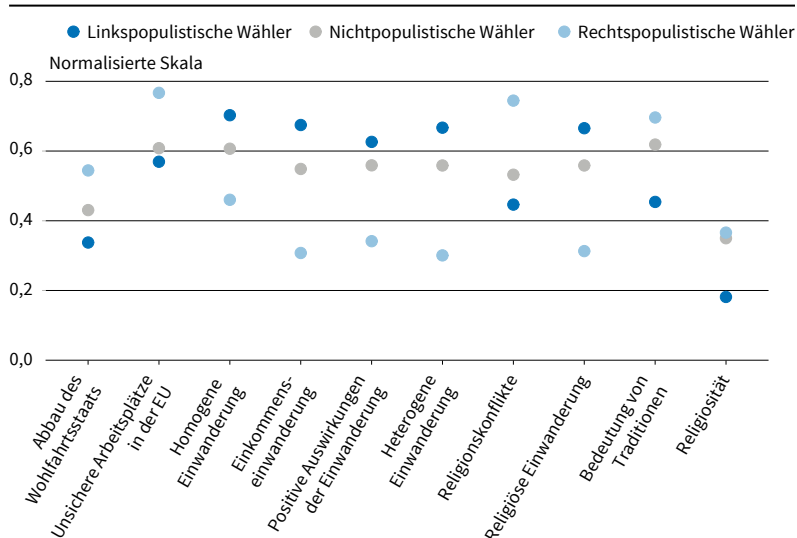
Der letzte Schritt bestand darin, alle genannten Parteien als linkspopulistisch, rechtspopulistisch oder nichtpopulistisch zu klassifizieren. Die Einstufung erfolgte auf der Grundlage der Klassifizierungen von Rooduijn et al. (2023) und des Pew Research Center (2019). Für Parteien, die in diesen Quellen nicht enthalten sind, haben wir Parteiprogramme und öffentlich verfügbare Informationen untersucht, um eine Einordnung vorzunehmen, wobei wir uns an die Kriterien von Rooduijn et al. (2023) und dem Pew Research Center (2019) gehalten haben.⁶ Je nach angegebenem Wahlverhalten klassifizieren wir die Befragten als rechtspopulistische, linkspopulistische oder nichtpopulistische Wähler. Für die anschließende Analyse berechnen wir für die drei Wählergruppen den Mittelwert der Antworten auf jede der rund 100 Fragen in der Umfrage. Auf diese Weise können wir Merkmale ermitteln, in denen sich Links- und Rechtspopulisten unterscheiden, aber auch, wo Populisten mit Nichtpopulisten übereinstimmen und wo sie voneinander abweichen.

ERGEBNISSE

Abbildung 1 zeigt die Dimensionen, bei denen sich rechts- und linkspopulistische Wähler am stärksten unterscheiden. Wir haben alle Antwortskalen auf Werte zwischen null und eins normiert, um die Vergleichbarkeit zu erleichtern. Beispielsweise sprechen sich linkspopulistische Wähler bei der Aussage »Um dem Wettbewerb anderer Länder zu begegnen, müssen wir unseren Sozialstaat abbauen« deutlich gegen den Abbau des Wohlfahrtsstaats aus. Rechtspopulistische Wähler zeigen hingegen ein hohes Maß an Zustimmung für die Notwendigkeit des Abbaus des Wohlfahrtsstaats. Die Ansichten der nichtpopulistischen Wähler liegen zwischen den beiden populistischen Gruppen. Die Ausgestaltung und das Ausmaß des Wohlfahrtsstaats ist also ein Politikbereich, in dem die links- und rechtspopulistischen Wähler voneinander, aber auch von den nichtpopulistischen Wählern abweichen.

Links- und rechtspopulistische Wähler unterscheiden sich auch in ihren Antworten bezüglich der Arbeitsplatzunsicherheit aufgrund der Öffnung der EU-Grenzen (»Die Öffnung der europäischen Grenzen bedeutet, dass unsere Arbeitgeber die Niedriglohnarbeiter aus ärmeren Ländern unseren eigenen Arbeitnehmern vorziehen werden.«). Die Wähler der Rechtspopulisten sehen die offenen Grenzen der EU für Waren, Dienstleistungen, Kapital und bis zu einem gewissen Grad auch für Arbeitskräfte als Bedrohung für die Arbeitsplatzsicherheit an, während die Zustimmung der Wähler der Linkspopulisten sogar unter der der Nichtpopulisten liegt. Es ist überraschend, dass

Abb. 1
Antworten mit dem größten Abstand zwischen links- und rechtspopulistischen Wählern



Anmerkung: Alle Antwortskalen sind zwischen 0 und 1 normiert, um die Vergleichbarkeit zu erleichtern; Die Ergebnisse beziehen sich auf alle vier untersuchten Länder (Deutschland, Frankreich, Spanien und das Vereinigte Königreich). 1. Abbau des Wohlfahrtsstaats: Um dem Wettbewerb anderer Länder zu begegnen, müssen wir unseren Sozialstaat abbauen. 2. Unsichere Arbeitsplätze in der EU: Die Öffnung der europäischen Grenzen bedeutet, dass unsere Arbeitgeber die Niedriglohnarbeiter aus ärmeren Ländern unseren eigenen Arbeitnehmern vorziehen werden. 3. Homogene Einwanderung: In welchem Umfang sollte Deutschland Ihrer Meinung nach Menschen, die derselben ethnischen Gruppe wie die meisten Menschen in Deutschland angehören, erlauben, hierher zu kommen und zu leben? 4. Einkommenseinwanderung: In welchem Umfang sollte Deutschland Ihrer Meinung nach Menschen, die aus ärmeren Ländern außerhalb Europas kommen, erlauben, hierher zu kommen und zu leben? 5. Positive Auswirkungen der Einwanderung: Wird Deutschland durch Menschen, die aus anderen Ländern hierherkommen, zu einem schlechteren / besseren Ort zu leben? 6. Heterogene Einwanderung: In welchem Umfang sollte Deutschland Ihrer Meinung nach Menschen, die einer anderen ethnischen Gruppe wie die meisten Menschen in Deutschland angehören, erlauben, hierher zu kommen und zu leben? 7. Religionskonflikte: Das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen wird in Zukunft zwangsläufig gewalttätig werden. 8. Religiöse Einwanderung: In welchem Umfang sollte Deutschland Ihrer Meinung nach Menschen, die einer anderen Religion/einem anderen Glauben wie die meisten Menschen in Deutschland angehören, erlauben, hierher zu kommen und zu leben? 9. Bedeutung von Traditionen: Es ist wichtig, die Traditionen und Bräuche zu befolgen, die von der Religion oder der Familie weitergegeben werden. 10. Religiosität: Wie religiös sind Sie?
Quelle: Umfrage der Autoren.

© ifo Institut

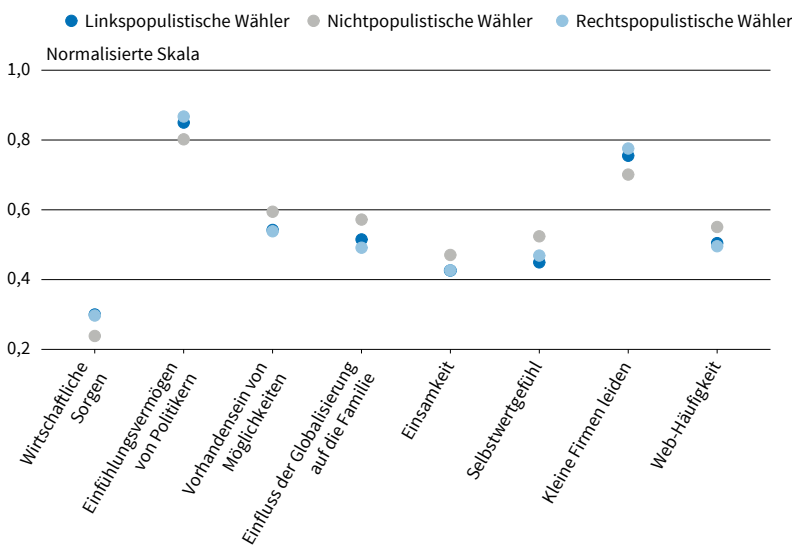
linkspopulistische Wähler so wenig Besorgnis über die Bedrohung durch die Globalisierung äußern, während linkspopulistische Parteien in der Regel betonen, dass die Globalisierung das Einkommen und den Wohlstand der Eliten auf Kosten der »normalen Menschen« erhöht.⁷ Wie wir weiter unten sehen werden, ist die Reaktion der linkspopulistischen Wähler negativer, wenn sie direkt zur Globalisierung befragt werden und nicht indirekt über die Offenheit der Grenzen.

Mehrere Fragen in dieser Top-Ten-Liste der abweichenden Ansichten befassen sich mit der Einwanderung und ihren Folgen. Diese Fragen untersuchen die Bereitschaft der Befragten, Einwanderer derselben Ethnie (»homogene Einwanderung«), verschiedener Ethnien (»heterogene Einwanderung«), verschiedener Religionen (»religiöse Einwanderung«) oder aus ärmeren Ländern (»Einkommenseinwanderung«) zu akzeptieren. Wir haben auch die Überzeugungen der Befragten erhoben, ob sich die Einwanderung positiv oder negativ auf ihr Land auswirkt (»positive Auswirkungen der Einwanderung«) und ob die Einwanderung das Potenzial für gewalttätige Konflikte zwischen Muslimen und Christen in der Zukunft birgt (»Religionskonflikte«). Bei all diesen Dimensionen ist ein

⁶ Die klassifizierte Liste der populistischen Parteien ist auf Anfrage erhältlich.

⁷ Die Frage zielt nicht auf die Arbeitsmigration ab, sondern ganz allgemein auf die internationalen Unterschiede bei den Arbeitskosten.

Abb. 2
Antworten mit dem geringsten Abstand zwischen links- und rechtspopulistischen Wählern



Anmerkung: Alle Antwortskalen sind zwischen 0 und 1 normiert, um die Vergleichbarkeit zu erleichtern. 1. Wirtschaftliche Sorgen: Welche der folgenden Aussagen trifft am ehesten auf Ihre Einstellung zu Ihrem derzeitigen Haushaltseinkommen zu? (Ich kann mit meinem derzeitigen Einkommen komfortabel leben ... Ich finde es sehr schwierig, mit meinem derzeitigen Einkommen auszukommen) 2. Einfühlungsvermögen von Politikern: Die Politiker sollten die Probleme der Menschen stärker berücksichtigen. 3. Wirtschaftliche Chancen: Ich habe genug Möglichkeiten, um im Leben voranzukommen. 4. Einfluss der Globalisierung auf die Familie: Wie schätzen Sie den Einfluss der Globalisierung auf Sie und Ihre Familie ein? 5. Einsamkeit: Ich vermisse es, Menschen um mich zu haben. 6. Kleine Firmen leiden: Multinationale Unternehmen werden immer mächtiger, kleine Unternehmen werden unter Druck geraten. 7. Selbstwertgefühl: Es gibt Menschen, die eher an der Spitze unserer Gesellschaft stehen, und Menschen, die eher am unteren Ende der Gesellschaft stehen. Wo würden Sie sich selbst einordnen? 8. Web-Häufigkeit: Wie oft erhalten Sie Nachrichten von einer Nachrichtenseite oder App?

Quelle: Umfrage der Autoren.

© ifo Institut

deutlicher Unterschied in den Antworten zwischen links- und rechtspopulistischen Wählern festzustellen. Linkspopulistische Wähler äußern sich deutlich positiver, unabhängig von der Art der Einwanderung, und übertreffen sogar den Optimismus der nichtpopulistischen Wähler bei den erwarteten positiven Auswirkungen der Zuwanderung.

Die letzten beiden Dimensionen, bei denen die Meinungen von links- und rechtspopulistischen Wählern weit auseinandergehen, betreffen die Religiosität und die Bedeutung, die Traditionen zugeschrieben wird (»Bedeutung von Traditionen«). Linkspopulistische Wähler sind signifikant weniger religiös als Nichtpopulisten und Wähler des rechtspopulistischen Spektrums. Auch messen sie den Traditionen keine große Bedeutung bei, und auch hier unterscheiden sich ihre Antworten von denen der nichtpopulistischen Wähler. Bei diesen Fragen stimmen die nichtpopulistischen Wähler eher mit den rechtspopulistischen Wählern überein.

Abgesehen von der Bedeutung, die Traditionen und Religion beigemessen wird, wo die nichtpopulistischen Wähler eher dem rechten Flügel zuzuordnen sind, neigen die Wähler der nichtpopulistischen Parteien dazu, Meinungen zu teilen, die eher dem linken als dem rechten Flügel entsprechen. Insbesondere in Fragen der Einwanderung besteht eine erhebliche Kluft zwischen rechtspopulistischen Wählern und der restlichen Wählerschaft.

Unsere Analyse deckt auch einige bemerkenswerte Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Grup-

pen populistischer Wähler auf. In Abbildung 2 zeigen wir die Dimensionen, bei denen die durchschnittlichen Antworten von links- und rechtspopulistischen Wählern fast identisch sind, sich aber – bis zu einem gewissen Grad – von den nichtpopulistischen Wählern unterscheiden; wir lassen all die Dimensionen außer Acht, bei denen alle drei Gruppen die gleichen durchschnittlichen Antworten geben. Die beiden Gruppen populistischer Wähler teilen die wirtschaftlichen Sorgen und beklagen das (mangelnde) Einfühlungsvermögen der Politiker sowie einen Mangel an Chancen. Beide Gruppen sind auch der Ansicht, dass die Globalisierung ihnen und ihren Familien schadet, und sie sind misstrauisch gegenüber der Ausbreitung multinationaler Unternehmen (»kleine Firmen leiden«). Etwas überraschend ist schließlich, dass beide Gruppen tendenziell weniger häufig Nachrichten von Nachrichten-Websites oder Apps beziehen als nichtpopulistische Wähler.

Wähler, die populistischen Parteien anhängen, unabhängig davon, ob sie links- oder rechtsorientiert sind, neigen zu einem geringeren Selbstwertgefühl (»Selbstwert«). Im Gegensatz zu den Wählern nichtpopulistischer Parteien, die sich in Bezug auf ihre wahrgenommene gesellschaftliche Hierarchie im Durchschnitt etwas oberhalb der Mitte positionieren, neigen die Anhänger populistischer Parteien (sowohl links als auch rechts) dazu, sich etwas unterhalb der Mitte zu positionieren. Nach unserer Umfrage haben rechtspopulistische Wähler sogar ein etwas höheres Einkommen als nichtpopulistische und linkspopulistische Wähler – das Selbstwertgefühl ist also nicht von den tatsächlichen Einkommensverhältnissen getrieben.⁸ Die Unterschiede im Selbstwertgefühl könnte möglicherweise ein Faktor sein, der von populistischen Politikern in der Ansprache ihrer Wählerklientel genutzt wird.

Diese gefühlte unterdurchschnittliche Stellung in der Gesellschaft ist – etwas überraschend – nicht darauf zurückzuführen, dass die Personen in Bezug auf persönliche Kontakte marginalisiert oder isoliert sind. Auf die Frage, ob sie es »vermissen, Menschen um sich zu haben« (»Einsamkeit«), fühlen sich populistische Wähler von links und rechts weniger einsam als nichtpopulistische Wähler. Wir können nicht sagen, ob populistische Wähler per se besser sozial integriert sind oder ob ihre Wahrnehmung, sich vom Rest der Bevölkerung zu unterscheiden, ein Gefühl der Kameradschaft unter Gleichgesinnten hervorruft, was das Gefühl der Einsamkeit verringern kann. Dieses »Zugehörigkeitsgefühl« kann durch die von populistischen Politikern häufig verwendete Sprache des »wir gegen sie« verstärkt werden.

Einige Unterschiede in der Bewertung von Migration, Globalisierung und Wohlfahrtsstaat könnten auf unterschiedliche Wahrnehmungen der Realität

⁸ Bei der Frage nach dem Einkommen werden feste Einkommensrubriken verwendet, um das durchschnittliche Wocheneinkommen der Befragten zu ermitteln.

zurückzuführen sein. In den vergangenen Jahren ist eine umfangreiche Literatur zu verschiedenen Fehlwahrnehmungen entstanden (Arin et al. 2021). In Abbildung 3 zeigen wir einige wichtige Unterschiede in den Fehlwahrnehmungen der drei Gruppen. Wir haben jede Art von Fehlwahrnehmung auf Werte zwischen null und eins normiert, wobei der Wählergruppe mit dem höchsten Mittelwert ein Wert von eins und der Gruppe mit dem niedrigsten Mittelwert ein Wert von null zugewiesen wurde.

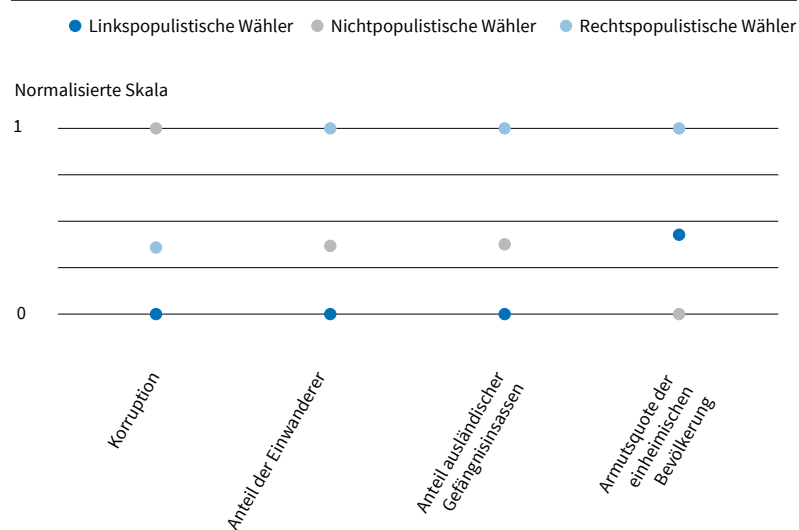
Rechtspopulistische Wähler haben eine höhere Fehleinschätzung in Bezug auf die Zuwanderung und sie schätzen die Kriminalität von Zuwanderern höher ein, was durch den (geschätzten) Anteil der im Ausland geborenen Gefängnisinsassen gemessen wurde. Dies deckt sich mit früheren Ergebnissen, dass die Besorgnis über Einwanderung und potenzielle demografische Verschiebungen bei rechtspopulistischen Wählern besonders ausgeprägt ist. Während wir bei den linkspopulistischen Wählern eine höhere Fehlwahrnehmung der Einkommensungleichheit erwartet hatten, bestätigen die Befragungsdaten dies nicht. Die Armutsquote der einheimischen Bevölkerung überschätzen die rechtspopulistischen Wähler sogar mehr als die linkspopulistischen. Etwas überraschend ist auch, dass beide Gruppen von populistischen Wählern einen besseren Rang in Bezug auf die Korruption in ihren Ländern erwarten als nichtpopulistische Wähler. Während die populistischen Wähler im Durchschnitt den Rang ihres Landes ungefähr richtig einschätzen, glauben die nichtpopulistischen Wähler, dass die Korruption weiter verbreitet ist, als sie es tatsächlich ist. Wir können nur spekulieren, dass populistische Wähler bei der Beantwortung dieser Frage ihre bevorzugten Parteien oder Politiker im Sinn haben und an deren Ehrlichkeit glauben.

SCHLUSSFOLGERUNG

Unsere Analyse zeigt signifikante Unterschiede zwischen links- und rechtspopulistischen Wählern sowie zwischen beiden populistischen Gruppen und nichtpopulistischen Wählern. Die Einwanderung erweist sich als der wichtigste Bereich der Divergenz, wobei linkspopulistische Wähler die positiven Auswirkungen der Einwanderung betonen. Im Gegensatz dazu sehen Rechtspopulisten die Einwanderung als negativ und betrachten sie als größere Bedrohung für einheimische Arbeitnehmer und den Sozialstaat. Beide populistischen Gruppen teilen die Besorgnis über wirtschaftliche Unsicherheit, wahrgenommene politische Ungleichheit, begrenzte Möglichkeiten und eine vorsichtige Haltung gegenüber multinationalen Konzernen. Das geringere Selbstwertgefühl des gesellschaftlichen Ansehens unter populistischen Wählern, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zur Linken oder Rechten, deutet auf einen gemeinsamen Mechanismus hin, der zu ihrer Ausrichtung auf populistische Ideologien beitragen könnte.

Abb. 3

Fehlwahrnehmungen – Unterschiede zwischen links- und rechtspopulistischen Wählern



Anmerkung: 1. Korruptionswahrnehmung: An welcher Position von den Ländern der Europäischen Union und des Vereinigten Königreichs (insgesamt 28 Länder) befindet sich Ihr Land Ihrer Meinung nach bei der Korruption? 2. Wahrnehmung der Einwanderung: Betrachten Sie die derzeitige Bevölkerung in Ihrem Land. Was schätzen Sie, wie viele von 100 Personen wurden in einem anderen Land geboren? 3. Anteil ausländischer Gefängnisinsassen: Wie viele von 100 Menschen in inländischen Gefängnissen sind Ausländer? 4. Armutsquote der einheimischen Bevölkerung: Wie viele von 100 erwachsenen Menschen, die in Deutschland geboren wurden, leben unterhalb der Armutsgrenze?
Quelle: Umfrage der Autoren.

© ifo Institut

Da unser Ziel darin bestand, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen populistischen und nichtpopulistischen Wählergruppen aufzuzeigen, sind wir vorsichtig, wenn es darum geht, politische Schlussfolgerungen aus unserer deskriptiven Untersuchung zu ziehen. Sie zeigt jedoch potenzielle Bereiche für weitere Untersuchungen und politische Überlegungen auf. Die Ergebnisse legen nahe, sich insbesondere mit Fragen zu befassen, die mit dem wahrgenommenen Mangel an Chancen und der hohen wirtschaftlichen Unsicherheit zusammenhängen. Langfristige Strategien könnten sich auf die Verbesserung der Mobilität zwischen den Generationen und die Verringerung der politisch bedingten wirtschaftlichen Unsicherheit konzentrieren, um die Anziehungskraft populistischer Agenden zu mindern.

REFERENZEN

- Akerman, A., A. Zaslove und B. Spruyt (2017), »«We the People» or «We the Peoples»? A Comparison of Support for the Populist Radical Right and Populist Radical Left in the Netherlands«, *Swiss Political Science Review* 23(4), 377–403.
- Algan, Y., S. Guriev, E. Papaioannou und E. Passari (2017), »The European Trust Crisis and the Rise of Populism«, *Brookings Papers on Economic Activity* 48(2), 309–400.
- Arin, K. P., J. A. Lacomba, F. Lagos, D. Mazrekaj und M. Thum (2021), »Misperceptions and Fake News during the COVID-19 Pandemic«, *CESifo Working Paper* 9066.
- Arin, K. P., J. A. Lacomba, F. Lagos, A. I. Moro-Egido und M. Thum (2022), »Exploring the Hidden Impact of the COVID-19 Pandemic: The Role of Urbanization«, *Economics and Human Biology* 46, 10119.
- Arin, K. P., D. Mazrekaj und M. Thum (2023), »Ability of Detecting and Willingness to Share Fake News«, *Scientific Reports* 13(1), 7298.
- Arin, K. P., E. Polyzos und M. Thum (2024a), »Understanding the Populist Voter«, *EconPol Forum* 25(2), 14–18.

Arin, K. P., E. Polyzos und M. Thum (2024b), »The Populist Voter: A Machine Learning Approach for the Individual Characteristics«, *mimeo*, Zayed University, February.

Bobba, G., C. Cremonesi, M. Mancosu und A. Seddone (2018), »Populism and the Gender Gap: Comparing Digital Engagement with Populist and Non-populist Facebook Pages in France, Italy, and Spain«, *The International Journal of Press/Politics* 23(4), 458–475.

Dijkstra, L., H. Poelman und A. Rodríguez-Pose (2020), »The Geography of EU Discontent«, *Regional Studies* 54(6), 737–753.

Dornbusch, R. und S. Edwards (1990), »Macroeconomic Populism«, *Journal of Development Economics* 32(2), 247–277.

Foa, R. S. und Y. Mounk (2019), »Youth and the Populist Wave«, *Philosophy & Social Criticism* 45(9–10), 1013–1024.

Ford, R. und M. Goodwin (2014), *Revolt on the Right: Explaining Support for the Radical Right in Britain*, London, Routledge.

Funke, M., M. Schularick und C. Trebesch (2023), »Populist Leaders and the Economy«, *American Economic Review* 113(12), 3249–3288.

Guriév, S. (2018), »Economic Drivers of Populism«, *AEA Papers and Proceedings* 108, 200–203.

Kuklinski, J. H., Quirk, P. J., Jerit, J., Schwieder, D. und R. F. Rich (2000), »Misinformation and the Currency of Democratic Citizenship«, *The Journal of Politics* 62(3), 790–816.

Mudde, C. (2004), »The Populist Zeitgeist«, *Government and Opposition* 39(4), 541–563.

Pástor, L. und P. Veronesi (2021), »Inequality Aversion, Populism, and the Backlash against Globalization«, *The Journal of Finance* 76(6), 2857–2906.

Pew Research Center (2019), *European Public Opinion Three Decades after the Fall of Communism*, Technical Report, verfügbar unter: <https://www.pewresearch.org/>.

Rico, G. und E. Anduiza (2019), »Economic Correlates of Populist Attitudes: An Analysis of Nine European Countries in the Aftermath of the Great Recession«, *Acta Politica* 54(3), 371–397.

Rooduijn, M., A. L.P. Pirro, D. Halikiopoulou, C. Froio, S. van Kessel, S. L. de Lange, C. Mudde und P. Taggart (2023), *The Populist 3.0: An Overview of Populist, Far-left and Far-right Parties in Europe*, verfügbar unter: <https://www.popu-list.org>.

Schwörer, J. (2021), »Don't call me a populist! The Meaning of Populism for Western European Parties and Politicians«, *Electoral Studies* 72, 102358.

Spierings, N. und A. Zaslove (2015), »Gendering the Vote for Populist Radical-right Parties«, *Patterns of Prejudice* 49(1–2), 135–162.

Spierings, N. und A. Zaslove (2017), »Gender, Populist Attitudes, and Voting: Explaining the Gender Gap in Voting for Populist Radical Right and Populist Radical Left Parties«, *West European Politics* 40(4), 821–847.

Zagorski, P., J. Rama und G. Cordero (2021), »Young and Temporary: Youth Employment Insecurity and Support for Right-wing Populist Parties in Europe«, *Government and Opposition* 56(3), 405–426.

Luisa Dörr, Niklas Potrafke, Felix Rösel und Tuuli Tähtinen

Welche Politik verfolgen Populisten an der Macht? Ergebnisse ausgewählter Studien

Die Parteiensysteme in vielen westlichen Industrienationen fragmentieren sich zunehmend. Es gibt immer mehr Parteien und die Wähler kehren den etablierten (Volks-)Parteien den Rücken. Insbesondere populistische Parteien erhalten viel Zuspruch.¹ Die Gründe für den Zulauf zu populistischen Parteien sind vielfältig. Dazu zählen Enttäuschung über die etablierten Parteien, die es oft nicht vermocht haben, in Regierungsverantwortung Akzente zu setzen und sich von der politischen Konkurrenz abzuheben. Darüber

¹ Ebenso werden in vielen Industrieländern verstärkt grüne Parteien gewählt. Zu den Auswirkungen der ersten grün-geführten Landesregierung in Deutschland auf Messgrößen wie Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit und Energiepolitik siehe Potrafke und Wüthrich (2020).

hinaus spielt die Immigrationspolitik eine wichtige Rolle. Viele populistische Parteien wollen die Zuwanderung aus dem Ausland begrenzen.

Eine wesentliche Frage ist, inwieweit populistische Parteien, wenn sie Regierungsverantwortung tragen, auch andere Politiken betreiben als die etablierten Parteien bzw. Parteien der politischen Mitte. In diesem Artikel beschreiben wir einige Forschungsergebnisse, die zeigen, welche Politik Populisten im Amt betrieben haben und welche Folgen eine populistische Regierung für Wirtschaft und Gesellschaft hat. Eine vollumfängliche Literaturübersicht liefern wir nicht, sondern konzentrieren uns vielmehr auf Studien, die wir für bedeutsam halten.



Dr. Luisa Dörr

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie.



Prof. Dr. Niklas Potrafke

ist Leiter des ifo Zentrums für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie und Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

WAS VERSTEHT MAN UNTER POPULISTEN UND WAS DARF VON IHNEN ERWARTET WERDEN?

Populisten zeichnen sich insbesondere durch ihre Kritik an der gesellschaftlichen »Elite« aus. Populistische Parteien schüren eine Rhetorik, die die »Eliten«, die selbstredend mit den Politikern der etablierten Parteien verbunden sind, von der »einfachen Bevölkerung« entkoppelt. Dabei positionieren sich Populisten als Fürsprecher der einfachen Bevölkerung, für deren Belange sie sich einsetzen.

zen und gleichzeitig den Einfluss der Eliten beschränken wollen. Ebenso wollen sie andere Politiken als die Eliten betreiben.

Es gibt linke wie rechte populistische Politiker und Parteien. Prominente Beispiele aus Lateinamerika sind der linke Populist Evo Morales (2006–2019 Präsident Boliviens) und der rechte Populist Jair Bolsonaro (2019–2023 Präsident Brasiliens). Alexis Tsipras (2015–2019 Premierminister Griechenlands) ist ein weiteres Beispiel für einen linken Populisten und Donald Trump für einen rechten Populisten. Zu rechtspopulistischen Parteien gehören beispielsweise die Alternative für Deutschland (AfD), das Rassemblement National (RN) in Frankreich und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ).

Im Hinblick auf gesellschaftspolitische Themen wie beispielsweise den Umgang mit Zuwanderung aus dem Ausland sind populistische Parteien klar positioniert: Sie wollen die Zuwanderung aus dem Ausland beschränken. Bezüglich wirtschaftspolitischer Fragestellungen ist die Positionierung von populistischen Parteien nicht eindeutig: Einige populistische Parteien wollen die Staatstätigkeit in der Wirtschaft ausbauen (mehr Ausgaben, mehr Umverteilung von Einkommen und Vermögen, mehr staatliche Regulierung von Arbeits- und Produktmärkten etc.), während andere die Staatstätigkeit in der Wirtschaft eher einschränken wollen. Diese Ambiguität bezüglich der Positionierung lässt sich nicht durch die Einteilung in links- und rechtspopulistische Parteien lösen. Beispielsweise gibt es einige Parteien, die als rechtspopulistisch beschrieben werden und die die Staatstätigkeit ausbauen wollen. Welche Wirtschaftspolitik populistische Parteien und Politiker im Amt tatsächlich betreiben und welche wirtschaftlichen Auswirkungen diese Politik hat, bleibt eine empirische Frage.

EMPIRISCHE ERGEBNISSE AUF NATIONALER EBENE

Eine der ersten Arbeiten zur Wirkung von Populisten auf nationaler Ebene von Rode und Revuelta (2015) zeigt, dass marktorientierte Wirtschaftsreformen unter populistischen Staatsoberhäuptern gebremst worden sind. Die Autoren haben Daten für 35 Länder im Zeitraum 1990–2012 ausgewertet. Wirtschaftspolitiken werden mit Indikatoren zur ökonomischen Freiheit gemessen. Gründler et al. (2024) verwenden ebenso Indikatoren zur ökonomischen Freiheit für einen größeren Datensatz von 101 Ländern im Zeitraum 2000–2020. Die Ergebnisse zeigen, dass marktorientierte Wirtschaftsreformen insbesondere unter linkspopulistischen Staatsoberhäuptern gebremst wurden. Die empirischen Methoden dieser Studien lassen jedoch keine kausalen Rückschlüsse zu. Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Freiheit bzw. Wirtschaftsreformen und populistischen Staatsoberhäuptern könnte durch

dritte Variablen getrieben sein, für die nicht in den empirischen Modellen kontrolliert werden kann.

Die Studie von Funke et al. (2023) legt nahe, dass Länder mit populistischen Staatsoberhäuptern deutliche Wachstumseinbußen gegenüber Ländern ohne populistische Staatsoberhäupter zu verzeichnen hatten. Die Autoren haben das Wirtschaftswachstum und weitere makroökonomische Variablen in 41 Ländern im Zeitraum 1900–2020 untersucht. In dieser Zeit gab es insgesamt 1 482 Staatsoberhäupter, von denen 51 als Populisten klassifiziert werden (einer davon ist Adolf Hitler). Gemäß der Schätzergebnisse ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in einem Zeitraum von 15 Jahren um ca. 10 % gesunken, wenn Populisten im Amt waren. Darüber hinaus haben die Populisten die heimischen Volkswirtschaften gegenüber der Globalisierung abgeschirmt: Das Außenhandelsvolumen gemessen am BIP und die finanzielle Integration sind gesunken und Zölle im Außenhandel gestiegen.

Ein aktuelles Beispiel kommt aus den USA. Die Trump-Administration führte eine protektionistische Handelspolitik ein und erhöhte die Zölle auf mehrere Länder und Produkte. Dies wurde von den Handelspartnern mit Vergeltungszollerhöhungen beantwortet und führte zu einem eskalierenden Handelskrieg. Fajgelbaum et al. (2020) zeigen, dass die Kosten für die US-Wirtschaft hoch waren: Der durchschnittliche reale Einkommensverlust betrug 7,2 Mrd. US-Dollar. Den größten Teil der Folgen hatten die US-Verbraucher und importierende Unternehmen zu tragen, deren reales Einkommen um 51 Mrd. Dollar sank.

ERGEBNISSE AUF LOKALER EBENE

Empirischen Studien mit Daten auf Gemeindeebene gelingt es überzeugend, kausale Effekte von Populisten im Amt zu schätzen. Ursache und Wirkung können in diesen Studien gut auseinandergehalten werden. Verglichen werden dazu Gemeinden, in denen populistische Bürgermeister ganz knapp ins Amt gewählt wurden, mit Gemeinden, in denen populistische Kandidaten ganz knapp bei der Wahl gescheitert sind. In diesen Fällen entscheiden nur wenige Stimmen bzw. der Zufall darüber, ob eine Gemeinde von einem populistischen Bürgermeister regiert wird oder nicht. Verwendet werden beispielsweise Daten aus Italien und Österreich, in denen Bürgermeister rechtspopu-



Prof. Dr. Felix Rösel

ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Stadt- und Regionalökonomik an der TU Braunschweig.



Dr. Tuuli Tähtinen

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie.

listischer Parteien wie der Lega Nord, Fünf-Sterne-Bewegung oder der FPÖ im Amt waren.

In Italien haben knapp gewählte Bürgermeister der Lega Nord dafür gesorgt, dass in ihre Gemeinden weniger Zuwanderer als in andere Gemeinden gekommen sind. Diesen Befund haben Bracco et al. (2018) für den Zeitraum 2002–2014 ermittelt. Berücksichtigt man neben der Lega Nord jedoch Bürgermeister anderer politischer Parteien, die ebenso die Zuwanderung beschränken wollen, so findet sich ein starker Effekt von Bürgermeistern, die die Zuwanderung beschränken wollen, nur nach dem Jahr 2014 (Cerqua und Zampollo 2023). Im Zeitraum 2014–2018 ist der Anteil von Zuwanderern (Inflow) in Gemeinden mit Bürgermeistern, die Zuwanderung beschränken wollen, um 16 Prozentpunkte geringer gewesen als in Gemeinden mit Bürgermeistern, die Zuwanderung nicht beschränken wollen.

Die Wahl populistischer Bürgermeister hat nicht nur das Verhalten von Zuwanderern, sondern auch die Einstellungen und Verhaltensweisen gegenüber Zuwanderern beeinflusst. Insbesondere die Wahl von einwanderungsfeindlichen Kandidaten kann die Feindseligkeit gegenüber Zuwanderern beflügeln (Bursztyn et al. 2020). Romarri (2022) zeigt, dass italienische Gemeinden mit knapp gewählten Bürgermeistern der Lega Nord oder anderer rechtsextremer Parteien (einschließlich der Partei der gegenwärtigen Premierministerin) eine höhere Wahrscheinlichkeit von Hasskriminalität gegen Einwanderer aufwies: Die Wahrscheinlichkeit von Hasskriminalität war um 5 Prozentpunkte höher als in vergleichbaren Gemeinden, in denen die rechtsextremen Parteien nicht an der Macht waren.

Italienische Bürgermeister aus rechtspopulistischen Parteien haben nicht nur die Zuwanderung beeinflusst. Vielmehr haben sie im Zeitraum 1998–2020 auch die Schulden ihrer Gemeinden in etwas geringerem Maße getilgt als Bürgermeister anderer Parteien (Bellodi et al. 2024). Auch haben sie mehr öffentliche Aufträge vergeben, bei denen die geplanten Kosten überschritten wurden: Der Anteil von öffentlichen Aufträgen mit ungeplant hohen Kosten war bei Bürgermeistern rechtspopulistischer Parteien um gut 5 Prozentpunkte höher als bei Bürgermeistern anderer Parteien. Ebenso gab es Personalrochaden im öffentlichen Dienst: Bürgermeister rechtspopulistischer Parteien haben 50% der Spitzenbeamten in ihren Gemeinden ausgewechselt.

Die Ergebnisse einer Studie mit Daten für Österreich zeigen nicht, dass FPÖ-Bürgermeister Variablen wie die Arbeitslosenquote, Verschuldung oder Budgetzusammensetzung beeinflusst haben (Dörr et

al. 2021). Doch haben FPÖ-Bürgermeister die gesellschaftspolitische Polarisierung angeheizt. Zu diesem Ergebnis gelangen die Autoren einerseits mit Hilfe eines politischen Polarisierungsindex, bei dem die ideologischen Positionen der Parteien und das Wahlverhalten in den Gemeinden berücksichtigt werden. Andererseits werden Fußballspiele in den Gemeinden untersucht. Wie in Deutschland ist Fußball auch in den österreichischen Gemeinden der wichtigste Gemeindegemeinschaftssport. Die Ergebnisse zeigen, dass der Anteil von Spielern mit ausländischen Namen in Gemeinden sinkt, wenn die Gemeinden von FPÖ-Bürgermeistern regiert werden.

Eine Studie für Finnland untersucht die Frage, wie etablierte politische Parteien auf die zunehmende Präsenz populistischer Parteien reagieren (Tähtinen 2022). Parteipositionen bei Kommunalwahlen werden mit Hilfe von Umfragedaten auf Kandidatenebene aus einer Anwendung zu Wahlberatung ermittelt. Die Untersuchung zeigt, dass eine stärkere Vertretung populistischer Parteien in Gemeinderäten die ideologischen Positionen der etablierten Parteien beeinflusst. Insbesondere bei sozialen und kulturellen Themen – den wichtigsten politischen Dimensionen populistischer Parteien – nähern sich die etablierten untereinander an, wenn populistische Parteien an Einfluss gewinnen.

REFERENZEN

- Bellodi, L., M. Morelli und M. Vanonni (2024), »A Costly Commitment: Populism, Economic Performance, and the Quality of the Bureaucracy«, *American Journal of Political Science* 77, 193–209.
- Bracco, E., M. D. Paola, C. P. Green und V. Scoppa (2018), »The Effect of Far Right Parties on the Location Choice of Immigrants: Evidence From Lega Nord Mayors«, *Journal of Public Economics* 166, 12–26.
- Bursztyn, L., G. Egorov und S. Fiorin (2020), »From Extreme to Mainstream: The Erosion of Social Norms«, *American Economic Review* 110(11), 3522–48.
- Cerqua, A. und F. Zampollo (2023), »Deeds or Words? The Local Influence of Anti-immigrant Parties on Foreigners' Flows«, *European Journal of Political Economy* 77, 102–275.
- Dörr, L., N. Potrafke und F. Rösel (2021), »Populists in Power«, *CESifo Working Paper* 9336.
- Fajgelbaum, P., P. Goldberg, P. Kennedy und A. Khandelwal (2020), »The Return to Protectionism«, *Quarterly Journal of Economics* 135, 1–55.
- Funke, M., M. Schularick und C. Trebesch (2023), »Going to Extremes: Politics After Financial Crises, 1870–2014«, *American Economic Review* 88, 227–260.
- Gründler, K., A. Hackenberger und N. Potrafke (2024), »Government Ideology and Economic Freedom: New Empirical Evidence«, in: N. Berggren (Hrsg.), *Handbook of Research on Economic Freedom*, Edward Elgar.
- Potrafke, N. und K. Wüthrich (2020), »Green Governments«, *CESifo Working Paper* 8726.
- Rode, M. und J. Revuelta (2015), »The Wild Bunch! An Empirical Note on Populism and Economic Institutions«, *Economics of Governance* 16, 73–96.
- Romarri, A. (2022), »Strongmen in Power Are Not Without Consequences: Far-Right Mayors and Hate Crimes«, *mimeo*.
- Tähtinen, T. (2022), »Populism and Ideological Convergence: Evidence From a Multiparty System«, *mimeo*.

Moritz Seebacher

Wie Fahrräder die Bildungschancen von Mädchen in Entwicklungsländern verbessern können*

Hochwertige Bildung und Geschlechtergleichheit sind zwei grundlegende Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Somit sollen gleiche Bildungschancen für Jungen und Mädchen und der langfristige Wohlstand der Nationen gefördert werden (UN-Generalversammlung 2015). Dennoch liegt der durchschnittliche Bildungsabschluss von Mädchen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen nach wie vor hinter dem durchschnittlichen Bildungsabschluss von Jungen (Glewwe et al. 2020). Ein Grund hierfür sind gesellschaftliche Barrieren wie soziale Normen (Jayachandran 2015), die wahrgenommene öffentliche Sicherheit (Borker 2021) und die geografische Entfernung zur Schule (Muralidharan und Prakash 2017; Fiala et al. 2022). Angesichts der Bedeutung von Bildung für gesellschaftlichen Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum (Hanushek und Woessmann 2012) ist es von großem Interesse, politische Maßnahmen zu identifizieren, die verbleibende Barrieren für Mädchen erfolgreich reduzieren.

Einige Studien heben die Bereitstellung von Fahrrädern als erfolgreiche politische Maßnahme zur Verbesserung der Bildungschancen für Mädchen hervor (Muralidharan und Prakash 2017; Fiala et al. 2022). Diese Studien zeigen neben dem positiven Effekt von Fahrrädern auf das Bildungsniveau von Mädchen, dass Fahrräder sowohl die Distanzkosten zur Schule reduzieren als auch das Selbstbild und Selbstbewusstsein von Mädchen in der Gesellschaft stärken. Allerdings ist wenig darüber bekannt, von welchen einzelnen Faktoren der Erfolg von Fahrradprogrammen für Mädchen abhängt, was für eine erfolgreiche Ausweitung von entscheidender Bedeutung ist. Die Studie von Seebacher (2023) geht dieser Frage auf den Grund und untersucht mit Hilfe mehrerer national repräsentativer Haushaltsumfragen die Rolle von hochwertigen Straßen für den Erfolg eines Fahrradprogramms in Indien (siehe Box »Die Datenbasis« für Details).

Das Fahrradprogramm mit dem Namen »Mukhyamantri Balika Cycle Yojana« wurde 2006 von der Regierung des indischen Bundesstaats Bihar ins Leben gerufen, um die Schulbildung von Mädchen zu verbessern und die bestehenden Geschlechterunterschiede in der Sekundarschule (9.–10. Klasse) zu reduzieren. Zu Beginn des Programms betrug die durchschnittliche

* Dieser Artikel basiert auf dem Aufsatz von Seebacher, M. (2023), »Pathways to Progress: The Complementarity of Bicycles and Road Infrastructure for Girls' Education«, *Economics of Education Review* 97, 102483.

IN KÜRZE

Wie können Fahrräder in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen dazu beitragen, dass mehr Mädchen eine bessere Schulbildung erhalten? In einer neuen Studie wird hierfür ein Fahrradprogramm aus Indien analysiert und gezeigt, dass Fahrräder besonders effektiv sind, wenn sich die Schule in der Nähe des Wohnorts befindet und hochwertige Straßeninfrastruktur verfügbar ist. In diesem Fall steigt die Einschreibung von Mädchen in Sekundarschulen um 60 % und reduziert die bestehenden Geschlechterunterschiede um 51 %. Allerdings zeigt das Programm keine Verbesserungen für Mädchen in Dörfern ohne hochwertige Straßen oder für Mädchen, die weiter als 10 km von der Schule entfernt wohnen. Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass Fahrräder ein effektives und skalierbares Mittel zur Verbesserung der Bildungschancen für Mädchen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen sein können – allerdings nur in Kombination mit hochwertiger Straßeninfrastruktur und Schulen, die nicht zu weit vom Wohnort entfernt sind.

Entfernung zur Sekundarschule in Bihar etwas mehr als 5 km, was viele Mädchen durch die fest verankerten sozialen Normen und Sicherheitsbedenken daran hinderte, ihre Schulbildung fortzuführen. Durch das Programm erhielt jedes Mädchen in Bihar, das sich ab 2006 in der Sekundarschule einschrieb, 2000 Rupien, um sich ein Fahrrad für den Schulweg zu kaufen.

Im Folgenden wird erläutert, warum hochwertige Straßen ein bedeutender Faktor für den Erfolg von Fahrradprogrammen sein können. Danach folgt eine kurze Erklärung zu der Methodik der Studie sowie die Ergebnisse. Abschließend werden konkrete Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Bildungschancen von Mädchen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen abgeleitet.

THEORETISCHER HINTERGRUND

Warum sollten hochwertige Straßen eine bedeutende Rolle für den Erfolg von Fahrradprogrammen für Mädchen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen spielen? Aus theoretischer Sicht gibt es hierfür mindestens drei Gründe. *Erstens* erlauben hochwertige

DIE DATENBASIS

Die Kernanalyse von Seebacher (2023) beruht auf Daten der national repräsentativen indischen Haushaltsumfrage District Level Household and Facility Survey 3 (DLHS-3), die 18 Monate nach Start des Fahrradprogramms durchgeführt wurde (2007–2008). DLHS-3 umfasst detaillierte Informationen über die sozioökonomischen Merkmale von mehr als 700 000 indischen Haushalten sowie den Einschreibungsstatus in Schulen und die aktuelle Klassenstufe für Personen unter 18 Jahren. Zudem beinhaltet DLHS-3 Informationen über die Infrastruktur der indischen Dörfer, in denen die befragten Personen und ihre Haushaltsmitglieder leben, wie zum Beispiel die Qualität der Straßenanbindung und die Entfernung zu den nächsten Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen. Der Zeitpunkt der Umfrage sowie die Kombination der individuellen und infrastrukturellen Informationen bieten ideale Voraussetzungen für die Untersuchung der Rolle von hochwertigen Straßen für den Erfolg des Fahrradprogramms. Hierfür klassifiziert die Studie die Straßenanbindung der Dörfer anhand der Frage in DLHS-3 als hochwertig, falls die Straße allwettertauglich ist, und minderwertig, falls das nicht der Fall ist. Allwettertaugliche Straßen sind im indischen Kontext hauptsächlich, aber nicht ausschließlich, asphaltierte Straßen, die über das ganze Jahr funktionsfähig sind und auch bei Starkregen und Schnee befahren werden können (Mukherjee 2012). Minderwertige Straßen entsprechen unbefestigten Straßen wie zum Beispiel Feld-, Sand- oder Landwegen.

Für die Analyse beschränkt sich die Studie von Seebacher (2023) auf die Bundesstaaten Bihar und

Jharkhand und 14–17-jährige Jungen und Mädchen (siehe »Methodik der Studie« für Details), die mindestens 3 km von der Sekundarschule entfernt wohnen. Letztere Beschränkung beruht auf den Ergebnissen einer Studie von Muralidharan und Prakash (2017), die bereits zeigt, dass das Fahrradprogramm nur positive Auswirkungen auf die Einschreibungsrate von Mädchen hat, die mindestens 3 km von der Sekundarschule entfernt wohnen. Die finale Gesamtstichprobe umfasst ca. 21 700 Jungen und Mädchen im Alter von 14–17 Jahren.

Zusätzlich verwendet Seebacher (2023) die Daten der vorherigen Welle der indischen Haushaltsumfrage District Level Household and Facility Survey 2 (DLHS-2), die kurz vor der Einführung des Fahrradprogramms erhoben wurde (2004–2005). DLHS-2 erfasst dieselben Informationen wie DLHS-3 und wird in der Studie zur Validierung der Methodik verwendet (siehe »Methodik der Studie« für Details). Eine ergänzende Analyse von Seebacher (2023) benutzt zudem Daten der national repräsentativen indischen Haushaltsumfrage Indian Human Development Survey (IHDS), die 2004–2005 erhoben wurde und 42 000 Haushalte umfasst. IHDS beinhaltet im Vergleich zu DLHS-3 zusätzliche Informationen zur Anzahl der Abwesenheitstage in der Sekundarschule, zu kriminellen Aktivitäten in Dörfern, wie zum Beispiel sexuelle Belästigungen gegenüber Frauen, und zur Ausstattung der Straßenanbindungen mit Straßenlaternen. Diese Informationen werden von der Studie verwendet, um mögliche Mechanismen hinter der Rolle von hochwertigen Straßen für das Fahrradprogramm zu analysieren.

Straßen im Vergleich zu schlecht befahrbaren Straßen Fahrradfahrenden schnell und zuverlässig ihr Ziel zu erreichen, was in diesem Fall die Distanzkosten und die Fahrtzeit zur Sekundarschule reduziert. Dieser Punkt kann insbesondere in unebenem Gelände einen großen Unterschied ausmachen. *Zweitens* können hochwertige Straßen durch ihre bessere Ausstattung, wie z. B. Straßenlaternen und eine bessere Fahrbahn, die wahrgenommene Sicherheit des Schulwegs von Mädchen und Eltern erhöhen, was bei größeren Distanzen einen direkten Einfluss auf die Entscheidung zur weiteren Schulbildung haben kann. *Drittens* ermöglichen hochwertige Straßen auch bei schlechteren Wetterbedingungen einen sicheren Zugang zur Schule. Dieser Aspekt ist insbesondere in der mehrmonatigen Monsunperiode von großer Bedeutung, in der starke Regenfälle den Zugang zur Schule erschweren und nicht-allwettertaugliche Straßen keinen Zugang gewährleisten können. Alles in allem sprechen diese Gründe für eine bedeutende Rolle von hochwertigen Straßen auf den Erfolg und die Effektivität von Fahr-

radprogrammen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen.

METHODIK DER STUDIE

Wie kann die Bedeutung von hochwertigen Straßen für den Erfolg des Fahrradprogramms in Bihar identifiziert werden? Ein einfacher Vergleich der Einschreibungsraten in die Sekundarschule von Mädchen vor und nach der Einführung des Fahrradprogramms birgt das Problem, dass zeitgleiche Investitionen wie eine Erhöhung der Schulausgaben oder eine Verbesserung der Sicherheit und Ordnung nicht berücksichtigt werden. Somit kann der Effekt des Fahrradprogramms durch diesen Vergleich nicht eindeutig identifiziert werden. Eine weitere Möglichkeit wäre, die zeitliche Änderung der Einschreibungsrate von Mädchen mit der von Jungen in Bihar zu vergleichen, um den Effekt von zeitgleichen Investitionen herauszurechnen. Allerdings zeigt die Studie von Seebacher (2023) mit Hilfe der DLHS-2-Daten (siehe Box »Die Datenbasis« für

Details), dass die Einschreibungsraten von Mädchen bereits vor der Einführung des Fahrradprogramms deutlich stärker gestiegen sind als die von Jungen. Dies lässt darauf schließen, dass Jungen alleine keine gute Vergleichsgruppe für die Entwicklung der Einschreibungsrate von Mädchen sind.

Um sowohl für den Einfluss von zeitgleichen Investitionen in Bihar als auch für geschlechtsspezifische zeitliche Änderungen in den Einschreibungsraten zu kontrollieren, werden daher sowohl Jungen in Bihar als auch Jungen und Mädchen im Nachbarstaat Jharkhand als Vergleichsgruppen herangezogen. Der Nachbarstaat Jharkhand ist eine besonders passende Vergleichsgruppe, da er bis 2001 Teil des Bundesstaats Bihar war, dasselbe Bildungssystem besitzt und im Jahr 2006 kein Fahrradprogramm implementierte. Mit Hilfe der DLHS-2-Daten wird gezeigt, dass die zeitliche Änderung der Einschreibungsrate von Mädchen in Bihar vor der Einführung des Fahrradprogramms mit diesen drei Vergleichsgruppen akkurat beschrieben werden kann. Konkret vergleicht die Studie hierfür die zeitliche Änderung der Einschreibungsraten (Differenz 1) zwischen Jungen und Mädchen (Differenz 2) und zwischen den Nachbarstaaten Bihar und Jharkhand (Differenz 3). Diese Methodik wird als Dreifacher-Differenzen-Ansatz bezeichnet und ermöglicht es, in diesem Kontext den kausalen Effekt des Fahrradprogramms zu schätzen. Der Dreifache-Differenzen-Ansatz ist nicht nur für die Gesamtstichprobe angemessen, sondern auch jeweils für die Teilstichproben mit einer hochwertigen Straße und einer minderwertigen Straße. Aus diesem Grund kann diese Methodik verwendet werden, um die Rolle von hochwertigen Straßen für den Erfolg des Fahrradprogramms zu analysieren.

Ein letzter wichtiger Aspekt ist die Frage, welche Altersgruppe von der Einführung des Fahrradprogramms betroffen ist und welche als valide Kontrollgruppe für den zeitlichen Vergleich der Einschreibungsrate dient. Hierfür ist es wichtig zu wissen, dass das erwartete Eintrittsalter für die Sekundarschule (9. Klasse) in Indien bei 14 Jahren liegt und die Querschnittsdaten für die Hauptanalyse (DLHS-3) 18 Monate nach der Einführung des Programms (2006) er-

hoben wurden. Aus diesen Gründen klassifiziert die Studie von Seebacher (2023) die 14-15-Jährigen als betroffene Gruppe, da diese Altersgruppe erst nach der Einführung des Fahrradprogramms (2006) das Eintrittsalter für die Sekundarschule erreicht hat. Als Kontrollgruppe für den zeitlichen Vergleich werden die 16-17-Jährigen verwendet, die bereits vor dem Start des Fahrradprogramms das Eintrittsalter für die Sekundarschule erreicht haben.¹ Um den Effekt mit genauerer statistischer Sicherheit zu bestimmen und die Kontrollgruppen noch besser mit der Gruppe von Mädchen aus Bihar vergleichen zu können, kontrolliert die Studie sowohl für demografische und sozioökonomische Merkmale der Haushalte als auch für alle Unterschiede in der Infrastruktur und wirtschaftlichen Entwicklung indischer Dörfer, die in dem Zeitraum des 4-jährigen Vergleichs konstant geblieben sind. Letzteres ist mit Hilfe von sogenannten »fixen Effekten« möglich.

ERGEBNISSE

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass hochwertige Straßen eine bedeutende Rolle für den Erfolg des Fahrradprogramms spielen. Die Koeffizienten in Tabelle 1 schätzen den Effekt des Fahrradprogramms sowohl für die Gesamtstichprobe (vgl. Spalte 1), als auch jeweils für die Teilstichproben mit hochwertigen (vgl. Spalte 2) und minderwertigen Straßen (vgl. Spalte 3) auf die Einschreibungsrate von Mädchen in die Sekundarschule. Der Koeffizient in Spalte 1 hebt hervor, dass die Einschreibungsrate für Mädchen in Bihar, die mindestens 3 km entfernt von der Sekundarschule wohnen, auf Grund des Fahrradprogramms um 5,4 Prozentpunkte gestiegen ist. Der Erfolg des Fahrradprogramms wird deutlich, wenn man die Effektgröße mit der Einschreibungsrate dieser Gruppe von Mädchen in Abwesenheit des Fahrradprogramms vergleicht, die lediglich bei knapp unter 15% liegt. 5,4 Prozentpunkte kommen in diesem Fall einem Anstieg der Einschreibungsrate um mehr als 35% gleich, was einen großen Schritt für die Bildungschancen von Mädchen in Bihar bedeutet. In der Teil-

¹ Die Altersgruppendefinition wird in Robustheitsanalysen leicht abgeändert und führt zu sehr ähnlichen Ergebnissen.

Tab. 1

Effekte der Teilnahme am Fahrradprogramm in Bihar auf die Einschreibungsrate von Mädchen in die Sekundarschule nach Qualität der Straßenanbindung

	(1) Gesamt	(2) Hochwertige Straßen	(3) Minderwertige Straßen
Effekt des Fahrradprogramms	0,054 [*] (0,028)	0,068 ^{**} (0,032)	- 0,018 (0,063)
Beobachtungen	21 704	16 876	4 828

Anmerkungen: Die abhängige Variable ist ein Indikator für die Einschreibung in die 9. Klasse, dem Beginn der Sekundarschule in Bihar. Alle Spezifikationen nutzen einen Dreifachen-Differenzen-Ansatz und kontrollieren für die Kaste und Religion des Haushalts. Weitere Kontrollvariablen sind die Anzahl der Schuljahre des Haushaltsvorstands, Indikatorvariablen für einen männlichen Haushaltsvorstand, Bauer als Beruf, ein Haushaltseinkommen unter der Armutsgrenze, TV/Radio-Besitz und Zugang zu Elektrizität. Für Unterschiede in der Struktur und wirtschaftlichen Entwicklung der Dörfer wird mit Hilfe von fixen Effekten für Dörfer kontrolliert. Standardfehler, geclustert auf der Dorfebene, stehen in Klammern. Haushaltsgewichte werden verwendet, um die Stichprobe repräsentativ zu machen. Alle Regressionen verwenden DLHS-3-Daten. ^{*} p<0,01, ^{**} p<0,05, ^{***} p<0,1.

Quelle: Seebacher (2023).

© ifo Institut

stichprobenanalyse sieht man allerdings, dass der positive Effekt ausschließlich für Mädchen mit hochwertiger Zugangsstraße auftritt (vgl. Spalte 2). Für diese Gruppe erhöht sich die Einschreibungsrate auf Grund des Fahrradprogramms um 6,8 Prozentpunkte, während es keinen positiven Effekt für Mädchen ohne hochwertige Zugangsstraße gibt (vgl. Spalte 3).

Die Effektgröße im Verhältnis zu dem Szenario ohne Fahrradprogramm liegt für Mädchen mit hochwertiger Straßenanbindung bei mehr als 46% (6,8 von 14,6 Prozentpunkten in Abwesenheit des Fahrradprogramms), was neben der Verbesserung der Bildungschancen für Mädchen auch die Geschlechtergleichheit in Sekundarschulen erheblich fördert. Während die Einschreibungsrate für Jungen in Bihar mit hochwertiger Zugangsstraße und mindestens 3 km Entfernung zur Sekundarschule mit 28,6% fast doppelt so hoch ist, konnte das Fahrradprogramm in dieser Gruppe die geschlechtsspezifischen Unterschiede um fast 50% reduzieren (6,8 von 14 Prozentpunkten). Alles in allem unterstreichen die Ergebnisse, dass gute Straßeninfrastruktur nicht nur den positiven Effekt von Fahrradprogrammen auf Bildungschancen von Mädchen verstärkt, sondern eine sehr wichtige Voraussetzung für den Erfolg von Fahrradprogrammen ist. Diese Ergebnisse sind robust gegenüber Änderungen der Definition von betroffenen und nicht-betroffenen Altersjahrgänge und Beschränkungen der Vergleichsgruppen auf benachbarte Landkreise in den Bundestaaten Bihar und Jharkhand (Seebacher 2023).

WARUM IST DIE STRASSENINFRASTRUKTUR FÜR FAHRRADPROGRAMME SO WICHTIG?

Um die Bedeutung von hochwertigen Straßen für die Rolle von Fahrradprogrammen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen besser zu verstehen, werden einige Faktoren im Detail analysiert. Wie bereits in der Studie von Muralidharan und Prakash (2017) hervorgehoben wurde, sind die positiven Effekte des Fahrradprogramms für mittlere Entfernungen von 3–10 km am stärksten und für Mädchen, die weiter weg oder sehr nah an der Sekundarschule woh-

nen, kaum vorhanden. Diese Erkenntnisse lassen darauf schließen, dass die Distanz zur Schule ein großes Hindernis für Mädchen darstellt und Fahrräder erfolgreich die Distanzkosten reduzieren können.

Wie wichtig sind hochwertige Straßen in diesem Prozess? Um dieser Frage nachzugehen, zeigt Tabelle 2 den Effekt des Fahrradprogramms jeweils für jede Kombination der Teilstichproben mit und ohne hochwertige Straßen und für mittlere (3–10 km) und weite Entfernungen (mehr als 10 km) zur Sekundarschule. Spalte 1 repliziert zusätzlich als Vergleich die Ergebnisse von Muralidharan und Prakash (2017) für die Gesamtstichprobe. Konsistent mit den Ergebnissen in Muralidharan und Prakash (2017) liegt der positive Effekt des Fahrradprogramms für die Gesamtstichprobe lediglich für die mittleren Distanzen vor (vgl. Spalte 1, Reihe 1). Für Mädchen, die mehr als 10 km entfernt von der Sekundarschule wohnen, zeigt das Fahrradprogramm keine Wirkung (vgl. Spalte 1, Reihe 2). Die Koeffizienten für die Teilstichprobe mit hochwertigen Straßen weisen dasselbe Muster auf (vgl. Spalte 2). Die Einschreibungsrate von Mädchen, die 3–10 km von der Sekundarschule entfernt wohnen, erhöht sich auf Grund des Fahrradprogramms bei Vorhandensein von hochwertigen Straßen um 8,1 Prozentpunkte, während es keinen statistisch signifikanten positiven Effekt für Entfernungen über 10 km gibt (vgl. Spalte 2, Reihe 2). Die 8,1 Prozentpunkte entsprechen für diese Gruppe von Mädchen einer Erhöhung der Einschreibungsrate um fast 60% und einer Reduzierung der geschlechtsspezifischen Unterschiede um 51%, was die Bedeutung und den Erfolg des Fahrradprogramms für die Chancengleichheit von Mädchen einmal mehr hervorhebt. Einen großen Unterschied erkennt man für die Teilstichprobe mit minderwertigen Straßen. Hier sieht man sowohl für mittlere als auch längere Entfernungen keinen positiven Effekt des Fahrradprogramms (vgl. Spalte 3). Die Ergebnisse lassen darauf schließen, dass Fahrräder allein nicht ausreichen, um die Distanzkosten zur Schule hinreichend zu reduzieren. Gute Straßeninfrastruktur spielt eine elementare Rolle für die Reduzierung von Distanzkosten und nur die Kombination von hochwertigen Straßen und Fahr-

Tab. 2

Effekte der Teilnahme am Fahrradprogramm in Bihar auf die Einschreibungsrate von Mädchen in die Sekundarschule nach Qualität der Straßenanbindung und der Entfernung zur Schule

	(1) Gesamt	(2) Hochwertige Straßen	(3) Minderwertige Straßen
Panel A: Mittlere Entfernung (3–10 km)	0,069** (0,032)	0,081** (0,036)	- 0,028 (0,065)
Beobachtungen	18 007	13 906	4 101
Panel B: Längere Entfernung (>10 km)	- 0,015 (0,069)	0,026 (0,083)	- 0,098 (0,133)
Beobachtungen	3 705	2 978	727

Anmerkungen: Die abhängige Variable ist ein Indikator für die Einschreibung in die 9. Klasse, dem Beginn der Sekundarschule in Bihar. Alle Spezifikationen nutzen einen Dreifachen-Differenzen-Ansatz und kontrollieren für die Kaste und Religion des Haushalts. Weitere Kontrollvariablen sind die Anzahl der Schuljahre des Haushaltsvorstands, Indikatorvariablen für einen männlichen Haushaltsvorstand, Bauer als Beruf, ein Haushaltseinkommen unter der Armutsgrenze, TV/Radio-Besitz und Zugang zu Elektrizität. Für Unterschiede in der Struktur und wirtschaftlichen Entwicklung der Dörfer wird mit Hilfe von fixen Effekten für Dörfer kontrolliert. Standardfehler, geclustert auf der Dorfebene, stehen in Klammern. Haushaltsgewichte werden verwendet, um die Stichprobe repräsentativ zu machen. Alle Regressionen verwenden DLHS-3-Daten. ***p<0,01, **p<0,05, *p<0,1.

Quelle: Seebacher (2023).

rädern ermöglicht es Mädchen, dieses Hindernis zu überbrücken.

Zusätzlich werden zwei weitere Gründe für die Rolle von guter Straßeninfrastruktur für den Erfolg von Fahrradprogrammen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen untersucht. Zum einen könnte gute Straßeninfrastruktur einen direkten Einfluss auf die wahrgenommene Sicherheit von Eltern und Mädchen haben, was sich auf die Entscheidung zur weiteren Schulbildung auswirken kann. So zeigt eine Studie von Borker (2021), dass das wahrgenommene Risiko von sexuellen Belästigungen in der Öffentlichkeit die Wahl der Universität und den Anreiseweg von jungen Frauen in Indien beeinflussen kann. Frauen sind zudem dazu bereit, Universitäten mit niedrigerer Qualität zu besuchen, um ein erhöhtes Risiko von sexueller Belästigung zu vermeiden. Diese Sicherheitsbedenken könnten durch gute Straßeninfrastruktur verbessert werden und die Bildungschancen von Mädchen erhöhen. Eine Studie von Jain und Biswas (2021) zeigt, dass hochwertige Straßen in Indien mit höherer Wahrscheinlichkeit mit Straßenlaternen ausgestattet sind und sexuelle Belästigungen in der Öffentlichkeit reduzieren.

Zum anderen könnte gute Straßeninfrastruktur die zu erwartende Anzahl der Abwesenheitstage reduzieren, da hochwertige Straßen auch bei schlechteren Wetterbedingungen, wie zum Beispiel der Monsunperiode, befahrbar bleiben. Eine Studie von Idei et al. (2020) in Kambodscha findet Evidenz dafür, dass Fahrräder in Kombination mit guter Infrastruktur die Anzahl der Abwesenheitstage in Schulen reduziert. Wenn die erwartete Anzahl der Abwesenheitstage die Entscheidung zur weiteren Schulbildung beeinflusst, wäre dieser Mechanismus ein weiterer Grund für die bedeutende Rolle von hochwertigen Straßen für die Effektivität von Fahrradprogrammen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen.

Während der DLHS-3-Datensatz keine ausreichenden Informationen für eine Analyse dieser Faktoren bietet, kann in einer ergänzenden Analyse mit dem IHDS-Datensatz gezeigt werden (siehe Box »Die Datenbasis« für Details), dass die hochwertigen Straßenanbindungen von Dörfern in Indien wahrscheinlicher mit Straßenlaternen ausgestattet sind. Des Weiteren zeigt die Analyse, dass die Anzahl der Abwesenheitstage für Mädchen geringer ist, wenn ihr Dorf eine hochwertige Straßenanbindung besitzt, insbesondere wenn der Haushalt im Besitz eines Fahrrads ist. Die Ergebnisse sind konsistent mit der Literatur und heben hervor, dass neben den Distanzkosten noch weitere Faktoren die bedeutende Rolle von guter Straßeninfrastruktur für Fahrradprogramme erklären können.

ZUSAMMENFASSUNG UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Um die zwei Entwicklungsziele hochwertige Bildung und Geschlechtergleichheit der Vereinten Nationen zu

erreichen, ist die Verbesserung von Bildungschancen für Mädchen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen von zentraler Bedeutung. Die Bereitstellungen von Fahrrädern kann hierbei ein skalierbares und effektives Mittel sein, um Hindernisse wie die geografische Entfernung zur Schule oder soziale Normen abzubauen. Die Studie von Seebacher (2023) bringt neue Erkenntnisse darüber, von welchen Faktoren der Erfolg von Fahrradprogrammen zur Verbesserung der Bildungschancen von Mädchen abhängt. Ein entscheidender Faktor dabei ist gute Straßeninfrastruktur. So zeigt die Studie für ein Fahrradprogramm aus dem indischen Bundestaat Bihar, dass lediglich Mädchen mit hochwertiger Straßenanbindung von dem Fahrradprogramm profitieren konnten. Der Grund hierfür liegt darin, dass Fahrräder ohne gute Straßeninfrastruktur die Distanzkosten nicht entscheidend abbauen können und nur in Kombination mit hochwertigen Straßen ihr maximales Potenzial ausschöpfen. Weitere in der Studie analysierte Gründe sind eine verbesserte wahrgenommene Sicherheit des Schulwegs für Mädchen und Eltern und die Erwartung weniger Abwesenheitstage durch schlechte Wetterbedingungen. Allerdings zeigt die Studie auch, dass Fahrräder und gute Straßeninfrastruktur nur dann ein erfolgreiches Mittel zur Verbesserung der Bildungschancen von Mädchen sind, wenn die Schule nicht weiter als 10 km vom Wohnort entfernt ist. In diesem Fall steigt die Einschreibungsrate von Mädchen in Sekundarschulen um 60 % und reduziert bestehende Geschlechterunterschiede um 51 %, was einen großen Schritt Richtung Chancengleichheit im Bildungssystem bedeutet.

Zusammen betrachtet lässt sich aus den Ergebnissen der Studie ableiten, dass Fahrräder ein effektives und skalierbares Mittel zur Verbesserung der Bildungschancen von Mädchen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen sein können – allerdings nur, wenn man hochwertige Straßeninfrastruktur bereitstellt und die Entfernung zur Schule nicht zu weit ist. Politische Maßnahmen sollten somit sicherstellen, dass Mädchen einen einfachen Zugang zu Transportmitteln wie Fahrrädern erhalten, der Wohnort und Schule nicht zu weit voneinander entfernt liegen und gute Straßeninfrastruktur die ländlichen Regionen mit den Schulen verbindet.

REFERENZEN

- Borker, G. (2021), »Safety First: Perceived Risk of Street Harassment and Educational Choices of Women«, *Policy Research Working Paper 9731*, The World Bank.
- Fiala, N., A. Garcia-Hernandez, K. Narula und N. Prakash (2022), »Wheels of Change: Transforming Girls' Lives With Bicycles«, *IZA Discussion Paper*.
- Glewwe, P., S. Lambert und Q. Chen (2020), »Education Production Functions: Updated Evidence From Developing Countries«, in: S. Bradley und C. Green (Hrsg.), *Economics of Education*, Elsevier, 183–215.
- Hanushek, E. A. und L. Woessmann (2012), »Do Better Schools Lead to More Growth? Cognitive Skills, Economic Outcomes, and Causation«, *Journal of Economic Growth* 17(4), 267–321.
- Idei, R., H. Kato S. und Morikawa (2020), »Contribution of Rural Roads Improvement on Children's School Attendance: Evidence in Cambodia«, *International Journal of Educational Development* 72, 102131.

Jain, R. und S. Biswas (2021), »The Road to Safety-Examining the Nexus Between Road Infrastructure and Crime in Rural India«, *arXiv preprint arXiv:2112.07314*.

Jayachandran, S. (2015), »The Roots of Gender Inequality in Developing Countries«, *Annual Review of Economics* 7(1), 63–88.

Mukherjee, M. (2012), »Do Better Roads Increase School Enrollment? Evidence from a Unique Road Policy in India«, verfügbar unter: <https://ssrn.com/abstract=2207761>.

Muralidharan, K. und N. Prakash (2017), »Cycling to School: Increasing Secondary School Enrollment for Girls in India«, *American Economic Journal: Applied Economics* 9(3), 321–350.

Seebacher, M. (2023), »Pathways to Progress: The Complementarity of Bicycles and Road Infrastructure for Girls' Education«, *Economics of Education Review* 97, 102483.

UN-Generalversammlung (2015), *Transformation unserer Welt: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung*, verfügbar unter: <https://www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf>, aufgerufen am 18. Januar 2024.

Vera Freundl, Philipp Lergetporer*, Katharina Wedel und Katharina Werner

Informationsbereitstellung zur Automatisierbarkeit von Berufen erhöht Weiterbildungsbereitschaft**

Der digitale Wandel beeinflusst die Art und Weise, wie wir arbeiten. Neue Technologien, wie z. B. Künstliche Intelligenz, haben bereits die Qualifikationsanforderungen in vielen Berufen verändert. Aus theoretischer Sicht kann sich der technologische Wandel unterschiedlich auf unsere Arbeitsrealität auswirken: Auf der einen Seite kann es zu einem Verdrängungseffekt kommen, bei dem computergesteuerte Maschinen Aufgaben übernehmen, die vorher von Menschen ausgeführt wurden, was Arbeitskräfte überflüssig macht. Auf der anderen Seite kann es einen Produktivitätseffekt geben, indem die neuen Technologien die Produktivität von bestehenden Arbeitskräften steigern und die Nachfrage nach Arbeitskräften in nicht-automatisierten Bereichen erhöhen, was zu neuen Arbeitsplätzen und Aufgaben führt (Acemoglu und Restrepo 2018, 2019, 2020a). Für Deutschland schätzt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dass bis 2040 5,3 Mio. Arbeitsplätze verlorengehen werden, während 3,6 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen werden (BMAS 2021).

Die Entstehung neuer Berufsfelder und die damit einhergehende Veränderung der Aufgaben erfordern spezielles Fachwissen und eine dazu passende Ausbildung der Arbeitskräfte (Autor et al. 2022; Autor 2022). Durch die Geschwindigkeit, mit der sich digitale Technologien verändern, veraltet das von Beschäftigten erworbene Wissen immer schneller. Daher ist Weiterbildung während des gesamten Arbeitslebens von entscheidender Bedeutung, um mit dem Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt Schritt halten und davon profitieren zu können (Innocenti und Golin 2022; Bessen 2019). Besonders entscheidend ist die Weiterqualifizierung für Arbeitskräfte, die in Berufen mit hoher Automatisierbarkeit arbeiten. Zahlreiche Studien zeigen, dass Arbeitnehmende in hoch automatisierbaren Berufen schlechtere Beschäftigungsergebnisse und geringere Lohnzuwächse erzielen (Acemoglu und Restrepo 2020b; Dauth et al. 2021; Georgieff und Milanez 2021; Montobbio et al. 2022; Schmidpeter und

* Prof. Dr. Philipp Lergetporer ist Professor für Volkswirtschaftslehre am Global Center for Family Enterprise (GCFE) der TUM School of Management, Campus Heilbronn.

** Der vorliegende Artikel ist eine Zusammenfassung von Lergetporer, P., K. Wedel und K. Werner (2023), »Automatability of Occupations, Workers' Labor-Market Expectations, and Willingness to Train«, *CESifo Working Paper* 10862. Wir bedanken uns für die finanzielle Unterstützung durch den Leibniz-Wettbewerb (SAW-2014-ifo-2) und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (CRC TRR 190). Das in dieser Studie vorgestellte Experiment ist im AEA RCT Registry (AEAR-CTR-0009464) registriert.

IN KÜRZE

Beschäftigte in Deutschland unterschätzen die Automatisierbarkeit ihres Berufs. Dies gilt vor allem für Beschäftigte in Berufen mit hoher Automatisierbarkeit, wie eine neue Studie von Lergetporer et al. (2023) zeigt. Die randomisierte Bereitstellung von Informationen über die tatsächliche Automatisierbarkeit ihrer Berufe erhöht die Arbeitsmarktsorgen und die Einschätzung über Veränderungen des Arbeitsumfelds. Außerdem wird die Teilnahmebereitschaft an Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen erhöht, insbesondere bei Befragten in Berufen mit hoher Automatisierbarkeit. Dadurch verringert sich der Unterschied in der Weiterbildungsbereitschaft zwischen Beschäftigten in Berufen mit hoher und niedriger Automatisierbarkeit um 95,5%, die Lücke in der Umschulungsbereitschaft wird sogar vollständig geschlossen.

Winter-Ebmer 2021). Allerdings ist auffallend, dass in vielen Ländern Beschäftigte in Berufen mit hoher Automatisierbarkeit bei Weiterbildungsinitiativen stark unterrepräsentiert sind (Heß et al. 2019; OECD 2021), obwohl gerade sie von Weiterbildung am meisten profitieren würden. Dies unterstreicht, wie wichtig es ist, die Hindernisse für die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen zu untersuchen.

Die Gründe für Unterschiede bei der Weiterbildungsbeteiligung zwischen Personen in Berufen mit hoher und niedriger Automatisierbarkeit sind noch nicht umfassend untersucht. Bisherige Studien konzentrieren sich hauptsächlich auf die Auswirkungen der Automatisierung auf Arbeitsmarktergebnisse. Im Gegensatz dazu ist wenig darüber bekannt, wie Arbeitnehmende selbst die Automatisierbarkeit ihrer Berufe wahrnehmen und wie sich diese Einschätzungen auf deren Zukunftserwartungen und Weiterbildungsbereitschaft auswirken. An dieser Stelle setzt die hier vorgestellte Studie von Lergetporer et al. (2023) an. Sie untersucht anhand eines randomisierten Informationsexperiments, ob falsche Vorstellungen der Beschäftigten über die Automatisierbarkeit ihrer Berufe zur geringen Weiterbildungsteilnahme beitragen könnten. Dies basiert auf der Beobachtung, dass Arbeitnehmende häufig nicht richtig über arbeitsmarktrelevante Fakten informiert sind, wie z. B. die Wahr-

DATENBASIS

Datenbasis der Studie ist das ifo Bildungsbarometer 2022, eine jährliche, repräsentative Meinungsumfrage der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland. Sie wurde vom 25. Mai bis zum 9. Juni 2022 durch das Befragungsunternehmen Talk Online Panel durchgeführt. Die Ziehung der Stichprobe erfolgte unter Berücksichtigung der amtlichen Statistik nach Alter, Geschlecht, Schulabschluss, Erwerbsstatus und Region. Für die vorliegende Studie werden 3 012 Beobachtungen mit validen Berufsangaben verwendet. Die Stichprobe spiegelt die Arten der Anstellungen, die Berufsfelder und Qualifikationsniveaus der Arbeitnehmenden in Deutschland adäquat wider.

scheinlichkeit, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, oder erzielbares Einkommen und berufliche Möglichkeiten außerhalb des eigenen Arbeitsplatzes (Jäger et al. 2021; Mueller et al. 2021). Wenn Beschäftigte die Automatisierbarkeit ihres Berufs unterschätzen, bemühen sie sich möglicherweise zu wenig um den Erwerb neuer Qualifikationen und gefährden somit ihre Erfolgchancen auf dem sich schnell wandelnden Arbeitsmarkt.

DAS WEITERBILDUNGSSYSTEM IN DEUTSCHLAND

Laut den repräsentativen Befragungsdaten des ifo Bildungsbarometer 2022 haben 63% der erwachsenen Deutschen in der Vergangenheit an einer Weiterbildung teilgenommen, während mehr als ein Drittel (37%) keine Weiterbildung absolviert hat (siehe Box »Datenbasis«). In Deutschland findet der Großteil aller Weiterbildungsaktivitäten (72%) innerhalb des eigenen Unternehmens statt (BMBF 2018). Die durchschnittliche Dauer einer betrieblichen Weiterbildung liegt bei 29 Stunden und ist damit kürzer als die durchschnittliche individuelle berufliche Weiterbildung außerhalb eines Unternehmens (153 Stunden pro Weiterbildung, BMBF 2018).

Insgesamt gibt es rund 18 000 öffentliche und private Weiterbildungsanbieter in Deutschland (Bundesinstitut für Berufsbildung 2020). Der Weiterbildungssektor wird durch eine Vielzahl von Regelungsebenen und Rechtsgrundlagen bestimmt, darunter Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen und staatliche Vorgaben. Die Finanzierung von Weiterbildungen teilen sich Unternehmen, Staat und Arbeitnehmende. Das »Arbeit-von-morgen-Gesetz«, das 2020 in Kraft getreten ist, sieht vor, dass Weiterbildungen, die mindestens 120 Stunden umfassen, von der Bundesagentur für Arbeit gefördert werden können. Je nach Größe des Unternehmens kann die Bundesagentur für Arbeit nun für bis zu 100% der Weiterbildungskosten

aufkommen. Dieses Gesetz zielt darauf ab, Personen zu unterstützen, deren Berufe von Automatisierung oder anderweitigen strukturellen Veränderungen betroffen sind.

STUDIENDESIGN

In einem ersten Schritt werden die Befragten nach ihrem derzeitigen Beruf und ihrer Einschätzung der durchschnittlichen Automatisierbarkeit ihres aktuellen Berufs gefragt.¹ Konkret werden die Teilnehmenden aufgefordert, den Anteil der automatisierbaren Kerntätigkeiten in ihrem Beruf zu schätzen. Danach werden sie zufällig in zwei Gruppen aufgeteilt: Eine Behandlungsgruppe, die Informationen zur Automatisierbarkeit ihres Berufs erhält, und eine Kontrollgruppe, die diese Informationen nicht erhält.² Die Informationen zur Automatisierbarkeit werden dem »IAB-Job-Futuromat« des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) entnommen.³ Nachdem die Behandlungsgruppe die Automatisierbarkeitsinformationen erhalten hat, beantworten die Befragten beider Gruppen die gleichen Fragen. Durch den Vergleich der Antworten zwischen der Kontrollgruppe und der informierten Behandlungsgruppe kann bewertet werden, welchen kausalen Einfluss Informationsbereitstellung auf die Antworten der Befragten hat.

Als erste Ergebnisvariable werden alle Befragten nach ihrer Einschätzung des Anteils automatisierbarer Kerntätigkeiten gefragt, die sie selbst in ihrem Beruf ausführen. Darüber hinaus werden die folgenden Maße erhoben:

- i. Die *Erwartungen* der Befragten *über ihre berufliche Zukunft*. Die Befragten geben für neun arbeitsmarktbezogene Aussagen an, inwieweit sie diesen zustimmen. Die Aussagen können in zwei Indizes unterteilt werden: Der erste Index, »Arbeitsmarktsorgen«, misst, ob sich die Befragten Sorgen über ihre berufliche Zukunft machen. Der zweite Index, »Veränderung des Arbeitsumfelds«, misst, ob die Befragten erwarten, dass sich ihre beruflichen Aufgaben, die Arbeitszeiten und der Lohn in Zukunft verändern werden (siehe Lergetporer et al. 2023 für Details).
- ii. Die berichtete *Wahrscheinlichkeit*, dass die Befragten innerhalb der nächsten zwei Jahre an einer *Weiterbildung* (Kurse zur Verbesserung der

¹ Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung nicht erwerbstätig sind, werden gebeten, Angaben zu ihrem zuletzt ausgeübten Beruf zu machen.

² Die Information wird in folgender Weise bereitgestellt: »Laut einer Studie sind [X] Prozent der Kerntätigkeiten im Beruf [Antwort der Befragten zum eigenen Beruf] nach heutigem Stand automatisierbar.« Die Werte in Klammern werden für jede*n Befragte*n entsprechend der angegebenen derzeitigen Tätigkeit individuell angepasst. Durch eine Abbildung wird der Prozentsatz der Automatisierbarkeit zudem grafisch dargestellt.

³ Der »IAB-Job-Futuromat« berechnet die Automatisierbarkeit eines Berufs, indem er den Anteil der Kerntätigkeiten ermittelt, die nach Experteneinschätzung vollautomatisch von einem Computer oder einer computergesteuerten Maschine erledigt werden könnte (Dengler und Matthes 2018).

Fähigkeiten, die für den aktuellen Beruf wichtig sind) oder *Umschulung* (Kurse, bei Fähigkeiten für einen anderen Beruf erworben werden) teilnehmen werden.

- iii. Die *Bereitschaft*, auf einen Teil des Einkommens zu verzichten, um eine Weiterbildung von mindestens 120 Stunden zu absolvieren.

ERGEBNISSE

Einschätzung der Automatisierbarkeit des eigenen Berufs

Im Durchschnitt unterschätzen die Befragten die Automatisierbarkeit ihres Berufs. Abbildung 1 zeigt die Verteilung der tatsächlichen Automatisierbarkeit der Berufe der Befragten laut »IAB-Job-Futuromat« (transparente Balken) und die Einschätzungen der Befragten über die Automatisierbarkeit ihrer Berufe (blaue Balken). Die tatsächliche Automatisierbarkeit der Berufe ist gleichmäßig zwischen 0 und 100 % verteilt, während die Wahrnehmung der Befragten in Richtung einer niedrigen Automatisierbarkeit verzerrt ist.

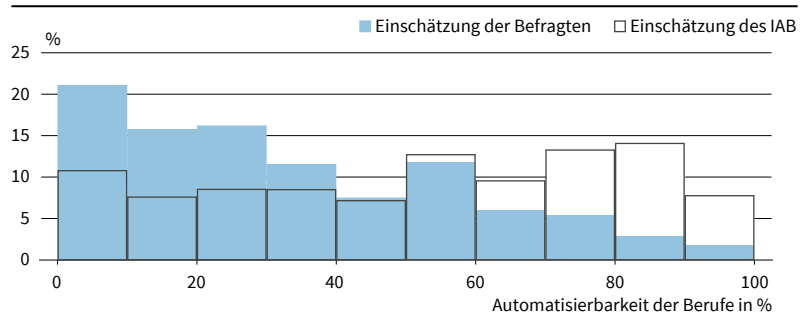
Abbildung 2 stellt die Automatisierbarkeit den Einschätzungen der Befragten gegenüber. Ein Punkt auf der 45-Grad-Linie bedeutet dabei, dass der oder die Befragte die Automatisierbarkeit des eigenen Berufs genauso hoch einschätzt wie sie laut »IAB-Job-Futuromat« ist. Befragte unterhalb der 45-Grad-Linie unterschätzen die Automatisierbarkeit, Befragte oberhalb der Linie überschätzen sie. Eine Mehrheit von 67,5% der Befragten unterschätzt die Automatisierbarkeit ihres Berufs, während 21,4% sie überschätzen. Nur 11,1% liegen in etwa richtig (d. h. innerhalb einer Abweichung von 5 Prozentpunkten über oder unter der 45-Grad-Linie). Auffallend ist, dass die Fehleinschätzung bei Personen in Berufen mit hoher Automatisierbarkeit besonders groß ist.⁴ Ein Vergleich der Mediane (d. h. der Werte, die genau in der Mitte der Datenverteilung liegen) zeigt, dass der Unterschied zwischen Befragteneinschätzungen und tatsächlicher Automatisierbarkeit nur etwa 5 Prozentpunkte bei Befragten in Berufen mit niedriger Automatisierbarkeit beträgt (20,0% vs. 25,0%), während er bei Befragten in Berufen mit hoher Automatisierbarkeit (30,0% vs. 75,0%) mit 45 Prozentpunkten sehr groß ist.

Weiterbildungs- und Umschulungsbereitschaft

Befragte in der Kontrollgruppe geben im Durchschnitt an, mit einer Wahrscheinlichkeit von 40,7% bzw. 27,1% an einer Weiterbildung bzw. Umschulung teilnehmen zu wollen. Die Weiterbildungsbereitschaft nimmt mit zunehmender Automatisierbarkeit der Berufe der Befragten sogar leicht ab. So geben Beschäf-

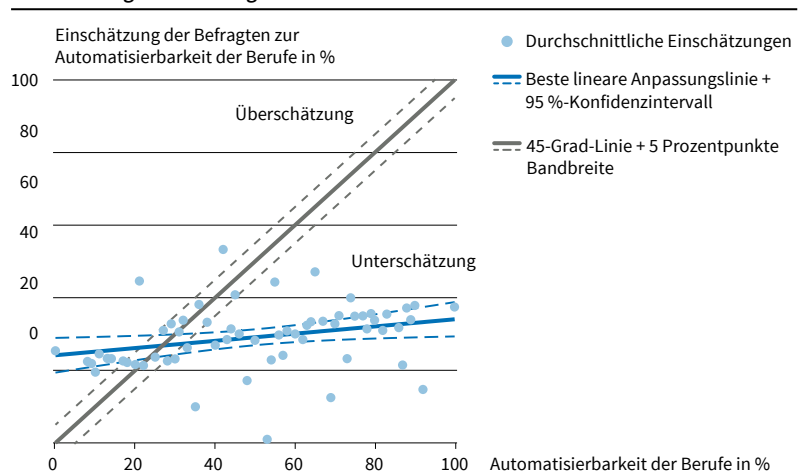
⁴ »Berufe mit hoher Automatisierbarkeit« sind hier definiert als Berufe, in denen mindestens 50 % der Kerntätigkeiten automatisiert werden können. »Berufe mit niedriger Automatisierbarkeit« sind hingegen Berufe, in denen weniger als 50 % der Kerntätigkeiten automatisiert werden können.

Abb. 1
Tatsächliche Automatisierbarkeit der Berufe und die Einschätzung der Automatisierbarkeit durch die Befragten



Anmerkung: Die blauen Balken zeigen die Antworten der Befragten auf die Frage »Was glauben Sie, wie viel Prozent der Kerntätigkeiten, die Personen im Beruf [Antwort der Befragten zum eigenen Beruf] ausführen, sind automatisierbar?«. Die transparenten Balken zeigen die Automatisierbarkeit der Berufe der Befragten laut »IAB-Job-Futuromat«. Quelle: Lergetporer et al. (2023) auf Basis des ifo Bildungsbarometers 2022. © ifo Institut

Abb. 2
Unterschied zwischen der tatsächlichen Automatisierbarkeit der Berufe und den Einschätzungen der Befragten



Anmerkung: Die Antworten der Befragten auf die Frage »Was glauben Sie, wie viel Prozent der Kerntätigkeiten, die Personen im Beruf [Antwort der Befragten zum eigenen Beruf] ausführen, sind automatisierbar?« sind als Durchschnittswerte für die Einschätzung der Befragten zur Automatisierbarkeit der Berufe auf der vertikalen Achse dargestellt. Die tatsächliche Automatisierbarkeit laut »IAB-Job-Futuromat« ist auf der horizontalen Achse dargestellt. Die blaue Linie stellt die beste lineare Anpassungslinie und das 95 %-Konfidenzintervall dar. Punkte oberhalb der 45-Grad-Linie (inkl. Bandbreite von 5 Prozentpunkten) stellen eine Überschätzung der Automatisierbarkeit des Berufs dar, Punkte unterhalb eine Unterschätzung. Quelle: Lergetporer et al. (2023) auf Basis des ifo Bildungsbarometers 2022. © ifo Institut

tigte in Berufen mit niedriger Automatisierbarkeit im Durchschnitt eine Weiterbildungswahrscheinlichkeit von 44,1% an – 6,5 Prozentpunkte höher als Befragte in hoch automatisierbaren Berufen. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Umschulungswahrscheinlichkeit: 28,8% der Beschäftigten in Berufen mit niedriger Automatisierbarkeit geben an, dass sie an einer Umschulung teilnehmen würden, bei Beschäftigten in Berufen mit hoher Automatisierbarkeit sind es 25,6%.

Es scheint vorerst überraschend, dass Arbeitnehmende, die vom Strukturwandel stärker betroffen sind, eine geringere Wahrscheinlichkeit angeben, in der Zukunft an Weiterbildungen und Umschulungen teilzunehmen. Wie oben beschrieben, unterschätzt allerdings ein großer Teil dieser Befragten die Automatisierbarkeit ihrer Berufe. Es ist daher möglich, dass die individuellen Weiterbildungsentscheidungen mit der Einschätzung der Personen hinsichtlich der Automatisierbarkeit der eigenen Tätigkeit zusammenhängen. Tatsächlich steigt die angegebene Weiterbil-

dungswahrscheinlichkeit, je höher die Befragten die Automatisierbarkeit ihres eigenen Berufs einschätzen, bis zu einem Automatisierbarkeitsniveau von 50% signifikant an und sinkt bei höheren Niveaus. Für Umschulungen gibt es einen statistisch signifikanten und durchgehend positiven Zusammenhang: Je höher die Einschätzung der Automatisierbarkeit des eigenen Berufs, desto höher die angegebene Wahrscheinlichkeit, an einer Umschulung teilnehmen zu wollen. Die Befragten scheinen also eine Weiterbildung vor allem dann als sinnvoll zu erachten, wenn sie die Automatisierbarkeit ihrer Berufe für moderat halten, während eine Umschulung mit zunehmender wahrgenommener Automatisierbarkeit wahrscheinlicher wird.

Effekt der Informationsbereitstellung

Im Durchschnitt glauben die Befragten in der Kontrollgruppe, dass 26,8% der Kerntätigkeiten in ihrem derzeitigen Beruf automatisierbar sind, was deutlich unter der tatsächlichen durchschnittlichen Automatisierbarkeit laut IAB liegt (52,1%). Die Bereitstellung von Informationen über die tatsächliche Automatisierbarkeit erhöht die Einschätzungen zur Automatisierbarkeit des eigenen Arbeitsplatzes aller Befragten um 5,1 Prozentpunkte. Da die Befragten im Durchschnitt den Anteil der automatisierbaren Kerntätigkeiten in ihrem Beruf unterschätzen, bedeutet dies, dass sie ihre Einschätzungen entsprechend der bereitgestellten Information verbessern. In der Kontrollgruppe glauben diejenigen in hoch automatisierbaren Berufen im Durchschnitt, dass die Automatisierbarkeit ihres eigenen Arbeitsplatzes 30,3% beträgt. Das ist nur 7,3 Prozentpunkte höher als die Einschätzung der Befragten in Berufen mit niedriger Automatisierbarkeit. Die Informationsbereitstellung erhöht die Automatisierbarkeitseinschätzung der Befragten in Berufen mit hoher Automatisierbarkeit signifikant um 12,9 Prozentpunkte. Dagegen verringert sie die Automatisierbarkeitseinschätzung der Befragten in Berufen mit niedriger Automatisierbarkeit um 2,4 Prozentpunkte. Der Informationseffekt für Befragte in Berufen mit hoher Automatisierbarkeit entspricht einer Verringerung der Differenz zwischen der tatsächlichen Automatisierbarkeit ihrer Berufe und der eigenen Einschätzung der Automatisierbarkeit ihres eigenen Arbeitsplatzes um 13,9 Prozentpunkte. Somit korrigiert die Informationsbereitstellung die Einschätzung dieser Befragten über die Automatisierbarkeit ihres eigenen Arbeitsplatzes signifikant nach oben.

Betrachtet man den Index »Arbeitsmarktsorgen« (s. Abschnitt »Studiendesign«), so steigert die Bereitstellung der Information über die Automatisierbarkeit den Index signifikant (um 9,7% einer Standardabweichung). Dieser Gesamteffekt ist in erster Linie auf Befragte in Berufen mit hoher Automatisierbarkeit zurückzuführen: Der Effekt für diese Gruppe beträgt 15,9% einer Standardabweichung. Dies liegt hauptsächlich an verstärkten Sorgen, dass neue Technolo-

gien viele Aufgaben im eigenen Beruf ersetzen werden und dass der eigene Beruf in einigen Jahren nicht mehr existieren könnte. Der Effekt für Beschäftigte in Berufen mit niedriger Automatisierbarkeit ist hingegen klein und statistisch nicht signifikant. Durch die Informationsbereitstellung erhöht sich auch der Index »Veränderung des Arbeitsumfelds« um 13,0% einer Standardabweichung. Auch hier ist der Effekt für Befragte in hoch automatisierbaren Berufen größer als in Berufen mit niedriger Automatisierbarkeit (16,0% vs. 10,5% einer Standardabweichung), obwohl der Unterschied zwischen den Gruppen statistisch nicht signifikant ist.

Die Informationsbereitstellung erhöht zudem die Bereitschaft, an einer Weiterbildungsmaßnahme oder Umschulung teilzunehmen: So vergrößert sich die Teilnahmewahrscheinlichkeit an einer Weiterbildung um 2,3 Prozentpunkte, die Teilnahmewahrscheinlichkeit an einer Umschulung um 3,4 Prozentpunkte. Auch hier ist der Effekt unter Beschäftigten in Berufen mit hoher Automatisierbarkeit stärker ausgeprägt: Die Informationsbereitstellung steigert die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme an einer Weiterbildung bzw. Umschulung deutlich um 4,6 bzw. 5,2 Prozentpunkte.

In Übereinstimmung mit den obigen Ergebnissen hat die Informationsbereitstellung auch Effekte auf die Bereitschaft der Befragten, während der Teilnahme an einer Weiterbildung auf einen Teil des Einkommens zu verzichten. Informierte Befragte sind bereit, auf 1,3 Prozentpunkte *mehr* Einkommen zu verzichten als uninformierte Befragte (das sind 13,1% des Mittelwerts von 9,6% in der Kontrollgruppe). Wiederum ist dieser Effekt auf die Beschäftigten in Berufen mit hoher Automatisierbarkeit zurückzuführen, für die der Effekt bei 2,6 Prozentpunkten liegt. Dahingegen sind die Effekte für Personen in Berufen mit niedriger Automatisierbarkeit klein und statistisch nicht signifikant.

Insgesamt reduziert die Informationsbereitstellung den Unterschied in der Weiterbildungsbereitschaft zwischen Personen in Berufen mit hoher und niedriger Automatisierbarkeit um 95,5% und schließt die Lücke in der Umschulungsbereitschaft vollständig. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass Fehleinschätzungen hinsichtlich der Automatisierbarkeit von Berufen erheblich zu der beobachteten niedrigen Weiterbildungsteilnahme von Beschäftigten in hoch automatisierbaren Berufen beitragen, die am anfälligsten für technologischen Wandel und Automatisierung sind.

ZUSAMMENFASSUNG

Der technologische Wandel erhöht die Nachfrage nach neuen Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt. Weiterbildung und Umschulung sind Schlüsselemente, um die Lücke zwischen der Erstausbildung der Arbeitnehmenden und dem aktuellen Qualifikationsbedarf zu schließen. Allerdings sind die Teilnahmequoten an Weiterbildungsprogrammen gerade bei

Personen in Berufen mit hoher Automatisierbarkeit besonders niedrig. Die neue Studie von Lergetporer et al. (2023) zeigt, dass Fehleinschätzungen bezüglich der Automatisierbarkeit des eigenen Berufs zu einer geringen Weiterbildungsbeteiligung beitragen können. Im Durchschnitt unterschätzen Beschäftigte in Deutschland die Automatisierbarkeit ihrer Tätigkeit, insbesondere diejenigen in hoch automatisierbaren Berufen. Die Bereitstellung von Information über die tatsächliche Automatisierbarkeit der Berufe der Beschäftigten erhöht deren Arbeitsmarktsorgen und die Einschätzung, dass sich ihr Arbeitsumfeld in Zukunft verändern wird. Ein zentraler Befund ist, dass die bereitgestellte Information die Teilnahmebereitschaft an Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen erhöhen. Auch steigt die Bereitschaft, für die Teilnahme an einer Weiterbildung auf einen Teil des Einkommens zu verzichten. Die Effekte sind größer für Beschäftigte in Berufen mit hoher Automatisierbarkeit, die auch das höchste Risiko haben, negativ vom Strukturwandel betroffen zu sein. Somit kann die Bereitstellung von Information über Automatisierbarkeit die Ungleichheit bei der Weiterbildungsbereitschaft zwischen Beschäftigten in Berufen mit hoher und niedriger Automatisierbarkeit verringern.

REFERENZEN

- Acemoglu, D. und P. Restrepo (2018), »The Race between Man and Machine: Implications of Technology for Growth, Factor Shares, and Employment«, *American Economic Review* 108(6), 1488–1542.
- Acemoglu, D. und P. Restrepo (2019), »Automation and New Tasks: How Technology Displaces and Reinstates Labor«, *Journal of Economic Perspectives* 33(2), 3–30.
- Acemoglu, D. und P. Restrepo (2020a), »Robots and Jobs: Evidence from US Labor Markets«, *Journal of Political Economy* 128(6), 2188–2244.
- Acemoglu, D. und P. Restrepo (2020b), »Unpacking Skill Bias: Automation and New Tasks«, *AEA Papers and Proceedings* 110, 356–361.
- Autor, D. (2022), »The Labor Market Impacts of Technological Change: From Unbridled Enthusiasm to Qualified Optimism to Vast Uncertainty«, *NBER Working Paper* 30074.
- Autor, D., C. Chin, A. Salomons und B. Seegmiller (2022), »New Frontiers: The Origins and Content of New Work, 1940–2018«, *NBER Working Paper* 30389.
- Bessen, J. (2019), »Automation and Jobs: When Technology Boosts Employment«, *Economic Policy* (34), 589–626.
- BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (2019), *Weiterbildungsverhalten in Deutschland 2018: Ergebnisse des Adult Education Survey*, AES-Trendbericht, Berlin.
- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2021), *Aktualisierte BMAS-Prognose »Digitalisierte Arbeitswelt«*, Forschungsbericht 526/3, Berlin.
- Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.) (2020), *Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2020: Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung*, Bonn.
- Dauth, W., S. Findeisen, J. Suedekum und N. Woessner (2021), »The Adjustment of Labor Markets to Robots«, *Journal of the European Economic Association* 19(6), 3104–3153.
- Dengler, K. und B. Matthes (2018), »Substituierbarkeitspotenziale von Berufen: Wenige Berufsbilder halten mit der Digitalisierung Schritt«, *IAB Kurzbericht* 4.
- Georgieff, A. und A. Milanez (2021), »What Happened to Jobs at High Risk of Automation?«, *OECD Social, Employment and Migration Working Papers* 255.
- Heß, P., S. Janssen und U. Leber (2019), »Digitalisierung und berufliche Weiterbildung: Beschäftigte, deren Tätigkeiten durch Technologien ersetzbar sind, bilden sich seltener weiter«, *IAB Kurzbericht* 16.
- Innocenti, S. und M. Golin (2022), »Human Capital Investment and Perceived Automation Risks: Evidence from 16 Countries«, *Journal of Economic Behavior & Organization* 195, 27–41.
- Jäger, S., C. Roth, N. Roussille und B. Schoefer (2021), »Worker Beliefs About Outside Options«, *NBER Working Paper* 29623.
- Lergetporer, P., K. Wedel und K. Werner (2023), »Automatability of Occupations, Workers' Labor-Market Expectations, and Willingness to Train«, *CEifo Working Paper* 10862.
- Montobbio, F., J. Staccoli, M. Virgillito und M. Vivarelli (2022), »The Empirics of Technology, Employment and Occupations: Lessons Learned and Challenges Ahead«, *IZA Discussion Paper* 15731.
- Mueller, A. I., J. Spinnewijn und G. Topa (2021), »Job Seekers' Perceptions and Employment Prospects: Heterogeneity, Duration Dependence, and Bias«, *American Economic Review* 111(1), 324–363.
- OECD (2021), *Continuing Education and Training in Germany: Getting Skills Right*, Paris, OECD Publishing.
- Schmidpeter, B. und R. Winter-Ebmer (2021), »Automation, Unemployment, and the Role of Labor Market Training«, *European Economic Review* 137, 103808.

Friederike Fourné und Robert Lehmann

Echtzeitmessung und Prognose der privaten Konsumausgaben in Deutschland

IN KÜRZE

Eine detaillierte Echtzeitanalyse der Konsummuster der privaten Haushalte in Deutschland ist aufgrund der aktuellen Datenlage kaum möglich. Unkonventionelle und alternative Datenquellen haben in den vergangenen Jahren ihren Weg in die Prognoseliteratur gefunden. In diesem Artikel nutzen wir Mastercard SpendingPulse, um einen wöchentlichen Konsumtracker zu etablieren, der zwei Anforderungen erfüllt. Erstens liefert er ex post eine mit der amtlichen Statistik kompatible wöchentliche Zeitreihe der privaten Konsumausgaben, die als Ausgangspunkt für detaillierte Analysen (wirtschafts-)politischer Maßnahmen dienen kann. Zweitens zeigen wir, dass Prognosen für das laufende Quartal (Nowcast) auf Basis von SpendingPulse nicht nur konkurrierende Indikatoren in ihrer Prognosegüte deutlich übertreffen, sondern zusätzlich auch zeitnah aktualisiert werden können.

HINTERGRUND

In den vergangenen Jahren hat die Nachfrage nach einer zeitnahen Beobachtung und Analyse der wirtschaftlichen Aktivität deutlich zugenommen. Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie hat diese Echtzeitmessung nochmals einen beträchtlichen Schub erhalten. Zweifellos ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) die umfassendste Kennzahl zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Leistung eines Landes. Jedoch lässt der ausschließliche Blick auf das BIP kaum Rückschlüsse auf die dahinterstehenden Treiber der wirtschaftlichen Entwicklung zu. Insbesondere in wirtschaftlichen Schwächephasen erscheint es sinnvoll, hinter diese Fassade zu schauen, um geeignete konjunkturpolitische Maßnahmen zu ergreifen. Die größte Verwendungskomponente des deutschen BIP sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte. Mit einem Anteil von mehr als der Hälfte an der nominalen Wirtschaftsleistung stellen sie das bedeutendste Aggregat dar. Die Möglichkeiten zur Abschätzung des privaten Konsums in Echtzeit sind jedoch überschaubar. Zum einen liegen die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) nur quartalsweise und mit

einem Publikationsverzug von sieben Wochen nach Quartalsende vor. Zum anderen ist die Indikatorlage jenseits der offiziellen Statistik erheblich schwieriger als für das BIP.

Die wirtschaftlichen Herausforderungen der jüngsten Vergangenheit und die Corona-Pandemie haben eindringlich verdeutlicht, wie wichtig die Verfügbarkeit aktueller Daten ist, um die Auswirkungen (wirtschafts-)politischer Interventionen (Lockdowns, Leizinsentscheidungen, fiskalische Unterstützungsmaßnahmen etc.) zeitnah abschätzen und bewerten zu können. Darüber hinaus würde die regelmäßige und hochfrequente Verfügbarkeit von Konsumdaten der privaten Haushalte zu einem detaillierteren Verständnis bekannter Themen wie Ungleichheit beitragen.

Eine für Deutschland bisher ungenutzte Datenquelle basiert auf Informationen, die regelmäßig beim Bezahlvorgang von Einkäufen erfasst werden und wertvolle Einblicke in das Konsumverhalten privater Haushalte bieten. Durch eine Kooperation mit Mastercard hat das ifo Institut exklusiven Zugang zur Plattform **Mastercard SpendingPulse™**, die Informationen zum Umsatz im Einzelhandel und Gastgewerbe über alle Zahlungsarten hinweg bereitstellt.¹ SpendingPulse zeichnet sich für unsere Zwecke durch einen kurzen Veröffentlichungsverzug von nur zwei Wochen und eine tägliche Datenfrequenz aus. Nach sorgfältiger Aufbereitung weist SpendingPulse eine hohe Korrelation mit den privaten Konsumausgaben auf. Wir nutzen daher die verfügbaren Informationen aus SpendingPulse, um einen wöchentlichen Konsumtracker für Deutschland zu erstellen, der mit den vierteljährlichen Angaben aus der deutschen VGR kompatibel ist.² Wir zeigen, dass SpendingPulse die höchste Prognosegüte für das laufende Quartal (Nowcast) aufweist und damit besser abschneidet als verschiedene konkurrierende Indikatoren.

EINBETTUNG IN DIE AKTUELLE LITERATUR

Mit wachsendem Interesse an möglichst aktuellen Daten zum Wirtschaftsgeschehen hat auch die akademische Literatur zur Konstruktion von Echtzeitindizes

¹ <https://www.mastercardservices.com/en/spendingpulse>.

² Beim vorliegenden Aufsatz handelt es sich um eine deutschsprachige Kurzfassung des Arbeitspapiers von Fourné und Lehmann (2023).

auf Basis unkonventioneller Daten einen Aufschwung erfahren (Baumeister et al. 2024; Aaronson et al. 2021; Aastveit et al. 2020; Diebold 2020). Im Fokus stehen dabei alternative Datenquellen, die in der Regel bereits vor der Veröffentlichung amtlicher Statistiken wertvolle Informationen über die wirtschaftliche Entwicklung liefern. Viele Arbeiten konzentrieren sich dabei auf die zeitnahe Messung des preisbereinigten BIP; für Deutschland sei an dieser Stelle auf Eraslan und Reif (2023) verwiesen.

Eine zuletzt bevorzugt genutzte Datenquelle sind Transaktionsdaten privater Haushalte. Während einige Autoren den Mehrwert dieser Daten vornehmlich deskriptiv betonen (Andersen et al. 2022; Aladangady et al. 2021; Hacıoglu Hoke et al. 2020), nutzen andere Autoren diese Daten in zeitreihenökonomischen Modellen zur Konstruktion hochfrequenter Konjunkturindikatoren. So spezifizieren Baumeister et al. (2024) ein dynamisches Faktormodell mit gemischten Frequenzen, um die potenziell heterogene Entwicklung zwischen den US-Bundesstaaten verfolgen und analysieren zu können. Lourenço und Rua (2021) erstellen einen ähnlichen Indikator für Portugal, der neben Transaktionsdaten auch Angaben zum Straßen- und Güterverkehr sowie zum Strom- und Erdgasverbrauch verarbeitet. In der Fragestellung ähnlich zu unserer Arbeit sind u. a. die Arbeiten von Bentsen und Gorea (2021), Aastveit et al. (2020) und Duarte et al. (2017), die unter Rückgriff auf Transaktionsdaten privater Haushalte Prognosen für das laufende Quartal (Nowcast) der vierteljährlichen Konsumausgaben in verschiedenen Ländern (z. B. Norwegen) erstellen. Vosen und Schmidt (2011) schlagen einen monatlichen Konsumindikator für Deutschland auf Basis von Google Trends-Daten vor.

Aus methodischer Sicht etablieren insbesondere neuere Arbeiten aktuelle zeitreihenökonomische Verfahren, die regelmäßig den gemischt-frequenten Charakter der Daten explizit berücksichtigen und modellieren können. Dazu gehören Mixed-Data Sampling-Modelle (MIDAS), dynamische Faktormodelle aber auch vektorautoregressive Modelle mit gemischten Frequenzen, sogenannte Mixed-Frequency Vector Autoregressions (MF-VAR). Letztere finden auch in unserer Arbeit Anwendung. Dabei nutzen wir den Ansatz von Koop et al. (2020), der es erlaubt, eine höherfrequente Zeitreihe aus einer niederfrequenten, offiziellen Zeitreihe unter Zuhilfenahme verschiedener Indikatoren zu schätzen und dabei die Entwicklung der offiziellen Zeitreihe explizit zu berücksichtigen.

Unser Aufsatz ergänzt die spärliche Prognoseliteratur für die Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland und leistet gleichzeitig einen Beitrag zur Nutzung unkonventioneller und hochfrequenter Datenquellen für makroökonomische Prognosemodelle. Im Ergebnis präsentieren wir einen neuen wöchentlichen Tracker für den privaten Konsum in Deutschland, der zudem die höchste Prognosegenauigkeit im Vergleich zu anderen Indikatoren aufweist.

DATENGRUNDLAGE

Historisch betrachtet dominiert in Deutschland die Zahlung mit Bargeld. Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie haben jedoch alternative Zahlungsmethoden spürbar an Bedeutung gewonnen (Europäische Zentralbank 2019). Während das Volumen der Bargeldtransaktionen im Jahr 2007 noch knapp doppelt so hoch war wie das Volumen aller Kartenzahlungen (Kredit-, Giro-, Debitkarten), lag das Volumen der Bargeldtransaktionen im Jahr 2020 bereits unter dem Wert aller Kartenzahlungen. Diese und weitere Angaben aus der Zahlungsverkehrsstatistik der Europäischen Zentralbank deuten darauf hin, dass Transaktionsdaten ein geeigneter Indikator zur Erfassung der Konsumententwicklung sein könnten.

Eine Kooperation mit Mastercard erlaubt es uns, Mastercard SpendingPulse, eine Plattform, die Informationen zum Umsatz im Einzelhandel und Gastgewerbe über alle Zahlungsarten hinweg bereitstellt, zu nutzen. Die Umsätze werden disaggregiert für zehn einzelne Gütergruppen aufbereitet und stehen in täglicher Frequenz seit 2018 zur Verfügung. SpendingPulse erfasst wichtige Trends im Ausgabenverhalten: So ist der Umsatz im Gastgewerbe während der Corona-Pandemie stark eingebrochen, während der Umsatz mit Einrichtungsgegenständen und Möbeln im gleichen Zeitraum deutlich zulegen konnte. Zuletzt spiegelt SpendingPulse auch die Dynamik der Ausgaben für Kraftstoff wider, die zunächst die Auswirkungen der Eindämmungsmaßnahmen als Reaktion auf die Corona-Pandemie und im Anschluss die Folgen starker Anstiege des Ölpreises zu spüren bekamen. Insgesamt deckt SpendingPulse knapp 50% aller privaten Konsumausgaben in Deutschland ab. Rechnet man zusätzlich noch Ausgaben für Miete, Strom etc. heraus, werden knapp 70% des privaten Konsums erfasst.

Um SpendingPulse als Konsumindikator mit potenziellem Prognosegehalt zu interpretieren, bedarf es zunächst einer intensiven Datenaufbereitung, die sowohl ein Mapping mit Angaben aus der amtlichen Statistik herstellt als auch nicht-konjunkturelle Schwankungen aus den Daten herausfiltert. Die Datenaufbereitung erfolgt in drei wesentlichen Schritten. *Erstens* wird jeder Reihe aus SpendingPulse ihr Zwilling aus der amtlichen Umsatzstatistik des Einzelhandels und des Gastgewerbes zugeordnet. Die Dynamik der einzelnen Reihen in beiden Quellen ist ähnlich und weist jeweils eine entsprechend hohe Korrelation auf. *Zweitens* werden die Tagesdaten zur Wochenfrequenz aggregiert. Da die Anzahl der Kalenderwochen innerhalb eines Monats variieren kann, implementieren wir einen alternativen Wochenkalender, in dem jeder Monat aus genau vier Wochen besteht (Aaronson et al. 2021). Unabhängig von den Wochentagen umfassen die ersten drei Wochen eines Monats genau sieben Tage. Alle verbleibenden Tage eines Monats fallen somit in die vierte Woche. Damit variiert die Länge der

jeweils letzten Woche eines Monats zwischen sieben und zehn Tagen. Jede so aggregierte SpendingPulse-Reihe wird im *dritten* Schritt sowohl preis- als auch saisonbereinigt. Für die Preisbereinigung interpolieren wir unserem Wochenmuster folgend die entsprechenden monatlichen Preisindizes des Statistischen Bundesamts zu wöchentlichen Reihen. Anschließend werden alle preisbereinigten Einzelreihen zu einem Aggregat verdichtet. Die Saisonbereinigung dieses Aggregats erfolgt dann mit Hilfe von wöchentlichen Saisonfaktoren, die als gewichteter Durchschnitt aus den offiziellen, vierteljährlichen Saison- und Kalenderfaktoren des privaten Konsums berechnet und um die Anzahl der Tage einer Woche korrigiert werden. Weitere Details zur Datenaufbereitung finden sich in Fourné und Lehmann (2023).

Um ein faires Prognoseexperiment zu gewährleisten, schicken wir weitere Frühindikatoren zur Erfassung des Konsumverhaltens der privaten Haushalte ins Rennen. Dazu zählen die monatlichen Umsätze im Einzelhandel, der monatlich von der Europäischen Kommission veröffentlichte Consumer Confidence Index oder die von der GfK (Growth from Knowledge) veröffentlichten Indizes zum Konsumklima und zur Anschaffungsneigung. Das ifo Institut veröffentlicht auf Basis von Unternehmensbefragungen sowohl einen Geschäftslage- als auch einen Geschäftserwartungsindikator für den Einzelhandel, die Hinweise auf das Konsumverhalten aus Sicht der Unternehmen geben dürften. Zudem testen wir die Prognosegüte des ifo Geschäftsklimaindex Deutschland, der als wichtiger Frühindikator für die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland gilt. Schließlich dienen die Kfz-Neuzulassungen privater Haushalte als Indikator für das Konsumverhalten, insbesondere von langlebigen Gütern.

PRIVATE KONSUMAUSGABEN IN ECHTZEIT

Der wöchentliche Konsumtracker wird mit Hilfe eines gemischt-frequenten vektorautoregressiven Modells geschätzt (Koop et al. 2020), dessen Variablen die im vorherigen Abschnitt vorgestellte wöchentli-

che SpendingPulse-Reihe und die vierteljährlichen Verlaufsrate der privaten Konsumausgaben sind. Das Modell nutzt den historischen Zusammenhang zwischen beiden Reihen und ermöglicht somit auch eine Revision des wöchentlichen Konsumtrackers im Falle von Datenrevisionen seitens der amtlichen Statistik. Abbildung 1 zeigt die wöchentliche, quartalisierte Wachstumsrate des preis- und saisonbereinigten Konsumtrackers (blaue Linie) zusammen mit dem 84%-Konfidenzintervall der Schätzunsicherheit (graue Fläche) und der amtlichen Verlaufsrate (schwarze Balken). Quartalisiert bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die wöchentlichen Raten mittels folgender Aggregationsvorschrift zu Quartalen hochgerechnet werden (Mariano und Murasawa 2003; Schorfheide und Song 2015):

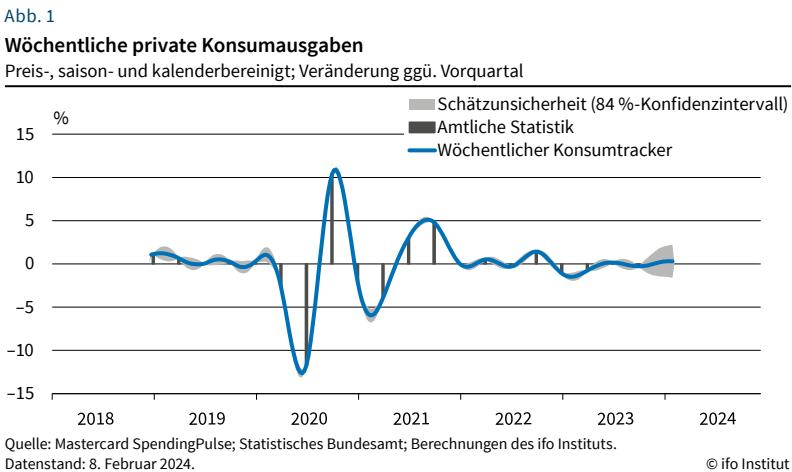
$$y_t^Q = \frac{1}{12} (y_t^C + 2y_{t-1}^C + 3y_{t-2}^C + 4y_{t-3}^C + 5y_{t-4}^C + 6y_{t-5}^C + 7y_{t-6}^C + 8y_{t-7}^C + 9y_{t-8}^C + 10y_{t-9}^C + 11y_{t-10}^C + 12y_{t-11}^C + 11y_{t-12}^C + 10y_{t-13}^C + 9y_{t-14}^C + 8y_{t-15}^C + 7y_{t-16}^C + 6y_{t-17}^C + 5y_{t-18}^C + 4y_{t-19}^C + 3y_{t-20}^C + 2y_{t-21}^C + y_{t-22}^C).$$

Die quartalisierte Rate ist somit ein gewichtetes Mittel der vergangenen wöchentlichen Raten. Basierend auf dieser Aggregationsvorschrift entspricht der Konsumtracker am Ende eines Quartals jeweils dem Wert der amtlichen Verlaufsrate, so dass die blaue Linie exakt mit den schwarzen Balken in Abbildung 1 übereinstimmt. Der Tracker verdeutlicht, dass eine quartalsweise Betrachtung der privaten Konsumausgaben wesentliche Entwicklungen innerhalb eines Quartals verdecken. So nimmt die Zuwachsrate Ende 2019 und zu Beginn 2020 ähnliche Werte an, allerdings verdeutlicht die wöchentliche Reihe, dass der Konsum in den ersten Wochen des Jahres 2020 tatsächlich noch deutlich schwächer war und sich erst danach wieder stabilisierte. Im Gegensatz dazu stehen Quartale, die über ihre zwölf Wochen hinweg einen konstanten Auf- oder Abwärtstrend aufweisen. Solche Unterschiede können z. B. für die Analyse und Beurteilung wirtschafts- oder geldpolitischer Interventionen entscheidend sein.

Am aktuellen Rand erlaubt der Konsumtracker außerdem eine wöchentliche Prognose der privaten Konsumausgaben, solange die amtliche Reihe noch nicht vorliegt. So deutet der Konsumtracker zuletzt an, dass der private Konsum als Stütze der deutschen Wirtschaft gedient haben könnte und auch im laufenden Quartal ein langsames Wiederaufleben des privaten Konsums zu erwarten sein dürfte.

PROGNOSEGÜTE

Ein weiterer Vorteil der wöchentlichen SpendingPulse-Reihe ist, dass sie eine wöchentliche Prognose der privaten Konsumausgaben ermöglicht, während alternative Indikatoren nur auf monatlicher Basis zur Verfügung stehen. Zur Bestimmung der Prognosegüte des



Konsumtrackers greifen wir auf gängige Maßzahlen zurück, die den Prognosefehler quantifizieren und so auch einen Vergleich über verschiedene Modelle und Indikatoren hinweg ermöglichen. Um die jeweiligen Prognosefehler zu bestimmen, erstellen wir ein Prognoseexperiment für die Jahre 2021 und 2022 unter Echtzeitbedingungen. Hierfür konstruieren wir für jeden Zeitpunkt Quasi-Echtzeitdatensätze, auf deren Basis wir für das jeweils laufende Quartal einen Nowcast berechnen und mit den Verlaufsdaten der amtlichen Statistik vergleichen. Die Jahre 2018 bis 2020 nutzen wir als erste Schätzperiode für unsere Modelle. Dieses Vorgehen wiederholen wir für alle alternativen Indikatoren und für jede Modellklasse. Auf Basis der SpendingPulse-Reihe lassen sich 19 Nowcasts für ein Quartal erstellen (unter Berücksichtigung der Publikationsverzögerungen in SpendingPulse und der amtlichen Statistik).

Im Ergebnis zeigt sich, dass Nowcasts auf Basis von SpendingPulse immer mindestens genauso gut sind wie jene auf Basis der alternativen Indikatoren. Je mehr Wochen eines Quartals von SpendingPulse abgedeckt werden, desto präziser wird der Nowcast (vgl. Tab. 1). Insgesamt weist unser Konsumtracker einen bis zu 60% geringeren Prognosefehler – gemessen an der Wurzel des mittleren quadratischen Prognosefehlers – als andere Indikatoren und Modelle auf. Als zusätzliches Maß für die Prognosegüte betrachten wir

den Anteil richtig prognostizierter Vorzeichen der Verlaufsrate, d. h. unabhängig von der absoluten Größe der Prognose berechnen wir, wie oft der Nowcast zumindest Auf- oder Abschwünge treffsicher vorher-sagen konnte (vgl. Tab. 2). Unter diesem Kriterium schneiden alle Indikatoren und Modelle recht ähnlich ab, wobei die Treffsicherheit zu Beginn eines Quartals naturgemäß am geringsten ist. Zum Zeitpunkt der letzten Nowcasts steigt die Treffsicherheit durchweg auf mindestens 50% an. Der Nowcast auf Basis von SpendingPulse erreicht sogar einen Wert von bis zu 88% richtig getroffener Vorzeichen.

FAZIT UND AUSBLICK

Die exakte Messung der privaten Konsumausgaben in Deutschland kann derzeit nur in vierteljährlicher Frequenz erfolgen. Jedoch wären höherfrequente Aussagen wünschenswert, um die Auswirkungen (wirtschafts-)politischer Eingriffe besser abschätzen zu können. Der vorliegende Aufsatz präsentiert einen in Echtzeit gemessenen wöchentlichen Tracker für die privaten Konsumausgaben auf Basis von Mastercard SpendingPulse. Dieser Tracker ermöglicht es, Rückschlüsse auf Dynamiken des Konsumverhaltens innerhalb eines Quartals zu ziehen, die bei vierteljährlichen Verlaufsdaten verborgen bleiben. Darüber hinaus weist der Tracker eine höhere Prognosegüte

Tab. 1

Prognosegüte einzelner Indikatoren und Modelle

Modell	Quartal t											Quartal t+1							
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
	<i>Quartalsschätzung</i>																		
AR(1)	4,2							2,4											
VAR(1)	2,5*		4,7*					4,8											
	<i>Monatsschätzung</i>																		
Umsatz Einzelhandel										4,1					7,9*				6,9*
Verbrauchervertrauen, EU					5,0*			5,2				6,0*							
Konsumklima, GfK					7,4*			4,0*				4,0*							
Neigung zu großen Anschaffungen, GfK					4,6*			2,5*				2,9							
Geschäftslage Einzelhandel, ifo					2,1*			2,5				2,5*							
Geschäftserwartungen Einzelhandel, ifo					4,3*			5,3				5,8*							
ifo Geschäftsklima Deutschland					2,6*			3,1*				6,7*							
Kfz-Zulassungen privater Halter					4,8*			4,6*				4,5							
	<i>Wochenschätzung</i>																		
ADL(0)			4,4	4,0	3,2	3,1	3,0	2,9	2,9	2,7	2,7	2,6	2,5	2,6					
ADL(AIC)			7,7	4,0	3,2	3,5	3,4	3,3	3,1	2,7*	2,7	2,6	2,5	3,9*					
MF-VAR			4,2	3,3	3,1	3,1	3,1	2,5	2,4	2,4	2,4	2,3	4,2	4,2	2,3	2,4	2,4	2,3	2,3

Anmerkung: Die Tabelle zeigt die Wurzeln der mittleren quadratischen Prognosefehler der Out-of-Sample-Prognoseübung. Das autoregressive Modell erster Ordnung, AR(1), umfasst die vierteljährlichen privaten Konsumausgaben des Statistischen Bundesamts und das vektorautoregressive Modell erster Ordnung, VAR(1), enthält zusätzlich die vierteljährliche Gesamtsumme der wöchentlichen SpendingPulse-Reihe. Bei den monatlichen Modellen handelt es sich um autoregressive distributed lag (ADL) Modelle, wobei das Akaike Informationskriterium (AIC) zur Bestimmung der optimalen Lag-Länge verwendet wird. Bei den Prognosen auf Wochenbasis wird entweder ein vektorautoregressives Modell mit gemischten Frequenzen (MF-VAR) verwendet oder es werden ADL-Modelle spezifiziert. Letztere berücksichtigen entweder eine kontemporäre Beziehung (0) oder eine Lag-Struktur, die erneut optimal auf Basis des AIC gewählt wird. Wochenangaben folgen dem hier etablierten und einheitlichen Wochenmuster. Die Wochen 13 bis 19 entsprechen den Wochen 1 bis 7 im Quartal t + 1, bevor in Woche 8 die Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Quartal t veröffentlicht werden. Ein * kennzeichnet eine statistisch signifikant höhere Prognosegüte des MF-VAR gemäß dem Diebold-Mariano-Test auf mindestens dem 10%-Konfidenzniveau.

Quellen: Mastercard SpendingPulse; Statistisches Bundesamt; GfK; Europäische Kommission; ifo Institut; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 2

Anteil korrekt vorhergesagter Vorzeichen

Modell	Quartal t										Quartal t+1								
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
	<i>Quartalsschätzung</i>																		
AR(1)	63						38												
VAR(1)	38		25				38												
	<i>Monatsschätzung</i>																		
Umsatz Einzelhandel										38				13					38
Verbrauchervertrauen, EU					50			38				38							
Konsumklima, GfK					25			38				38							
Neigung zu großen Anschaffungen, GfK					38			38				38							
Geschäftslage Einzelhandel, ifo					25			38				38							
Geschäftserwartungen Einzelhandel, ifo					38			50				50							
ifo Geschäftsklima Deutschland					50			50				50							
Kfz-Zulassungen privater Halter					38			13				38							
	<i>Wochenschätzung</i>																		
ADL(0)			50	63	75	75	75	75	75	63	63	75	75						
ADL(AIC)			38	63	75	75	75	75	75	63	63	75	50						
MF-VAR			38	50	50	63	63	50	63	63	63	75	75	63	75	88	88	88	

Anmerkung: Die Tabelle zeigt den Anteil korrekt vorhergesagter Vorzeichen (%) der Out-of-Sample-Prognoseübung. Das autoregressive Modell erster Ordnung, AR(1), umfasst die vierteljährlichen privaten Konsumausgaben des Statistischen Bundesamts und das vektorautoregressive Modell erster Ordnung, VAR(1), enthält zusätzlich die vierteljährliche Gesamtsumme der wöchentlichen SpendingPulse-Reihe. Bei den monatlichen Modellen handelt es sich um autoregressive distributed lag (ADL) Modelle, wobei das Akaike Informationskriterium (AIC) zur Bestimmung der optimalen Lag-Länge verwendet wird. Bei den Prognosen auf Wochenbasis wird entweder ein vektorautoregressives Modell mit gemischten Frequenzen (MF-VAR) verwendet oder es werden ADL-Modelle spezifiziert. Letztere berücksichtigen entweder eine kontemporäre Beziehung (0) oder eine Lag-Struktur, die erneut optimal auf Basis des AIC gewählt wird. Wochenangaben folgen dem hier etablierten und einheitlichen Wochenmuster. Die Wochen 13 bis 19 entsprechen den Wochen 1 bis 7 im Quartal t + 1, bevor in Woche 8 die Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Quartal t veröffentlicht werden.

Quellen: Mastercard SpendingPulse; Statistisches Bundesamt; GfK; Europäische Kommission; ifo Institut; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

für das laufende Quartal auf als eine Vielzahl konkurrierender Indikatoren und Modelle. Wir sind bestrebt, den Konsumtracker als Produkt in Zukunft der Öffentlichkeit in regelmäßigen Abständen zur Verfügung zu stellen, um u. a. neue Forschung damit zu initiieren. Bereits jetzt fließt er in die regelmäßigen Konjunkturprognosen des ifo Instituts ein.

REFERENZEN

Aaronson, D., S. A. Brave, M. Fogarty, E. Karger und S. Krane (2021), »Tracking U.S. Consumers in Real Time with a New Weekly Index of Retail Trade«, *Federal Reserve Bank of Chicago Working Paper Series WP 2021-05*.

Aastveit, K. A., T. M. Fastbø, E. Granziera, K. S. Paulsen und K. N. Torsensen (2020), »Nowcasting Norwegian Household Consumption with Debit Card Transaction Data«, *Norges Bank Working Paper 17/2020*.

Aladangady, A., S. Aron-Dine, W. Dunn, L. Feiveson, P. Lengermann und C. Sahm (2021), »From Transaction Data to Economic Statistics: Constructing Real-Time, High-Frequency, Geographic Measures of Consumer Spending«, in: K. G. Abraham, R. S. Jarmin, B. Moyer und M. D. Shapiro (Hrsg.), *Big Data for Twenty-First-Century Economic Statistics*, Kapitel 4, University of Chicago Press, 155-145.

Andersen, A. L., E. T. Hansen, N. Johannesen und A. Sheridan (2022), »Consumer Responses to the COVID-19 Crisis: Evidence from Bank Account Transaction Data«, *Scandinavian Journal of Economics* 124(4), 905-929.

Baumeister, C., D. Leiva-Léon und R. Sims (2024), »Tracking Weekly State-Level Economic Conditions«, *Review of Economics and Statistics*, im Erscheinen.

Bentsen, K. N. und D. Gorea (2021), »Nowcasting and Forecasting Economic Activity in Denmark using Payment System Data«, *Danmarks Nationalbank Working Papers* 177.

Diebold, F. X. (2020), »Real-Time Real Economic Activity: Exiting the Great Recession and Entering the Pandemic Recession«, *NBER Working Paper* 27482.

Duarte, C., P. M. M. Rodrigues und A. Rua (2017), »A Mixed Frequency Approach to the Forecasting of Private Consumption with ATM/POS Data«, *International Journal of Forecasting* 33(1), 61-75.

Eraslan, S. und M. Reif (2023), »A Latent Weekly GDP Indicator for Germany«, *Deutsche Bundesbank Technical Paper* 08/2023.

Europäische Zentralbank (2019), *Card Payments in Europe - Current Landscape and Future Prospects: A Eurosystem Perspective*, General Publication 17. April 2019.

Fourné, F. und R. Lehmann (2023), »From Shopping to Statistics: Tracking and Nowcasting Private Consumption Expenditures in Real-Time«, *CESifo Working Paper* 10764.

Hacioglu Hoke, S., D. Känzig und P. Surico (2020), »Consumption in the Time of Covid-19: Evidence from UK Transaction Data«, *CEPR Discussion Papers* 14733.

Koop, G., S. McIntyre, J. Mitchell und A. Poon (2020), »Regional Output Growth in the United Kingdom: More Timely and Higher Frequency Estimates from 1970«, *Journal of Applied Econometrics* 35(2), 176-197.

Lourenço, N. und A. Rua (2021), »The Daily Economic Indicator: Tracking Economic Activity Daily During the Lockdown«, *Economic Modelling* 100, 105500.

Mariano, R. S. und Y. Murasawa (2003), »A New Coincident Index of Business Cycles based on Monthly and Quarterly Series«, *Journal of Applied Econometrics* 18(4), 427-443.

Schorfheide, F. und D. Song (2015), »Real-Time Forecasting With a Mixed-Frequency VAR«, *Journal of Business & Economic Statistics* 33(3), 366-380.

Vosen, S. und T. Schmidt (2011), »Forecasting Private Consumption: Survey-based Indicators vs. Google Trends«, *Journal of Forecasting* 30(6), 565-578.

Florian Hartmann und Sascha Möhrle

Zu den wichtigsten Preistreibern 2023 und Ausblick für 2024

Das Statistische Bundesamt hat kürzlich die Inflationsrate des deutschen Verbraucherpreisindex (VPI) für das Gesamtjahr 2023 veröffentlicht. Demnach stiegen die Preise aller Waren und Dienstleistungen im vergangenen Jahr um durchschnittlich 5,9%, und damit nur unwesentlich schwächer als im Jahr 2022 (+ 6,9%). Als Reaktion auf die historisch hohe Teuerung in Deutschland und im gesamten Euro-Währungsgebiet reagierte die Europäische Zentralbank (EZB) seit Mitte 2022 mit einer Reihe von Leitzinsanhebungen. Wie die Notenbank wiederholt betonte, spielt die »zugrundeliegende Inflation« und die Breite der Preisdynamik – d. h. die Verteilung der Teuerung auf verschiedene Waren und Dienstleistungen – eine wesentliche Rolle bei der Analyse der geldpolitischen Reaktion.

In dieser Auswertung möchten wir folgenden Fragen auf den Grund gehen: Welche Waren und Dienstleistungen unterlagen im vergangenen Jahr nach wie vor einem hohen Preisdruck? War die Inflation im Jahr 2023 durch wenige Produkte getrieben oder breit angelegt? Und, welche Implikationen können wir daraus für die Inflation und die Geldpolitik im Jahr 2024 ableiten?

Für die vorliegende Analyse nutzen wir die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Jahresteuerraten für einzelne Komponenten des VPI. Auf der verwendeten 4-Steller-Ebene wird der Warenkorb, der der Berechnung des VPI zugrunde liegt, in 110 Waren und Dienstleistungen unterteilt. Somit kann die Preisdynamik unterschiedlicher Produkte und die Konzentration der Teuerung betrachtet werden.

INFLATION IM JAHRESDURCHSCHNITT 2023 BREITER ANGELEGT ALS IM VORJAHR

Tabelle 1 listet die Waren und Dienstleistungen mit den höchsten und niedrigsten Preissteigerungsraten im Jahresdurchschnitt 2023 auf. Demnach haben sich tierärztliche Dienstleistungen (+ 32,1%), Gas (+ 25,8%), sonstige Nahrungsmittel (+ 16,4%) und Brot (+ 16,4%) im vergangenen Jahr besonders stark verteuert.¹ Einige dieser Komponenten wiesen bereits im Jahr 2022 eine hohe Inflationsrate auf. Gleichzeitig sanken die Preise von Heizöl (– 6,0%), Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge (– 5,6%) und Speisefette und -öle (– 3,5%) im Jahresdurchschnitt 2023. Diese Güter, deren Preise im Jahr 2022 besonders stark gestie-

¹ Die Ursache für die hohe Preissteigerungsrate bei tierärztlichen Dienstleistungen ist eine Anpassung der Gebührenordnung für Tierärzte, die Ende 2022 in Kraft trat.

IN KÜRZE

Die Verbraucherpreise lagen in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2023 um 5,9% höher als im Vorjahr. Basierend auf den 110 Einzelkomponenten des Verbraucherpreisindex (VPI) analysieren wir, wie sich die hohe Inflationsdynamik im Jahr 2023 auf verschiedene Waren und Dienstleistungen verteilt hat. Dabei zeigt sich, dass die Teuerung im Jahresdurchschnitt breiter angelegt war als im Vorjahr. So hat sich die Anzahl der Komponenten mit einer Inflationsrate von über 8% im Vergleich zum Jahr 2022 von 27 auf 34 erhöht, obwohl die Gesamtinflationsrate niedriger war. Allerdings verdeckt die Jahresdurchschnittsbetrachtung den deutlichen Rückgang der Teuerungsraten im Jahresverlauf. So nahm der Preisdruck in der zweiten Jahreshälfte 2023 deutlich ab, was sich auch in einer sinkenden Kerninflationsrate widerspiegelte. Dies eröffnet aus Sicht der Europäischen Zentralbank den Spielraum für Leitzinssenkungen ab Frühsommer dieses Jahres. Allerdings könnten neue Schocks – wie etwa eine Unterbrechung der globalen Lieferketten – einem schnelleren Rückgang der Inflation entgegenwirken.

gen waren, vollzogen eine Trendumkehr im Zuge der inzwischen gesunkenen Weltmarktpreise für Erdöl und viele andere Rohstoffe.

Die Analyse von Möhrle und Wibault (2023) zeigte, dass der Preisdruck im Jahr 2022 – also zu Beginn der aktuellen Hochinflationsphase – auf eine kleine Anzahl von Gütern im Energie- und Nahrungsmittelbereich konzentriert war. Dies hat sich im Jahr 2023 verändert. Obwohl die Inflationsrate im vergangenen Jahr mit 5,9% um rund 1 Prozentpunkt niedriger lag als im Jahr 2022, war die Teuerung im Jahr 2023 breiter angelegt, d. h., die Inflation erstreckte sich über eine Vielzahl von Waren. Dies zeigt ein Blick auf die Anzahl der Komponenten mit besonders hohen Preissteigerungsraten. Wiesen im Jahr 2022 27 der insgesamt 110 Komponenten eine Inflationsrate von über 8% aus, so waren es im Jahr 2023 34 Komponenten. Die Breite der Inflationsdynamik spiegelte sich auch in einer gestiegenen Kerninflationsrate wider, bei der die Energiepreise herausgerechnet werden. Diese stieg von 4,9% im Jahr 2022 auf 6,0% im vergangenen Jahr.

Warum war die Inflation im Jahr 2023 breiter angelegt als zuvor? Der Preisdruck zu Beginn der aktuellen Hochinflationsphase war vor allem durch Liefer-

Tab. 1

Die größten Preistreiber im Jahr 2023

Komponente des VPI	Inflationsrate 2023 (in %)	Anteil am Wägungsschema (in %)	Inflationsbeitrag 2023 (in %)	Inflationsrate 2022 (in %)
Veterinär- u.a. Dienstleistungen für Haustiere	32,1	0,2	0,1	4,1
Gas, einschließlich Umlage	25,8	1,1	0,3	48,2
Sonstige Nahrungsmittel	16,4	0,6	0,1	9,3
Brot und Getreideerzeugnisse	16,4	1,9	0,3	13,1
Reparatur an Gebrauchsgütern für Freizeit und Kultur	16,2	0,0	0,0	2,0
Versicherungsdienstleistungen für die Wohnung	- 1,9	0,2	- 0,0	- 2,4
Informationsverarbeitungsgeräte	- 3,2	0,7	- 0,0	6,3
Speisefette und Speiseöle	- 3,5	0,3	- 0,0	37,4
Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge	- 5,6	3,1	- 0,2	26,1
Heizöl, einschließlich Umlage	- 6,0	0,4	- 0,0	73,0

Anmerkung: Die Tabelle zeigt die Komponenten des VPI (4-Steller-Ebene) mit den höchsten und niedrigsten Preissteigerungsraten im Jahr 2023 in absteigender Reihenfolge. Der Inflationsbeitrag stellt den Beitrag der jeweiligen Komponente zur Gesamtinflation dar und setzt sich aus der Inflationsrate und dem Anteil am Wägungsschema zusammen, der das Gewicht der jeweiligen Komponente im VPI-Warenkorb angibt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

engpässe und steigende Energie- und Nahrungsmittelpreise im Zuge des Kriegs in der Ukraine begründet. Somit konzentrierte sich der Inflationsdruck zunächst auf die unmittelbar betroffenen Warengruppen. Im Zuge der steigenden Energie- und Rohstoffpreise erhöhten sich jedoch die Produktionskosten vieler Unternehmen, die diese allmählich an die Verbraucher weiterreichten. Dieser indirekte Effekt machte sich

erst mit einer Verzögerung in der Breite bemerkbar. Hinzu kommt, dass die infolge der hohen Inflation anziehende Lohnentwicklung allmählich zusätzlichen Kostendruck auf Seiten der Unternehmen auslöste.

INFLATIONSDYNAMIK LÄSST IM JAHRESVERLAUF 2023 IN DER BREITE NACH

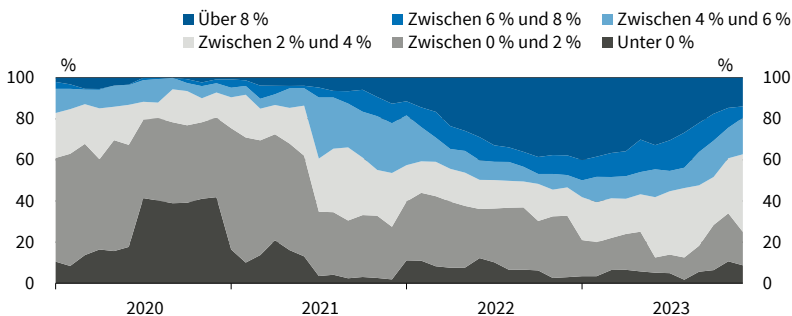
Die bisherige Betrachtung im Jahresdurchschnitt verdeckt allerdings interessante Muster in der unterjährigen Inflationsentwicklung. So ließ die Inflationsdynamik im Verlauf des Jahres 2023 in der Breite nach. Während zu Jahresbeginn noch knapp 40% der Güter und Dienstleistungen eine Preissteigerungsrate von mehr als 8% aufwiesen, waren es im vierten Quartal lediglich noch rund 15% (vgl. Abb. 1).² Gleichzeitig stieg der Anteil der Komponenten mit besonders niedrigen Inflationsraten (unter 2%) von 21% im ersten Quartal auf 29% im vierten Quartal.

Auch in Abbildung 2, die die monatliche Entwicklung verschiedener Inflationsmaße zeigt, wird der seit Frühjahr 2023 nachlassende Preisdruck deutlich. So nahm die Kerninflationsrate (ohne Energie) von 7,5% im ersten Quartal auf 4,0% im vierten Quartal ab. Das Gleiche gilt für verschiedene Verteilungsmaße (z. B. den Median oder das 25%- bzw. 75%-Perzentil) der 110 Komponenten des VPI.

Die in der Vorjahresbetrachtung hohe Inflationsrate im Durchschnitt des Jahres 2023 lässt sich vielfach auf die kräftigen Preissteigerungen im Verlauf des Jahres 2022 und damit einen Basiseffekt zurückführen. Besonders deutlich wird dies bei den Nahrungsmittelpreisen, die nur bis Frühjahr 2023 kräftig stiegen, seitdem aber im Verlauf weitgehend stagnierten. Im Vorjahresvergleich betrug der Anstieg der Nahrungsmittelpreise im Jahresdurchschnitt 2023 dennoch 12,4%.

² Für diese Zahlen wurden die Komponenten gemäß dem VPI-Wägungsschema gewichtet.

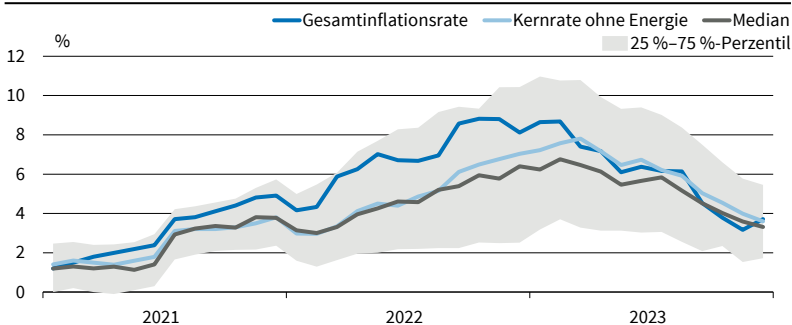
Abb. 1 Gewichtete Verteilung der Inflationsraten der einzelnen VPI-Komponenten^a



^a Die Abbildung zeigt den Anteil der Komponenten des VPI-Wägungsschemas, der Preissteigerungsraten im jeweiligen Inflationsintervall in einem bestimmten Monat aufweist. Die Preissteigerungsraten der 110 Komponenten der 4-Steller-Ebene wurden gemäß dem aktuellen VPI-Wägungsschema gewichtet.

© ifo Institut

Abb. 2 Monatliche Entwicklung verschiedener Inflationsmaße^a



^a Die Median-Inflationsrate gibt den ungewichteten Median der Preissteigerungsraten der 110 Komponenten an, die dem VPI zugrunde liegen. Das Perzentilband veranschaulicht die Streuung der einzelnen Komponenten und bezieht auf die Schwellen von 25% und 75% der höchsten Inflationsraten.

© ifo Institut

Warum ließ der Inflationsdruck in der Breite im Jahr 2023 deutlich nach? Zum einen dürfte ein Gutteil der Kostensteigerungen durch die Unternehmen bis spätestens Mitte 2023 an die Verbraucher weitergegeben worden sein. Zum anderen kam es zu einem spürbaren Preisrückgang an den Energie- und Rohstoffmärkten, die dem allgemeinen Kostendruck entgegenwirkten. Nicht zuletzt dürfte aber auch die geldpolitische Straffung preisdämpfend gewirkt haben, indem sie die gesamtwirtschaftliche Nachfrage abschwächte. Besonders sichtbar wird das bei der Neukreditvergabe von Immobilienkrediten, die um rund die Hälfte einbrachen. All diese Faktoren dürften eine Rolle spielen, warum der Preisdruck auf viele Güter in den vergangenen Monaten spürbar nachließ.

AUSBLICK AUF 2024: INFLATIONSRATE DÜRFTE IM JAHRESDURCHSCHNITT DEUTLICH SINKEN

Welche Schlüsse lassen sich aus der disaggregierten Betrachtung der Inflationsrate im Jahr 2023 für das aktuelle Jahr ziehen? Der in der Breite abnehmende Preisdruck ist erst einmal eine gute Nachricht: Angebot und Nachfrage scheinen sich auf gesamtwirtschaftlicher Ebene wieder weitgehend normalisiert zu haben. Die sich abschwächende Preisdynamik dürfte sich daher auch in den kommenden Monaten fortsetzen, wenngleich die Inflation in Deutschland in diesem Jahr noch über dem Zielwert von 2% liegen dürfte. Inflationstreibend wirken in diesem Jahr eine Reihe von Sonderfaktoren, wie das Auslaufen der Mehrwertsteuersenkung für Gas und im Gastgewerbe, die Erhöhung des CO₂-Preises, die Erhöhung der Stromnetzentgelte und die Reform der Lkw-Maut. Nach Ablauf dieser temporären Faktoren sollte sich die Inflationsrate dann allmählich wieder auf dem Niveau des Inflationsziels der EZB von 2% einpendeln.

Allerdings unterliegt der Inflationsausblick erheblichen Unsicherheiten. Eine erneute Unterbrechung im globalen Lieferverkehr und neue geopolitische

Konflikte haben das Potenzial, die Inflation wieder anzufachen. Gleichzeitig könnte die restriktive Geldpolitik die konjunkturelle Erholung stärker und länger ausbremsen als erwartet und damit die Inflationsrate unter die 2%-Marke drücken.

IMPLIKATIONEN FÜR DIE GELDPOLITIK

Die abnehmende Inflation hat direkte Implikationen für die Geldpolitik. Da eine Zentralbank nur wenig Handhabe gegen temporär schwankende Energiepreise hat, spielt die Breite der Inflationsdynamik für die geldpolitische Ausrichtung eine entscheidende Rolle. Ähnlich wie in Deutschland sind die Gesamtinflationsrate und die Kernrate (ohne Energie) im gesamten Euroraum rückläufig, im Dezember lagen sie bei 2,9% bzw. 4,0%. Der in der Breite abnehmende Preisdruck dürfte perspektivisch Spielräume für eine Lockerung des geldpolitischen Kurses schaffen.

In unserer aktuellen ifo Konjunkturprognose (Wollmershäuser et al. 2024) gehen wir davon aus, dass die EZB im Frühsommer dieses Jahres eine erste Leitzinssenkung beschließt und dann den Einlagesatz und den Hauptrefinanzierungssatz bis Mitte 2025 allmählich um 200 Basispunkte auf 2,0% bzw. 2,5% senken wird. Dabei wird die EZB allerdings schrittweise vorgehen und neue Entwicklungen bei Preisen, Löhnen und Gewinnen genau beobachten. Angesichts der oben genannten Unsicherheiten bei den Inflationsaussichten dürfte eine solche vorsichtige Herangehensweise angemessen sein.

REFERENZEN

Möhrle, S. und T. Wibault (2023), »Zu den wichtigsten Preistreibern 2022 und Ausblick für 2023«, *ifo Schnelldienst digital* 4(1).

Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, A.-C. Rathje, M. Schasching, S. Schiman-Vukan, G. Wolf und L. Zarges (2024), »ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2024: Deutsche Wirtschaft wie gelähmt«, *ifo Schnelldienst digital* 5(2).

Annette von Maltzan und Lara Zarges

Der Investitionsstandort Deutschland aus Unternehmenssicht*

IN KÜRZE

Im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen hat das ifo Institut im Jahr 2023 rund 1 500 Unternehmen zu ihren Investitionstätigkeiten im In- und Ausland befragt. Im Rahmen dieser Analyse konnte gegenüber dem Jahresmonitor 2017 eine deutliche Eintrübung des Investitionsklimas festgestellt werden. Die befragten Unternehmen nennen in Bezug auf den Investitionsstandort Deutschland viele deutlich dämpfende Einflussfaktoren wie Bürokratie, Energie- und Arbeitskosten. Knapp ein Drittel der Unternehmen möchte bestehende Arbeitsplätze ins Ausland verlagern. Wichtige Ziele für Auslandsinvestitionen bleiben allen voran die USA, aber auch Polen, China und Indien sind für Unternehmen attraktive Investitionsziele. Angesichts der aktuellen Herausforderungen, wie der ökologischen Transformation, der Digitalisierung und dem fortschreitenden demografischen Wandel, kann die Identifikation investitions-hemmender Einflussfaktoren maßgeblich dazu beitragen, den Investitionsstandort Deutschlands nachhaltig zu stärken.

GETRÜBTES INVESTITIONSKLIMA IN DEUTSCHLAND

Im langfristigen Durchschnitt sind Unternehmen in Deutschland für durchschnittlich 60% der Gesamtinvestitionen verantwortlich. Ihnen kommt in diesem Zusammenhang die bedeutende Rolle zu, wegweisende Impulse für die dringend nötige Modernisierung sowie den Umbau des Kapitalstocks zur Treibhausgas-

neutralität der deutschen Volkswirtschaft zu setzen. Doch wie willig sind deutsche Unternehmen, diese Rolle weiterhin wahrzunehmen und auch zukünftig Investitionen schwerpunktmäßig in Deutschland zu tätigen?

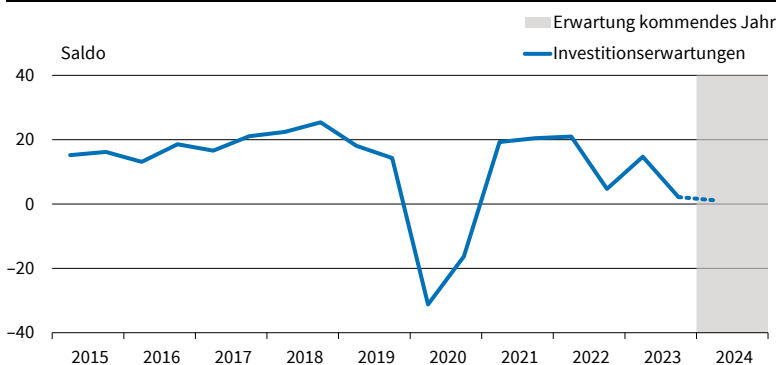
Das Investitionsklima in Deutschland hat sich über das vergangene Jahr deutlich abgekühlt (vgl. Abb. 1). Auch für das laufende Jahr deuten die Investitionspläne der Unternehmen nicht auf ein Anziehen der Investitionsdynamik – die Investitionserwartungen für 2024 bleiben hinter denen für 2023 zurück. Der Jahresmonitor, eine jährliche Umfrage zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen, hat im vergangenen Jahr versucht, den Ursachen dieser gedämpften Investitionstätigkeit näher zu kommen. In diesem Rahmen wurden im Sommer 2023 deutsche Unternehmen nach ihrer Einschätzung des Investitionsstandorts Deutschland sowie nach ihren Auslandsinvestitionen gefragt.¹ Die Antworten der rund 1 500 Unternehmen werden im Folgenden ausgewertet. Aufgrund der auffällig schlechten Bewertung der Regulationsdichte und Bürokratie am Standort Deutschland wird auf diesen Bereich ein besonderer Fokus in der Auswertung gelegt. Zudem werden zentrale Aspekte wie Arbeitsplatz- und Investitionsverlagerungen wie »Off- und Reshoring« beleuchtet.

SCHULNOTE 3,8 FÜR DEN INVESTITIONSSTANDORT DEUTSCHLAND

In der Befragung wurden die Unternehmen gebeten, den Investitionsstandort Deutschland in Schulnoten zu bewerten. Im Ergebnis erhält Deutschland im Durchschnitt die Note 3,8 und wird damit lediglich »ausreichend« bewertet. Dabei vergibt jedes fünfte Unternehmen die Schulnote fünf, 8% der Unternehmen bezeichnen den Investitionsstandort Deutschland sogar als ungenügend (vgl. Abb. 2).

Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitenden bewerten die Bedingungen für Investitionen als besonders schlecht: In dieser Gruppe benoten mehr als 67% der Kleinstunternehmen den Standort Deutschland mit der Schulnote vier, fünf und sechs. Disaggregiert nach Sektoren zeigen sich keine großen

Abb. 1
ifo Investitionserwartungen



Quelle: ifo Konjunkturumfrage.

© ifo Institut

* Der Artikel basiert auf Zarges, L. et al. (2023), *Der Investitionsstandort Deutschland aus Sicht der Familienunternehmen*, Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen, München.

¹ Die (pseudonymisierten) Ergebnisse der seit 2017 durchgeführten Jahresmonitore sowie weiterhin im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen erfolgten Befragungen sind im Forschungsdatensatz »FamData« einsehbar (Garnitz et al. 2023a und b).

Unterschiede in der Standortbewertung. Die schlechteste Durchschnittsnote vergeben mit einer 4,0 die Unternehmensdienstleister, am besten bewerten die Unternehmen des Handels und Gastgewerbes mit einer 3,7 den Standort. Die schlechten Ergebnisse der Umfrage werden auch vom diesjährigen »Länderindex Familienunternehmen« der Stiftung Familienunternehmen bestätigt (Fischer et al. 2023): Während der Standort Deutschland im Index aus dem Jahr 2021 noch den 14. Platz belegte, rutschte er im Jahr 2023 um vier Plätze auf den 18. Rang ab. Damit belegt Deutschland aktuell den viertletzten Platz und ist damit im Ländervergleich der größte Verlierer.²

BÜROKRATIE IN DEUTSCHLAND GROSSES HEMMNIS FÜR INVESTITIONEN

Gefragt nach der Beurteilung verschiedener Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit in Deutschland im laufenden Jahr, fällt die dämpfende Wirkung in allen abgefragten Bereichen auf. Von den befragten Unternehmen wird die deutsche Bürokratie und Regulierungsdichte von 90% der Unternehmen als Investitionshemmnis wahrgenommen (vgl. Abb. 3). Dabei nimmt diese negative Einschätzung mit der Zahl an Beschäftigten zu. Von den verschiedenen Sektoren klagen die Unternehmen im Baugewerbe (85,8%) am wenigsten über die Regulierungsdichte, die Unternehmen im produzierenden Gewerbe am meisten (93,3%).

Mit einem Anteil von jeweils knapp 80% der Unternehmen werden auch die Energiekosten, das Fachkräfteangebot und die Arbeits- und Lohnkosten als deutlich investitionshemmend genannt. Geringfügig besser bewertet werden die steuerlichen Rahmenbedingungen, die von drei Viertel der Befragten als dämpfend eingestuft werden. Die Absatzlage in Deutschland erhält insgesamt die höchste Zustimmung bezüglich der Anregung: Fast ein Drittel der Unternehmen beurteilt diesen Standortfaktor als investitionsfördernd, nur wenige Unternehmen sehen keinen Einfluss und mehr als 60% beurteilen die Absatzlage als dämpfend. Auch bei den am positivsten bewerteten Faktoren Digitalisierung, Finanzierungsmöglichkeiten und Infrastruktur dominieren dämpfende Einflüsse. Eine anhaltende Trübung der inländischen Investitionsfreudigkeit lässt sich ebenso aus den aktuellen ifo Investitionserwartungen (Wollmershäuser et al. 2023) sowie dem »Länderindex Familienunternehmen« (Fischer et al. 2023) herauslesen.

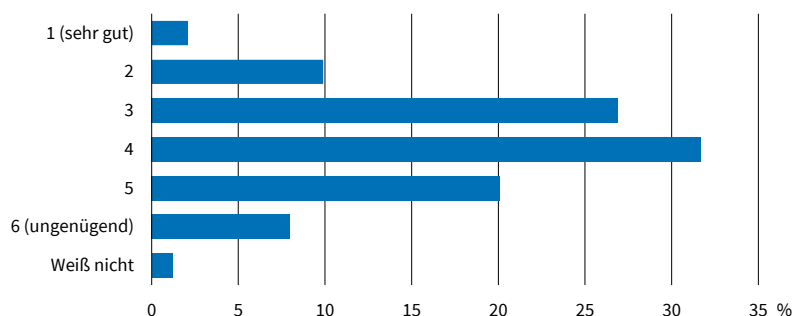
Vergleicht man die Antworten mit dem Stimmungsbild im Jahr 2017³ lässt sich erkennen, dass die Einflussfaktoren 2023 deutlich negativer beurteilt werden. Im Jahresmonitor 2017 wurde keiner der Fak-

² Der »Länderindex Familienunternehmen« der Stiftung Familienunternehmen vergleicht seit 2006 besonders bedeutsame Standortvoraussetzungen in 21 ausgewählten Länder aus der Perspektive großer Familienunternehmen.

³ Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2017 mit identischer Frage (»Welche Faktoren beeinflussen 2017 Ihre Investitionstätigkeit in Deutschland in positiver/negativer Richtung?«) und teilweise gleichen Faktoren.

Abb. 2

Bewertung des Investitionsstandorts Deutschland



N = 1 485

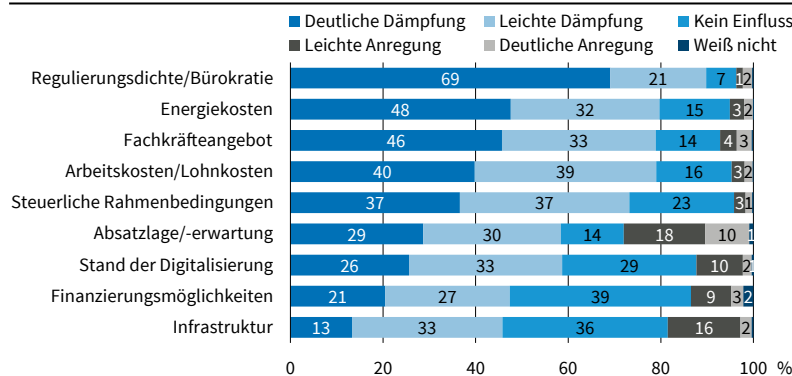
Quelle: Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2023.

© ifo Institut

toren als überwiegend dämpfend beschrieben und zudem viele Faktoren als »ohne Einfluss« auf die Investitionstätigkeit. Von 31,9% der befragten Unternehmen wurden 2017 die Lohnkosten als am meisten einschränkend bewertet, dicht gefolgt von den wirtschaftspolitischen (27,0%) und den steuerlichen Rahmenbedingungen (23%).

Abb. 3

Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit in Deutschland



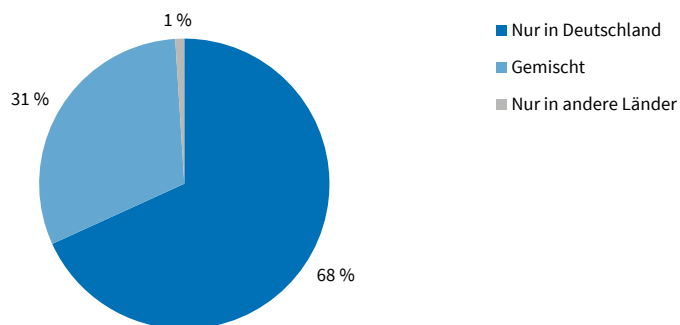
N = 1 516

Quelle: Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2023.

© ifo Institut

Abb. 4

Regionale Verteilung der Investitionen im Jahr 2023



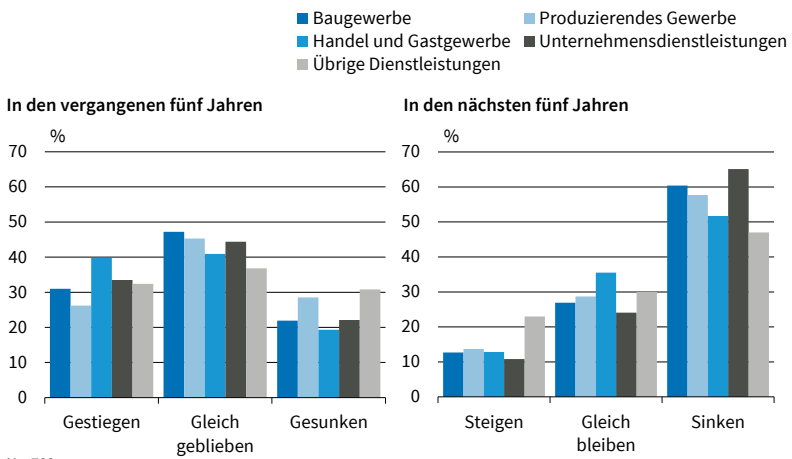
N = 1 485; ohne Antworten »weiß nicht«

Quelle: Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2023.

© ifo Institut

Abb. 5

Entwicklung der Investitionstätigkeit in Deutschland



N = 782
Quelle: Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2023.

© ifo Institut

TROTZ SCHLECHTER BEWERTUNG BLEIBT DEUTSCHLAND HAUPTZIEL DER INVESTITIONEN

Für die Mehrheit der Unternehmen bleibt Deutschland das Hauptziel ihrer Investitionstätigkeit: Insgesamt geben gut zwei Drittel der befragten Unternehmen an, im laufenden Jahr ausschließlich in Deutschland zu investieren (vgl. Abb. 4). Der Anteil an Unternehmen, der nur im Ausland investiert, ist mit 1,0% verschwindend gering. 30,8% der Unternehmen investieren sowohl in Deutschland als auch im Ausland.

MEHRHEIT DER UNTERNEHMEN GEHT VON SINKENDEN INVESTITIONEN IN DEUTSCHLAND AUS

Darüber hinaus wurden die Unternehmen gefragt, wie sich die Investitionstätigkeit in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat und wie sie sich ihrer Einschätzung nach in den nächsten fünf Jahren entwickeln wird (vgl. Abb. 5). Für die Auswertung der Frage bleiben die Antworten der Unternehmen, die ausschließlich in Deutschland investieren und die Antworten der Unternehmen, die mit »Weiß nicht« rückmeldeten, unberücksichtigt.

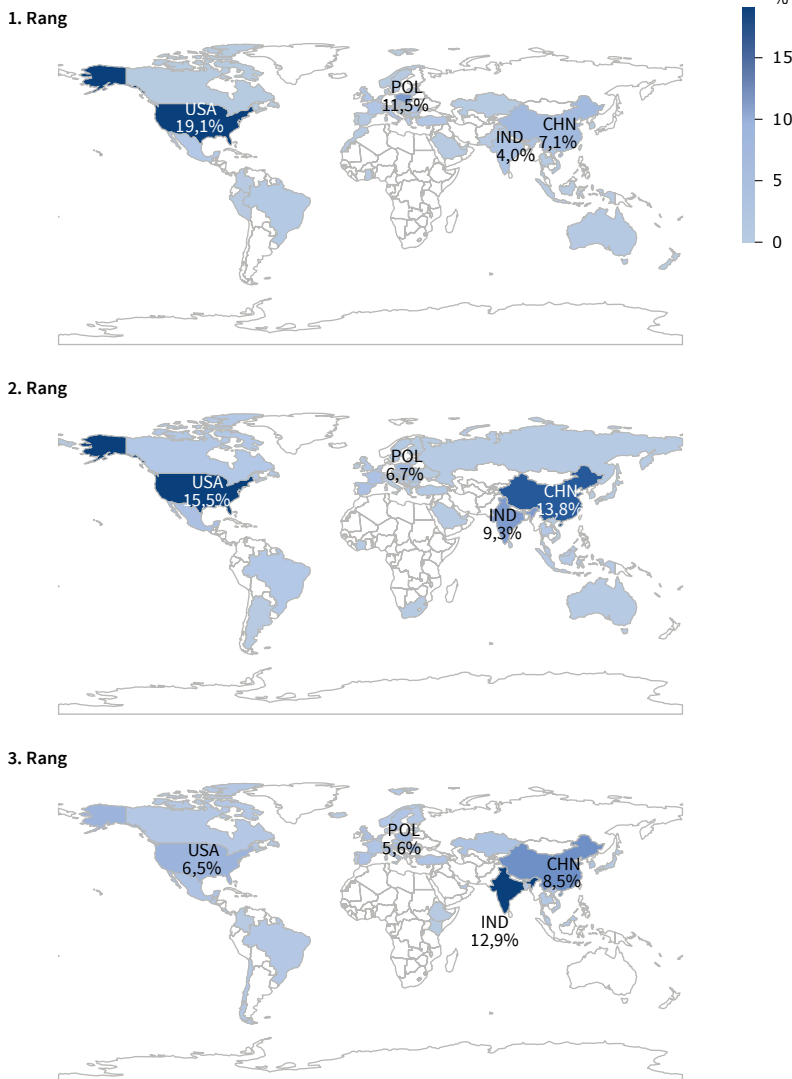
Für 42% der befragten Unternehmen ist der Anteil ihrer Investitionen in Deutschland in den vergangenen fünf Jahren konstant geblieben, etwa ein Drittel verzeichnet steigende Investitionen und bei rund 27% der Unternehmen sind sie gesunken. Differenziert nach Sektoren ergibt sich folgendes Bild: Während 39,8% der Unternehmen im Handel und Gastgewerbe für die vergangenen fünf Jahre einen gestiegenen Anteil ihrer Investitionen in Deutschland melden, geben dies nur 26,2% der Unternehmen der Industrie an (vgl. Abb. 5). Jeweils der größte Anteil der Unternehmen in jedem Sektor gibt einen gleichbleibenden Anteil ihrer Inlandsinvestitionen an den Gesamtinvestitionen über die vergangenen fünf Jahre an. Mit 30,8% respektive 28,5% der jeweiligen Unternehmen haben den Antworten zufolge die übrigen Dienstleister sowie die Industrie ihren Investitionsanteil in Deutschland anteilmäßig am häufigsten verringert.

Die Einschätzung für die nächsten fünf Jahre fällt deutlich schlechter aus: Von einer Steigerung der Investitionen in Deutschland gehen nur 15% der Unternehmen aus und mehr als die Hälfte der Unternehmen erwarten sogar rückläufige Investitionen. Diese Einschätzung bestätigt sich über Größenklassen und Sektoren hinweg. Bis auf die übrigen Dienstleister liegt der Anteil der Unternehmen, die mit einer Verringerung ihres Investitionsanteils in Deutschland rechnen, in allen Sektoren bei mehr als 50%. Besonders schwach schätzen die Unternehmensdienstleister ihre zukünftigen Investitionen in Deutschland ein: 65,1% gehen von einer Verringerung ihrer Investitionen hierzulande aus.

Zur Lokalisierung der ausländischen Investitionen wurden die teilnehmenden Unternehmen zudem nach ihren Hauptinvestitionszielen außerhalb Deutschlands

Abb. 6

Rangfolge der Zielländer für Auslandsinvestitionen



Anzahl der Beobachtungen: 1. Rang N = 315; 2. Rang N = 221; 3. Rang N = 133
Quelle: Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2023.

© ifo Institut

gefragt. Um regionale Verschiebungen abbilden zu können, wurde die Frage sowohl für das Jahr 2023 als auch für die kommenden fünf Jahre gestellt. Als Antwort konnten jeweils maximal drei Länder in Rangfolge genannt werden. Die geografische Verteilung der Antworten ist in Abbildung 6 nach der Häufigkeit der Nennungen dargestellt.

UNTERNEHMEN INVESTIEREN AM HÄUFIGSTEN IN DEN USA

Unter den Ländern außerhalb Deutschlands, in denen die befragten Unternehmen im Jahr 2023 hauptsächlich investieren, nehmen die USA mit 19,1% aller Nennungen mit Abstand den ersten Rang ein. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch der Länderindex der Stiftung Familienunternehmen 2023 (Fischer et al. 2023). Die ermittelte Rangliste im Länderindex wird ebenfalls von den USA angeführt. Als Hauptgründe für die Länderwahl werden die niedrigeren Energiekosten und eine geringe Regulierungsdichte aufgeführt.

POLEN ATTRAKTIVSTES INVESTITIONS LAND IN EUROPA

Die zweithäufigste Erwähnung erhält Polen, wo 11,5% der Unternehmen investieren. Das lässt sich neben der Nähe zum heimischen Markt und Steuervergünstigungen im Rahmen des Konvergenzprogramms der EU besonders auf die vielen qualifizierten Fachkräfte für deutsche Unternehmen zurückführen (Adam 2023). Auf dem dritten Platz des Rankings folgt China mit 7,1% der Nennungen. Damit ist China im Jahr 2023 trotz der geopolitischen Unsicherheiten und der De-Risking-Strategie der Bundesregierung⁴ weiterhin ein sehr wichtiges Investitionsland für deutsche Unternehmen. Von jeweils mehr als 5% der Unternehmen werden außerdem die europäischen Nachbarländer Schweiz, Niederlande und Tschechien als bevorzugtes Ziel für Auslandsinvestitionen genannt.

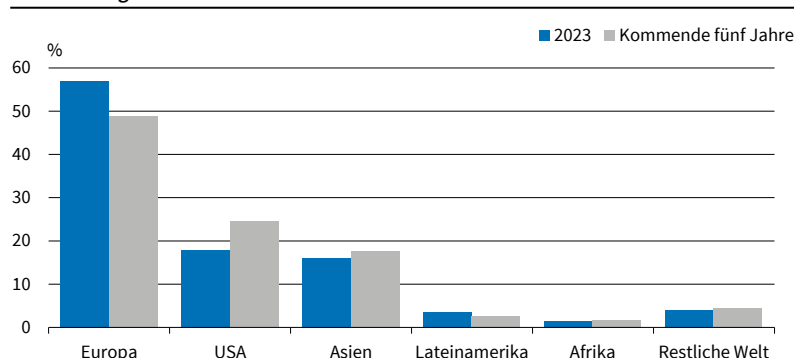
Auch auf dem zweiten Rang der Investitionszieländer werden die USA mit 15,5% am häufigsten genannt, jedoch folgt China mit nur geringem Abstand (13,8% aller Antworten). Den dritten Platz belegt mit 9,3% Indien. Auch Polen punktet bei 6,7% aller Unternehmen erneut als beliebtes Investitionsland. Der dritte und letzte Rang der Liste der Länder, in die der größte Anteil der Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen im Jahr 2023 fließt, wird mit 12,9% von Indien angeführt. Darauf folgen China mit 8,5% der Nennungen, die USA (6,5%) und Polen (5,6%).

USA AUCH ZUKÜNFTIG HAUPTZIEL FÜR INVESTITIONEN

Auch für die kommenden fünf Jahre werden die USA als Hauptziel deutscher Unternehmensinvestitionen

Abb. 7

Veränderung der Auslandsinvestitionen in den kommenden fünf Jahren



Anzahl der Beobachtungen: 2023: N = 329; Kommende fünf Jahre: N = 374
Quelle: Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2023.

© ifo Institut

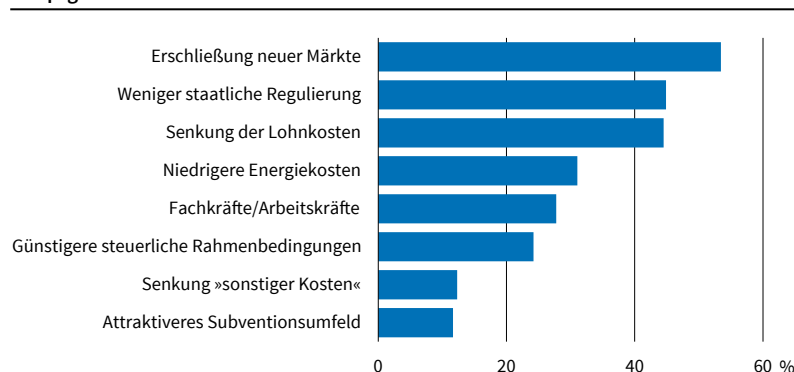
im Ausland genannt. Mit 26,2% aller Angaben für den ersten Rang und großem Abstand zum zweitplatzierten Polen (10,3%) werden die USA voraussichtlich in naher Zukunft nochmal deutlich mehr deutsche Investitionen anziehen. Insgesamt zeigt sich für die kommenden fünf Jahre im Vergleich zum Jahr 2023 eine Verschiebung der Investitionstätigkeit zulasten von Standorten in Europa (ohne Deutschland) zugunsten der USA (vgl. Abb. 7). Auch Asien dürfte geringfügig als Investitionsstandort an Bedeutung gewinnen. Dabei ist abzuwarten, inwieweit Investitionen innerhalb des Kontinents von China nach Indien verschoben werden.

GERINGERE STAATLICHE REGULIERUNG ZENTRALES MOTIV FÜR AUSLANDSINVESTITIONEN

Erwartungsgemäß ist der vorrangige Grund für die Tätigkeit von Auslandsinvestitionen für die Mehrheit der Befragten (53,4%) die Erschließung neuer Märkte (vgl. Abb. 8). Dies ist insbesondere bei größeren Unternehmen und verstärkt bei Unternehmen ab 250 Mitarbeitenden relevant (60,1%). Dicht darauf wird von 44,9% der befragten Unternehmen die geringere staatliche Regulierung als Motivation für Investitionen im Ausland genannt. Die hohe Regulierungsdichte

Abb. 8

Hauptgründe für Investitionen im Ausland

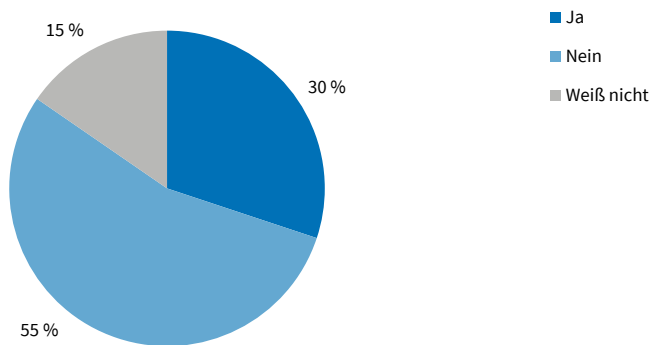


N = 358; maximal drei Nennungen
Quelle: Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2023.

© ifo Institut

⁴ Die De-Risking-Strategie der Bundesregierung wurde 2023 zur Verminderung einseitiger Abhängigkeiten von China eingeführt.

Abb. 9
Verlagerung bestehender Arbeitsplätze ins Ausland?



N = 469
Quelle: Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2023.

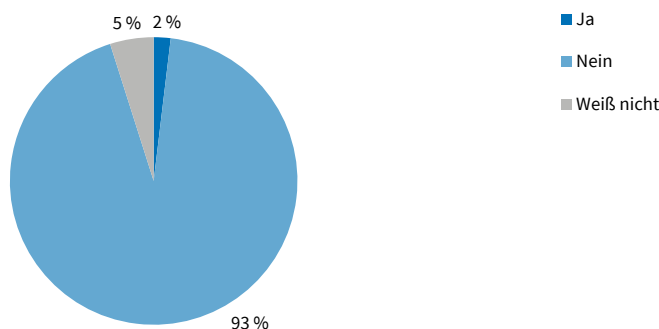
© ifo Institut

in Deutschland ist nicht nur investitions hemmend (vgl. Abb. 3), sondern führt auch zu verstärkten Investitionen im Ausland. Bei den Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten ist dieser Wert besonders hoch (69,4%). Nur knapp dahinter folgt die Senkung der Lohnkosten, die für 44,5% der Unternehmen ein zentrales Motiv für Auslandsinvestitionen darstellt. Mit deutlich weniger Nennungen folgen die niedrigeren Energiekosten (31,1%), das Fach- und Arbeitskräfteangebot (27,8%) sowie die günstigeren steuerlichen Rahmenbedingungen (24,2%). Als Grund für Investitionen im Ausland werden die Senkung »sonstiger Kosten« und ein attraktiveres Subventionsumfeld nur von je rund 12% der Befragten genannt.

ATTRAKTIVERES SUBVENTIONSUMFELD NUR SELTEN MOTIV FÜR AUSLANDSINVESTITIONEN

Letzteres überrascht vor allem vor dem Hintergrund der medialen Debatten über einen drohenden Subventionswettbewerb der USA und Europa aufgrund des »Inflation Reduction Act« (IRA) (Gründler et al. 2023). Nach der vorliegenden Befragung spielen Subventionen nur eine untergeordnete Rolle bei der Standortwahl. Dass die viel diskutierten hohen Energiekosten in Deutschland nicht unter den Hauptgründen für

Abb. 10
Planen Sie, Arbeitsplätze nach Deutschland zurückzuverlagern?



N = 463
Quelle: Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2023.

© ifo Institut

eine Standortverlagerung sind, ist u. a. dadurch zu erklären, dass diese vor allem die energieintensiven Branchen betreffen. So sind erwartungsgemäß die Nennungen im produzierenden Gewerbe (38,6%) und im Handel und Gastgewerbe (35,2%) deutlich höher als in den übrigen Sektoren.

EIN DRITTEL DER UNTERNEHMEN PLANT, ARBEITSPLÄTZE INS AUSLAND ZU VERLAGERN

Im Zusammenhang mit den Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland ist auch interessant, inwiefern sich die Standortwahl in einer möglichen Verlagerung von Arbeitsplätzen widerspiegelt. Mit 54,5% der Unternehmen beabsichtigt die Mehrheit der Befragten unmittelbar keine Verlagerung von bestehenden Arbeitsplätzen ins Ausland (vgl. Abb. 9). Dem gegenüber steht jedoch ein Drittel der Unternehmen, die Arbeitsplatzverlagerungen ins Ausland planen. Beachtlich ist außerdem der mit 15,4% große Anteil an Unternehmen, der noch nicht weiß, ob im Zusammenhang mit ihren Auslandsinvestitionen auch Arbeitsplatzverlagerungen geplant sind. Im Vergleich zum Jahresmonitor 2017 ist die Option der Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland stark gestiegen: In der Befragung 2017 wurde die mögliche Arbeitsplatzverlagerung noch von 95,8% der Unternehmen verneint (Rathje und Wohlrabe 2017).

Beim Vergleich unter Größenklassen fällt auf, dass besonders unter kleinen Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten ein überdurchschnittlich hoher Anteil (39,6%) die Verlagerung von inländischen Arbeitsplätzen ins Ausland plant. Auch bei den Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten liegt dieser Anteil mit 34,8% hoch. Bei den Unternehmen ab 250 Beschäftigten ist der Anteil hingegen mit 27,7% mehr als 10 Prozentpunkte niedriger. Außerdem verneinen 58% dieser großen Unternehmen etwaige Pläne für Arbeitsplatzverlagerungen. Ebenfalls deutlich sind die Unterschiede zwischen den verschiedenen Sektoren: Der größte Anteil an Unternehmen mit Plänen zur Arbeitsplatzverlagerung findet sich mit 34,7% im produzierenden Gewerbe, dicht gefolgt von den übrigen Dienstleistern mit 32,6%. Die geringsten Verlagerungsabsichten haben erwartungsgemäß die Unternehmen im Baugewerbe (18,5% aller Unternehmen).

RESHORING SPIELT KAUM EINE ROLLE

Über Reshoring, der Rückverlagerung von Produktionsstätten aus Schwellenländern zurück in Industriestaaten, wurde in den vergangenen Jahren im Rahmen der langfristigen Störungen globaler Lieferketten durch die Corona-Pandemie und den zeitweise stark gestiegenen Transportpreisen gesprochen. Immer wieder medienwirksam über Reshoring berichtet wird allerdings verstärkt seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, der die starke Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von russischem Gas offenlegte. Die

wachsenden Spannungen zwischen China und dem Westen führten zu einer Diskussion über eine zu große Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von China als Zulieferer kritischer Rohstoffe und Absatzmarkt deutscher Produkte.⁵ Die Umfrageergebnisse zeigen jedoch, dass das Rückverlagern von Investitionen nach Deutschland in den aktuellen Plänen der befragten Unternehmen kaum eine Rolle spielt (vgl. Abb. 10). Insgesamt geben 93,2% der Unternehmen an, keine Investitionen nach Deutschland zurückverlagern zu wollen; nur 2,1% der Unternehmen verfügen über solche Pläne. Der Grund dafür liegt vor allem in den hohen Kosten einer Rückverlagerung. Da die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung von den meisten Unternehmen weiter genutzt werden, sollte das aktuelle Ziel vor allem sein, kritische Abhängigkeiten zu begrenzen (Welter 2024).

HOHE EMPFUNDENE BÜROKRATIEBELASTUNG

Den Umfrageergebnissen zufolge stellt der zähe Bürokratieabbau für deutsche Unternehmen weiterhin das dringendste Investitionshemmnis dar. Trotz des leicht rückläufigen Bürokratiekostenindex (Statistisches Bundesamt 2024) sowie politischer Maßnahmen wie beispielsweise die Einführung der »One in, One out«-Regel⁶ im Jahr 2015, hat die empfundene Bürokratiebelastung der Unternehmen keinen Rückgang verzeichnet. Die Diskrepanz zwischen der statistisch gemessenen und der tatsächlich empfundenen Belastung dürfte daran liegen, dass Unternehmen den Bürokratiebegriff deutlich weiter fassen als die vom Nationalen Normenkontrollrat (NKR) oder Statistischen Bundesamt verwendeten Konzepte zur Kostenmessung. So zeigen Holz et al. (2019), dass Unternehmen nicht nur Auskunfts- und Dokumentationspflichten, sondern auch die Erfüllungskosten neuer Gesetze sowie Regulierungen durch Verbände oder andere nicht-staatliche Organisationen der Bürokratie zuordnen.

Ein erster Schritt, die Bürokratiebelastung zu verringern, stellt der seit dem 1. April 2023 auf Bundesebene für neue Gesetzesentwürfe und Verordnungen verpflichtend eingeführte Digitalcheck dar. Dabei wird überprüft, ob die digitale Umsetzung (Speicherung anfallender Daten, Kommunikation zwischen Verwaltungseinheiten usw.) eines Gesetzesentwurfs während des Erarbeitungsprozesses berücksichtigt wurde und ob zum Vorhaben gehörende Prozesse für Bürger und Unternehmen einfach zu bewältigen sind (LTO 2023). Die bürokratiearme Gestaltung neuer Regelungen und Gesetze dürfte außerdem von Praxischecks profitieren. Dabei wird die Eignung bestimmter Vor-

schriften unter Einbeziehung betroffener Behörden, Unternehmen und weiteren betroffener Akteuren geprüft. Unternehmen könnten somit den Bürokratie-Abbauprozess aktiv begleiten, was zu einer positiveren Grundstimmung gegenüber Verwaltungsanforderungen führen könnte. Solch einen Praxischeck (bezüglich der Errichtung und Nutzung von Photovoltaikanlagen) hat beispielsweise das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz bereits getestet (BMWK 2023). In einem Eckpunktpapier der Bundesregierung für ein viertes Bürokratienteilungsgesetz, das Ende August veröffentlicht wurde, ist von einem zukünftig häufigen Einsatz dieses neuen Instruments zu lesen (BMJ 2023).

BÜROKRATIEABBAU UND DIGITALISIERUNG

Großes Potenzial für den Bürokratieabbau birgt außerdem die Digitalisierung der Verwaltung. Dabei besteht allerdings ein Umsetzungsproblem: So konnte die fünfjährige Umsetzungsfrist des Onlinezugangsgesetzes (OZG) bis Ende 2022 nicht eingehalten werden. Im Mai 2023 wurde daher das OZG 2.0 auf den Weg gebracht, das darauf abzielt, Verwaltungsleistungen aller Ebenen für Unternehmen über die kommenden fünf Jahren zu digitalisieren. Neben der Einführung eines deutschlandweit einheitlichen behördlichen Organisationskontos sollen Unternehmen u. a. auch zustimmen können, dass unter Behörden benötigte Nachweise zentral abgerufen werden können. Dies dürfte Verwaltungs- und Genehmigungsprozesse deutlich beschleunigen. Zentrale Vorschläge des Normenkontrollrats zur Verbesserung und Beschleunigung des Aufbaus einer digitalen Verwaltungsplattform blieben im OZG 2.0 allerdings unbeachtet (NKR 2023). So wird die geforderte Festlegung einheitlicher Standards und Schnittstellen zwar an das Bundesinnenministerium delegiert, jedoch nicht definiert. Auch Zuständigkeitsfragen im Gefüge von Bund, Ländern und Kommunen bei der Entwicklung zentraler Plattformkomponenten bleiben ungewiss. Da der aktuelle Gesetzentwurf ausdrücklich keinen Rechtsanspruch auf digitale Verwaltungsleistungen vorsieht, ist außerdem der Umsetzungsdruck für die öffentliche Verwaltung gering.

PRODUKTIONSKOSTENSENKUNG DURCH MODERNISIERUNG DES KAPITALSTOCKS

Im vergangenen Jahr war durch das Inkrafttreten des IRA eine Abwanderungswelle deutscher Industrieunternehmen in die USA befürchtet worden. Während in diesem Kontext zunächst vor einem EU-USA-Subventionswettstreit gewarnt worden war, zeigen die Ergebnisse des Jahresmonitors, dass Subventionen allein für die meisten Unternehmen noch kein ausschlaggebender Grund für Investitionen im Ausland sind. Wichtiger dürften in diesem transatlantischen Wettstreit neben den Energiekosten besonders die volkswirtschaftliche Produktivität sein. Im Jahr 2021 war die Produktivität der USA um 37% höher als in Deutsch-

⁵ Nach einer aktuellen Studie von Beer et al. (2023) ist Deutschlands Wirtschaft in den meisten Branchen von China deutlich weniger abhängig als gemeinhin angenommen. Kritische Abhängigkeiten werden von den Autoren hauptsächlich bei einzelnen Großkonzernen bemängelt.

⁶ »One in, One out«-Regel: Für jede neu verabschiedete Reglementierung, Verordnung, etc. muss eine bereits bestehende weichen.

land. Zwar liegen auch die Arbeitskosten in den USA höher, durch die überdurchschnittliche Produktivität werden sie allerdings beinahe vollumfänglich kompensiert. Da das Arbeitskostenniveau der deutschen Industrie über die kommenden Jahre in Anbetracht des Fachkräftemangels sowie der Lohnsteigerungen durch die Inflation kaum sinken dürfte, müsste Deutschland seine Produktivität deutlich steigern, um ähnlich niedrige Produktionskosten wie die USA aufweisen zu können. Um die Effizienz der deutschen Industrie zu erhöhen, ist eine grundlegenden Erneuerung des Kapitalstocks notwendig. In Deutschland werden Ausrüstungen wie Maschinen weit über ihre vorhergesehene Nutzungsdauer eingesetzt. Die dadurch entstehende Kostenersparnis wird allerdings mit einem Produktivitätsverlust bezahlt (Michelsen und Junker 2023). Der zum Erreichen der Klimaschutzziele nötige Umbau der deutschen Industrieproduktion hin zur Treibhausgasneutralität sollte daher von Unternehmen als Chance für eine grundlegende Modernisierung des Kapitalstocks und einer damit einhergehenden Produktionskostensenkung wahrgenommen werden. Ebenso könnte der verstärkte Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) eine Option zur Produktionskostensenkung darstellen. Wie verbreitet Investitionen in KI in deutschen Unternehmen bereits sind, zeigen u. a. Maltzan und Zarges (2023) sowie Schaller et al. (2023).

FAZIT

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Investitionsklima in Deutschland aufgrund vielzähliger Faktoren derzeit deutlich eingetrübt ist. Im Vergleich zum Jahresmonitor 2017 spielen mit fast einem Drittel aller Unternehmen deutlich mehr Unternehmen mit dem Gedanken, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlegen – sofern sie bereits Auslandsinvestitionen tätigen oder diese planen. Um den Investitionsstandort zu stärken, sollte besonders der Bürokratieabbau beschleunigt werden. Außerdem muss dringend in den bestehenden Kapitalstock investiert werden, um Produktivitätssteigerungen zu erreichen. Vor diesem Hintergrund könnten steuerliche Anreize Unternehmen dazu motivieren, vermehrt in ihre Produktionsmittel zu investieren. Um die Anzahl an Investitionen in innovative Technologien zu erhöhen, könnte eine gezielte Förderung von unternehmerischer Forschung und Entwicklung Anreize setzen. Dies trägt nicht nur zur Steigerung der Produktivität bei, sondern stärkt auch die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf internationaler Ebene.

REFERENZEN

- Adam M. (2023), »Warum deutsche Firmen gerne in Polen investieren«, *Tagesschau*, 3. Mai 2023, verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/polen-investitionen-standort-bosch-100.html>, aufgerufen am 20. Oktober 2023.
- Beer, S., C. Jungbluth, J. Matthes, G. Sebastian, F. Schaff, F. Strack und M. J. Zenglein (2023), *Gewinne deutscher Investoren in China – eine erste empirische Bestandsaufnahme*, Gutachten, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- BMJ – Bundesministerium der Justiz (2023), *Eckpunkte der Bundesregierung für ein weiteres Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV)*, verfügbar unter: https://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetzgebung/Eckpunkte/Eckpunkte_BuerokratieentlastungsG.html, aufgerufen am 20. Oktober 2023.
- BMWK – Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2023), *BMWK baut mit neuem Praxis-Check-Verfahren konkret unnötige Bürokratie ab*, verfügbar unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Gesetz/20230816-uberblickspapier-instrument-praxischeck.pdf?__blob=publicationFile&v=6, aufgerufen am 20. Oktober 2023.
- Fischer, L., H. Gundert, F. Heinemann, M. Kraus und S. Weck (2023), *Länderindex Familienunternehmen*, 9. Auflage, Stiftung Familienunternehmen, München.
- Garnitz, J., F. Lührs, A. von Maltzan und K. Wohlrabe (2023a), »FamData« – eine Datenbank für Forschungen zu Familienunternehmen: Hintergründe, Ergebnisse und Zugang«, *ifo Schnelldienst* 76(7), 51–57.
- Garnitz, J., A. von Maltzan und K. Wohlrabe (2023b), »FamData: Database for Family Business Companies in Germany Covering Company Key Figures and Survey Data«, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1515/jbnst-2023-0056>.
- Gründler, K., P. Heil, N. Potrafke und T. Wochner (2023), *Weltweite Experteneinschätzungen zu den Auswirkungen des US-Inflation Reduction Acts*, Studie im Auftrag von Bundesministerium der Finanzen, München.
- Holz, M., S. Schleppehorst, S. Brink, A. Icks und F. Welter (2019), *Bürokratiewahrnehmung von Unternehmen*, IfM-Materialien Nr. 274.
- LTO – Legal Tribune Online (2023), *Gesetzesvorhaben müssen jetzt zum »Digitalcheck«*, verfügbar unter: <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/digitalcheck-gesetze-bundesregierung-abbau-buerokratie/>, aufgerufen am 20. Oktober 2023.
- Maltzan, von, A. und L. Zarges (2023), »Unternehmerische Investitionen in Künstliche Intelligenz«, *ifo Schnelldienst* 77(2), 50–54.
- Michelsen, K. und S. Junker (2023), *Alternder Kapitalstock: Wettbewerbsfähigkeit steht auf der Kippe*, vfa MacroScope Pharma 5/23.
- Nationaler Normenkontrollrat (NKR) (2023), *Weniger, einfacher, digitaler. Bürokratie abbauen. Deutschland zukunftsfähig machen*, Jahresbericht 2023, Berlin.
- Rathje, A.-C. und K. Wohlrabe (2017), *Investitionsverhalten und dessen Einflussfaktoren*, Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen, München.
- Schaller, D., K. Wohlrabe und A. Wolf (2023), »KI, Cloud Computing und Blockchain – wo steht die deutsche Wirtschaft?«, *ifo Schnelldienst* 76(8), 3–28.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2024), *Bürokratiekostenindex*, verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Buerokratiekosten/Erfuellungsaufwand/buerokratiekostenindex.html>.
- Welter, P. (2024), »Münchener Sicherheitskonferenz : Ifo-Chef Fuest: Rückzug aus der Weltwirtschaft ist keine Lösung«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16. Februar 2024, verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ifo-chef-fuest-rueckzug-aus-der-weltwirtschaft-ist-keine-loesung-19524501.html>.
- Wollmershäuser, T., S. Ederer, M. Fell, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, A.-C. Rathje, R. Sauer, M. Schasching, M. Scheiblecker und L. Zarges (2023), »ifo Konjunkturprognose Sommer 2023: Inflation flaut langsam ab – aber Konjunktur lahm noch«, *ifo Schnelldienst* 76, Sonderausgabe Juni.
- Zarges, L., J. Garnitz, A. von Maltzan und K. Wohlrabe (2023), *Der Investitionsstandort Deutschland aus Sicht der Familienunternehmen*, Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen, München.

Thomas Licht und Klaus Wohlrabe

Materialengpässe in der Industrie: Ein Blick zurück, Status quo und ein europäischer Vergleich

DEUTSCHLAND: DER BLICK ZURÜCK

Die Knappheit von Rohstoffen oder Vorprodukten spielte für die deutsche Industrie jahrelang keine ausgeprägte Rolle als Behinderungsfaktor für die Produktion.¹ Das ifo Institut fragt regelmäßig auf Quartalsebene entsprechende Behinderungsfaktoren ab – neben Materialmangel können dabei auch Fachkräftemangel, fehlende technische Kapazitäten oder Finanzierungsengpässe genannt werden.² Der maximale Anteil an Unternehmen, die vor 2020 von Materialmangel berichteten, wurde mit 20,2% im dritten Quartal 2018 erreicht. Der langfristige Mittelwert vor der Corona-Pandemie lag bei lediglich 5,2%. Generell scheinen Materialengpässe in Deutschland eher eine Erscheinung der jüngeren Vergangenheit zu sein. Belief sich der Durchschnitt zwischen 1991 und 2000 noch auf 2,7%, lag er im Zeitraum 2011–2020 mit 7,5% deutlich darüber (vgl. Tab. 1).

Während der Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Schutzmaßnahmen erfuhr die deutsche Industrie eine noch nie dagewesene Welle der Materialengpässe. Innerhalb weniger Monate stieg die Zahl der Unternehmen, die von Materialknappheit berichteten, um ein Vielfaches an. Erste Anzeichen gab es im ersten Quartal 2021, als der Anteil auf rund 18% anstieg. Im zweiten waren es 45%, im dritten fast 70%. Infolgedessen wurde die Frage nach etwaigen Materialengpässen monatlich gestellt. Den Höhepunkt erreichte die Entwicklung in Deutschland Ende 2021. Fast 82% der Unternehmen berichteten zu diesem Zeitpunkt von Materialengpässen (vgl. Abb. 1). Das Ausmaß der Materialknappheit ließ sich indes nicht nur mit der (fehlenden) physischen Verfügbarkeit der Vorprodukte erklären. Ein bedeutender Teil der Entwicklung ist den außerordentlichen Preissteigerungen dieser Vorprodukte im Verlauf der Pandemie zuzuschreiben (Wohlrabe 2021). In Kombination ergab sich jedoch ein historisch einmaliges Umfeld. Kaum eine Branche blieb verschont. In allen vom ifo Institut befragten Bereichen wurde während dieser Zeit der Wert von 50% überschritten, teilweise sogar die 90%-Marke. Der Negativrekord wurde im September 2021 im Automobilsektor aufgestellt, als fast alle Au-

¹ Lieferengpässe gab es nicht nur in der Industrie, sondern zeigten sich auch im Handel und Bauhauptgewerbe. Siehe Leiss und Wohlrabe (2021) für entsprechende Informationen.

² Für allgemeine Hintergründe zur ifo Konjunkturumfrage in der Industrie siehe Sauer und Wohlrabe (2020) oder Sauer et al. (2023).

IN KÜRZE

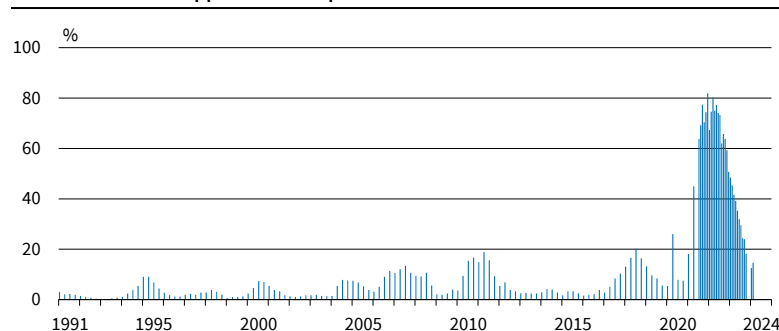
In den vergangenen drei Jahren wurde die europäische Industrie durch einen bis dato beispiellosen Materialmangel gebremst. Besonders dramatisch war die Situation in Deutschland. In der Spitze berichteten mehr als drei Viertel der Unternehmen von Materialengpässen. Mit dem Abflauen der Pandemie entspannte sich die Situation jedoch zusehends und trotz anfänglicher Befürchtungen sorgte der Krieg in der Ukraine kaum für erneute Materialengpässe. Abzuwarten bleiben die Folgen der aktuellen Spannungen im Nahen Osten.

tobauer und Zulieferer (96,6%) von fehlenden Rohstoffen oder Vorprodukten berichteten. Vor allem Metalle aller Art sowie elektronische Komponenten waren Mangelware – letztere waren kontinuierlich knapp.

In einer solchen Krise stellen sich Unternehmen und Politik die Frage, wie lange sie noch andauern wird. Diese Frage wurde den Unternehmen im Oktober 2021 und im Juni 2022 vom ifo Institut gestellt. In der ersten Welle gingen sie davon aus, dass sich die Probleme Mitte 2022 wahrscheinlich gelöst haben. Durch den Beginn des Kriegs in der Ukraine im Februar 2022 kam es nicht dazu. Dieses Ereignis führte zu neuen Verwerfungen in den internationalen Lieferketten. Sauer und Wohlrabe (2022) zeigen, dass es für Unternehmen generell schwierig war, Importe aus Russland zu substituieren. Abbildung 1 zeigt, dass die

Abb. 1

ifo Index für die Knappheit von Vorprodukten und Rohstoffen



Anmerkung: Die Frage nach der Materialknappheit wird in Europa nur einmal im Quartal gestellt. Zwischen August 2021 und Oktober 2023 und seit Februar 2024 wurde und wird sie in Deutschland als Sonderfrage außerplanmäßig monatlich gestellt.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

Probleme zwar infolgedessen nicht substantiell zu nehmen, der Rückgang aber verzögert wurde. Im Juni 2022 gingen die Unternehmen davon aus, dass die Materialkrise bis ungefähr Mitte 2023 anhalten wird (Wohlrabe 2022). Diese Prognose zeigte zumindest in die richtige Richtung, wie der Blick in Abbildung 1 zeigt. Seit der ersten Jahreshälfte 2022 geht die Zahl der Unternehmen, die akut von Materialmangel betroffen sind, allerdings kontinuierlich zurück. Waren im März 2022 noch 80,2% der Unternehmen betroffen gewesen, waren es im Februar 2024 noch 14,6%. Insgesamt stieg der langfristige Mittelwert von 5,2% (bis einschließlich 2019) auf 15,4% (bis einschließlich Februar 2024).

Wie haben die Unternehmen in der damaligen Situation auf die Krise reagiert? Wohlrabe (2021) zeigt, dass drei Strategien, teilweise parallel, verfolgt wurden:

1. Anpassung der Produktion,
2. Bedienung der Nachfrage aus eigenen Fertigwarenlagerbeständen,
3. Preiserhöhungen von Endprodukten.

Neben den kurzfristigen Reaktionen stellt sich die Frage, inwieweit die Unternehmen strategische Konsequenzen aus der historisch einmaligen Situation gezogen haben. Im Juli 2022 wurden die Unternehmen erstmals nach Maßnahmen zur Verringerung von Lieferkettenstörungen gefragt (Aksoy et al. 2022). Die Unternehmen wollten primär die Lagerhaltung verstärken. Dies widersprach der damals oft vorherrschenden Tradition, »just-in-time« zu produzieren. Als zweitwichtigster Aspekt wurde die Diversifizierung der Beschaffung genannt. Insbesondere neue Lieferanten sollten das Beschaffungswesen krisensicherer machen. Die Rückverlagerung von Teilen der Produktion (Insourcing) spielte eine eher geringe Rolle. Im November 2023 wurden die Fragen zu den Maßnahmen zur Verringerung des Risikos von Lieferkettenstörungen erneut gestellt. Aksoy et al. (2024) zeigen, dass die Unternehmen vieles von den Plänen umgesetzt haben, jedoch nicht alle. Lagerhaltung und die Diversi-

fizierung spielen weiterhin die wichtigste Rolle, wobei letztere gegenwärtig am stärksten favorisiert wird.

EIN EUROPAEWEITER VERGLEICH

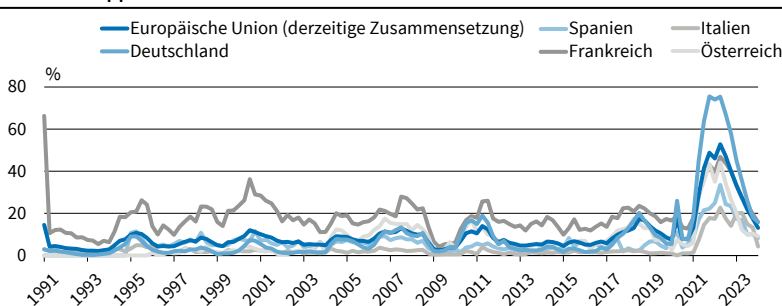
Inwieweit ordnen sich der Verlauf der Ereignisse in Deutschland im europäischen Vergleich ein? Die Europäische Kommission hat die Unternehmensbefragungen in den europäischen Ländern zum Teil harmonisiert. Im Rahmen von langfristigen Verträgen zwischen der EU-Kommission und den Instituten, die diese Umfragen durchführen, wird sichergestellt, dass einige Fragen in allen Ländern identisch gestellt werden. Dies erlaubt eine direkte Vergleichbarkeit. Gegenwärtig werden Ergebnisse für die EU insgesamt, den Euroraum sowie 33 Länder bereitgestellt,³ wobei darunter auch Länder sind, die nicht der Europäischen Union angehören.⁴ Die Daten sind in einigen Fällen schon ab 1985 verfügbar, teilweise jedoch erst deutlich später – je nachdem, wann die Länder systematische Unternehmensbefragungen gestartet haben oder sich dem harmonisierten System der EU-Kommission angeschlossen haben. Europaweit werden die Materialengpässe der Industrieunternehmen einmal im Quartal abgefragt. Neben der Datenverfügbarkeit werden die beiden jüngsten Beobachtungen sowie das jeweilige Minimum, Maximum und in welchem Jahr letzteres erreicht wurde abgebildet. Um einen Eindruck zur langfristigen Entwicklung zu bekommen, werden in den Tabellen auch die Durchschnitte der vergangenen drei Jahrzehnte, soweit verfügbar, dokumentiert.⁵

Seit 1991 konnten in Europa für die Materialknappheit nur in einigen wenigen Ausnahmen Werte über 30% beobachtet werden. Werte über 40 oder gar 50% waren eine Seltenheit. Vor der Pandemie lag der europaweite Durchschnitt bei etwa 9%. Über die Jahrzehnte nahm dieser kontinuierlich ab. Vor der Jahrtausendwende berichteten 10,6% der Industrieunternehmen von Materialengpässen, in den 2000er Jahren waren es 9,6% und zwischen 2011 und 2020 nur 8,5%. Nach turbulenten Pandemie Jahren lag der europäische Durchschnitt im ersten Quartal 2024 bei 10,3%.

Bei näherer Betrachtung der großen europäischen Industrien fallen zwei Dinge ins Auge. Erstens kämpfte Frankreich historisch mit einer hohen Materialknappheit. Diese zeigte sich insbesondere Anfang der 1990er und 2000er Jahre. Die Werte für Deutschland, Spanien, Italien und Österreich lagen vor der Pandemie im Schnitt bei 4,6% (vgl. Abb. 2).

Zweitens litt besonders Deutschland unter den jüngsten Materialengpässen. Ende 2021 und Anfang

Abb. 2
Materialknappheit Verarbeitendes Gewerbe



Anmerkung: Die Frage nach der Materialknappheit wird in Europa nur einmal im Quartal gestellt. Zwischen August 2021 und Oktober 2023 und seit Februar 2024 wurde und wird sie in Deutschland als Sonderfrage außerplanmäßig monatlich gestellt. Für die einheitliche europäische Betrachtung wurden die Monatswerte in Quartalswerte umgerechnet.

Quelle: Europäische Kommission; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

³ Daten und Ergebnisse finden sich hier: https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-forecast-and-surveys/business-and-consumer-surveys_en.

⁴ So sind z. B. Ergebnisse für die Türkei und Mazedonien, nicht aber die Schweiz verfügbar.

⁵ Eine ähnliche Analyse für den Fachkräftemangel findet sich in Peichl et al. (2022).

2022 berichteten in Deutschland mehr als 80 % der befragten Unternehmen von Engpässen. In Irland, Schweden und Dänemark – die neben Deutschland am stärksten betroffen waren – klagten 71 %, 67 % beziehungsweise 65 % der Unternehmen über einen Materialmangel (vgl. Tab. 1).

Von den größten Volkswirtschaften der Europäischen Union litt Frankreich mit 45 % am stärksten unter den pandemiebedingten Materialengpässen (vgl. Abb. 2). Die außergewöhnlich hohe Zahl der deutschen Unternehmen, die über Materialengpässe klagten, war

u. a. dem in Deutschland weiterhin hohen Anteil des sekundären Sektors an der Gesamtwertschöpfung zuzuschreiben.

Während hierzulande der Höhepunkt der Materialengpässe bereits im vierten Quartal 2021 erreicht wurde, gipfelten die Engpässe in mehr als der Hälfte der europäischen Länder erst im zweiten Quartal 2022. Zudem gibt es einige Länder, in denen der Materialmangel während der Coronajahre nicht das historische Maximum darstellt. Dies ist beispielsweise in Estland, Zypern und Litauen der Fall. Hier waren

Tab. 1

Materialengpässe in Europa^a

	2024Q1	Mittelwert 1991-2000	Mittelwert 2001-2010	Mittelwert 2011-2020	Mittelwert gesamt	Mittelwert vor 2020	Minimum	Maximum	Wann Maximum	Maximum vor 2020	Daten verfügbar seit
Europäische Union (derzeitige Zusammensetzung)	13,1	6,1	7,7	8,5	9,9	7,3	2,1	52,8	2022Q2	17,3	1985
Euroraum	12,6	5,7	7,0	8,2	9,6	6,8	1,9	54,9	2022Q2	17,9	1985
Albanien	0,3			4,9	4,3	4,2	0	10,5	2020Q2	7,2	2016
Belgien	12,0	5,6	6,3	7,4	8,1	6,3	1	38,2	2022Q3	17,3	1985
Bulgarien	7,6	0,9	5,8	4,8	4,6	4,0	-9,3	14,9	2023Q1	12,8	1993
Dänemark	17,8		2,9	3,6	8,2	3,1	0	64,6	2022Q2	11,1	2005
Deutschland	15,9	2,7	5,9	7,5	9,5	5,2	0,2	81,9	2021Q4	20,2	1985
Estland	2,0	25,7	12,3	5,5	12,9	12,9	0	36,0	1997Q3	36,0	1995
Finnland	7,0	7,6	6,5	7,2	9,3	7,1	0	51,0	2022Q2	23,0	1995
Frankreich	15,8	17,3	17,2	16,7	18,6	17,1	4,1	66,3	1991Q1	66,3	1991
Griechenland	10,6	2,8	2,0	4,2	3,6	2,9	0	17,5	2021Q4	13,8	1985
Irland				13,9	24,2	14,0	1,5	70,9	2021Q4	21,3	2016
Italien	4,3	2,3	1,8	1,5	3,1	1,9	0,4	22,7	2022Q2	4,9	1985
Kroatien	7,0		7,7	6,2	8,6	6,3	1,5	38,3	2022Q2	13,6	2008
Lettland	11,9		11,8	9,0	11,2	10,3	3,9	26,3	2022Q2	21,6	2004
Litauen	7,1	22,7	14,1	9,8	15,2	14,9	0	65,0	1994Q2	65,0	1994
Luxemburg	4,8	5,4	4,4	5,6	6,0	5,2	0	22,3	2021Q3	21,2	1985
Malta	16,8		7,2	6,8	11,3	6,8	0,4	62,9	2022Q4	21,2	2003
Montenegro	8,5			5,4	4,9	5,7	0	18,7	2014Q4	18,7	2012
Niederlande	12,3	2,2	3,2	6,7	6,3	3,9	0,6	45,9	2022Q2	11,2	1985
Nordmazedonien	8,2		3,4	4,4	5,6	4,0	0,5	23,6	2022Q2	9,8	2008
Österreich	9,1	2,2	7,8	7,5	8,6	6,6	0,3	44,2	2022Q2	17,5	1996
Polen	8,4	30,2	19,0	13,4	17,5	17,4	4,7	34,2	2022Q2	31,9	2000
Portugal	6,4	13,3	7,3	6,3	9,2	9,1	4,4	21,2	2022Q2	19,4	1987
Rumänien	3,0	5,9	9,9	2,4	6,0	6,2	1	32,3	2001Q1	32,3	1996
Schweden	19,9	16,3	15,6	14,3	17,5	15,6	3,4	67,0	2022Q3	35,0	1990
Serbien	2,4			5,2	7,0	5,0	2,2	38,9	2022Q2	8,5	2013
Slowakei	10,0	13,5	8,5	8,1	11,0	9,7	1	41,0	2022Q2	22,0	1993
Slowenien	7,6	16,9	16,0	11,4	15,8	14,5	3,7	45,5	2022Q2	28,7	1995
Spanien	8,3	6,8	5,5	4,5	6,8	5,4	1,6	33,5	2022Q2	11,6	1995
Tschechien	32,7	12,0	7,9	12,1	13,2	10,5	0	53,4	2022Q3	26,4	1995
Türkei	26,6		36,2	25,0	28,9	28,1	19,7	44,0	2008Q2	44,0	2007
Ungarn	5,3	10,8	10,2	9,4	11,0	9,9	1,8	31,9	2021Q3	25,7	1999
Vereinigtes Königreich		19,8	21,4	25,2	22,1	21,7	8,3	45,4	2020Q2	38,7	1985
Zypern	3,4		5,4	4,3	4,1	4,7	0	12,9	2017Q3	12,9	2008

^a Angaben in %

Quelle: Europäische Kommission.

© ifo Institut

die Maxima in den Jahren 1997, 2017 und 1994 zu beobachten.

STATUS QUO UND AUSBLICK

Nachdem sich die Situation im Laufe des Jahres 2023 in ganz Europa entspannt hat, stellt sich die Frage, wie sich die aktuellen Spannungen im Nahen Osten auf die Materialengpässe auswirken werden. Die Umfahrung des Suezkanals und die damit einhergehende Route um das Kap der Guten Hoffnung haben weitreichende Folgen für die europäische Industrie. Am aktuellen Rand zeigt sich, dass in Deutschland der Materialmangel wieder leicht zunimmt. Nach 12,5% im Januar berichteten im Februar 14,6% der Unternehmen von Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung. Die Chemieindustrie verzeichnete einen deutlichen Zuwachs von Lieferengpässen bei Vorprodukten. Dort stieg der Anteil von 8,3 auf 21,5%. Über 20% liegen auch die Lederindustrie (57,9%), die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen (21,9%) sowie die Autobauer (21,8%). Weiterhin nahezu sorgenfrei sind die Getränkehersteller (1,4%), die Nahrungsmittelindustrie (2,4%), Bekleidungshersteller (1,5%), das Papiergewerbe (2,2%) und die Glas- und Keramikhersteller (2,2%).

Ein Aspekt, der hier eine Rolle bei dem Anstieg gespielt haben dürfte, sind die Bahnstreiks im Güterverkehr Ende Januar 2024. Es bleibt abzuwarten, wie

sich die Lage im Nahen Osten entwickelt, wie stark sich der Einfluss der »neuen« Seerouten auswirkt und wie schnell sich die Unternehmen an die neuen Lieferzeiten anpassen können. Gegenwärtig kommt es eher zu Verzögerungen und nicht zu einem Ausfall von Lieferketten.

REFERENZEN

- Aksoy, C., A. Baur, L. Flach und B. Javorcik (2022), »Wie reagieren Unternehmen auf Lieferkettenstörungen? Ergebnisse einer Unternehmensbefragung«, *ifo Schnelldienst digital* 3(7).
- Aksoy, C., A. Baur, L. Flach und B. Javorcik (2024), »Lieferketten nach Corona: Welche Prioritäten setzen deutsche Unternehmen?«, *ifo Schnelldienst digital* 5(1).
- Leiss, F. und K. Wohlrabe (2021), »Aktuelle Entwicklungen bei Materialengpässen und Lieferproblemen in der deutschen Wirtschaft«, *ifo Schnelldienst digital* 2(19).
- Peichl, A., S. Sauer und K. Wohlrabe (2022), »Fachkräftemangel in Deutschland und Europa – Historie, Status quo und was getan werden muss«, *ifo Schnelldienst* 75(10), 70–75.
- Sauer, S. und K. Wohlrabe (Hrsg.) (2020), *ifo Handbuch der Konjunkturmfragen*, ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung 88, München.
- Sauer, S. und K. Wohlrabe (2022), »Neue Umfrageergebnisse zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die deutsche Wirtschaft«, *ifo Schnelldienst* 75(6), 37–41.
- Sauer, S., M. Schasching und K. Wohlrabe (Hrsg.) (2023), *Handbook of ifo Surveys*, ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung 100, München.
- Wohlrabe, K. (2021), »Materialengpässe in der Industrie: Wer ist betroffen, und wie reagieren die Unternehmen?«, *ifo Schnelldienst* 74(09), 60–65.
- Wohlrabe, K. (2022), »Aktuelle Entwicklungen bei Materialengpässen und Lieferproblemen in der Industrie«, *ifo Schnelldienst* 75(8), 35–37.

Simon Krause, Andreas Trumpp, Tobias Dichtl, Susanne Kiese und Alexander Rutsch*

Neue Arbeitswelt, neue Arbeitsorte: Auswirkungen von Homeoffice auf den Büroimmobilienmarkt**

»Kommt zurück ins Büro!« – diese Aufforderung großer Unternehmen, wie Amazon, Google und Zoom, hat Aufsehen erregt. Auch in Deutschland setzen Unternehmen wie SAP und VW wieder vermehrt auf den persönlichen Austausch unter den Beschäftigten. Dabei hatte sich seit der Pandemie das Homeoffice doch scheinbar fest in der neuen Arbeitswelt etabliert. Und tatsächlich: Umfragedaten des ifo Instituts zeigen, dass seit knapp zwei Jahren konstant ein Viertel aller Beschäftigten zumindest teilweise von zu Hause aus arbeitet. Dieses Spannungsfeld zwischen Etablierung und Rückabwicklung von Homeoffice verlangt nach einer Einordnung.

Mit der Veränderung der Arbeitsorte in der neuen Arbeitswelt stehen die weniger ausgelasteten Büros im Fokus. In welcher Funktion und Größe werden sie zukünftig benötigt? Der Trend zum Homeoffice geht einher mit Plänen zur Büroverkleinerung, Preiskorrekturen, mehr Untervermietungen und steigenden Leerstandsquoten. Kürzlich warnte *The Economist* (2024) sogar vor dem Risiko einer neuen Finanzkrise durch den Homeoffice-Effekt auf Gewerbeimmobilien in den USA. Dies legt nahe, dass Homeoffice einen langfristigen Stresstest für den Büromarkt bedeuten könnte.

Diese Entwicklungen werfen Fragen bezüglich der langfristigen Ausgestaltung von Homeoffice und der Zukunft des Büroimmobilienmarkts auf. Die zentrale Fragestellung dieser Studie lautet daher: Welche Konsequenzen haben die neuen Arbeitsmodelle für den Büromarkt? Die Antworten hierauf sind von besonderer Bedeutung für die aktuellen Diskussionen um die Zukunft von Homeoffice und die Herausforderungen am Immobilienmarkt.

In dieser Untersuchung analysieren wir Homeoffice und den Büroimmobilienmarkt in den Top-7-Städten Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt am Main, Stuttgart und Düsseldorf. Hierfür verknüpfen wir erstmalig die Daten der Homeoffice-Umfragen des ifo Instituts mit der Büromarktdatenbank des Immobilienberatungsunternehmens Colliers. Dies ermöglicht uns, sowohl die Entwicklung von Homeoffice und des

* Simon Krause: ifo Institut; Andreas Trumpp, Dr. Tobias Dichtl, Susanne Kiese, Alexander Rutsch: Colliers International Deutschland GmbH.

** Wir danken Carla Boldt und Luca Schmid für die exzellente Forschungsassistenz, Dr. Sebastian Wichert für die Begleitung des Projekts am LMU-ifo Economics & Business Data Center sowie Felix Leiss, Dr. Klaus Wohlrahe und dem ifo-Befragungsteam für die gesonderten Datenerhebungen zu Homeoffice.

IN KÜRZE

Die Arbeitswelt hat in den vergangenen Jahren einen rasanten Wandel durchlaufen und für ein Viertel der Beschäftigten ist die regelmäßige Arbeit im Homeoffice zur neuen Normalität geworden. In dieser Studie untersuchen wir die Auswirkungen der neuen Arbeitswelt auf den Büroimmobilienmarkt in den Großstädten Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt am Main, Stuttgart und Düsseldorf zwischen 2013 und 2023. Die Analyse der aktuellen Lage am Bürovermietungsmarkt zeigt eine Markt- abkühlung und lässt erwarten, dass das Marktumfeld in näherer Zukunft herausfordernd bleiben wird. Im derzeitigen Spannungsfeld zur Zukunft des Homeoffice identifizieren wir einen Trend zu mehr Koordination von Präsenzarbeit und ortsunabhängigem Arbeiten. Dies führt in vielen »Bürobranchen« zu strukturiert hybriden Arbeitsmodellen mit festen Präsenztagen und Homeoffice-Möglichkeit an den übrigen Tagen. Als Folge von Homeoffice sinkt die Büroauslastung und Unternehmen mit intensiver Homeoffice-Nutzung planen, ihre Büroflächen zu reduzieren. Das in dieser Studie vorgestellte konzeptionelle Modell prognostiziert im wahrscheinlichen Szenario einen langfristigen Minderbedarf an Büroflächen wegen Homeoffice von etwa 12%. In der Analyse zeigt sich der Homeoffice-Effekt sowohl kurzfristig durch den Anstieg von Untervermietungen als auch langfristig durch einen Nachfragerückgang auf dem Vermietungsmarkt. Unsere Auswertung belegt, dass in Branchen mit starkem Homeoffice-Wachstum ein Rückgang der durchschnittlichen Flächennachfrage und gleichzeitig steigende Mietpreise pro Quadratmeter zu verzeichnen sind. Hintergrund sind die Fokussierung auf neuere, zentral gelegene und damit teurere Büros sowie erhöhte Baukosten und Inflation, die sich hier ebenfalls niederschlagen. Mit den neuen Arbeitsmodellen wandelt sich die Bedeutung von Büros hin zu Räumen für persönlichen Austausch. Die qualitativen Anforderungen steigen und die »New Work«-Fähigkeit von Bürogebäuden wird zu einem entscheidenden Anmietungskriterium. Bisher sind keine Veränderungen der Standortpräferenzen erkennbar und zentrale Lagen bleiben trotz hoher Mieten gefragt. Insgesamt deuten die Implikationen dieser Studie auf einen langfristigen Stresstest für den Büromarkt durch die neuen Arbeitsmodelle hin.

Büromarkts aggregiert nachzuvollziehen als auch auf Ebene einzelner Branchen die Auswirkungen der neuen Arbeitsformen auf Büroimmobilien zu erfassen.

Im ersten Teil unserer Studie nehmen wir eine Bestandsaufnahme des Büroimmobilienmarkts vor. Dieser Markt durchläuft einen Stresstest von noch nicht absehbarer Dimension in einem herausfordernden wirtschaftlichen Umfeld. Die Umsätze auf dem Vermietungsmarkt sind auf das Niveau der Coronakrise gefallen, begleitet von einem Anstieg der Leerstandsquote, und eine schnelle Erholung zeichnet sich derzeit nicht ab.

Im zweiten Teil der Studie untersuchen wir den Homeoffice-Effekt. Im Spannungsfeld zwischen Etablierung von Homeoffice und Rückkehr ins Büro zeigt sich, dass der Trend zur besseren Koordination von Präsenzarbeit und ortsunabhängigem Arbeiten geht. In den meisten »Bürobranchen«¹ wird dies zu strukturiert hybriden Arbeitsmodellen führen, die koordinierte feste Präsenztage beinhalten, aber keine Rückkehr zum Vor-Corona-Arbeitsmodell mit fünf Präsenztagen pro Woche darstellen. Die regelmäßige Arbeit im Homeoffice ist ein fester Bestandteil der neuen Arbeitswelt geworden.

Als Folge von Homeoffice sinkt die Büroauslastung und Unternehmen mit intensiver Homeoffice-Nutzung planen, ihre Büroflächen zu reduzieren. Auf dieser Grundlage stellen wir eine konzeptionelle Prognose zum langfristigen Minderbedarf an Büroflächen aufgrund von Homeoffice auf. Diese mit Unsicherheiten verbundene Prognose ergibt eine langfristige Reduktion von Büroflächen zwischen 4 und 24% – im wahrscheinlichen Szenario etwa 12%, was in den Top-7-Großstädten unter Annahme einer gleichbleibenden Bürobeschäftigtenzahl einen Minderbedarf von rund 11,5 Mio. m² Bürofläche bedeutet. Dieser Effekt zeigt sich sowohl kurzfristig durch mehr Untervermietungen als auch langfristig über mehrere Jahre gestreckt durch eine strukturell niedrigere Flächennachfrage. Unsere Auswertung zeigt eine Vervierfachung von Untervermietungen auf aktuell über 8%, die sich seit Beginn der Pandemie verstärkt den Auswirkungen von Homeoffice zuschreiben lassen. Die Analyse auf Branchenebene zeigt, dass die Zunahme von Homeoffice neben einer Reduktion der Büroflächennachfrage auch mit steigenden Mietpreisen einhergeht. Ein Grund hierfür ist die Anmietung von besser ausgestatteten, moderneren, taxonomiekonformen Büroflächen, die auch wegen gestiegener Gestehungskosten und Inflation höherpreisiger sind. Mit dem Aufkommen der hybriden Arbeitsmodelle verändert sich die Funktion des Büros, das sich zu einem Raum für Zusammenarbeit, Kreativität und Unternehmenskultur weiterentwickelt. Eine qualitative Erhebung von veränderten Anmie-

tungskriterien zeigt, dass die »New Work«-Fähigkeit von Bürogebäuden an Relevanz gewonnen hat. Hinsichtlich der Standortpräferenzen für Büros lassen sich bisher keine Veränderungen erkennen und zentrale Lagen bleiben trotz hoher Mieten gefragte Bürostandorte.

STICHPROBE, DATEN UND METHODIK

Unsere Studie analysiert den Büroimmobilienmarkt in deutschen Großstädten. Neben der allgemeinen Marktentwicklung gilt unser besonderes Augenmerk den Auswirkungen der sich rapide verändernden Wirtschafts- und Arbeitswelt auf den Büromarkt. Die Stichprobe umfasst die sieben größten Bürozentren – Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt am Main, Stuttgart und Düsseldorf – zwischen 2013 und 2023. Dabei betrachten wir in einigen Städten auch die weitere Metropolregion mit dem direkten Umland der Städte: In München umfasst dies die Landkreise München, Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Fürstfeldbruck und Starnberg. In Frankfurt am Main erfassen wir auch Eschborn und Offenbach, in der Metropolregion Stuttgart neben Leinfelden-Echterdingen auch den Landkreis Esslingen und rund um Düsseldorf den Landkreis Mettmann und den Rhein-Kreis Neuss.² Für die empirischen Untersuchungen wird eine umfangreiche Datenbasis zu Homeoffice und Büroimmobilien in diesen Städten aus verschiedenen Quellen miteinander verbunden.

Der erste verwendete Datensatz stammt aus der Büromarktdatenbank des Immobilienberatungsunternehmens Colliers, in der für den betrachteten Zeitraum mehr als 35 000 Mietabschlüsse von Büroflächen erfasst sind. Diese Transaktionsdaten bilden das Marktgeschehen in den Top-7-Städten sehr umfassend ab, denn die Daten beinhalten nicht nur die von Colliers selbst begleiteten Büro-Vermietungen, sondern alle am Markt bekannten Mietvertragsabschlüsse.³ Die Einträge in der Datenbank liefern detaillierte Informationen zu jedem Vermietungsabschluss, u. a. Größe, Miete, Qualität, Standort und Branche. Im Vergleich zu den in anderen Analysen verwendeten Angebotsdaten bestehen die zwei Vorteile dieser Transaktionsdaten darin, dass sie die tatsächlichen Mietvertragsdaten erfassen sowie Informationen zur Branche der mietenden Unternehmen enthalten. Für die empirischen Untersuchungen werden die Rohdaten von Colliers aufbereitet, so dass in der Analysestichprobe nur Beobachtungen mit vorhandenen Einträgen bei Miete und bei Fläche enthalten sind. Neben den Transaktionsdaten umfasst die Büromarktdatenbank von Colliers standortbezogene Daten zum Bestand an Büroflächen und zum Leerstand.

² Die erfassten Marktgebiete weichen von der typischen Definition in Colliers-Marktberichten ab, weil sie in einigen Städten auch die weitere Metropolregion mit den umliegenden Landkreisen umfassen.

³ In den Jahren 2013 bis 2017 bestehen einzelne Lücken in der Marktabdeckung von Hamburg und Köln, während in den späteren Jahren das dortige Marktgeschehen genau so umfassend beobachtet wird wie in den anderen Städten.

¹ Hierzu zählen u. a. Informationstechnik, Unternehmensberatung, Werbung und Marktforschung, Versicherungen, Forschung und Entwicklung, Finanzdienstleistungen sowie die Automobil- und Pharmaindustrie und die öffentliche Verwaltung.

Zweitens basiert unsere Studie auf umfangreichen und repräsentativen Umfragedaten des ifo Instituts zur Nutzung von Homeoffice in den Unternehmen. Im Rahmen dieser Umfrage wurden im April, August und Oktober 2023 verschiedene Sonderfragen zum Themenkomplex Homeoffice und Büronutzung gestellt.

Drittens wurde ergänzend zur quantitativen Analyse eine qualitative Umfrage im Immobilienberatungsunternehmen Colliers durchgeführt. Diese qualitative Erfassung zielt darauf ab, anhand ausgewählter Referenzobjekte die veränderten Nutzeranforderungen an Büroflächen zu verstehen. Die Ergebnisse wurden im November 2023 im Zuge von 44 Inhouse-Experteninterviews in allen Top-7-Städten erhoben. Die Berater aus dem Bereich Büovermietung wurden strukturiert zu von ihnen begleiteten Anmietungen befragt, sofern diese zwischen 2018 und 2023 stattfanden, eine Mindestgröße von 2 000 m² Bürofläche aufwiesen und es sich um ein modernes Bürogebäude handelte.

ENTWICKLUNG DES BÜROIMMOBILIENMARKTS

Im ersten Schritt der Analyse gibt die vorliegende Studie einen Einblick in die aktuelle Lage des Büroimmobilienmarkts. Dabei konzentrieren wir uns auf drei Schlüsselaspekte der Marktentwicklung: Entwicklung der Flächennachfrage, Durchschnitts- und Spitzenmieten sowie Leerstandsquote.

Der Büroimmobilienmarkt in deutschen Großstädten blickt zurück auf viele Jahre des kontinuierlichen Wachstums. Abbildung 1a zeigt die Entwicklung der Büovermietungen in den Top-7-Städten von 2017 bis 2023. In den Jahren 2017 bis 2019 wurde jeweils ein Flächenumsatz von gut 3 Mio. m² erzielt.⁴ Diese vorpandemische Zeit war geprägt von einer robusten Wirtschaftsentwicklung, niedrigen Inflationsraten und niedrigen Zinsen. Parallel zur hohen Nachfrage nach Büroflächen sank in diesem Zeitraum der Flächenleerstand beträchtlich. Mit Ausbruch der Corona-Pandemie im Jahr 2020 kam es zu einem abrupten Einbruch der Flächennachfrage. Nach dem pandemiebedingten Rückgang erholte sich der Büroflächenumsatz in den Jahren 2021 und 2022, ohne jedoch das Vorkrisenniveau wieder zu erreichen.

Die Daten für das abgeschlossene Jahr 2023 zeigen eine deutliche Marktabkühlung. In den Top-7-Städten sind die Umsätze am Vermietungsmarkt auf das Niveau der akuten Coronakrise im Jahr 2020 zurückgefallen. Die Erklärungen für den Abschwung sind vielschichtig und umfassen makroökonomische Faktoren, wie etwa die gesamtwirtschaftliche Rezession und gestiegene Zinsen, ebenso wie regionale Einflüsse, z. B. den regionalen Strukturwandel. Ein weiterer wichtiger Einflussfaktor ist die sich rapide

Abb. 1a

Entwicklung der Büroflächennachfrage nach Wirtschaftsbereichen in Top-7-Städten

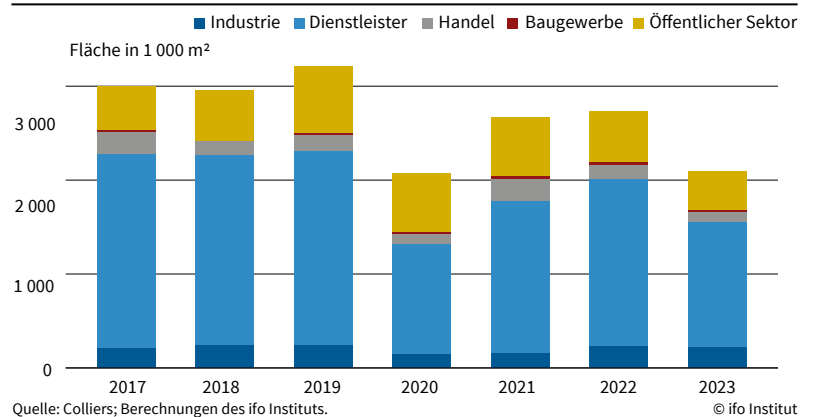
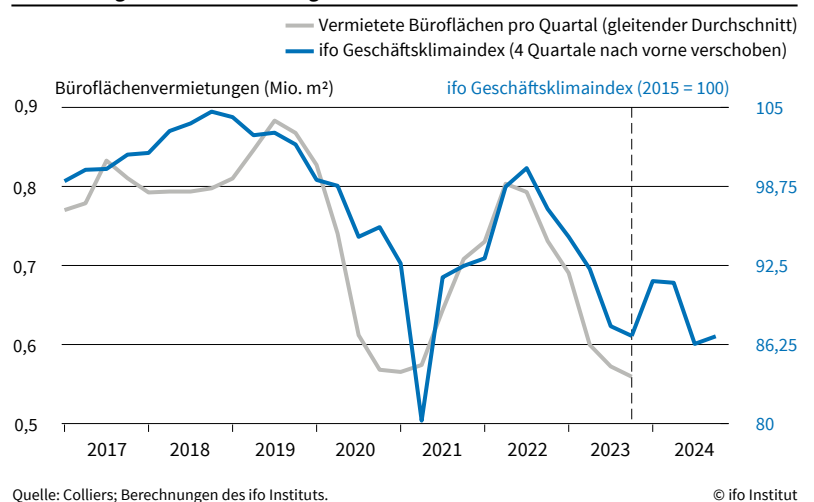


Abb. 1b

Entwicklung von Büovermietungsvolumen und ifo Geschäftsklimaindex



verändernde Arbeitswelt, auf die wir im zweiten Teil der Analyse detailliert eingehen werden.

Die Entwicklung des Büroimmobilienmarkts war in der Vergangenheit stark mit dem ifo Geschäftsklimaindex korreliert (vgl. Abb. 1b). Auch wenn die vergangene Marktentwicklung nur begrenzt auf die Zukunft schließen lässt, bieten die aktuellen Werte des Indikators einen wichtigen Anhaltspunkt. Die Werte des quartalsweise aggregierten und um ein Jahr in die Zukunft verschobenen ifo Geschäftsklimaindexes deuten darauf hin, dass eine schnelle Erholung des Büromarkts nicht zu erwarten ist.

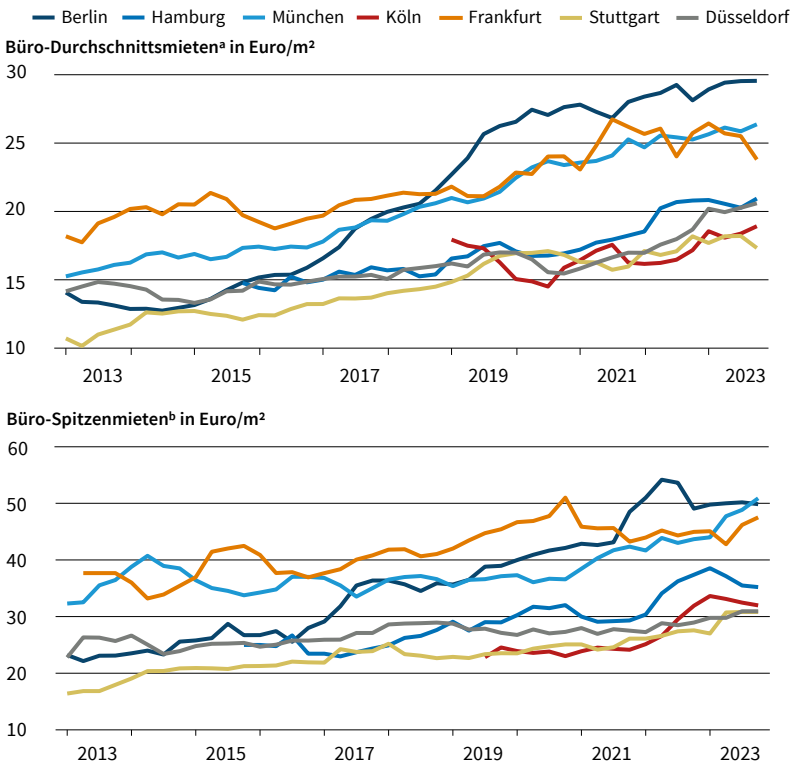
Ein weiterer Trend, der seit vielen Jahren auf dem Büroimmobilienmarkt beobachtet wird, ist der kontinuierliche Anstieg der Mieten (vgl. Abb. 2a und 2b). Ein Vergleich der Mietniveaus in den Städten zeigt, dass die höchsten Mieten in Berlin, München und Frankfurt am Main erzielt werden mit zuletzt Durchschnittsmieten von bis zu 30 Euro/m² und Spitzenmieten von etwa 50 Euro/m².⁵ Das Mietniveau in den Städten Hamburg,

⁴ Die negative Abweichung des Flächenumsatzes in unseren Analysen gegenüber den Marktberichten von Colliers erklärt sich durch die umfassende Datenbereinigung sowie unserem anderen Zuschnitt der Marktgebiete.

⁵ Auch bei dieser Auswertung erklärt sich eine Abweichung der Mieten gegenüber den Marktberichten von Colliers durch die umfassende Datenbereinigung sowie einem anderen Zuschnitt der Marktgebiete.

Abb. 2a, b

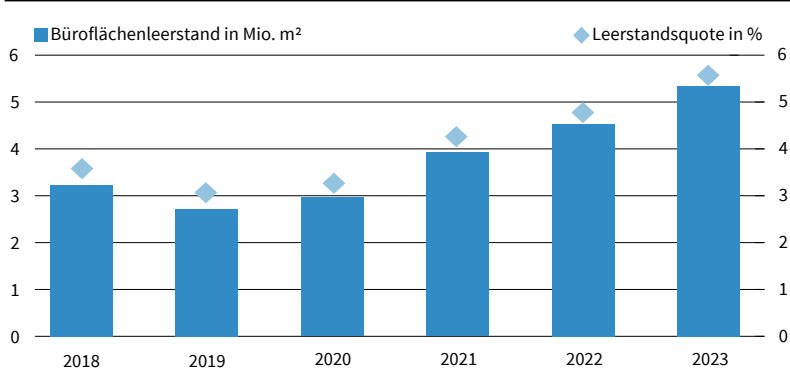
Entwicklung der Büromieten in den Top-7-Städten



^a Die Durchschnittsmiete wird berechnet als flächengewichteter Durchschnitt aller Bürovermietungen pro Stadt und Quartal. Die Zeitreihen wurden mithilfe eines gleitenden Durchschnitts über die jeweils jüngsten 4 Quartale geglättet.
^b Die Spitzenmiete umfasst die obersten 3 % des Vermietungsumsatzes und stellt den Median dieser Mietabschlüsse dar. Die Zeitreihen wurden mit Hilfe eines gleitenden Durchschnitts über die jeweils letzten 4 Quartale geglättet.
 Quelle: Colliers; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 3

Entwicklung Büroflächenleerstand und Leerstandsquote^a



Köln, Stuttgart und Düsseldorf liegt mit Durchschnittsmieten von um 20 Euro/m² und Spitzenmieten von etwa 30 bis 35 Euro/m² im vergangenen Jahr deutlich darunter. Während über die Zeit der relative Abstand im Mietniveau zwischen den meisten Städten konstant geblieben ist, fällt der Anstieg von Berlin auf, der sowohl den wirtschaftlichen Aufholprozess gegenüber anderen Metropolregionen als auch die zunehmende Attraktivität für Büronutzer besonders innovativer und kreativer Branchen widerspiegelt. Der Nachfrageboom mit äußerst niedrigen Leerständen und einer bundes-

weit einmaligen Neubautätigkeit haben das gesamte Mietgefüge angehoben.

Die rückläufige Nachfrage nach Büroimmobilien geht einher mit einer Zunahme des Flächenleerstands (vgl. Abb. 3). Die Analyse zeigt, dass der Flächenleerstand von etwa 2,7 Mio. m² im Jahresdurchschnitt 2019 auf über 5,8 Mio. m² im letzten Quartal 2023 angestiegen ist. Parallel hat sich die Leerstandsquote von unter 3% im Jahresdurchschnitt 2019 auf etwa 6,1% im vergangenen Quartal verdoppelt. Die höchsten Anstiege der Leerstandsquoten sind in Berlin und München zu verzeichnen, allerdings von einem niedrigen Ausgangsniveau. Von Leerstand betroffen sind insbesondere ältere Bürogebäude. Somit deutet diese Entwicklung auch auf eine Marktspreizung hin: Während Mietabschlüsse in hochwertigen Neubauten zu einem stetigen Anstieg der Spitzenmieten führen, äußert sich der Nachfragerückgang nach herkömmlichen Büroimmobilien in moderater steigenden Durchschnittsmieten und in einer höheren Leerstandsquote.

AUSWIRKUNGEN DES HYBRIDEN ARBEITENS AUF DEN BÜROMARKT

Im zweiten Teil unserer Analyse untersuchen wir die kurz- und langfristigen Auswirkungen der veränderten Arbeitswelt auf den Büroimmobilienmarkt. Das prominenteste Beispiel für die neue Arbeitswelt ist die häufigere Arbeit im Homeoffice – begleitet von kontroversen Diskussionen über die Rückkehr ins Büro. Wir verstehen die Etablierung von Homeoffice dabei als einen wichtigen Bestandteil eines größeren »New Work«-Trends. Dieser Wandel wurde durch die Digitalisierung grundsätzlich ermöglicht und hat mit der Pandemie einen enormen Schub erhalten. Die neue Arbeitswelt geht einher mit einer flexibleren Wahl der Arbeitsorte, einer Veränderung der Anforderungen an Büros und wahrscheinlich einem reduzierten Bedarf an Büroflächen. In unserer folgenden Analyse beleuchten wir schrittweise diese Entwicklung und ihre Konsequenzen für den Büromarkt.

Etablierung oder Rückabwicklung – wie steht es um das Homeoffice aktuell?

Die Nutzung von Homeoffice in Deutschland ist seit der Pandemie deutlich und dauerhaft angestiegen (vgl. Abb. 4). Die Pandemie zwang viele Organisationen zu dem »Experiment«, ihre Beschäftigten kurzfristig ins Homeoffice zu schicken. Während die Homeoffice-Quote⁶ vor Corona nur etwa 5% betrug, haben während der Lockdowns bis zu 34% der Be-

⁶ Für die Entwicklung der Homeoffice-Quote in Deutschland kombinieren wir Daten von Eurostat (2012-2019) sowie monatliche Erhebungen von infas360 (2020-2021) und dem ifo Institut (2021-2023). Eine einheitliche Zeitreihe aus administrativer Quelle mit Informationen zur unterjährigen Entwicklung bis zum aktuellen Rand ist nicht verfügbar. Das Statistische Bundesamt (2023) erhebt für die Jahre vor der Pandemie eine höhere Homeoffice-Quote von ca. 10%, während die Werte für 2021 und 2022 mit ca. 24% deckungsgleich mit den Ergebnissen der ifo Konjunkturumfrage sind.

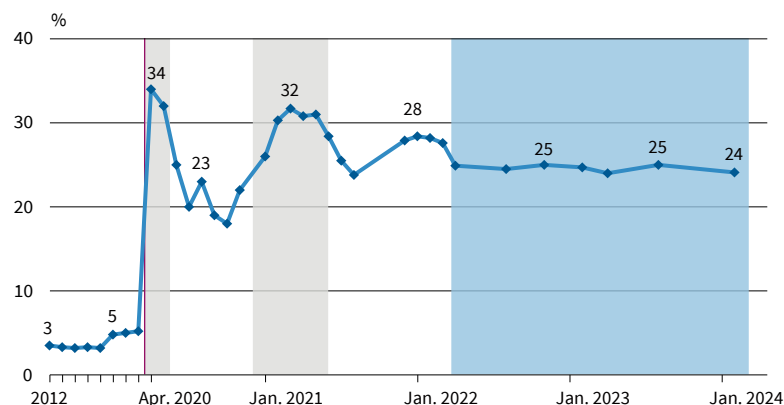
schäftigten zu Hause gearbeitet. Seit April 2022 liegt die Homeoffice-Quote konstant bei etwa 25 % – eine bemerkenswerte Stabilisierung über einen längeren Zeitraum. Sie umfasst dabei zwei unterschiedliche Arbeitsmodelle: Am weitesten verbreitet ist das hybride Arbeiten, eine Mischung aus Präsenz- und Heimarbeit, der etwa 17 % der Beschäftigten nachgehen. Nur ungefähr 7 % sind ausschließlich von zu Hause aus tätig (Statistisches Bundesamt 2023). Auch wenn die große Mehrheit der Beschäftigten nach wie vor vollständig vor Ort arbeitet, belegen diese Zahlen, wie etabliert die neuen Arbeitsmodelle mit Homeoffice-Anteil mittlerweile sind. Die ifo Konjunkturumfrage August 2023 zeigt dies auch auf Ebene der Unternehmen: Derzeit bieten 69 % der Firmen Homeoffice an und haben entsprechende Vereinbarungen getroffen. Unter den Großunternehmen, die bezogen auf die belegte Fläche den Großteil der Büronutzer ausmachen, sind es sogar 87 %. Die Homeoffice-Regeln umfassen Betriebsvereinbarungen (34 %), Regelungen auf Bereichs- oder Teamebene (15 %) und individuelle Vereinbarungen (29 %). Die restlichen 31 % der Firmen haben keine Regelung oder kein Homeoffice.

Wer von zu Hause arbeiten kann und wer nicht, hängt von den unterschiedlichen Anforderungen der jeweiligen Tätigkeit, der Organisation und den individuellen Präferenzen ab. Das Homeoffice-Potenzial ist am höchsten für computerbasierte Bürotätigkeiten, steigt mit dem Bildungsabschluss und Einkommen und ist regional in großen Städten konzentriert (Alipour et al. 2023). Für unsere Studie bedeutet dies, dass hochqualifizierte Bürobeschäftigte im Dienstleistungssektor am häufigsten zu Hause tätig sind und die Veränderungen am Büromarkt treiben. Die höchsten Homeoffice-Anteile von in Spitzenfällen bis zu 70 % finden sich folglich in den »Bürobranchen«. Vergleichsweise wenig verbreitet ist die Arbeit von zu Hause im Verarbeitenden Gewerbe allgemein, in bestimmten Dienstleistungsbranchen, wie z. B. dem Gastgewerbe, dem Gebäudemanagement und der Logistik, sowie im Handel und dem Baugewerbe.

Homeoffice erfreut sich großer Beliebtheit bei Beschäftigten, dank höherer Flexibilität und eingesparter Pendelzeiten. Studien aus den USA und Deutschland zeigen, dass ein Homeoffice-Angebot als ebenso wertvoll empfunden wird wie eine Lohnerhöhung um 8 %, die Mitarbeiterzufriedenheit steigert und die Fluktuation senkt (Bloom et al. 2015, 2022; Mas und Pallais 2017; Nagler et al. 2022). Viele Arbeitgeber fürchten, dass Homeoffice langfristig Produktivität und Innovation beeinträchtigen könnte. Tatsächlich leidet im Homeoffice der informelle Austausch, die Kreativität, der Wissenstransfer und die teamübergreifende Kommunikation (Brucks und Levav 2022; Emanuel und Harrington 2023; Emanuel et al. 2023; Yang et al. 2022). Eine Umfrage unter deutschen Vorstandsvorsitzenden ergab, dass 68 % eine vollständige Rückkehr ins Büro bevorzugen (KPMG 2023). Im Gegensatz dazu möchten nur 5 % der Beschäftigten wieder täglich ins

Abb. 4

Homeoffice-Quote der Beschäftigten in Deutschland



* Die rote Linie markiert den Ausbruch der Corona-Pandemie im März 2020, die grau schattierten Zeiträume sind Lockdown-Perioden, der blau schattierte Bereich steht für den post-pandemischen Zeitraum seit April 2022.

Quelle: Eurostat; infas360; ifo Konjunkturumfragen; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

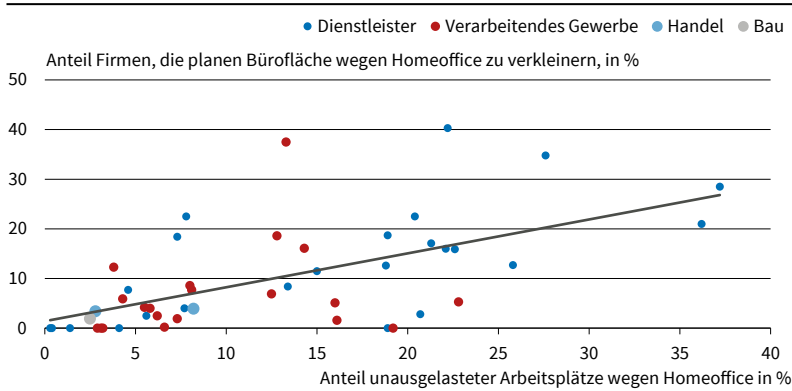
Büro, während 35 % dauerhaft im Homeoffice arbeiten möchten (PwC 2022). Langfristige Untersuchungen aus den USA deuten darauf hin, dass sich die Präferenzen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Laufe der Zeit annähern (Barrero et al. 2024).

Beim Homeoffice gibt es derzeit ein Spannungsfeld zwischen Etablierung und Begrenzung. Die ifo Konjunkturumfrage August 2023 zeigt, dass sich Homeoffice als fester Bestandteil der neuen Arbeitswelt etabliert hat: Die überwältigende Mehrheit von 84 % der Unternehmen will ihre aktuellen Homeoffice-Regelungen beibehalten, unabhängig von Wirtschaftszweig und Unternehmensgröße. Nur jeweils 8 % der Firmen möchten ihre Regeln flexibilisieren oder begrenzen. Bei den medienwirksam kommunizierten Entscheidungen einiger Unternehmen, ihre Beschäftigten ins Büro zurückzuholen, handelt es sich nicht um eine Rückkehr zur früheren Präsenzplicht an fünf Tagen pro Woche. Um das prominente Beispiel der Videokonferenz-Firma Zoom aufzugreifen, die für viele ein Inbegriff des digitalen Arbeitens während der Pandemie war und nun die Arbeit von zu Hause eingeschränkt hat: Dort müssen die Beschäftigten nun zwei Tage pro Woche ins Büro kommen, wenn sie in der Nähe wohnen. Bei SAP sind es drei Tage und bei Volkswagen vier Tage pro Woche. An diesen Beispielen wird deutlich, dass die Firmen das Homeoffice nicht komplett rückabwickeln, sondern die neuen hybriden Arbeitsmodelle durch bessere Koordination optimieren. Es geht bei der Zukunft des Homeoffice weniger um das grundsätzliche »Ob«, sondern um das »Wie«.

Der aktuelle Trend in den Unternehmen geht hin zu strukturiert hybriden Arbeitsmodellen, also einer Festlegung von Präsenztagen in Kombination mit Homeoffice-Möglichkeit an den übrigen Tagen. Aus wissenschaftlicher Sicht verbindet das strukturiert hybride Arbeiten die Interessen von Unternehmen und Beschäftigten am vorteilhaftesten (Bloom et al. 2022; Choudhury et al. 2024; ifo Institut 2023). In diesem Arbeitsmodell finden kreative Teamarbeit, Besprechun-

Abb. 5

Homeoffice und Verkleinerung von Bürofläche



Quelle: ifo Konjunkturumfragen April und August 2023.

© ifo Institut

gen und Mentoring vorrangig an den Präsenztagen statt, während die Homeoffice-Tage für konzentrierte und ungestörte Arbeit genutzt werden. Die Beschäftigten profitieren weiterhin von Flexibilität und gesparten Pendelwegen an den Homeoffice-Tagen, während die Firmen eine gleichbleibende Produktivität und höhere Mitarbeiterbindung erzielen. Tatsächlich belegt die ifo Konjunkturumfrage Dezember 2023, dass Freitag in 55% der Unternehmen der meistgenutzte Homeoffice-Tag ist, vor Montag mit 35%. Dagegen sind Dienstag, Mittwoch und Donnerstag meistens Präsenztage auch für Beschäftigte, die teilweise zu Hause arbeiten. Die Ergebnisse deuten somit darauf hin, dass die Firmen eine effektive Koordination der Arbeitsorte für eine erfolgreiche Zusammenarbeit anstreben.

Geringere Auslastung und Pläne zur Verkleinerung von Büros

Die Flexibilisierung der Arbeitswelt hat direkte Auswirkungen auf den Büromarkt. In Deutschland arbeitet etwa ein Drittel der 45 Mio. Beschäftigten in Büros, in den Top-7-Städten liegt dieser Anteil bei über 40% (Hammermann und Voigtländer 2020). Die Etablierung von hybriden Arbeitsmodellen führt in erster Konsequenz zu einer geringeren Büroauslastung: Die Ergebnisse der ifo Konjunkturumfrage im April 2023 zeigen, dass es heute dreimal mehr unbelegte Arbeitsplätze vor Ort wegen Homeoffice gibt als vor der Pandemie. In den »Bürobranchen« IT, Werbung und Marktforschung, Unternehmensberatung sowie in der Pharmaindustrie betrifft dies bis zu 40% der Arbeitsplätze. Da noch weitere Abwesenheitsgründe hinzukommen, lässt sich festhalten, dass nach der Pandemie die deutschen Firmenbüros dauerhaft weniger belegt sind.

In zweiter Konsequenz veranlasst die geringere Büroauslastung durch Homeoffice die Unternehmen dazu, ihre Büros zu verkleinern, um Kosten für nicht genutzte Fläche einzusparen. Dies betrifft vor allem größere Unternehmen mit hybriden Arbeitsmodellen. Die ifo Konjunkturumfrage August 2023 zeigt, dass

jedes elfte Unternehmen insgesamt und jedes vierte Großunternehmen angibt, seine Flächen reduzieren zu wollen. In einzelnen Branchen liegen die Anteile bei bis zu 40%. Dies betrifft die Automobilbranche (38%), die Bekleidungsherstellung (19%), den Rundfunk (40%), die IT (21%), Informationsdienstleistungen (28%) sowie Werbung und Marktforschung (35%). Diese Umfrage lässt bereits erfolgte und noch unsichere zukünftige Anpassungen der Büroflächen außen vor, weshalb der vollständige Effekt größer sein wird.

Abbildung 5 stellt den Zusammenhang zwischen dem Anteil der unbesetzten Arbeitsplätze und einer geplanten Verkleinerung von Büros wegen Homeoffice auf Branchenebene dar. Je mehr unausgelastete Arbeitsplätze vor Ort es in einer Branche gibt, desto höher ist der Anteil der Firmen, die eine Verkleinerung ihrer Büros planen. Die Größenordnung erscheint plausibel: Bei 20% unbesetzten Präsenzarbeitsplätzen planen etwa 15% der Unternehmen eine Verkleinerung.

Wie viel weniger Büroflächen werden wegen Homeoffice nachgefragt?

Die Analyse des Einflusses von Homeoffice auf den Büromarkt erfordert die Berücksichtigung von kurz- und langfristigen Faktoren. Der Verlauf dieses Effekts wird durch anfängliche Unsicherheiten über die Zukunft der Büroarbeitswelt nach der Pandemie und die langfristigen Mietverträge geprägt. Während die anfängliche Unsicherheit mittlerweile der Erkenntnis gewichen ist, dass viele Unternehmen langfristig auf hybride Arbeitsmodelle setzen werden, wird dieser Effekt erst im Laufe der Zeit sichtbar. Büromietverträge haben im Durchschnitt eine Laufzeit von etwa sieben Jahren, so dass etwa 15% der Verträge jedes Jahr erneuert werden. Es ist zu erwarten, dass besonders betroffene Unternehmen bei der Neuaushandlung von Mietverträgen reagieren werden. Eine kurzfristige Anpassung des Büroflächenbedarfs ist jedoch durch die Untervermietung von nicht mehr benötigten Räumlichkeiten möglich.

Im nächsten Schritt wagen wir eine konzeptionelle Prognose des langfristigen Homeoffice-Effekts. Es handelt sich um eine Abschätzung von Szenarien, die den möglichen Rückgang der Büroflächennachfrage aufgrund von Homeoffice untersucht. Die Prognose stützt sich auf aktuelle empirische Annahmen, berücksichtigt jedoch zur Vereinfachung nicht alle Einflussfaktoren und ist, wie jede Vorhersage, mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Unsere Modellierung beansprucht nicht, alle Einflussfaktoren abzudecken, und kann durch zukünftige Entwicklungen beeinflusst werden. Dennoch ist eine einfache theoretische Modellierung hilfreich, um den Wirkmechanismus des hybriden Arbeitens auf die Büronachfrage zu verdeutlichen.

In den Abbildungen 6a und 6b stellen wir die Modellierung und mögliche Szenarien des langfristigen Homeoffice-Effekts auf die Büroflächennachfrage dar.

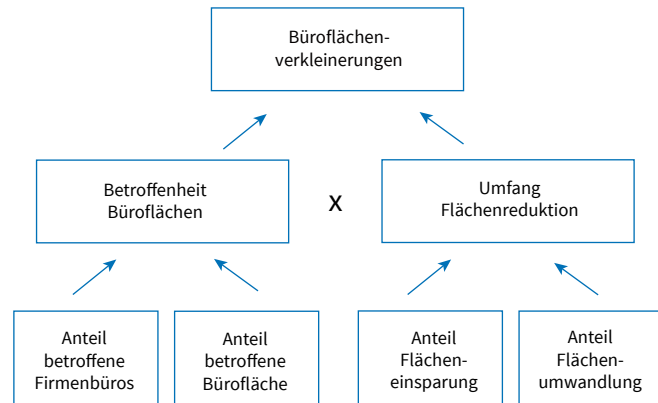
Zwei Annahmen dieser Modellierung sind, dass die große Mehrheit der Unternehmen und öffentlichen Organisationen mit Büros in Zukunft auf ein strukturiert hybrides Arbeitsmodell setzen wird und dass die Anzahl der Bürobeschäftigten gleichbleibt. Das Ausmaß der Verkleinerung von Büroflächen hängt dabei von der individuellen Betroffenheit der Firmenbüros sowie vom Umfang der Flächenreduktion ab. Die Betroffenheit ergibt sich aus dem Anteil der Unternehmen, die Büros nutzen und Homeoffice anbieten, multipliziert mit dem Anteil ihrer Bürofläche, die durch neue Arbeitsmodelle in anderer Form oder gar nicht mehr benötigt wird. Der Umfang der Flächenreduktion ist der Nettoeffekt der Einsparung und Umwandlung der gegenwärtigen Büroflächen.

Die Prognose beruht auf den Annahmen, dass die Betroffenheit bei etwa 60% der Gesamtbürofläche liegt und die Nutzer eine Flächenreduktion um durchschnittlich 20% vornehmen. Diese 60%ige Betroffenheit der Gesamtbürofläche folgt erstens daraus, dass sich 80% der Bürofläche in Unternehmen und öffentlichen Organisationen befinden, die hybride Arbeitsmodelle ermöglichen. Reduktionen erwarten wir vor allem bei Großunternehmen, bei denen Homeoffice stark verbreitet ist und die den Großteil der Büroflächennachfrage ausmachen. Zweitens ergibt sie sich daraus, dass in diesen Büros etwa 75% der Fläche tatsächlich vom hybriden Arbeiten beeinflusst werden. Diese Annahme trägt dem Fakt Rechnung, dass übrige Flächen, wie beispielsweise Empfangsbereiche oder sanitäre Anlagen nicht durch die neue Arbeitsorganisation beeinträchtigt werden. Die angenommene durchschnittliche Flächenreduktion um 20% ist der Nettoeffekt von Einsparung und Umwandlung. Es wird geschätzt, dass eine Einsparung von etwa 20 bis 30% der Fläche möglich ist, beispielsweise durch Desksharing. Der Umfang der Flächeneinsparung wird durch die koordinierten, gemeinsamen Präsenztage in vielen Unternehmen begrenzt. Dem gegenüber stehen etwa 0 bis 10% der Flächen, die z. B. in neue Gemeinschaftsbereiche oder Besprechungsräume umgewandelt werden und somit einen Mehrbedarf an Fläche auslösen. Neben diesem wahrscheinlichen Szenario haben wir auch ein Szenario mit einer Büroverkleinerung von langfristig 4% errechnet, das sich bei einer Betroffenheit der Büroflächen von 40% und einer Flächenreduktion um 10% ergibt. Ein weiteres Szenario einer besonders starken Verkleinerung um 24% ist möglich unter den Annahmen, dass 80% der Büroflächen vom hybriden Arbeiten betroffen sind und diese um 30% reduziert werden.

Die Prognose unseres konzeptionellen Modells zum Homeoffice-Effekt ergibt, dass die langfristige Verkleinerung von Büroflächen zwischen 4 und 24% – wahrscheinlich etwa 12% – betragen wird. Bei einem Büroflächenbestand in den Top-7-Städten von ca. 96 Mio. m² entspricht dies einer Reduktion von etwa 11,5 Mio. m². Im Vergleich zu einer Analyse von Pink und Wecke (2023), die den Homeoffice-Effekt

Abb. 6a

Modell des langfristigen Homeoffice-Effekts auf die Büroflächennachfrage



Quelle: Darstellung der Autoren.

© ifo Institut

Abb. 6b

Prognose-Szenarien des langfristigen Homeoffice-Effekts auf die Büroflächennachfrage

	Szenario 1: Geringe Büroverkleinerung	Szenario 2: Wahrscheinliche Büroverkleinerung	Szenario 3: Starke Büroverkleinerung
Betroffenheit Büroflächen	40 %	60 %	80 %
Umfang Flächenreduktion	10 %	20 %	30 %
Büroflächenverkleinerung	= 4 %	= 12 %	= 24 %

Quelle: Berechnungen der Autoren.

© ifo Institut

zwischen 2 und 15% schätzt, befindet sich unsere Prognose am oberen Ende der Spanne. Die Flächeneinsparungen werden sich sowohl kurzfristig über mehr Untervermietungen als auch langfristig durch eine strukturell niedrigere Flächennachfrage am Büromarkt bemerkbar machen. Da nur etwa 15% der Mietverträge jedes Jahr erneuert werden, entspricht unser prognostizierter Nachfragerückgang einem jährlichen Effekt von ca. 1,8% über sieben Jahre. Der Vermietungsmarkt steht somit vor einer »rollierenden« Krise, während der Investmentmarkt die strukturell niedrigere Nachfrage schneller einpreisen wird. Auch wenn die Auswirkungen über einen längeren Zeitraum gestreckt besser verkraftet werden können, steht der Büromarkt vor einem Stresstest.

Anstieg von Untervermietungen und Homeoffice-Effekt auf Flächennachfrage und Mieten

Die quantitative Auswertung von Bürovermietungsdaten zeigt interessante Trends. Insbesondere ist in Abbildung 7 ersichtlich, dass der Anteil der Untermietverträge am gesamten Vermietungsvolumen, gemessen als gleitender Durchschnitt über die vergangenen vier Quartale, deutlich zugenommen hat. Dieser Anteil hat sich nahezu vervierfacht, von unter 2% vor der Pande-

Abb. 7
Entwicklung des Anteils von Untermietverträgen an Bürovermietungen

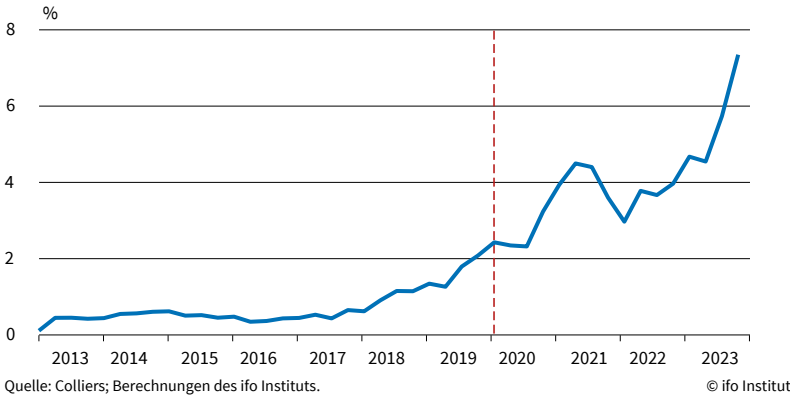


Abb. 8a
Entwicklung der Büroflächen-Nachfrage und Homeoffice in Branchen

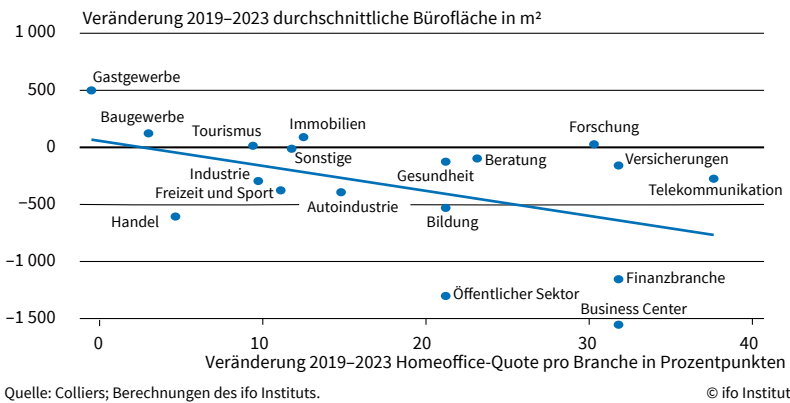
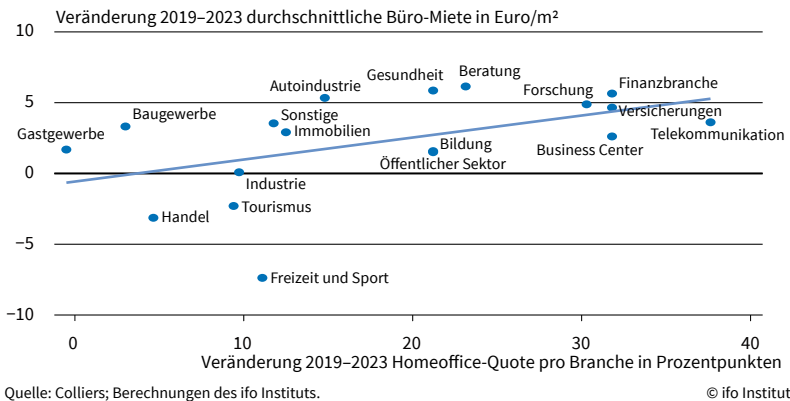


Abb. 8b
Entwicklung der Büro-Mieten und Homeoffice in Branchen



mie auf aktuell fast 8%. Es ist allerdings zu beachten, dass bereits vor Corona ein leichter Anstieg zu verzeichnen war. Dies legt nahe, dass Untermietflächen verschiedene wirtschaftliche Hintergründe haben, nicht nur den Trend zum hybriden Arbeiten. Zudem ist der jüngste Anstieg bei einem gleichzeitig rückläufigen Vermietungsvolumen erfolgt. Dennoch lässt sich der Rekordanstieg seit der Pandemie größtenteils den Auswirkungen von Homeoffice zuschreiben.

Im Zuge unserer Analyse haben wir die ifo-Umfragedaten zum Homeoffice mit den Colliers-Daten zu Bürovermietungen verknüpft. Dies ermöglicht uns erstmals, statistische Zusammenhänge auf Branchenebene zwischen der vermehrten Arbeit im Homeoffice und der Nachfrage nach Büroflächen sowie den Mietpreisen zu untersuchen. Diese Korrelationen identifizieren zwar keine kausalen Effekte, aber liefern dennoch interessante Erkenntnisse. Die Ergebnisse in Abbildungen 8a und 8b deuten darauf hin, dass mehr Homeoffice mit einer Reduktion der Büroflächennachfrage und steigenden Mietpreisen einhergeht.

Abbildung 8a zeigt den Zusammenhang zwischen der Veränderung der Homeoffice-Quote und der durchschnittlichen Büroflächennachfrage einzelner Branchen von 2019 bis 2023. Hierbei zeigt sich eine signifikant negative Korrelation: Je mehr die Homeoffice-Quote einer Branche seit der Pandemie gestiegen ist, desto ausgeprägter ist der Rückgang der durchschnittlich nachgefragten Bürofläche. Dieser Zusammenhang ist sehr robust und bleibt bestehen, wenn man statt des Wachstums der Homeoffice-Quote die Zunahme der unbesetzten Arbeitsplätze vor Ort in einer Branche betrachtet, ebenso wenn statt der Veränderung der Durchschnittsfläche die Gesamtflächennachfrage einer Branche untersucht wird. In Branchen mit viel Homeoffice ist die Büroflächennachfrage bereits deutlich zurückgegangen.

Abbildung 8b stellt den Zusammenhang auf Branchenebene zwischen dem Homeoffice-Wachstum und der Veränderung der Durchschnittsmiete zwischen 2019 und 2023 dar. In Branchen mit viel Homeoffice steigen die Durchschnittsmieten. Eine mögliche Interpretation ist, dass die Firmen in der neuen Arbeitswelt zwar kleinere, aber dafür wertigere und teurere Büroflächen nachfragen. Dieser potenzielle »flight to quality« zeigt sich in einem schwach positiven Zusammenhang zwischen vermehrtem Homeoffice einer Branche und mehr Vermietungsobjekten mit höchster Objektqualität. Eine alternative Interpretation ist, dass die Unternehmen bei weniger Gesamtfläche auch dann Mietkosten einsparen, wenn sie pro Quadratmeter mehr bezahlen.

Veränderte Anforderungen an Büros

Der Wandel der Arbeitswelt verändert die Rolle des Büros, das von einem reinen Arbeitsort zu einem Raum für persönlichen Austausch wird. Dieser »New Work«-Trend zeigt sich in der Entwicklung weg von klassischen Einzelbüros hin zu Gruppen- und Großraumbüros mit flexiblen Nutzungsmöglichkeiten, vermehrten Kommunikationszonen, separaten Besprechungsräumen und Breakout-Cubes. Während die Deskratio durch Desksharing sinkt, entstehen gleichzeitig mehr kommunikative Flächen für informellen Austausch.

Die qualitative Analyse verschiedener Anmietungskriterien in Abbildung 9 unterstreicht die wach-

sende Bedeutung der »New Work«-Fähigkeit von Bürogebäuden im Zeitalter hybrider Arbeitsformen. Die Auswertung zeigt, dass heute die Fähigkeit von Büroflächen entscheidend ist, den veränderten Kommunikations- und Arbeitsstrukturen gerecht zu werden. Seit der Pandemie hat dieser Aspekt einen enormen Bedeutungszuwachs von 6 auf 33% verzeichnet, mehr als jedes andere Entscheidungskriterium.

Seit der Corona-Pandemie ist die Bedeutung flexibler Nutzungskonzepte und Bürogrundrisse mit erweiterten Kommunikationszonen gestiegen. Mehr Flexibilität bedeutet jedoch nicht zwangsläufig Flächeneinsparungen, wie 16% der untersuchten Anmietungen mit 100% Belegungsquote trotz Homeoffice-Option zeigen. Die wachsende Relevanz von Kommunikations- und Kollaborationszonen spiegelt sich in der Präferenz für Großraumbüros und Shared Workspaces wider, die Gruppen- und Einzel-/Zweierbüros in ihrer Bedeutung überholt haben. Gleichzeitig hat sich die Wichtigkeit von Ruhezeiten verdoppelt, was auf eine zunehmende Differenzierung der Nutzungszonen für »New Work«-fähige Büros hinweist.

Wie verändern sich die Lagepräferenzen?

Eine weitere mögliche Auswirkung der neuen Arbeitsmodelle auf den Büromarkt sind veränderte Standortpräferenzen. Man könnte einerseits vermuten, dass der Rückgang der Büronutzung insbesondere Innenstädte belastet, die über eine hohe Bürodichte verfügen und wegen Homeoffice auch unter niedrigeren Einzelhandelsumsätzen leiden (Alipour et al. 2022). Andererseits könnte die Bedeutung zentraler Lagen für die reduzierten Bürotage gestiegen sein.

Seit der Pandemie sind die Büromieten sowohl in der Innenstadt, in verkehrsgünstigen Lagen sowie im Umland gestiegen (vgl. Abb. 10). Anders als bei Wohnimmobilien gibt es bei Büros keinen »Donut«-Effekt mit steigenden Preisen im Umland. Dies deutet darauf hin, dass zentrale Lagen trotz höherer Mieten gefragt sind, möglicherweise als Anreiz für Beschäftigte, ins Büro zu kommen. Die Interviewergebnisse bestätigen die entscheidende Rolle von zentralen und etablierten Lagen mit guter Umfeldqualität bei vielen Anmietungen. Gleichzeitig zeigt sich, dass Büro-Standortpräferenzen vermehrt auf die Bedürfnisse der Beschäftigten ausgerichtet sind.

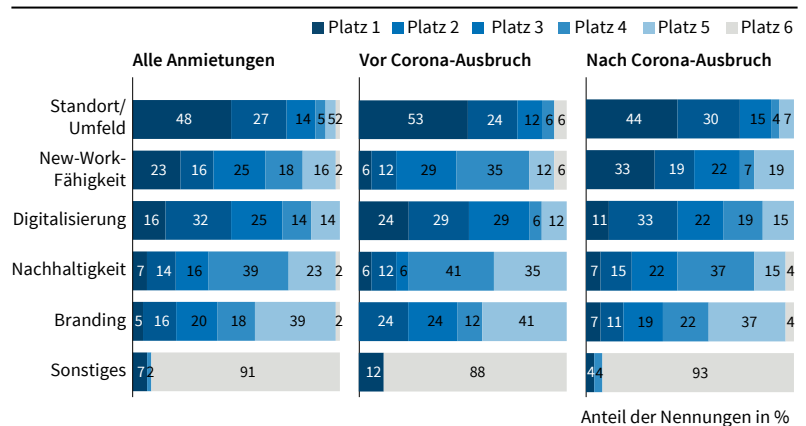
AUSBLICK

Welche Implikationen hat unsere Studie für die Zukunft des Homeoffice und des Büroimmobilienmarkts?

Erstens zeigt sich im Spannungsfeld zwischen Etablierung und Rückabwicklung von Homeoffice, dass es in vielen Organisationen einen Trend hin zur besseren Koordination von Präsenzarbeit und ortsunabhängigem Arbeiten gibt. In den meisten »Bürobranchen« wird dies zu strukturiert hybriden Arbeitsmodellen führen, die koordinierte feste Präsenztage beinhalten,

Abb. 9

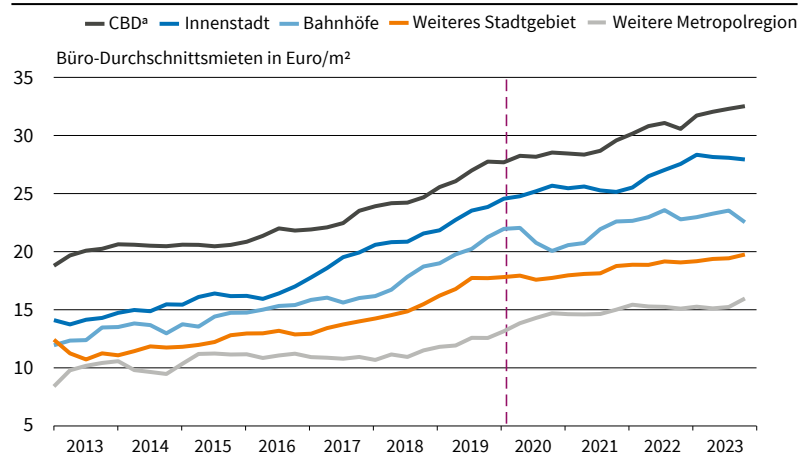
Veränderung der Anmietungskriterien von Bürogebäuden^a



^a Platz 1 = Kriterium der höchsten Bedeutung für Anmietungsentscheidung. Platz 6 = Kriterium der geringsten Bedeutung für Anmietungsentscheidung. Quelle: Colliers; Berechnungen von Colliers. © ifo Institut

Abb. 10

Entwicklung der Büro-Mieten nach Stadtteilagen



^a Central Business District (Premiumlage im Innenstadtbereich). Quelle: Colliers; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

aber keine Rückkehr zum Vor-Corona-Arbeitsmodell mit fünf Präsenztagen pro Woche darstellen.

Zweitens verändern die hybriden Arbeitsmodelle die Funktion des Büros, das sich zu einem Ort für den persönlichen Austausch weiterentwickelt. Dabei bleibt das Büro der zentrale Ort für Zusammenarbeit, Kreativität und Unternehmenskultur, auch wenn sich seine Funktionen und die Art und Weise seiner Nutzung weiterentwickeln. Gleichzeitig erhöhen sich die Anforderungen an Büros, wie durch die zunehmende Bedeutung der »New Work«-Fähigkeit von Bürogebäuden als zentrales Kriterium für die Anmietungsentscheidung deutlich wird.

Drittens verdeutlichen unsere Ergebnisse, dass Homeoffice erhebliche Auswirkungen auf den Büromarkt hat. Sowohl der Vermietungs- als auch der Investmentmarkt stehen vor einem langfristigen Stresstest. Es ist davon auszugehen, dass die Leerstandsquote sowie der Anteil von Untervermietungen als Möglichkeit zur kurzfristigen Anpassung weiterhin zunehmen werden. Die langfristigen Konsequenzen

werden sich bei der Neuvermietung und Refinanzierung von Bürogebäuden bemerkbar machen. Wegen der langen Laufzeit vieler Mietverträge wird sich dieser Effekt über mehrere Jahre gestreckt realisieren und die Flächennachfrage auf mittlere Frist dämpfen. Der Vermietungsmarkt steht somit vor einer »rollierenden« Krise, während der Investmentmarkt die strukturell niedrigere Nachfrage schneller einpreist. Diese Entwicklung stellt Eigentümer und Projektentwickler vor die Herausforderung, ihr zukünftiges Angebot an Büroimmobilien an die neue Marktlage anzupassen. Die jüngsten Insolvenzen von 48 Büro-Projektentwicklungen in den Top-7-Städten mit einer Gesamtfläche von fast einer 1 Mio. m² und einem Investitionsvolumen von über 6 Mrd. Euro verdeutlichen die Tragweite dieses Stresstests (Colliers 2024a).

Viertens ist davon auszugehen, dass der homeofficebedingte Nachfragerückgang die bestehende Marktpreisung weiter verstärken wird. Unsere Ergebnisse zeigen die erhöhten Anforderungen an »New Work«-fähige Büros, die typischerweise modern sind und flexible Nutzungskonzepte erlauben. Die rückläufige Nachfrage könnte insbesondere ältere Gebäude gefährden, die sich bereits durch veränderte ESG-Anforderungen⁷ mit Herausforderungen konfrontiert sehen. Insgesamt stehen etwa zwei Drittel aller Büroimmobilien vor dem Risiko der Bestandsveralterung und könnten »Stranded Assets« werden, falls erforderliche Modernisierungsmaßnahmen ausbleiben (Colliers 2023). Im Vergleich hierzu erscheint der Homeoffice-Effekt gering, aber verschärft diese Problematik.

Fünftens besteht ein erhebliches Risiko für Investoren und Banken mit umfangreichen Portfolios im gewerblichen Immobilienbereich. Die Herausforderung besteht in der Kombination aus erhöhten Refinanzierungskosten durch gestiegene Zinsen und Preiskorrekturen aufgrund der geringeren Nachfrage wegen Homeoffice. Dies ist gefährlich für Eigentümer und Investoren, deren Finanzierung zu einem sehr hohen Anteil aus Fremdkapital besteht. Mit Blick auf die USA, wo die Betroffenheit der Gewerbeimmobilien vom Homeoffice-Schock noch größer ist, wurden zuletzt Sorgen vor einer neuen Finanzkrise geäußert (*The Economist* 2024; Hulverscheidt und Schreiber 2024). Auch wenn die Wertverluste groß sind und zu einzelnen Zwangsverkäufen und Insolvenzen führen, gilt für Deutschland, dass Büroimmobilien nur einen kleinen einstelligen Anteil am Gesamtimmobilienvermögen ausmachen und die Beleihungswerte hierzulande typischerweise niedriger sind als in den USA. Dennoch besteht insbesondere bei Büroimmobilien eine hohe Fremdkapitallücke in den nächsten Jahren, die sich auf bis zu 18 Mrd. Euro beziffern lässt (Colliers 2024b).

Sechstens wird in diesem Zusammenhang oft die Umnutzung nicht mehr benötigter Büroflächen in Wohnraum als Lösung für den Wohnungsmangel

in Städten vorgeschlagen. Obwohl dies theoretisch ansprechend klingt, gestaltet sich die Umsetzung in der Praxis als herausfordernd. Eine Studie aus den USA zeigt, dass lediglich etwa 10 % der Bürogebäude aus technischen, wirtschaftlichen und regulatorischen Gründen umgewandelt werden könnten (Gupta et al. 2023). Wenn tatsächlich eine Umnutzung erfolgt, neigen die entstehenden Wohnungen aufgrund hoher Kosten eher dazu, Luxuswohnungen anstelle von bezahlbarem Wohnraum zu sein.

Siebtens bleiben die zentralen Lagen trotz des Trends zum Homeoffice attraktive Bürostandorte. Es gibt fundamentale Gründe für die Konzentration wirtschaftlicher Aktivität in Städten. Diese Agglomerationseffekte sind entscheidend für Innovation und Produktivität und bleiben auch mit einer teilweisen Verschiebung der Arbeit ins Homeoffice bestehen. Nicht zuletzt stellen zentrale Standorte Anreize für die Beschäftigten zur Arbeit im Büro dar.

REFERENZEN

- Alipour, J.-V., O. Falck, S. Krause, C. Krolage und S. Wichert (2022), »The Future of Work and Consumption in Cities after the Pandemic: Evidence from Germany«, *CESifo Working Paper* 10000.
- Alipour, J.-V., O. Falck und S. Schüller (2023), »Germany's Capacity to Work from Home«, *European Economic Review* 151, 104354.
- Barrero, J. M., N. Bloom, S. Buckman und S. J. Davis (2024), »SWAA February 2024 Updates«, verfügbar unter: https://wfhresearch.com/wp-content/uploads/2024/02/WFHResearch_updates_February2024.pdf.
- Bloom, N., J. Liang, J. Roberts und Z. J. Ying (2015), »Does Working from Home Work? Evidence from a Chinese Experiment«, *The Quarterly Journal of Economics* 130(1), 165–218.
- Bloom, N., H. Ruobing und J. Liang (2022), »How Hybrid Working From Home Works Out«, *NBER Working Paper* 30292.
- Brucks, M. S. und J. Levav (2022), »Virtual Communication Curbs Creative Idea Generation«, *Nature* 605, 108–112.
- Choudhury, P., T. Khanna, C. Makridis und K. Schirmann (2024), »Is Hybrid Work the Best of Both Worlds? Evidence from a Field Experiment«, *The Review of Economics and Statistics* 1-24, verfügbar unter: https://doi.org/10.1162/rest_a_01428.
- Colliers (2023), »Obsoleszenzrisiken als Herausforderung für den Büroimmobilienmarkt«, verfügbar unter: <https://www.colliers.de/report-obssoleszenzrisiken/>.
- Colliers (2024a), »Büroprojekte: Zahlen zur Insolvenzwelle«, verfügbar unter: <https://www.colliers.de/blog/bueroprojekte-zahlen-zur-insolvenzwelle/>.
- Colliers (2024b), »28 Milliarden Euro Refinanzierungslücke bis 2030«, aktualisiert, verfügbar unter: <https://www.colliers.de/blog/28-milliarden-refinanzierungsluecke-bis-2030>.
- Emanuel, N. und E. Harrington (2023), »Working Remotely? Selection, Treatment, and the Market for Remote Work«, *Working Paper*, verfügbar unter: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4466130.
- Emanuel, N., E. Harrington und A. Pallais (2023), »The Power of Proximity to Coworkers: Training for Tomorrow or Productivity Today?«, *NBER Working Paper* 31880.
- ifo Institut (2023), »Freitag und Montag sind häufigste Homeoffice-Tage«, ifo Pressemitteilung, 7. Dezember, verfügbar unter: <https://www.ifo.de/pressemitteilung/2023-12-07/freitag-und-montag-sind-haeufigste-homeoffice-tage>, aufgerufen am 20. Februar 2024.
- Hammermann, A. und M. Voigtländer (2020), »Bürobeschäftigte in Deutschland. Eine Regionalanalyse«, *IW-Trends* 47(3).
- Hulverscheidt, C. und M. Schreiber (2024), »Krise bei Gewerbeimmobilien – Stille vor dem Beben«, *Süddeutsche Zeitung*, 13. Februar 2024, verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/immobilienpreise-g7-banken-finanzkrise-christian-lindner-1.6356501>.
- KPMG (2023), »CEOs erwarten vollständige Rückkehr ins Büro in den kommenden drei Jahren«, verfügbar unter: <https://kpmg.com/de/de/home/media/press-releases/2023/10/ceos-erwarten-rueckkehr-ins-buero-in-kommenden-3-jahren.html>.

⁷ ESG steht für Environmental, Social und Governance.

Mas, A. und A. Pallais (2017), »Valuing Alternative Work Arrangements«, *American Economic Review* 107(12), 3722–59.

Nagler, M., J. Rincke und E. Winkler (2022), »How Much Do Workers Actually Value Working From Home?«, *CESifo Working Paper* 10073.

Pink, M. und A. Wecke (2023), »Die Hybridarbeitswelt und ihre Konsequenzen für die Büromärkte«, *Savills Research Spotlight*, verfügbar unter: https://www.savills.de/research_articles/260049/354742-0.

PwC – PricewaterhouseCoopers (2022), »Hopes and Fears 2022 – Deutschland im Fokus«, verfügbar unter: <https://pages.pwc.de/pwc-studie-hopes-and-fears-2022>.

Statistisches Bundesamt (2023), »Knapp ein Viertel aller Erwerbstätigen arbeitete 2022 im Homeoffice«, Pressemitteilung 11. Juli, verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2023/PD23_28_p002.html, aufgerufen am 20. Februar 2024.

The Economist (2024), »Is Working From Home About to Spark a Financial Crisis?«, verfügbar unter: <https://www.economist.com/2024/02/14/is-working-from-home-about-to-spark-a-financial-crisis>.

Yang, L., D. Holtz, S. Jaffe, S. Suri, S. Sinha, J. Weston, C. Joyce, N. Shah, K. Sherman, B. Hecht und J. Teevan (2022), »The Effects of Remote Work on Collaboration among Information Workers«, *Nature Human Behaviour* 6, 43–54.

75 ifo

JAHRE

Das ifo Institut und die EWG

Die EWG – ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur europäischen Integration

Der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas war von Anfang mit der Wiederbelebung des europäischen Einigungsgedankens verbunden. Frankreich, Deutschland, Italien und die Beneluxstaaten schufen mit der Gründung der Montanunion 1951 einen gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl. Dies war ein erster Schritt auf dem Weg zu einem gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum und zur Gründung der EWG im Jahr 1957.

EINE PRAGMATISCHE ENTSCHEIDUNG

Dass es sehr viel größere Hindernisse zu überwinden galt, um nicht nur wirtschaftliche, sondern auch militärische und politische Interessen zu bündeln, zeigte 1954 das Scheitern der Verträge zur Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) am Veto der Französischen Nationalversammlung. 1955 gelang es, den ins Stocken geratenen Einigungsprozess wieder anzustoßen, indem man sich auf eine Kooperation auf wirtschaftlichem Gebiet auf der Grundlage der Montanunion konzentrierte.

EIN NEUER ANLAUF

Auf der Konferenz von Messina kamen 1955 die Mitglieder der Montanunion erstmals wieder seit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zusammen und verhandelten über eine neue Wirtschaftsgemeinschaft. Federführend war der französische Außenminister Jean Monnet, dessen Vorschläge für eine wirtschaftliche Einigung der Volkswirtschaften die Verhandlungen angestoßen hatten. Ein wichtiger Aspekt war von Anfang an die Zusammenarbeit auf dem Nuklearsektor, da die Verhandlungspartner in der friedlichen Nutzung der Atomenergie einen besonderen Ausdruck für das gemeinsame Streben nach Fortschritt sahen.

DIE »SPAAK-KOMMISSION«

Eine nach dem belgischen Außenminister Paul-Henri Spaak benannte Regierungskommission erarbeitete in Messina Empfehlungen, auf deren Grund-

lage die Regelungen für einen gemeinsamen Markt beschlossen wurden. Dazu zählte der Abbau der Hindernisse für den europäischen Waren- und Dienstleistungsverkehr durch den Wegfall von Zollschranken und Kontingentierungen, die Freizügigkeit für den Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr, ein gemeinsamer Agrarmarkt, eine europäische Handelspolitik, Zollschranken an den europäischen Außengrenzen und die Schaffung gemeinsamer Institutionen.

DER STARTSCHUSS IN ROM

Am 25. März 1957 einigten sich die sechs Staaten auf die Errichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG und der Europäischen Atomgemeinschaft EURATOM und unterzeichneten in Rom die notwendigen Verträge. Ein Durchbruch für Europa, sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht, wie Konrad Adenauer meinte: »Der Gemeinsame Markt muß betrachtet werden nicht in erster Linie als ein wirtschaftlicher Vertrag, sondern als ein politisches Instrument. Er muß im Zusammenhang betrachtet werden mit dem Europarat, der Montanunion und EURATOM, kurz und gut, es handelt sich hier um eine Reihe von politischen Fakten. Die EWG ist in der Hauptsache ein politischer Vertrag, der bezweckt, auf dem Wege über die Gemeinsamkeit der Wirtschaft zu einer politischen Integration Europas zu kommen.« Die Römischen Verträge traten am 1. Januar 1958 in Kraft.

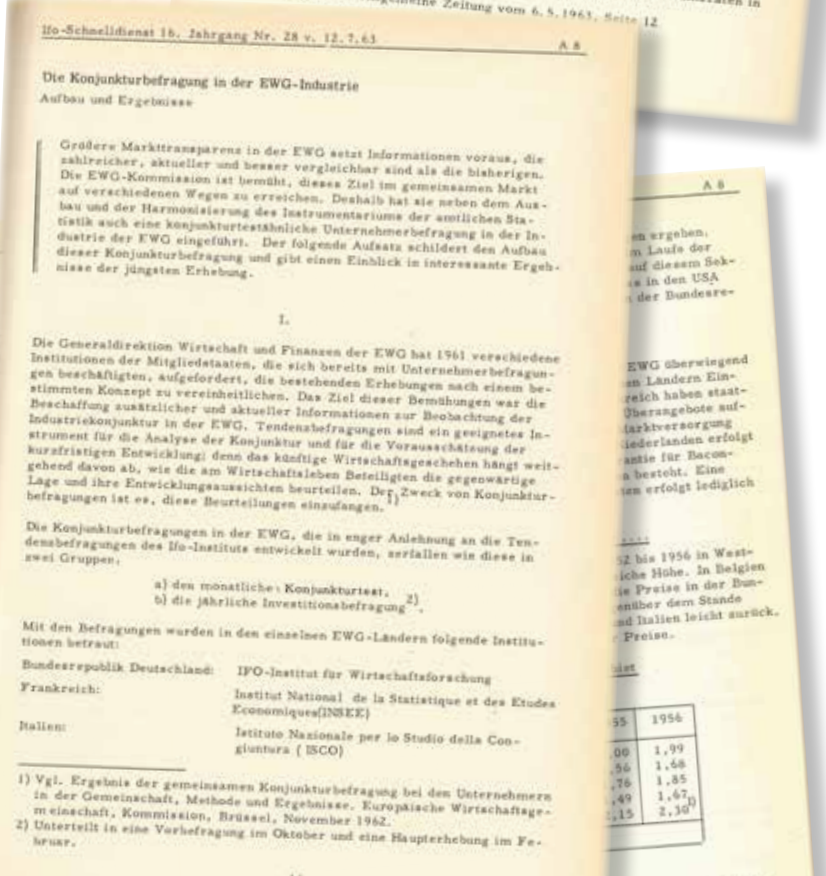
DAS IFO UND DIE EWG

Der Einigungsprozess wurde von Anfang an im *ifo Schnelldienst* kommentiert. Man fokussierte zunächst auf einzelne Aspekte der europäischen Zusammenarbeit, wie die Erzeugung von Fleisch im Gebiet der neuen EWG (*ifo Schnelldienst* vom 26. September 1957). Seit 1961 weitete sich der Blick. Als die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der EWG neben der Vereinheitlichung der amtlichen Statistiken auch eine konjunkturtestähnliche Unternehmensbefragung der Industrie in der EWG einführen wollte, wurde das ifo Institut in München mit der Durchführung dieser Tests im westdeutschen Raum beauftragt. In enger Anlehnung an die ifo Tendenzbefragungen erschien seit Frühjahr 1962 monatlich der Europäische Kon-

junkturtest, der an etwa 14 000 Industriebetrieben der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft durchgeführt wurde. Etwas später kam eine jährliche Investitionsbefragung dazu. Seit 1963 wurden die Ergebnisse beider Befragungen im *Schnelldienst* regelmäßig veröffentlicht.

SKEPSIS ANGEBRACHT?

Der weit verbreiteten Meinung, dass nach der Gründung der EWG die Mitgliedstaaten einen wirtschaftlichen Aufschwung erwarten durften, steht das ifo Institut in seinen Berichten eher skeptisch gegenüber. »Gibt es schon einen EWG-Mythos?« fragt der *ifo Schnelldienst* am 24. Mai 1963 und erklärt, dass das wirtschaftliche Wachstum im statistischen Durchschnitt der EWG-Staatengruppe keineswegs dem Zusammenschluss zu verdanken sei. Zwar habe die wirtschaftliche Integration zu diesem Wachstum beigetragen, den Ausschlag aber habe die Wachstumskraft einzelner Länder – vor allem Frankreichs, Italiens und der Bundesrepublik – gegeben. Der Einspruch des ifo gegen eine vor allem in der Politik verbreitete generell positive Einschätzung der Wirkungskraft der neuen Wirtschaftsgemeinschaft basierte auf eigenen Erhebungen des Instituts, das sich hier mit faktenbasierten Argumenten in die öffentliche Debatte einmischt.



ZULETZT ERSCHIENEN



THEMA IM NÄCHSTEN IFO SCHNELLDIENST:

ifo Schnelldienst 4/2024 erscheint am 17. April 2024

Innovationen in Deutschland und der EU – Weg der Stärke?